

Winston Churchill, Peter Bernholz, Schellen-Ursli

Nummer 44 – 29. Oktober 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

Finanzdossier:
Magie des Geldes

DIE WELTWOCH



Bundesrat auf Tauchstation

Die Regierung zementiert noch rasch ihre Europapolitik.
Von Hubert Mooser



source ETF-Innovation

Für das frischeste, unabhängige Denken bei Exchange Traded Funds, probieren Sie Source. sourceetf.ch

Die von Source angebotenen Produkte setzen ihr Kapital Risiken aus. Anleger erhalten den ursprünglich investierten Betrag möglicherweise nicht zurück. Diese Anzeige wurde von der Source Schweiz GmbH, Kappelerstrasse 11, 8001 Zürich, herausgegeben. Die Source Schweiz GmbH ist von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) als Vertriebssträger zugelassen und untersteht deren Aufsicht.



In letzter Zeit
sagt man mir oft,
wie jung ich
noch aussehe.

Älter werden fängt früher an,
als man meint.

Jetzt gemeinsam Vorsorge planen.



Mehr auf:
[ubs.com/
vorsorge](https://ubs.com/vorsorge)

Nervös beobachten die Märkte jeden Schritt und Nichtschritt der Notenbanken. Letzte Woche schickte Mario Draghi mit Andeutungen über verstärkte Interventionen seiner EZB den Euro auf Talfahrt. Seine amerikanische Amtskollegin Janet Yellen schiebt die Zinserhöhung in den USA abermals hinaus – so weit, dass man nun erst im kommenden Sommer damit rech-



Abgeklärt bis heiter: Top-Ökonom Bernholz.

net. Einer, der auch in hektischen Zeiten den Überblick behält, ist der Basler Ökonom Peter Bernholz, Doyen der Schweizer Volkswirte. Bernholz hat Währungen und Währungssysteme kommen und gehen sehen. Er hat Hyperinflationen in den Zentren ihrer jeweiligen Kraftentfaltung studiert. Im Interview mit der *Weltwoche* sieht er die geldpolitischen Realitäten eher düster: Die Zinsen seien zu tief, die Notenbanken in ihrer Politik gefangen. Der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und ihrem Chef Thomas Jordan bleibe nur, auf das Tun und Lassen der grossen Brüder zu reagieren. Eine hohe Inflation sei wahrscheinlich. Trotz dieser Aussichten bleibt Bernholz im Gespräch abgeklärt bis heiter. Es sei weder das erste noch das letzte Mal, dass die Geldpolitik aus dem Ruder laufe. Das Interview finden Sie in unserem Schwerpunkt «Magie des Geldes», zusammen mit Einsichten weiterer Denker und Tipps zu Vermögen und Anlagen. **Seite 58–74**

Eltern geben ihren Kindern gerne das weiter, was sie selbst in ihrer Kindheit schätzten. Nicht selten haben die Erwachsenen dann mehr Freude daran als der Nachwuchs. Beim «Schellen-Ursli» ist das anders. Die Geschichte des Engadiner Jungen, der sich am traditionellen Chalandamarz-Umzug nicht mit der kleinsten Schelle abfinden will, sondern Kopf und Kragen

riskiert, um sich die grösste Glocke zu sichern, gehört zu jenen, die auch siebzig Jahre nach Erscheinen noch direkt ins Herz der Kinder treffen. Dass die sorgfältige Verfilmung durch Oscar-Preisträger Xavier Koller für einen Ansturm auf die Kinokassen sorgt, ist nicht erstaunlich. Wie konnte die rätoromanische Geschichte von Alois Carigiet (Bilder) und Selina Chönz (Text) zu einem solchen Klassiker werden? Kulturredaktor Rico Bandle – auch er ist mit dem Kinderbuch aufgewachsen – hat sich noch einmal intensiv mit der Figur Schellen-Ursli und dem Gestalter Alois Carigiet befasst. Die Engadiner Schriftstellerin Romana Ganzoni schildert in einem persönlichen Beitrag, wie sie als Kind die Tradition des Chalandamarz erlebt hat, die durch «Schellen-Ursli» weltbekannt geworden ist. **Seite 18**

Als Winston Spencer Churchill, der britische Kriegspremier und Held des bewaffneten Widerstands gegen Adolf Hitler, 1946 die Schweiz besuchte, verfolgte er auch persönliche Ziele. Er wollte unbedingt den Unternehmer Willy Sax aus Dietikon treffen. Denn der Jahrhundertpolitiker und Literaturnobelpreisträger war auch leidenschaftlicher Maler, und er schwor auf die Farben, die Sax in seiner Fabrik in Urdorf mischte. Zwischen den beiden Männern entwickelte sich eine lebenslange Freundschaft. Diese sei «mit einer Vielzahl lustiger und interessanter Episoden gespickt», die «ein reizendes Büchlein über das Privatleben des grossen Mannes ergeben würden», schrieb die *Weltwoche* 1957. Philipp Gut hat sich den Wink zu Herzen genommen: Sein neuestes Werk, «Champagner mit Churchill» (Stämpfli), ist ab sofort erhältlich. Neben einem Blick hinter die Kulissen der Weltpolitik verspricht es einige neue Erkenntnisse über Churchills Liebe zur Schweiz. **Seite 48**

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR MEDICAL-STELLEN

Mit www.medicjobs.ch qualifiziertes Fachpersonal im Arzt- und Pflegebereich finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.medicjobs.ch



Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Föhrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi

Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,
Urs Gehrig, Wolfgang Koydl,
Hubert Mooser, Alex Reichmuth,
Markus Schär, Florian Schwab,
Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr,
Tom Kummer, Christoph Landolt,
Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,
Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,
Daniela Niederberger, Kurt Pelda,
Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*),
David Schnapp, Hildegard Schwaninger,
Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*),
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*),
Martin Kappler, Fabian Gimmi (*Assistent*)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*),
Viola Antunovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempster,
Sandra Noser, Oliver Schmuki, Gregor Szyndler,
Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),
Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*),
Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: infoAadextra.ch

Druck: PMC, print media corporation, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schon Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





EINE IKONE GEWINNT AN GRÖSSE

| DIE NAVITIMER 46 mm



*Meister
Werk*

Celeste 2012

*Ribera del Duero do, Crianza
Torres – Ribera del Duero*

«Himmlisch.»
Erdige Kraft.
Verlockende Fruchtaromen.
Samtig der elegante Ausklang.

Bindella

CHF **14.40** netto
statt 18.00, 75 cl

Jetzt bestellen auf bindella.ch
Gültig bis 15.11.2015

20%



Bindella
la vita è bella

Skeptische Europäer

Die EU-Kritiker legen zu. Auch in Grossbritannien. Die Schweiz bleibt Vorbild. Von Roger Köppel

Die Flüchtlingswelle nach Europa hält an. Wieder fordern Tausende die illegale Einreise an der bayerischen Grenze. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter verlangt, die rechtswidrige Einwanderung zu entkriminalisieren. Es wäre eine weitere Kapitulation des deutschen Rechtsstaats.

Man sollte sich vor allzu schneller Empörung über die Polizisten hüten. Ihr Vorstoss ist nur die Folge einer falschen Politik der Kanzlerin. Es war Merkel, die mit ihrer Willkommenspolitik den Ausschlag für das Chaos gab.

Ihre Einladung an die Migranten vor ein paar Wochen setzte das deutsche Asylrecht faktisch ausser Kraft. Unter dieser Ansage leidet die Grenzpolizei, die sinnlose Kontrollen durchführen muss. Die Migranten bleiben ohnehin.

Das Grundproblem ist seit Monaten das gleiche: Die EU-Staaten weigern sich, zwischen echten, persönlich an Leib und Leben bedrohten Asylberechtigten, vorübergehend schutzbedürftigen Kriegsvertriebenen und illegalen Wirtschaftsmigranten zu unterscheiden.

Das Resultat ist eine blühende Schlepperindustrie. Es ist daher zulässig, die deutsche Kanzlerin als eine Art Schutzheilige dieser kriminellen Branche zu beschreiben. Durch ihre Weigerung, die deutschen Asylgesetze anzuwenden, schafft Merkel die Geschäftsgrundlage für die verbrecherischen Schleuser.

Auf einem ihrer zahllosen Gipfel hat die EU wirkungslose Massnahmen beschlossen. Das Dubliner Abkommen ist Vergangenheit. Die sicheren europäischen Staaten dürfen die «Flüchtlinge» weiterhin unregistriert durchwinken, sofern sie ihren Nachbarstaat vorher darüber informieren.

Anstatt die Grenzen gegen die Illegalen zu schliessen, vergrössert die EU ihre Aufnahmekapazitäten. Entlang der Balkanroute sollen Lager und Unterkünfte ausgebaut werden. Das Angebot wird die Nachfrage weiter verstärken.

Die EU ist weder Bundesstaat noch Staatenbund, weder Fisch noch Vogel. Die Flüchtlingskrise deckt die fundamentalen Konstruktionsfehler von neuem auf. Die EU ist institutionell nicht in der Lage, mit der Wirklichkeit fertig zu werden.

Es grenzt an Wahnsinn, wenn Schweizer Politiker bis hinauf in den Bundesrat noch heute versuchen, die funktionstüchtige Schweiz institutionell an dieses verkrachte Gebilde anzubinden. Die EU-Skepsis ist euro-



«Sehnsuchtsort für Bürokraten und Politiker.»

paweit auf dem Vormarsch. In Polen siegten die Konservativen. Sie sind gegen eine von Brüssel und Berlin diktierte Flüchtlingspolitik. Das ist ein Alarmsignal. Die Polen haben Angst vor Russland. Sie bekommen Milliarden aus den europäischen Geldtöpfen. Trotzdem gehen sie auf Distanz zu Brüssel. Viele Polen empfinden, ähnlich wie eine Mehrheit der Ungarn, die EU inzwischen als Verrat an Europa.

Auch in Grossbritannien regen sich die Kritiker. Mehrere Umfragen zeigen Mehrheiten für den EU-Austritt. Unmut erregen vor allem die Zuwanderer aus Osteuropa im Rahmen der Personenfreizügigkeit. Migration ist das heisse Thema. Die britischen Skeptiker sind nicht nur Ukip-Anhänger mit zu hohem Blutdruck, sondern Finanzunternehmer aus der Londoner City. Neben der Zuwanderung sehen sie andere Probleme, vor allem die wirtschaftsfeindlichen Tendenzen Brüssels.



Es ist interessant, dass die Grossbanken mehrheitlich zur EU stehen, während die unternehmergeführten Finanzgesellschaften und Hedge-Funds Brüssel als Bedrohung sehen. Wir müssen auch in der Schweiz aufpassen, dass der Vormarsch der Politik in der Finanzindustrie unsere Banken nicht zu Werkzeugen eines antiliberalen Etatismus macht.

Das ist nicht an den Haaren herbeigezogen. Die Schweizer Bankiervereinigung macht derzeit heftig Stimmung für die Personenfreizügigkeit. Politiker, die sich für die Masseneinwanderungsinitiative einsetzen, landen auf der grauen Liste.

Es wird mit dem hohen Bedarf an «Fachkräften» argumentiert, als ob die Schweiz vor Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit 2007/08 keine ausländischen Spezialisten anheuern konnte. Die Bankiervereinigung irrt: Die Credit Suisse entlässt momentan Tausende von Mitarbeitern. Es herrscht ein Überangebot, kein Mangel an ausgewiesenen Bankfachleuten in der Schweiz.

Die EU bleibt trotz allem ein Sehnsuchtsort für Bürokraten und Politiker. Sie wittern, dass die unübersichtliche Struktur politischen Entfaltungsspielraum jenseits demokratischer Kontrolle bietet.

Die Schweizer Linke huldigt ihrem alten Internationalismus. Zudem hofft sie, ihre an den Urnen chancenlosen Anliegen über die EU-Bande leichter durchzubringen.

Bei Euro-verliebten Bürgerlichen ist oft ein scheinidealistischer Selbsthass am Werk. Wenn sie nicht nach der Bühnengrösse streben, die der Grösse ihrer Egos gerecht wird, leiden sie an der vermeintlichen Provinzialität ihrer Herkunftskantone, die ihnen den politischen Drang nach der grossen weiten Welt einpflanzen. «Unbehagen am Kleinstaat», links wie rechts.

Der bekannte Schweizer Historiker Jakob Tanner bezieht die schweizerische EU-Skepsis in seinem neuen Buch auf einen «nationalmythologisch» befrachteten «Minderwertigkeitskomplex». Das Festhalten am unabhängigen direktdemokratischen Rechtsstaat Schweiz ist ihm Ausdruck «politischer Kurzsichtigkeit».

Wirklich? Der gleiche Tanner beschreibt, wenn auch abwertend, im gleichen Buch, wie sich politische Selbstbestimmung und wirtschaftliche Weltoffenheit für die Schweiz stets ergänzt und ökonomisch befruchtet haben. Die Eidgenossenschaft ist in Tanners Darstellung das «gleichzeitig nationalste und internationalste Land der Welt» (André Siegfried).

Vielleicht merken es irgendwann auch unsere führenden Historiker. Die Schweiz ist kein Auslaufmodell. Sie bleibt zukunftsweisend und interessant. Die Kurzsichtigen streben in die EU, die Weitsichtigen halten an der Schweiz fest.



Ansturm illegaler Migranten: Seite 40



Sippenhaft: Erwin Sperisen. Seite 44



Anarchischer Brauch: Chalandamarz. Seite 22



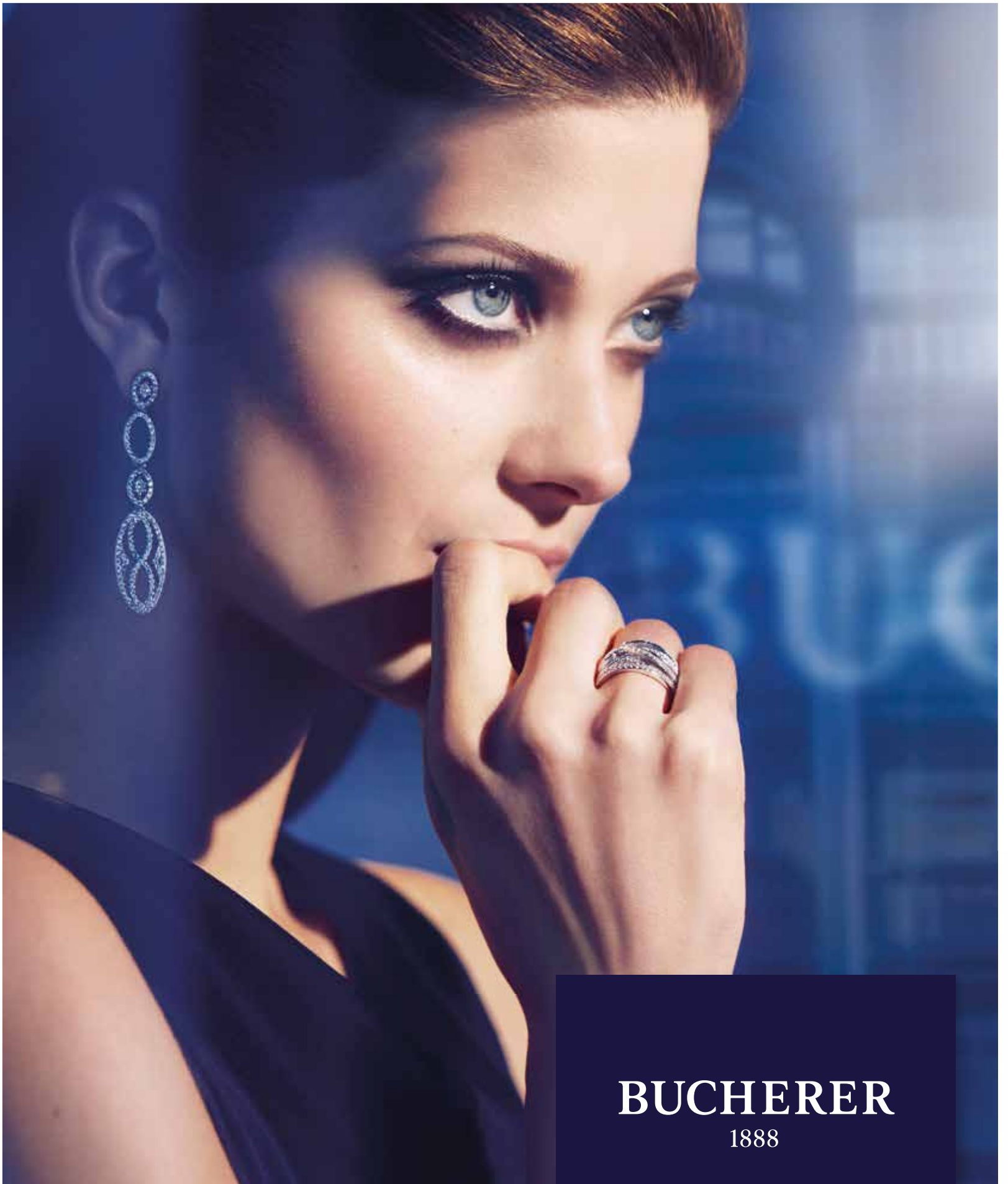
Wahlerfolg: Martullo-Blocher (r.). Seite 39

Kommentare & Analysen

- 7 Editorial
- 13 Kommentar Widerstand von unten
- 13 Im Auge Justin Trudeau, Kanadas neuer Regierungschef
- 14 Politik Doppeltes Loch
- 14 Bundeshaus Neue Mehrheiten
- 15 Kultur Hau drauf
- 15 Gesundheit Böse Bratwurst
- 16 Personenkontrolle Maurer, Eberle, Sonnen, Seewer etc.
- 17 Nachruf Maureen O'Hara
- 18 **Schellen-Urslis Weg zum Glück**
Alois Carigiets Kinderbuchfigur begeistert die Kinobesucher
- 22 **Kastanien, Speck und Schlagrahm**
Romana Ganzoni über den Engadiner Brauch Chalandamarz
- 24 Die Deutschen Hamm erwacht
- 24 Wirtschaft Ausweg aus dem Teufelskreis
- 25 Ausland Die Clintons wieder obenauf
- 26 Mörgeli Aussensicht mit Vorurteilen
- 26 Bodenmann Papa Moll endlich Bundesrat?
- 27 Medien «Trans-pa-renz! Trans-pa-renz!»
- 27 Gesellschaft Frauen des Jahres
- 28 Grundbegriffe des Lebens Überzeugungen
- 30 Darf man das? / Leserbrief

Hintergrund

- 32 **Absurdes Theater**
Geschacher im Bundesrat nach dem Volksverdikt für die SVP
- 35 Bundesrat Christoph Mörgeli über Eveline Widmer-Schlumpf
- 36 **Schwierige Geschichte**
Was bringt die absolute Mehrheit von SVP und FDP?
- 37 Parlament «Die dümmste Rechte der Welt»
- 38 Schweiz Der neue Klassenkampf in der Schweiz
- 39 Wahlen 2015 Martullo's Musketier
- 40 **Wachsende Probleme**
Die Asylschwierigkeiten sind alles andere als überwunden
- 41 Deutschland Transitzone als Ablenkungsmanöver
- 42 **Seite an Seite mit der Verwaltung**
Der Kampf der Economiesuisse gegen die SVP
- 44 **Die Weltreise des Sperisen-Clans**
Der guatemalteckische Polizeichef wird verhaftet (Teil 2)
- 47 Israel Sacha Wigdorovits über seine Reise nach Jerusalem
- 48 **Churchills Schweiz-Liebe**
Die Beziehungen des britischen Kriegspremiers zur Schweiz
- 53 Brief aus Berlin Thilo Sarrazin über DDR-Durchhalteparolen
- 54 **«Auftrag erfüllt!»**
Der Wahlsieg der Konservativen in Polen
- 56 **Menschenrecht auf Beleidigung**
Mick Humes neues Buch «Trigger Warning»
- 58 **Magie des Geldes** Inhalt des *Weltwoche*-Dossiers



BUCHERER.COM

BUCHERER
1888

EINZIGARTIG WIE IHRE EMOTIONEN – SEIT 1888

UHREN SCHMUCK JUWELEN



«Ça donne du courage!»: Winston Churchill. Seite 48

Zeitgeschichte

62 Churchills Schweiz-Liebe

Den britischen Kriegspremier Winston Churchill beeindruckten die bewaffnete Neutralität, das Réduit und die Unabhängigkeit der Schweiz

Stil & Kultur

78 Stil & Kultur Herr und Hund

80 Auch die Sklaven schauten zu

Unser Theater hat seine Wurzeln im alten Griechenland

82 Top 10

82 Kino «Dheepan» und «Mediterranea»

83 Jazz John Scofield (Joe Lovano, Larry Grenadier, Bill Stewart)

84 Namen Die Entlarvung

85 Hochzeit Diana Dreesen-Wösten, Managementtrainerin

85 Thiel Ja, was denn?

87 Im Gespräch Emanuel Probst, CEO Jura

88 Wein Liliac Feteasca Regala 2014

88 Zu Tisch Kulinarische Herbstferien (1)

89 Auto Ford Mustang Fastback 5.0L

90 MvH trifft Franz Hohler, Kabarettist

Autoren in dieser Ausgabe

Romana Ganzoni



Die Bündner Schriftstellerin war 2014 für den Ingeborg-Bachmann-Preis nominiert. In ihrem Text erinnert sie sich an den Engadiner Brauch Chalandamarz, der durch den Kinofilm «Schellen-Ursli» bekannt geworden ist. Seite 22

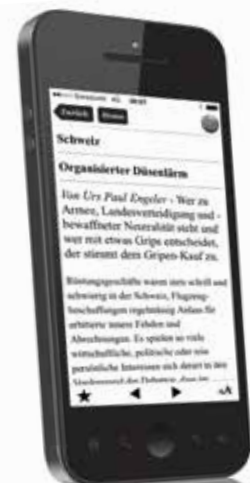
Konrad Hummler



Der Publizist und ehemalige Privatbankier gehört zu den pointiertesten Kommentatoren des Finanzgeschehens. Im Weltwoche-Dossier «Magie des Geldes» schreibt er, welche Bedeutung das Bargeld auch in der heutigen Zeit noch hat. Seite 68

Das Weltwoche-«Taschenheft».

Mit den Weltwoche-Apps für das iPhone oder das Android-Smartphone haben Sie auch unterwegs die Weltwoche immer dabei.



DIE WELTWOCH



riverside ... das seminar- und eventhotel.

... in der ehemaligen garn-spinnerei-letten, wo sich nostalgie und moderne perfekt vereinen, finden sie eine einmalige atmosphäre, um andere menschen zu treffen, miteinander zu kommunizieren und ideen zu spinnen.

direkt am ufer der glatt setzen wir kulinarische akzente, verblüffen sie mit kreativen events und unterstützen sie in der planung und umsetzung von inspirierenden und produktiven momenten für ihre mitarbeiter und kunden.



hotel



seminare



gastronomie



bowling



events



riverside ... alles im grünen bereich.

spinnerei-lettenstrasse
ch-8192 zweidlen-glattfelden

+41 43 500 92 92
www.riverside.ch



Wirtschaft to go!

Egal wo, egal wann.

Ihr Digital-Abo der HANDELSZEITUNG unter
shop.wirtschaftsmedien.ch/hz

Widerstand von unten

Von Beat Gygi — Der Föderalismus der Schweiz hat sich nur gehalten, weil sich die Stimmbürger gegen Kungeleien der Politiker wehren können.



Es ist das Neinsagen, das entscheidend ist.

Die Schweiz ist in der beneidenswerten Lage, dass der Föderalismus in Politik und Gesellschaft ernster genommen wird als in anderen Ländern – und nach den Parlamentswahlen haben sich die Aussichten vielleicht noch etwas verbessert. Mit den gut 2300 Gemeinden, den Kantonen und dem Bund gibt es drei Ebenen, die alle wichtig sind für Entscheide über Vorschriften oder öffentliche Einnahmen und Ausgaben. Die Bürger haben in ihren Gemeinden und Kantonen wirklich etwas zu sagen. Der Zentralstaat ist nicht so mächtig geworden wie in den meisten anderen Ländern; der Bund wiegt, gemessen an Einnahmen und Ausgaben, etwa gleich schwer wie Kantone und Gemeinden zusammen. In Deutschland dagegen, das früher ähnlich gelagert war wie die Schweiz, wird heute der grösste Teil der öffentlichen Finanzen von der Zentralebene aus gesteuert. Etwa neun Zehntel der Steuern und Abgaben fliessen in einen grossen, zentralen Topf, und die Herausforderung für Bundesländer und Gemeinden besteht dann darin, bei der Verteilung der Mittel möglichst gut abzuschneiden.

Klar, es gibt auch in der Schweiz die Tendenz, dass die Politiker gerne Aufgaben und Verantwortung an die obere Stufe abgeben, weil sich so Probleme bequem übertünchen lassen. Gemeinderäte sind froh um kantonale Subventionen beim Bauen, viele sähen es auch gerne, wenn der

Kanton mehr von den sozialpolitischen Lasten übernehme. Kantonale Finanzdirektoren ihrerseits lassen sich gerne vom Bund und von der Nationalbank finanziell unter die Arme greifen; und ihre Kollegen in der Bildungs- oder der Gesundheitsdirektion vereinbaren mit Bundesstellen allerlei Arten der Zusammenarbeit, bei denen man nicht mehr so genau sieht, wer wofür verantwortlich ist und wer wofür wie viel bezahlt. Solche Kooperationen sind oft der wirksamste Weg, sich ein wenig der Kontrolle durch die Stimmbürger zu entziehen.

Hat die Schweiz einfach Glück gehabt, dass ihr Staatsaufbau verhältnismässig gesund geblieben ist? Nein, es ist das Neinsagen, das entscheidend ist. Der in Berlin und Luzern tätige Ökonomieprofessor Charles Beat Blankart hat die Unterschiede zwischen Deutschland und der Schweiz untersucht, und sein Befund ist klar: In der Schweiz haben die Politiker ähnlich wie ihre deutschen Kollegen immer wieder versucht, in der Steuerpolitik Befugnisse von der Kantons- auf die Bundesebene zu verschieben und zu harmonisieren, um den unangenehmen Steuerwettbewerb zu mildern. In Deutschland konnten sich Bürger nicht dagegen wehren, in der Schweiz aber kamen die Politiker nicht darum herum, das Volk zu fragen – und das sagte immer nein. So konnte das Land ziemlich erfolgreich gegen die grössten Angriffe der Zentralisierungsanhänger verteidigt werden.

Gelüste, Moden und Launen

Aber daneben gab und gibt es viele kleinere Angriffe. Die Versuche von Politikern, Verantwortung abzuschieben, Geld umzuverteilen oder sich ins Leben anderer einzumischen, zeigt sich laufend in neuen Gelüsten, Moden und Launen. Auf Bundesebene, wo am meisten vermischt werden kann, sind die besten Entfaltungsmöglichkeiten. Und nicht immer sind genug Leute da, die nein sagen. Sonst hätte das Parlament in den vergangenen Jahren nicht derart viele neue Regeln zur scheinbaren Sicherheit im Verkehr, zur Anpassung der Lebensmittelvorschriften und Finanzmarktregeln an die Regulierung der EU oder zum sogenannten Atomausstieg erlassen. Zurzeit versucht der Bundesrat, die Befristung der Mehrwertsteuer und der direkten Bundessteuer aufzuheben. Die SVP hat den Ruf, eine Partei der Neinsager zu sein. Aber wenn man den föderalen Aufbau der Schweiz und die Demokratie ernst nimmt, ist es ein vielversprechendes Signal, dass nun mehr Politiker im Parlament sind, die besser nein sagen können als andere.

Der Alleskönner



Justin Trudeau, Kanadas neuer Regierungschef.

Er war Snowboard- und Theaterlehrer, Barkeeper, Rausschmeisser, schlägt sich im Boxring, fällt am Bungee-Seil ins Bodenlose, hat Französisch und Mathematik unterrichtet, machte den Ingenieur-Abschluss und ist jetzt, mit 43 Jahren, Kanadas jüngster Regierungschef mit einem altbekannten Namen als Schlüssel zu seiner Rückkehr an die vertraute Adresse 24 Sussex Drive in Ottawa – den Regierungssitz. Dort residierte von 1968 bis 1984 sein Vater Pierre Elliott Trudeau in einer turbulenten Ehe mit der dreissig Jahre jüngeren Margaret, die er als 18-jähriges Blumenkind auf Tahiti aufgezogen hatte. Justin Trudeau wurde buchstäblich an der Wiege seine Zukunft als Nachfolger seines Vaters gesungen, vom hässlichen Bären Richard Nixon, der auf seiner Staatsvisite etwas Nettes sagen wollte – Klein Justin war gerade vier Monate alt. Mit dem neuen Premier kehrt auch die ehemalige funkensprühende First Lady zurück, im Besucherinnenstatus der Grossmutter. Margaret Trudeau galt als ziemlich ausgeflipptes chick, schmuggelte Drogen im Diplomatengepäck, hing die Nächte im New Yorker Nachtclub «Studio 54» herum, hatte Affären mit verschiedenen Rolling Stones und mit Ted Kennedy. Die drei Trudeau-Kinder blieben nach der Trennung beim Vater; Margaret erhielt nicht mal eine Abfindung. Später erklärte sie ihre Fluchten und Abstürze mit bipolaren Störungen und schrieb ein Buch darüber. Jetzt hütet sie als liebevolle Oma die drei Kinder ihres Premier-Sohnes, und vielleicht hatte sie einfach nicht die Möglichkeit, ihre Jugend auszuleben wie Justin Trudeau. Michel, ihr jüngster Spross, kam mit 23 Jahren in einer Lawine ums Leben. Alexandre, 41, der Mittlere und rebellisch wie die Mama, bereiste als Dokumentarfilmer die Kriegs- und Krisenschauplätze dieser Welt und wandelte sich vom Pazifisten zum Army-Lieutenant. Er war der Spin-Doctor der Kampagnen, die Justin 2013 an die Spitze der Liberalen und jetzt, völlig überraschend, an die Macht brachten. Nur weiss niemand, was der charismatische Tausendsassa Justin Trudeau wirklich kann, ausser dass er alles kann.

Peter Hartmann

Doppelloch

Von Philipp Gut — Unfall von FDP-Chef Philipp Müller: Vieles bleibt unklar.

Eine Woche nach den Wahlen hat sich der freisinnige Parteipräsident Philipp Müller nach längerer Pause wieder zu seinem schweren Verkehrsunfall geäußert. Er war im September auf gerader Strecke in Lenzburg AG auf die Gegenfahrbahn geraten und rammte eine ihm korrekt entgegenkommende 17-jährige Rollerfahrerin. Diese trug schwere Beinverletzungen davon.

Auf Tele M1 sprach Müller nun erstmals über die möglichen Unfallursachen. Alles deutet auf ein sogenanntes Schlafapnoe-Syndrom hin. Die Folge davon sei dann «ein Sekundenschlaf»: «Du bist zwischen drei und sieben Sekunden einfach weg», erklärte der FDP-Chef. Es sei wie ein Blackout. Das Schwierigste aber sei, «dass es die Leute einem überhaupt glauben».

Tatsächlich kämpft Müller seit dem Unfall mit einem gewissen Glaubwürdigkeitsproblem. Dafür ist er selbst verantwortlich, denn bei seinen früheren Aussagen verhedderte er sich in Widersprüche («Philipp Müllers Fahrt in Abgründe», *Weltwoche* Nr. 38/15). Aber auch die jüngsten Erklärungen bringen nicht wirklich Licht ins Dunkel. Apnoen sind Aussetzer der Atemfunktion. Diese führen zu einem Sauerstoffmangel im Blut, zu Stoffwechselstörungen und zur Belastung des Herz-Kreislauf-Systems. Der Schlaf ist weniger erholsam, weshalb die Betroffenen tagsüber oft müde sind.

Sekundenschlaf, wie ihn Müller neuerdings geltend macht, könnte eine mögliche Folge dieser chronischen Müdigkeit sein. Allerdings bleibt es erklärungsbedürftig, warum er, sofern dieses Krankheitsbild tatsächlich vorliegt, erst jetzt davon erfahren hat. Von ständiger Übermüdung hat der FDP-Chef nie gesprochen. Und wer unter Schlafapnoe leidet, schnarcht laut und unregelmässig, was zumindest den Partnerinnen schon längst hätte auffallen müssen.

Mit seinem neusten Statement betont Müller vor allem, dass er sich an den Unfallhergang «nicht erinnern» könne. Das wäre nun schon die zweite Erinnerungslücke. Denn bereits früher wollte er sich – als Folge eines angeblichen «Schocks», der allerdings medizinisch nicht bestätigt wurde – an nichts mehr erinnern können. Vom Kreisel in Hallwil weg habe er ein «Loch» gehabt. Der Unfallort Lenzburg ist erst das übernächste Dorf. Ob es Müllers Aussagen glaubwürdiger macht, wenn er jetzt sogar ein doppeltes Blackout in Anschlag bringt, eines, das drei bis sieben Sekunden dauerte, und ein anderes, das vielleicht zehn Minuten dauerte? Weiss Müller nicht mehr, oder will er nicht mehr wissen? Fragen und Zweifel bleiben bestehen.

Neue Mehrheiten

Von Hubert Mooser — Nach den Wahlen verschieben sich auch die Gewichte in den Kommissionen des Parlaments. Linke und grüne Anliegen werden einen schwereren Stand haben.



Die Gewinne der SVP und FDP verändern das Kräfteverhältnis in den Kommissionen. Das für die Zuteilung der Kommissionen verantwortliche Büro des Nationalrates wird in den kommenden Tagen über die Verteilung der total 275 Sitze in den elf ständigen Legislativ- und Aufsichtskommissionen des Nationalrates befinden. 25 Plätze pro Kommission sind zu vergeben. Schon heute lässt sich jedoch sagen: Die Vertreter der linken Parteien müssen sich in Zukunft warm anziehen.

Bisher kam die SVP-Fraktion, zu der auch die zwei Vertreter der Lega und des Mouvement Citoyens Genevois (MCG) gehören, auf 78 Kommissionssitze. Konkret bedeutete dies sieben Sitze in zehn Kommissionen und acht Sitze in einer Kommission. Dank den elf zusätzlichen Nationalratsmandaten wird die grösste Bundeshausfraktion in Zukunft acht bis neun Sitze pro Kommission bekommen, einen bis zwei mehr als bisher. Zum Vergleich: Die zweitgrösste Fraktion wird vermutlich mit ungefähr fünf Fraktionsmitgliedern je Kommission vertreten sein. Die Grünen werden dagegen in den meisten Kommissionen wohl nur noch mit einem Sitz im Rennen sein.

Die Folge: In den Kommissionen wird die Übermacht von SVP und FDP in der kommenden Legislatur noch deutlicher sein als im Parlament. Auf den politischen Alltag umgemünzt, bedeutet das zum Beispiel: Migrationsministerin Simonetta Sommaruga wird mit ihrer grosszügigen Asylpolitik in der Staatspolitischen Kommission (SPK) einen schwereren Stand haben. Bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative etwa wird man ihr genau auf die Finger schauen. Bisher war das Kräfteverhältnis zwischen den Lagern in etwa ausgeglichen, und es konnte je nach Vorlage nach rechts oder nach links kippen.

In Zukunft politisiert die SPK wenigstens auf dem Papier stramm rechts. In der Aussen-

politischen Kommission (APK), wo die EU-Politik vorgespurt wird, hatte Mitte-links in der vergangenen Legislatur eine klare Mehrheit. Auch dank der Mittepartei CVP. Hier werden sich in Zukunft wohl zwei fast gleich starke Lager gegenüberstehen.

SVP, FDP und CVP haben das Sagen

In welche Richtung die Entscheide gehen, wird von den Personen abhängen, welche die Parteien in die APK delegieren werden. In der APK wird eine zentrale Figur in der kommenden Periode fehlen: SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) gilt als einflussreichste Kommission. Die SVP, FDP und wirtschaftliche Vertreter der CVP haben in dieser Kommission schon heute das Sagen. Durch die Sitzgewinne der SVP wird diese Mehrheit in Zukunft noch komfortabler.

Vor diesem Hintergrund ist es deshalb nicht sicher, ob Susanne Leutenegger-Oberholzer als bisherige WAK-Vizepräsidentin



Sommaruga auf die Finger schauen: Kommissionssitzung.

wie vorgesehen das Präsidium dieser wichtigen Kommission übernehmen kann. In der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) werden die Energiestrategie 2050 und der Atomausstieg vorberaten. Grüne Politik steht aufgrund der schrumpfenden Deputation der Linken und Grünen in der Urek nicht mehr hoch im Kurs. Ganz genau wird man es aber erst wissen, wenn das Ratsbüro die genaue Zuteilung vorgenommen hat.

Hau drauf

Von Rico Bandle — In der Schweiz ist ein eigentümlicher Wettstreit im Gange: Berufsempörte Intellektuelle kämpfen darum, wer das finsterste Bild der Schweiz zeichnet.



«Leider nein»: Theatermacher Rau.

In wenigen Wochen startet SRF mit einer neuen Ausgabe des Wettstreits «Die grössten Schweizer Talente (DGST)». Dabei turnen, singen und jonglieren die Teilnehmer um die Gunst des Publikums. Ein anderer Wettstreit ist längst im Gange: «Die grössten Schweiz-Verächter (DGSV)». Die über die politische Stimmung erzürnten Intellektuellen kämpfen darum, wer das noch finstere Bild der Schweiz zeichnen kann. Wie beim Privatfernsehen muss auch da bei jeder Staffel noch stärker draufgehauen, das Niveau noch weiter nach unten gedrückt werden, um die Aufmerksamkeit des Publikums halten zu können. Bei der aktuellen «DGSV»-Runde gab Performancekünstler Philipp Ruch fulminant den Takt vor: Er erklärte Roger Köppel zum Mörder und rief dazu auf, ihn zu töten. Musiker und Lyriker Jürg Halter versuchte mit einem empörten Brief an die SVP mitzuhalten – vergeblich: In seinem Votum fehlte der Mordaufruf wie auch der obligate Nazi-Vergleich. Zudem griff er nur die Partei an, nicht die gesamte Schweiz – so sind bei «DGSV» keine Lorbeeren zu holen!

Als Nächster stieg Favorit Lukas Bärfuss ins Rennen. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* publizierte der Schriftsteller einen wilden wie wohlkalkulierten Rundumschlag gegen alles und jeden im Land. Sein Generalangriff war so furios und enthielt so viele Fehler, dass ihm re-

flexartige Konter sicher waren. In fast jeder Zeitung wurde sein Wutbeitrag kritisiert – was er und seine Fangemeinde als Bestätigung für die im Text formulierte These auffassten, sämtliche Medien im Land seien Blocher-unterwandert. Mit diesem Meisterstück übernahm der Thuner souverän die Führung bei «DGSV».

Dass plötzlich alle von Bärfuss sprachen, konnte Theatermacher Milo Rau nicht auf sich sitzen lassen. «Ein kriminelles Land [die Schweiz] braucht eine Einheitspartei [die SVP], die sich ausschliesslich der pseudodemokratischen Legalisierung seiner Verbrechen widmet», polterte er in der *Sonntagszeitung*. Hinter den Kulissen setzte er alles in Gang, damit sein Text die gewünschte Empörung auslöst: Er versicherte sich bei der Redaktion, dass der Text auch wirklich online publiziert wird, um maximale Reichweite zu erhalten. Als sich nach Erscheinen trotzdem niemand über seine Kolumne aufregen wollte, verschickte er den Text verzweifelt an unzählige Journalisten. Die Wirkung blieb aus. Nicht einmal auf Twitter fand sich ein SVP-Provinzpolitiker, der ihn als «Nestbeschmutzer» beschimpft hätte, was bei «DGSV» als Auszeichnung gilt. Rau reicht es diesmal nur für die Rubrik: «Leider nein».

Und wer kommt als Nächstes? Knackeboul? Raphael Urweider? Oder Altmeister Adolf Muschg? Die Bühne ist frei.

Böse Bratwurst

Von Florian Schwab — Nach den Rauchern nimmt sich die WHO die Fleischesser vor.

Schlechte Nachrichten für die Liebhaber von Saftigen Steaks, Bündnerfleisch, Bratwurst und Hinterschinken: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf liess am Montag global verbreiten, rotes Fleisch (etwa von Kalb, Rind und Reh) sowie verarbeitete Fleischprodukte seien krebserregend. Die Uno-Behörde, die von der rabiaten Hongkong-Chinesin Margaret Chan geleitet wird, will Fleischprodukte gemeinsam mit dem Rauchen gar als häufigste Krebsursache ausgemacht haben.

Am Tabak hat die WHO bereits vorexerziert, wie sie mit kleinen Lastern umspringt, die sie als gesundheitsschädigend einstuft. Vor zwei Jahren rief Chan das «Endspiel» im Kampf gegen das Rauchen aus. Dieses Jahr wurde sie konkreter: «Wir sollten nicht aufgeben, bevor wir sichergestellt haben, dass die Tabakindustrie aus dem Geschäft getrieben wird.» Bis 2040 soll weltweit der Anteil der Raucher auf unter fünf Prozent gesenkt werden. Mit immer brachialeren Mitteln: hohen Sondersteuern, Schockbildern auf den Packungen, Verbot jeglicher Werbung inklusive des Aufdrucks einer Marke auf der Schachtel, Brandmarkung der Konsumenten als irgendwie schlechtere Menschen.

Irrationale Kreuzzüge

Der zunehmend willkürliche Krieg der WHO gegen ihr nicht genehme Genuss- und Lebensmittel kontrastiert augenfällig mit der munter steigenden Lebenserwartung. Hatte ein im Jahr 1990 geborenes Kind im weltweiten Mittel noch eine Lebenserwartung von 67 Jahren, so liegt diese heute bei 73 Jahren – medizinischen Fortschritten und einer tieferen Kindersterblichkeit sei Dank.

Statistisch gesehen kann man mit dem Verzicht auf Genuss und damit auf Lebensqualität womöglich ein wenig zusätzliche Lebenszeit «kaufen». Gut möglich, dass dereinst eine rein künstliche Ernährung als das gesundheitstechnische Optimum gilt. Ob man das will oder nicht: Auf welcher Basis masst sich Frau Chan an, den Speiseplan vorzugeben?

Weltumspannende Bürokratie-Netzwerke wie die WHO können ihre Kreuzzüge nur führen, wenn die nationalen Verwaltungen und Parlamente mitziehen. Für Schweizer Fleischesser sollten die Erfahrungen beim Tabak eine Warnung sein. Das derzeit diskutierte Tabakgesetz von Alain Berset (SP) atmet den unseligen Geist der WHO. Ein Vorteil bleibt den Fleischessern: Im Gegensatz zu den Rauchern sind sie in der Mehrzahl.

Personenkontrolle

Maurer, Eberle, Sonnen, Seewer, de Weck, Walder, Schaeppi, Corazza, Leuthard, Rühl, Gaillard, Cavero, Widmer-Schlumpf, Bärzfuss, Schawinski, Neiryndck, Meyer, Pardini, Kessler

Das Verteidigungsdepartement (VBS) hat ein kleineres personelles Erdbeben erfasst. Bundesrat Ueli Maurer trennt sich von Brigadier Beat Eberle, dem Chef der Militärischen Sicherheit, also der Militärpolizei. Intern wird die Entlassung mit «anhaltender Renitenz gegenüber der Führung im Führungsstab der Armee» begründet. Doch Eberle ist nicht der Einzige. Auch Claude Sonnen, Chef der Personalbewirtschaftung, ist kürzlich freigestellt worden – neben mehreren weiteren Personen. Noch im Amt ist Sonnens Vorgesetzte, Brigadier Germaine Seewer, die Vorzeigefrau der Schweizer Armee. Allerdings könnte auch ihr Stuhl wackeln, wie Insider vermuten. Über die Gründe der Freistellungswelle und die genaue Anzahl der Betroffenen wollte das VBS keine konkreten Angaben machen. Es bestätigt allerdings, dass «Untersuchungen gegen Mitarbeiter des Departementsbereiches Verteidigung» laufen. Zumindest für die Dauer dieser Untersuchungen bleiben die Verdächtigen ausgesperrt. Es gilt die Unschuldsvermutung. (gut)

Schlechte Nachrichten für SRG-Präsident Roger de Weck, Ringier-Direktor Marc Walder und Swisscom-Chef Urs Schaeppi: Die Wettbewerbskommission (Weko) hat das Joint Venture der drei Unternehmen einer vertieften Prüfung unterzogen. Dabei sind die Experten unter Weko-Direktor Raffael Corazza zum Schluss gekommen, dass bei der personalisierten Fernsehwerbung eine marktbeherrschende Stellung drohe. Sie beantragen daher, den geplanten Zusammenschluss in der vorgelegten Form nicht zu genehmigen. Ein Entscheid soll in den nächsten Wochen fallen. Pikant: Dem Vernehmen nach hat Medienministerin Doris Leuthard (CVP) das wettbewerbspolitisch fragwürdige Joint Venture persönlich vorangetrieben und ermutigt. (fsc)

Apropos Joint Venture: Für Befremden sorgt derzeit eine Werbekampagne der Neuen Zürcher Zeitung mit dem Konterfei von Economiesuisse-Chefin Monika Rühl. In ganzseitigen Anzeigen wirbt die Verbandsdirektorin für das Blatt und lobt dessen «unabhängigen Journalismus», der sich inhaltlich – Zufall oder nicht – kaum von den Positionen des Dachverbands der Schweizer Wirtschaft unterscheidet. Auf



Personelles Erdbeben: Brigadier Seewer.

beiden Seiten haben hier offenbar die internen Kontrollmechanismen versagt: Die NZZ tut sich kaum einen Gefallen, indem sie plakativ die Nähe zum mächtigen Wirtschaftsdachverband sucht, und Economiesuisse untergräbt ihre Seriosität, indem sie die Direktorin wie ein Pin-up-Girl zu Werbezwecken für Dritte auftreten lässt – und dies erst noch gratis, wie auf Anfrage zu erfahren ist. Man habe sich, so Economiesuisse weiter, durchaus die Frage gestellt, wie weit ein Werbeengagement der Direktorin gehen dürfe. Da die NZZ ein Produkt sei, zu dem man stehen könne, und da neben Monika Rühl auch drei weitere weibliche Führungskräfte mitmachten, sei die Zusammenarbeit für unbedenklich befunden worden. (fsc)

Würde die Weltwoche einen rostigen Kaktus für empörende Fehlleistungen und Doppelmoral ausrichten, Serge Gaillard (SP), Chef der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV), wäre zurzeit der unumstrittene Spitzenkandidat. Es geht um den Fall eines Abteilungsleiters bei der Zentralen Ausgleichskasse (ZAS) in Genf, welcher 2012 der Finanzverwaltung den Verdacht auf unlautere Vergaben von IT-Projekten und die offenbar verschwenderische Selbstbedienungsmentalität von ZAS-Amtsleiterin Valérie Cavero beim Bezug von Spesen meldete. Die Vorwürfe waren stichhaltig, Cavero musste 2013 gehen. Gemäss Recherchen des Tages-Anzeigers richtete sich Gaillards Zorn aber bald gegen den Überbringer der schlechten Nachricht: Er reichte Strafanzeige wegen Amtsgeheimnisverletzung gegen den Whistleblower ein. Obwohl die Untersuchung diesen entlastete, wurde er nun entlassen. Valérie Cavero wurde derweil mit einer neuen Kaderstelle im Genfer Finanzdepartement belohnt, obwohl die Untersuchung falsch deklarierte Spesenbezüge in der Höhe von mehreren tausend Franken zu Tage brachte. Wir erinnern uns: Gaillard, den Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf 2012 zum EFV-Chef krönte, hatte sich einst als Berufsgewerkschafter für die Rechte der arbeitenden Klasse eingesetzt. (axb)



Pin-up-Girl: Economiesuisse-Chefin Rühl.



Meister der Doppelmoral: Chefbeamter Gaillard.

Für die linke Schweiz gibt es nach dem bürgerlichen Wahlsieg kein Halten mehr: Schriftsteller Lukas Bärzfuss bekräftigte am Montag in der Sendung von Roger Schawinski, seines Erachtens sei die SVP eine rechtsextreme Partei. Der abgewählte CVP-Nationalrat Jacques Neiryndck tauschte sein letztes politisches Kapital gegen einen allerletzten Medienauftritt ein, indem er behauptete, die wählerstärkste Partei der Schweiz sei «faschistisch». Frank A. Meyer, in Berlin wohnhafter sozialdemokratischer Vordenker des Hauses Ringier, der täglich am Berliner Holocaust-Mahnmal vorbeigeht, brandmarkte die Volkspartei in der ARD als «mit Geranien garnierten Front national». Mit solch geschichtsvergessenen Unterstellungen schaden sich die Urheber vor allem selber. Oder hat in der Demokratie schon einmal jemand mit systematischer Wählerbeschimpfung einen Blumentopf gewonnen? (fsc)

Um ein Diplom in kreativer Auslegung des Wählerwillens bewirbt sich offenbar SP-Nationalrat und Unia-Senkrechtstarter Corrado Pardini. In der Sendung «Sonntalk» gab er



Geschichtsvergessen: Bärfuss (r.), Schawinski.



Hochprozentig: Unia-Chef Pardini.



Gegenwind: SRG-Chef de Weck.

zum Besten, siebzig Prozent der Wähler hätten die SVP nicht gewählt. Aus dieser Tatsache leitete er ab, eine Mehrheit der Wähler sei gegen die SVP, weswegen sich ja an den aktuellen politischen Verhältnissen und der Zusammensetzung des Bundesrats nichts ändern müsse. Dass seine eigene Partei, die SP, seit Jahrzehnten von über achtzig Prozent der Stimmenden nicht gewählt wird, sagte der schlaue Gewerkschaftsboss nicht. (fsc)

Noch mehr schlechte Nachrichten für **Roger de Weck**: Die Volksinitiative «No Billag», welche die Zwangsgebühr für den staatlich alimentierten Medienkonzern SRG hinwegfegen will, befindet sich auf dem besten Weg, bis Anfang Dezember die notwendigen 100 000 Unterschriften zu erreichen. Nach einem harzigen Start sind in den letzten Wochen landauf, landab engagierte Sammler der Jungfreisinnigen und der Jungen SVP unter der Ägide von Initiant **Olivier Kessler** ausgeschwärmt und haben das Vorhaben an Herbstmessen, Bahnhöfen und Sportveranstaltungen in die Nähe der Zielgeraden manövriert. (fsc)

Nachruf



Feuerwerk der Sinne: Schauspielerin O'Hara.

Maureen O'Hara (1920–2015) — In der Hochblüte von Hollywood wirkten Frauen wie Grace Kelly oder Deborah Kerr, als seien sie in ihren Cocktailkleidern zur Welt gekommen. Von dieser Grillroom-Chesterfield-Erotik war die gebürtige Irin Maureen FitzSimmons aus Dublin weit entfernt. Ihr Entdecker Charles Laughton verpasste ihr den Namen O'Hara; ein irisches Klischee. In «Der Glöckner von Notre Dame» (1939) spielte sie eine kratzbürstige, sehr irische Esmeralda. Das gefiel John Ford. In seinem Bergarbeiterdrama «How Green Was My Valley» (1941) blieb sie (wie auch später) eine Art Esmeralda. Dank der langjährigen Zusammenarbeit mit Ford wurde sie zur Ikone des Technicolor. Ihr feuerrotes Haar, ihre grünen Augen und ihre Pfefferschotenlippen wurden zum sinnlichen Feuerwerk, ganz besonders im Piratenfilm «The Black Swan» (1942). Sie, und weniger ihr Partner Tyrone Power, verkörperte die schillernde Buntheit des Kinos, den lodernnden Glanz funkelnder Geschmeide. Ihr treuester Filmpartner war John Wayne, mit dem sie fünf Filme drehte, auch dank John Ford, der heftig hinter Maureen her war, doch die wilde Dublinerin liess ihn abblitzen. Dafür, heisst es, habe er sie bei den gemeinamen Drehs, etwa bei «Rio Grande» (1950), sadistisch gestriezt. Von John Wayne wird überliefert, dass er gesagt habe: «Ich hatte viele Freunde und ziehe die Gesellschaft von Männern vor, abgesehen von Maureen O'Hara. Sie ist ein grossartiger Typ.» Einen Oscar erhielt sie nie. Erst 2014 einen Ehren-Oscar. *Wolfram Knorr*

DIE WELTWOCH

Alle Artikel an Lager.

Das Weltwoche-Archiv macht alle Beiträge der jüngsten Vergangenheit lebendig. Die einfache Volltextsuche garantiert schnelle Resultate. Abonnenten haben unbeschränkten Zugriff zu diesem einzigartigen Nachschlagewerk.



[www.weltwoche.ch/
die-weltwoche/
fruehere-ausgaben](http://www.weltwoche.ch/die-weltwoche/fruehere-ausgaben)

Schellen-Ursli Weg zum Glück

Von Rico Bandle — Das Kinderbuch verkaufte sich millionenfach, nun begeistert der Film Zehntausende von Kinobesuchern. Die von Alois Carigiet gestaltete Figur steht für eine selten gewordene Haltung, die auch den bemerkenswerten Lebensweg des Künstlers kennzeichnet: nicht jammern, sondern handeln.

Die Welt des Bergbuben Schellen-Ursli ist alles andere als eine Idylle. Ginge man heute so mit Kindern um, würde wohl das Jugendamt einschreiten. «Der Ursli hilft dem Vater recht / und dient ihm wie ein kleiner Knecht», lautet ein Vers von Selina Chönz, die die Geschichte geschrieben hat. Der kleine Uorsin, wie Ursli im rätoromanischen Original und auch im Film heisst, muss schon frühmorgens den Stall wischen, Kühe melken, dann für die Mutter Wasser holen, kochen und zu den Geissen schauen. Mit der Zipfelmütze, seinen weiten, aber kurzen Hosen, dem Jäckchen und den Nagelschuhen geht Ursli, ohne zu murren, seinen Pflichten nach – um sich dann frischfröhlich dem Spiel zu widmen.

Die Geschichte vom Bauernbuben, der beim traditionellen Glockenumzug Chalandamarz in Guarda nur die kleinste Schelle erhält, deshalb von den Kollegen als «Schellen-Ursli» verspottet wird – heute würde man sagen: gemobbt –, ist seit Generationen fester Bestandteil der Schweizer Kinderstuben. Wie Ursli der Schmach entgeht, wie er sich selbständig auf den gefährlichen Weg hoch zum Maiensäss macht, um die grösste Glocke von allen zu schnappen, fasziniert heute noch genauso wie vor siebzig Jahren, als das Bilderbuch herauskam. Allein auf Deutsch ist es bislang fast zwei Millionen Mal verkauft worden, in vierzehn Sprachen wurde es übersetzt, darunter auf Japanisch und Afrikaans. Die aktuelle Verfilmung durch Oscar-Preisträger Xavier Koller lockte in den ersten zwei Wochen bereits weit über 100 000 Besucher in die Kinos – ein Grosserfolg, wie ihn der Schweizer Film schon länger nicht mehr erfahren hat.

«Das war ich selber»

Seinen Ruhm verdankt «Schellen-Ursli» den grossartigen Illustrationen von Alois Carigiet, ausgedacht hat sich die Geschichte aber die Engadiner Dichterin Selina Chönz. Sie ist es auch, die den Anstoss zum Buch gab. 1939 traf sie sich erstmals mit dem Künstler: Im Zürcher «Café Nebelspalter» präsentierte sie ihm ihren in Unterengadiner Romanisch verfassten Text. Carigiet, der nicht aus dem reformierten Engadin, sondern aus dem katholischen Bündner Oberland stammte, wo ein ganz anderes romanisches Idiom gesprochen wird, war die Tradition des Chalandamarz nicht bekannt. Die Geschichte habe ihn trotzdem sofort gepackt, erzählte er später. Jedoch zögerte er mit der Zusage; in Kriegszeiten ein solches

Projekt in Angriff zu nehmen, sei ihm abwegig vorgekommen. Ganze fünf Jahre dauerte es, bis er die zwanzig Illustrationen zu seiner Zufriedenheit vollendet hatte. «Der Schellen-Ursli kam mir verwandt entgegen, das war ich selber, so sprang ich als Knabe herum mit den Kappennagelschuhen, den halblangen Hosen, mit dem *Tschoopen*», erklärte er.

Alois Carigiet wurde am 30. August 1902 in Trun als siebtes von elf Kindern geboren. Der Vater war Beamter, hatte als *mistral* (Landamann) das höchste politische Amt der Taltschaft inne. Auf Familienfotos macht die Familie mit ihren elf Kindern einen gepflegten, ja geradezu noblen Eindruck, weit entfernt von der bäurischen Schellen-Ursli-Ästhetik. Carigiet sprach in späteren Jahren trotzdem immer von sich als «Bauernbub». Er war oft bei seinem Onkel auf dem Hof und der kleinen Maiensäss-Berghütte, die etwa so ausgesehen haben muss wie jene im «Schellen-Ursli». «Diese Hütte, bis zu den russgeschwärzten Dachbalken angefüllt mit einem unverwechselbaren Gemisch von Gerüchen nach frischgehacktem Holz, saurer Milch, Sahne und Schotte, war in meinen Bubenjahren der Ort der Behaglichkeit und Geborgenheit schlechthin», schrieb er in seinen Erinnerungen. Dass er schon als kleiner Knabe hart mitanpacken musste, war selbstverständlich. «Ich war mei-

nes Onkels Anton kleiner Knecht, und ich war stolz darauf», erklärte er in seinem Hang zur Romantisierung der eigenen Kindheit.

Da die Geschichte des «Schellen-Ursli» rasch erzählt ist, wurde im Film einiges hinzuerfunden. Ursli's Familie wird vom Dorfkönig um ihren Alpkäse betrogen und ist dermassen arm, dass sich die Mutter in die Stadt zur Arbeit in der Fabrik aufmacht. Ähnliches erlebte auch Carigiet. Als er neun Jahre alt war, musste die Familie aus wirtschaftlichen Gründen nach Chur ziehen, wo der Vater eine neue Stelle antrat. Alois litt stark darunter: «Für mich war das eine Emigration in den Niedergang», so Carigiet.

Die Liebe zur heimatlichen Bergwelt schlummerte die nächsten Jahrzehnte in ihm, auch dann noch, als er sich in Zürich zum gefeierten Grafiker hochgearbeitet hatte. In den 1930er Jahren entwarf er Plakate für Modekonzerne, den Tourismus, gestaltete die Propaganda für die Sozialdemokraten («Lohnabbau nein») und für die Freisinnigen, die wiederum vor der «roten Wolke» warnten («Sie bringt Steuerdruck, Unruhe, Gefahr»). Vor allem aber erhielt er den offiziellen Auftrag zur Gestaltung des Plakats für die Landesausstellung 1939. Bis zu sechs Mitarbeiter beschäftigte Carigiet zwischenzeitlich in seinem gefragten Studio. Zudem gehörte er mit seinem Bruder,



«Bauernbub»: Illustrator und Maler Carigiet, Ende der sechziger Jahre.



Der Aufstieg ist lang, anstrengend und gefährlich: Carigiets «Schellen-Ursli».



Reduktion auf das Wesentliche.

dem Schauspieler Zarli Carigiet, zu den Mitbegründern des legendären Cabaret Cornichon und gestaltete die Bühnenbilder.

Trotz Ruhm und Erfolg im grossen Zürich: Glücklicherweise wurde er dort nicht. Nach achtzehn Jahren kehrte er zurück ins Oberland. Ein Traum, in welchem er sich in die Bergwelt versetzt sah, habe ihn zu dem Schritt bewogen. Erst liess er sich in Platenga (Obersaxen) nieder, dann richtete er im Bauernhaus seiner Grosseltern in Trun sein Atelier ein. Die Rückkehr sei die beste Idee seines Lebens gewesen.

Er wandte sich von der für ihn unbefriedigenden Auftragsgrafik ab und widmete sich fortan in der Abgeschiedenheit seiner wahren Berufung: der Kunstmalerei und der Gestaltung von Kinderbüchern. «Der Berg hatte mich wieder», schrieb er in seinen Erinnerungen.

Ursli's «magische Linie»

1945 erschien das «Schellen-Ursli»-Buch in den vier romanischen Idiomen sowie auf Deutsch. Die erste Auflage war innert Kürze

ausverkauft – der Bub mit der Zipfelmütze erlebte einen Siegeszug durch die Kinderzimmer, erst in der Schweiz, dann auch im Ausland. Carigiets schlichte, aufs Wesentliche reduzierte Illustrationen wurden zum nationalen Kulturgut.

Die Bilder haben es in sich: Als Carigiet sie entwarf, befand er sich biografisch an der Schwelle vom Gebrauchsgrafiker zum Kunst-

Trotz Ruhm und Erfolg im grossen Zürich: Glücklicherweise wurde Carigiet dort nicht.

maler. Wie er es als Grafiker gewohnt war, schnitt er einzelne Bildelemente aus, schob sie herum, bis er die perfekte Komposition gefunden hatte. Bei seinen späteren Kinderbüchern war er bereits viel mehr der Kunstmaler, die Bilder sind weniger plakativ, weniger einprägsam, obschon auch sie sich gut verkauften.

Nicht nur die Bebilderung, die ganze Handlung ist durch eine Reduktion auf das Wesent-

Die Zeitung macht mobil.



Die «Schweiz am Sonntag» lässt Ihnen alle Freiheiten. Ganz gleich ob Sie daheim bleiben, einen Ausflug planen oder ins Café wollen – Ihre «Schweiz am Sonntag» kommt via Tablet oder Smartphone einfach mit. Buchung im App Store oder bei Google Play.

www.schweizamsonntag.ch

che bestimmt. Ursli ist das einzige Kind in der Familie, seine Schwester Flurina ist im ersten Buch noch inexistent, ebenso im Film. Die Geschichte ist einfach und klar – und trotzdem tiefgründig. Ursli steht mit der kleinsten Glocke da, ausgegrenzt und gedemütigt. Doch er will die Schmach nicht auf sich sitzen lassen. «Er wär bereit zu einer Tat, / doch weiss er lange keinen Rat», heisst es im Text. Dass er zu den Eltern oder zum Lehrer gehen könnte, um sein Leid zu klagen, kommt ihm gar nicht erst in den Sinn. Stattdessen erinnert er sich an die grosse Glocke, die im familieneigenen Maiensäss hängt. Auf dem Bild sieht man Ursli traurig auf einem Grasfleck sitzen, hinter ihm markiert ein Zaun die Dorfgenze – für den renommierten Kinderbuchexperten und «Schellen-Ursli»-Kenner Hans ten Doornkaat ist das eine «magische Linie», die es zu überschreiten gilt. Das Tor im Zaun steht symbolhaft halb offen: Der Weg wäre im Grunde frei, man muss sich nur getrauen. Ursli macht sich, ohne zu zögern, auf den gefährlichen Weg. Mit letzter Kraft schafft er es zur Abenddämmerung zum Maiensäss, durchs Fenster steigt er in die abgeschlossene Hütte und erblickt freudig die Glocke.

Dieser Aufstieg, über den so wunderbar windschief gezeichneten Steg, ist das Herzstück der Geschichte: Ursli findet sich nicht einfach mit seinem Schicksal ab; anstatt zu jammern, sich in seinem Opferdasein zu suhlen, wie das heute Mode ist, läuft er los, sogar ohne um Erlaubnis zu fragen. Der Weg ist lang, anstrengend und gefährlich – und doch die Quelle höchster Zufriedenheit. Das Glücksgefühl, als er in der Hütte, erschöpft auf der Glocke liegend, in einen tiefen Schlaf versinkt, ist unermesslich: Er hat es ganz aus eigener Kraft geschafft!



Anstoss zum Buch: Engadiner Autorin Chönz.



Politische Carigiet-Plakate: Sujets für die SP ...

Ursli's Weg zum Maiensäss ist ein Weg zu seinem innersten Selbst: Ursli hat zur Glocke gefunden so wie Carigiet zurück in die Bergwelt.

Anders als im Buch kommt Ursli im Film beim Aufstieg unter eine Lawine, sein Freund,

Die Kritik, das sei einbalsamiertes Alpenkitschkin, perlt bei den Zuschauern ab.

der Wolf, buddelt ihn wie ein Lawinenhund aus. Regisseur Xavier Koller macht damit aus der Geschichte ein Märchen, die Botschaft bleibt aber dieselbe. Carigiet war ein Traum bei der Selbstfindung behilflich, Ursli ist es nun der Wolf.

«Kampf gegen Pessimismus»

Überhaupt ist der Film sehr gut gelungen, die Ergänzungen zum Buch sind stimmig. So erhält Ursli nicht einfach die kleinste Glocke, weil er der Letzte in der Reihe ist, sondern weil ihm der verwöhnte Sohn des hinterhältigen und wohlhabenden Dorfkönigs die ihm zustehende wegschnappt. Das Ungerechtigkeitsempfinden erfährt dadurch eine Steigerung – umso mehr fiebert man mit dem mutigen Buben mit.

Zudem bekommt Ursli im Film mit Seraina eine beste Freundin zur Seite. Das Verhältnis der beiden erinnert an jenes zwischen Geissenpeter und Heidi – eine bewährte Konstellation, höchstens die Macher des «Heidi»-Films, der im Dezember in die Kinos kommt, dürfte sie weniger erfreuen. Die Kritik, das sei einbalsamiertes Alpenkitschkin, perlt bei den Zuschauern ebenso ab wie vor dreissig Jahren die Warnung von Reformpädagogen, Schel-



... und den gegnerischen Freisinn.

len-Ursli sei von einem falschen Geltungsdrang getrieben und setze für ein Statussymbol leichtfertig sein Leben aufs Spiel.

Alois Carigiet litt im Alter zunehmend an Schmerzen, konnte nur noch an Stöcken gehen. Er glaubte, seine Gebrechen hätten mit giftigen Chemikalien zu tun, die er für seine grossen Wandmalereien gebraucht hatte. Die lebensbejahende Einstellung kam ihm dadurch nicht abhanden. Anstatt zu resignieren, arbeitete er intensiver denn je. «Mein heutiges [Engagement] gilt dem Kampf gegen Pessimismus, gegen Hoffnungslosigkeit, gegen alles Morbide und gegen die durch kalten Intellekt gesteuerte Aushöhlung», schrieb er. Da war er wieder, der Geist des Schellen-Ursli.

Bilderbücher:

Die «Schellen-Ursli»-Trilogie («Schellen-Ursli», «Flurina und das Wildvöglein», «Der grosse Schnee») von Selina Chönz und Alois Carigiet, sowie die drei weiteren Carigiet-Bilderbücher («Zottel, Zick und Zwerg», «Maurus und Madleina», «Birnbäum, Birke, Berberitze») sind im Orell-Füssli-Verlag erschienen.

Film: Schellen-Ursli. Regie: Xavier Koller. Jetzt im Kino.

Ausstellungen:

Alois Carigiet – Kunst, Grafik & Schellen-Ursli. Landesmuseum Zürich, bis 3. Januar 2016. Begleitpublikation herausgegeben von Hans ten Doornkaat. Orell Füssli. 112 S., Fr. 19.80

Vom Uorsin zum Ursli – Der romanische Weltbestseller wird 70. Kantonsbibliothek Graubünden, Chur, bis 30. Dezember.



Jenseits von Schön, Gut, Böse: Kinder am Chalandamarz in Guarda GR.

Traditionen

Kastanien, Speck und Schlagrahm

Von Romana Ganzoni — Der durch den «Schellen-Ursli» bekannt gewordene Brauch Chalandamarz ist für die Kinder im Engadin einer der Höhepunkte des Jahres. Für ihre Eltern ist er der eigentliche Höhepunkt des Lebens.

Eltern sind für ihre Kinder eine latente Plage. Der Ausbruch lässt sich selten datieren. Im Engadin schon. Dort werden die Eltern am 1. März termingerecht unerträglich, sie wollen an allen Jahrhundert-Chalandamarzen teilgenommen haben, zu einer Zeit, als der Mensch zum Trottinettfahren noch keinen Helm aufsetzen musste, als er so viele Mars und Milkyways essen, so viel Rivella und Orangina trinken durfte, wie er wollte. Keiner war Übergewichtig. Die Grossmutter ging damals nicht ins Fitnesscenter, sie unternahm keine Weltreise mit dem zwanzig Jahre jüngeren Freund, sie buk den ganzen Winter Fuatscha grassa, und am 1. März kochte sie das traditionelle Chalandamarz-Essen für zwölf Personen, Chastagnas cun latmielch: caramelisierte Kastanien, Speck, Schlagrahm, dazu weisse Brötchen und viel Veltliner. Damals habe es noch keine Allergien gegeben, sagen die Eltern.

Früher sei es eine Ehre gewesen, sich die Füsse abzufrieren und unter der grössten Plumpe zusammenzubrechen. Die *marusa* (die Liebste) munterte auf, das musste reichen. Sagen die Eltern. Böse Zungen behaupten, es gebe im Engadin deshalb keine Midlife-Crisis. Die Chalandamarz-Neurose beschütze mittel-

Carigiets Blick steht für den Blick von aussen, den fremden Blick, der eine Welt entdeckt.

alterliche Menschen vor allerlei neumodischer Unbill. Noch böse Zungen behaupten, die Chalandamarz-Neurose treibe Paare dazu, Kinder im April zu zeugen, damit diese im Januar geboren werden, so früh wie möglich, denn der Erstgeborene des Jahrgangs wird *sain* (Senn), das ist der Chef des Chalandamarz.

«Wer will nicht *sain* sein», fragen die Eltern, als das Kind dankend verzichtet. Sie verstehen die Welt nicht mehr.

Früher hätten sich alle Kinder viele Monate vorher schon darauf gefreut, die Tage gezählt bis zum Glanzpunkt des Jahres, als *plumpas*, *zampuogns*, *s-chellas*, *talacs*, *brunzinas*, Knarren, Klappern und Peitschen dem Winter den Garaus machten. Sagen die Eltern. Das Kind, das soeben einen schulischen Vortrag zum Brauchtum hören musste, kontert, die Grundidee sei nicht, den Winter zu vertreiben. Das sei nicht korrekt. «Was, nicht korrekt? Es gibt nichts Korrekteres! Die zersetzende Rede des Historikers hat das Kind ideologisiert», sagt die Mutter. «Du hast ein Imageproblem in der Familie», sagt der Vater. «Krachende Knabenumzüge gehörten ursprünglich zum Totenkult, der Dämonen banne», sagt das Kind. Das Anschellen eines

Schneehaufens sei rührend, aber ein lächerliches Unterfangen, das ins Reich des Abergläubens gehöre. «Blablabla», sagen die Eltern. Bis sie kapierten, das Kind versteht ja den Chalandamarz: Es widerspricht!

Das Ritual hält die Kinder nicht als Beschenkte, Gefoppte oder Geherzte passiv im Zentrum, sie agieren, stellen sich dar, der Zuschauer bezeichnet dies gerne als etwas Schönes, das zu bewahren sei. Der Brauch ist nostalgisch und moralisch aufgeladen. In einer Mischung aus Bewunderung und Belächeln stellt sich beim applaudierenden auswärtigen Publikum der Heile-Welt- oder Kitsch-Effekt ein. Wahre Swissness. Zu konservativ. Jenseits von Schön, Gut, Böse, steht die sinnliche Erfahrung, emotionale und körperliche Spannung in einem ausseralltäglichen Kontext, gerade in Gemeinden, die genügend Buben haben für den Umzug. Ein Tag im Jahr mit klarer Rollenteilung.

«Auf mit den Zigerköpfen!»

In Samedan fragt der Bub das Mädchen, ob es ihm die *rösas*, die Papierblumen, herstelle, das Mädchen nimmt an, je nach Benehmen des Jungen, Selektion liegt in ihrer Hand, in ihrem Blick, er muss sich übers Jahr bewähren. In Celerina lädt das Mädchen zusätzlich zum Mittagessen. Beim Ball trägt es seinen Hut, zusammen stampfen sie die mitternächtliche Polonaise. An beiden Orten singen die Mädchen tagsüber mit, aus qualitativen Gründen, mehrheitlich stehen sie an der Strasse und beäugen die Jungs. Die haben sich nach Grösse der Glocken aufgestellt, sie zeigen, was sie zu schleppen vermögen, symbolisch schwingt gegossene Potenz um ihre Hüfte.

Die Schuljugend treibt Geld ein, fordert Esswaren, meist SüsSES, raucht und trinkt, scherzt, spottet, lädt zum Ball: ein Fest der Jugend an einem Tag, der im Römischen Reich und bis in die Frankenzeit als Neujahr begangen wurde. Dieses verschob sich ab Mitte des achten Jahrhunderts in die Weihnachtszeit. Die Geister reisten mit, sie rumoren nun auch während der zwölf Weihnachtstage und Raunächte. Charles Dickens setzte ihnen in «A Christmas Carol» ein besonderes Denkmal, er führte sie im Gestern, Heute und Morgen zusammen. An Silvester werden die Geister zwischen den Jahren nicht mehr mit Schellen und Peitschen vertrieben, Geböllere, Raketen und bengalischer Zauber bedeuten ihnen zu verschwinden.

Am 1. März wurde in ganz Graubünden lange die wichtigste Gemeindeversammlung des Jahres abgehalten: Amtsübergabe, Rechnungsablage, Revision der Satzungen. Private bestellten Alpknechte oder kündigten Pachtverträge. Wenn die Buben im Ardez des 19. Jahrhunderts den ersten Tag von insgesamt drei Tagen Chalandamarz gefeiert, wenn sie getanzt und genug Glühwein getrunken hat-

ten, riefen sie den Würdenträgern zu: «Sü magliaders, jo bavaders, sü tschigruns, jo magliadrans! – Auf mit den Fressern (dem neuen Vorstand), nieder mit den Säufnern, auf mit den Zigerköpfen, nieder mit den Vielfressen!» Hierarchien verwischen sich nicht nur zwischen Erwachsenen und Kindern, auch unter Gleichaltrigen kann der sonst Unterprivilegierte ein valabler *sain* werden. Etwas von dieser anarchischen Grundstimmung ist im bekannten Chalandamarz-Lied enthalten, das mit der Drohung endet, wer nichts gebe, solle vom Wolf gefressen werden. Zwischendurch sei der Chalandamarz abgeschafft worden, wie das Kind weiss und die Eltern verdrängen. Als Mars- und Milkyway-Gewächse der Siebziger des vergangenen Jahrhunderts hatten sie in Scuol und Celerina Redesign und Einführung des Brauchs mehr als zehn Jahre früher nicht mitbekommen. Zum Glück!

Erinnert das Kind den Vater an Demütigungen (als der Lehrer diesen angebrüllt hatte, weil er nicht als brave Kuh in der Reihe gelaufen war, sich vielmehr einen Platz weiter vorne ergatterte, wie der Hirt ihm eine scheuerte und Gian das Wienerli beim «Cresta Palace» stahl), sagt der: «Ach!» Oder die Enttäuschung, als der Vater nur ein Pferd sein durfte, fast keine SüsSigkeiten bekam oder, ein paar Jahre früher, den hässlichen *talac* nehmen musste, der «sbügnö e roch scu üna s-chacla» war, wie es in «Uorsin», dem weltbekannten «Schellen-Ursli» von Alois Carigiet und Selina Chönz heisst: «zerbeult und mit dem hohlen Klang einer Blechbüchse». Ein wunderbares Bilderbuch, das einen Blick nach Guarda wirft, einen Ausschnitt zeigt, den Chalandamarz vereinfachen muss; er ist in jedem Dorf anders. «Es ist kompliziert», sagt der Vater. Niemand wür-



Autorin Ganzoni am Chalandamarz, um 1970.

de mit dem Gestank rechnen, wenn die Buben in Ftan, wo das Element der Fastnacht stark vertreten ist, am 1. März auf die Mädchen mit einer wassergefüllten Schweinsblase losgehen, anstatt, wie in Guarda, brav um einen Brunnen zu laufen, was scheinbar auch vor 1945 Brauch war. Ein gutes Sujet der geistigen Landesverteidigung – und viel mehr als das.

Der Wildeste unter den Wilden

Für Einheimische spielt die kräftige Geschichte in bekannter Umgebung. Das gefällt zusätzlich zu Bild, Sprache, Plot hiesigen Kindern und allen andern. Die Identifikation mit der Darstellung des Brauches scheint aber nicht sehr hoch, Carigiets Blick steht für den Blick von aussen, den fremden Blick, der eine Welt entdeckt, fast so überraschend wie die «wilden Kerle», die der Held Max zählt. Im «Schellen-Ursli»-Buch geht es vor allem um die Angst, nicht zu bestehen, um Mut, Abenteuer. Der Bub ist «ün mat scu ün homin, ün pitschen hom», ein kleiner Mann. Sein Merkmal: die blaue Mütze mit dem ausgebleichten Zipfel. Auch der nicht weniger berühmte Max ist so ein Männlein. Im gleichen Alter wie Uorsin, überwindet er in Traum und Fantasie seine Frustration im engen Heim, er wird der Wildeste unter den Wilden, als er dort hingehet, «Where the Wild Things Are» (Maurice Sendak, 1963). Max trägt vor der Reise ein Wolfskostüm, ein Tiertotem, das Stärke bringt. Bei Uorsin liegt sie im Namen: kleiner Bär. Dazu kommt die Glocke mit dem kräftigen Klöppel. Max und Uorsin bekommen nach bestandem Abenteuer ein duftendes Essen, nährende Anerkennung von Familie und Gemeinschaft, bei Uorsin fällt auf, wie sehr dabei Elternschaft und die Rolle des Vaters betont wird.

Zurück zu den Eltern mit der Neurose: Die Mutter trottete in Scuol am gemischten Chalandamarz-Umzug mit. In der Karre, die durchs Dorf gezogen wurde, sassen Knaben. Die Mutter fühlte sich nicht diskriminiert, sie hätte einfach lieber zugeschaut. Ein Foto zeigt sie am *ballin*. Lackschuhe, weisse Strümpfe, fette Beinchen, ein rotes Kleid darüber, Zapfenlocken, vor einer Orangina-Flasche kniend, sie saugt am Röhrl. Toll vor allem die Mütter im Hintergrund, alle gut frisiert. «Meine Mutter war die Schönste», sagt die Mutter.

Die Eltern tragen eine kleine rote *rösa* am Revers, sie sind nervös, das Kind steht verschlafen in der Dämmerung. Dann spricht es in die Kälte, seine Worte gefrieren in der Luft: «Ich weiss, ihr seid hier die Fans. Ich warne euch. Keine Daumen in die Höhe, kein *high-five*, kein Yolo! Sonst reisst euch der Wolf!»

Romana Ganzoni ist Schriftstellerin. Sie ist in Scuol aufgewachsen. Heute lebt sie in Celerina.

Hamm erwacht

Von Henryk M. Broder —
Buchhändler gegen Autor
Akif Pirinçci.



Falls Sie, meine verehrten Leser in der Schweiz, nicht wissen, wo die Stadt Hamm liegt, machen Sie sich nichts daraus, die meisten Deutschen wissen es auch nicht. Hamm

ist eine kreisfreie Stadt in Nordrhein-Westfalen, hundert Kilometer nordöstlich von Düsseldorf und siebzig Kilometer südöstlich von Bielefeld am östlichen Rand des Ruhrgebiets. In Hamm leben 177 000 Menschen, damit belegt die Stadt den 43. Platz auf der Liste der grössten Städte der Bundesrepublik.

Mehr gibt es über Hamm nicht zu sagen.

Vielleicht noch dies: Die Hammer Buchhändler sind grosse Idealisten. Sie handeln nicht mit Büchern, deren Autoren ihnen unsympathisch sind. Erst kommt die Moral, dann das Geschäft. Das hat jetzt der deutsch-türkische Autor Akif Pirinçci zu spüren bekommen. Er war so blöd, auf einer Pegida-Kundgebung eine unsägliche Rede zu halten. Worauf ihn die Hammer Buchhändler, wie die Lokalausgabe der *Westdeutschen Allgemeinen* berichtet, zur Persona non grata erklärten. Margret Holota, «die in der Fussgängerzone zwei Buchhandlungen betreibt», meint: «Geldverdienen hat Grenzen», und erinnert daran, «dass sie schon das 2010 erschienene antiislamische Dossier «Deutschland schafft sich ab» von Thilo Sarrazin nicht geführt hat». Heike Hüser von der Buchhandlung Peters «würde es nicht ablehnen, ein Pirinçci-Buch zu bestellen», wenn es denn «von einem Kunden» gewünscht würde. Dann würde sie allerdings gerne «über den Inhalt diskutieren», den Kunden also eines Besseren belehren.

Das wäre Friedhelm Nonte, dem Besitzer eines Antiquariats, nicht genug. Er wollte «ein Zeichen setzen» und kündigte an, seinen «Bestand von Akif Pirinçci öffentlich zu schreddern». Von der Idee nahm er erst Abstand, als ihm klargemacht wurde, dass auch in Hamm 1933 eine öffentliche Bücherverbrennung stattgefunden hatte, auf dem Exerzierplatz mitten in der Stadt, wo ein Denkmal an den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 erinnert. Er hätte nicht gedacht, so der Bücherwurm, dass seine Aktion «solche Wellen» schlagen würde.

Schrecklich, so etwas. Verbrennen geht nicht, vierteilen auch nicht. Bleibt nur eine Option: so lange recyceln, bis der Titel passt. Wie wäre es mit «Unser Kampf»?

Ausweg aus dem Teufelskreis

Von Kurt Schiltknecht — Seit dreissig Jahren haftet der Steuerzahler für die Risiken in den Bankbilanzen. Mit einer Eigenkapitalquote von mindestens zehn Prozent wäre das Problem entschärft.

Die Bankenkrise von 2007 hat viele Mängel der Bankenregulierung ans Tageslicht gebracht. Vor allem hat sich die Zusicherung der führenden Notenbanken anlässlich der Schuldenkrise in Lateinamerika am Anfang der 1980er Jahre als fundamentaler Fehler erwiesen, die grossen Banken unter keinen Umständen fallenzulassen. Dank dieser Garantie konnten, vom Markt unkritisch beobachtet, die grösseren Banken ihre Bilanzsummen aufblähen und riesige Risiken eingehen. Kläglich gescheitert ist auch der Versuch der Aufsichtsbehörden, die Eigenkapitalanforderungen entsprechend dem Risiko der Aktiven abzustufen.

Die Banken nutzten den Regulierungsspielraum. Sie entwickelten Produkte mit scheinbar geringem Risiko und entsprechend niedriger Eigenkapitalunterlage. Als sich dann die Risiken, insbesondere diejenigen der hypothekarisch gesicherten Wertpapiere, manifestierten, reichte bei einigen Banken das extrem niedrige Eigenkapital nicht mehr zum Überleben. Die Staaten und Notenbanken mussten ihre Garantie einlösen und den Banken unter die Arme greifen.

Das Ausmass der jüngsten Bankenkrise gab jenen recht, deren Warnungen seit den 1980er Jahren von den Aufsichtsbehörden in den Wind geschlagen wurden. Plötzlich forderten Politiker aller Schattierungen eine umgehende Lösung des *too big to fail*-Problems. Seit diesem Aufschrei sind acht Jahre vergangen, und es kommt der Verdacht auf, dass auch diesmal das Problem ungelöst in Vergessenheit geraten könnte.

Es wäre falsch, zu behaupten, dass die Politiker und Regulatoren völlig untätig waren. Auf der positiven Seite kann man vermerken, dass durch die Aufspaltung der Banken in nationale Einheiten die Risiken für die einzelnen Länder, insbesondere für die Schweiz mit ihren beiden Grossbanken, gesunken sind. Verschwunden sind sie aber nicht. Die bisherigen bescheidenen Erhöhungen der Eigenkapitalanforderungen auf internationaler Ebene haben die Banken ebenfalls etwas stabiler gemacht. Auch wenn die Schweiz die ungewichtete Eigenkapitalquote nun auf fünf Prozent erhöht hat und damit international einen Spitzenplatz einnimmt, sind die Quoten noch viel zu niedrig.

Solange sie deutlich unter zehn Prozent liegen, werden die Banken auch bei der nächsten grossen Immobilien- oder Schuldenkrise nur

mit Hilfe der Notenbanken und Staaten über die Runden kommen. Der Internationale Währungsfonds hat die Verluste der führenden amerikanischen Banken während der jüngsten Krise auf durchschnittlich sieben Prozent der Aktiven geschätzt. Vor diesem Hintergrund sind Eigenkapitalquoten in der Grössenordnung von zwei bis sechs Prozent unzureichend.

Geldpolitische Hebel zurückerobern

Wie wichtig ein gutes Eigenkapitalpolster ist, zeigt die Erfahrung der Schweizer Banken am Anfang der 1990er Jahre. Damals verfügten diese im Gegensatz zu heute über ausreichend eigene Mittel, um die Verluste im Hypothekengeschäft von rund fünfzig Milliarden Franken oder zehn Prozent ihrer Bilanzsumme aufzufangen. Gemessen an den damaligen Verlusten, nimmt sich das heute in der Schweiz für Hypotheken zu unterlegende Eigenkapital lächerlich klein aus.

Eine hohe Eigenkapitalausstattung ist auch für die Wirtschaft von Bedeutung. Banken, die höhere Eigenkapitalquoten halten müssen, sind risikofähiger und können bei einer expansiven Geldpolitik ihr Kreditangebot ausweiten. Davon profitiert dann die Wirtschaft. In den Ländern, in denen die Aufsichtsbehörden mit mehr Überwachungsbürokratie und einer differenzierten Berechnung der Eigenkapitalausstattung eine rasche Erhöhung der Eigenkapitalquote vermeiden wollen, sind die Banken hingegen weniger risikofähig. Einige versuchen, durch ein Schrumpfen der Bilanz oder durch die Verringerung des Kreditangebotes ihre Eigenkapitalquote zu verbessern. Dies wirkt sich, wie ein Vergleich zwischen den USA und Europa zeigt, negativ auf das Wirtschaftswachstum aus.

Der Wirkungsgrad von geldpolitischen Massnahmen wie Zinsänderungen könnte mit höheren Eigenkapitalquoten erhöht werden. Wegen des weltweiten Widerstands der Banken konnte dies bisher nur ungenügend realisiert werden. Dafür pumpeten die Notenbanken so viel Liquidität in die Märkte, dass Fehlentwicklungen auf den Finanz- und Immobilienmärkten unausweichlich sind. Entsprechend nimmt das Risiko einer neuen Bankenkrise zu. Anstelle einer immer weiteren Ausdehnung der Liquidität wäre eine schnelle und starke Erhöhung der Eigenkapitalquote entschieden der bessere Weg.



Die Clintons sind wieder obenauf

Von Hansrudolf Kamer — Für Hillary Clinton läuft es wie geschmiert. Aus dem Bengasi-Hearing ging sie als Siegerin hervor, in der ersten TV-Debatte gab Bernie Sanders klein bei. Joe Biden verzichtet auf eine Kandidatur.



Es herrscht Wahlkampf in Amerika, und alles, was nur entfernt politischen Charakter hat, wird unter diesem Gesichtspunkt beurteilt. So konnte die demokratische Prä-

sidentschaftsanwärterin Hillary Clinton, die letzten Montag ihren 68. Geburtstag gefeiert hat, vor dem Untersuchungsausschuss zur Bengasi-Affäre alle Vorwürfe magistral beiseitewischen. Was sie sagte, spielte dabei weniger eine Rolle, als wie sie es sagte.

Die Faktenlage war und ist eigentlich klar. Am 11. September 2012 wurden der amerikanische Botschafter in Libyen, Chris Stevens, und drei weitere Amerikaner von Terroristen ermordet. Präsident Obama und auch die damalige Aussenministerin Clinton behaupteten dagegen öffentlich, das antiislamische Video «Innocence of Muslims» sei für spontane, unvorhersehbare Attacken erregter Mobs in Ägypten und andern Ländern verantwortlich gewesen – so auch in Libyen.

Es war die Schlussphase des Präsidentenwahlkampfes in jenem Jahr. Obama hatte geltend gemacht, al-Qaida sei nach der Tötung Osama Bin Ladens praktisch besiegt. Auch hatte er mit Blick auf den arabischen Frühling eine Gutwetterpolitik gegenüber allen muslimischen Bewegungen – auch radikalen – eingeleitet. Deshalb waren kurz vor der Wahl Beweise des Gegenteils – wie ein Al-Qaida-Angriff in Bengasi – höchst unerwünscht.

Die Administration verstrickte sich in Widersprüche, rettete sich aber über den Wahltag hinaus und brachte den Sieg ins Trockene. Inzwischen hat es eine Reihe von offiziellen Untersuchungen gegeben – eine des Aussenministeriums und andere des Kongresses. Doch, wie es bei Skandalen à l'américaine immer heisst, Fragen blieben offen. Also wurde weitergegraben.

Die einfache Antwort auf alle diese Fragen ist natürlich, Obama wollte die Wahlen gewinnen und Clinton ihre Ambitionen schützen. Doch das Washingtoner Treibhausklima kapriziert sich nun einmal auf politische Untersuchungsausschüsse, um das Thema am Kochen zu halten – Demokraten und Republikaner benützen das Werkzeug regelmässig und gerne.

Hillarys Auftritt letzte Woche wurde von der *New York Times* als souverän und präsidial beurteilt, nicht etwa deshalb, weil sie begangene Fehler einräumte oder die Sachlage richtigstellte, sondern weil sie Ruhe bewahrte und trotz ihres reifen Alters die stundenlange Prozedur ohne sichtbare gesundheitliche Einbussen durchstand. Die republikanischen «Inquisitoren» wurden als «Gang» diffamiert. Es war ein Sieg der typischen Clinton-Art auf der ganzen Linie.

Was die Fakten betrifft: Beim Hearing wurde klar, dass Hillary sehr wohl wusste, dass es sich in Bengasi um eine Attacke von al-Qaida gehandelt hatte. Verschiedene E-Mails auf ihrem privaten Server, die sie dem Staatsdepartement vorenthalten hatte, belegten dies. Öffentlich dagegen hatte sie die Video-Version vertreten. Diesbezügliche Fragen konterte sie am Hearing routiniert. Dennoch haben Umfragen ergeben, dass ihre Glaubwürdigkeit ramponiert sei.

Gleichwohl läuft es für Hillary zurzeit exzellent. Ihrer Krönung scheint nichts mehr im Wege zu stehen. In der ersten Debatte der Demokraten gab ihr einziger realer Gegner, Bernie Sanders, klein bei. Das Bengasi-Hearing konnte sie zusammen mit ihren publizistischen Hilfstruppen als neuen Beweis der «enormen rechten Verschwörung» brandmar-

ken. Und Vizepräsident Joe Biden gab bekannt, er werde nicht antreten. Er hatte vorher angesichts zunehmender Schwächezeichen Clintons eine Kandidatur erwogen.

Der Kontrast zu den Republikanern ist überdies augenfällig. Diese benützen gegenwärtig im Kongress ihre Mehrheiten dazu, sich gegenseitig zu bekämpfen. Im Wahlkampf führen Donald Trump und Ben Carson, was der Seriosität des Ganzen keinen Dienst erweist. Alles scheint für Hillary angerichtet.

Rhetorische Plattitüden

Die Clintons sind aber nur stark in der Verteidigung. Ihre Gegner – Republikaner wie Demokraten – scheinen das nie zu begreifen. Dass sich eklatante Inkompetenz wie jene Hillarys im Bengasi-Dschungel oder generell in «ihrer» Aussenpolitik im Laufe des Wahlkampfes früher oder später von selber entlarvt, ist reines Wunschdenken.

Doch bei Präsidentenwahlen geben die Amerikaner, was die Aussenpolitik betrifft, meistens ein Votum darüber ab, was in den vergangenen vier oder acht Jahren erreicht wurde und was nicht. Dann wird es für Hillary eng. Es genügt dann nicht, die Republikaner als Cowboys und gleichzeitig als kriegstreibende Ideologen zu beschimpfen.

Hillary Clinton war in Obamas erster Amtszeit nominell für eine Aussenpolitik verantwortlich, die ausser rhetorischen Plattitüden über «soft power», globales Regieren und multilaterale Institutionen nichts zu bieten hatte. Auf der Welt hinterliess sie einen Berg von Problemen, der alles Bisherige in den Schatten stellt. Bengasi könnte mit voller Wucht – *with a vengeance*, wie es auf gut Amerikanisch heisst – zurückkommen.



Bengasi könnte mit voller Wucht zurückkommen: Clinton beim Hearing, 22. Oktober 2015.

Aussensicht mit Vorurteilen

Von Christoph Mörgeli

Zu Beginn der achtziger Jahre berichtete sein Auslandskorrespondent des Nachrichtenmagazins *Spiegel* über Studentenproteste gegen den «Schweizer Bildungsminister Albert Gilgen». Gemeint war der Zürcher Erziehungsdirektor Alfred Gilgen. Bei solchem journalistischen Feinhandwerk fragte man sich unwillkürlich, welchen Unsinn die *Spiegel*-Korrespondenten ihren ahnungslosen Lesern wohl über Bergkarabach oder Burkina Faso vorsetzen. Dabei hätten solche Berichterstatter die wichtige Aufgabe, das Heimpublikum sachgerecht über Vorgänge in fremden Ländern zu informieren.

Da war etwa Wolfgang Koydl, Schweiz-Korrespondent für die *Süddeutsche Zeitung*. Der weltgewandte Koydl zog neugierig hierher, liess sich auf die Eingeborenen und deren seltsame Gebräuche ein und erklärte seinen Lesern mit Verständnis und Humor, warum die Schweizer anders ticken. Sein Buch «Die Beserköner» geriet zur Liebeserklärung an das Gastland. Doch das war's wohl nicht, was seine Chefs in München lesen wollten. Koydl arbeitet heute nicht mehr für die SZ. Sondern für die *Weltwoche*.

Seiner Nachfolgerin als Schweiz-Korrespondentin, Charlotte Theile, wird solches nicht passieren. Auch sie geniesst zwar die hiesige Lebensqualität, schreibt aber genau das, was die Leser der *Süddeutschen* schon immer wussten. So vermeldet Theile nach den SVP-Wahlen den «Sieg der Rechten mit ihren Angstparolen». Sie tadelt die Schweiz wegen deren «restriktivem Umgang mit den Flüchtlingen» und bedauert die «Schweizer Finanzministerin im Visier der Rechtspopulisten». Christoph Blocher ist ein «Underdog-Politiker», Toni Brunner «spricht Hochdeutsch, aber nicht gern».

Derselbe Meister des limitierten Fachs ist Johannes Ritter, Schweiz-Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Auch Ritter bedient die platten Vorurteile seiner deutschen Leser weit über die Schmerzgrenze: «Die Schweizer sind am reichsten.» – «Die Schweizer horten Bargeld.» – «Zuwanderungsinitiative: Die Schweiz sägt am eigenen Ast.» – «Schweizer Käse, wo sind die Löcher hin?» Die *Weltwoche* sei «die Prawda der SVP». Blocher habe «polemisiert und polarisiert» – dabei sei er «Pastorensohn». Zum Glück gab's aus Bundesrat Ueli Maurer keinen Uli. Denn für Uli kennt FAZ-Korrespondent Ritter noch weniger Pardon: «Die Bank, die von Hoesess profitiert.»

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Papa Moll endlich Bundesrat?

Von Peter Bodenmann — Der Freiburger Jean-François Rime steht wieder in den Startlöchern.



Zweiter Samuel Schmid: SVP-Nationalrat Rime.

Wer Wahlen gewinnt, verliert leicht die Bodenhaftung. Dies geschah 2007 Christoph Blocher. Neu gibt es – CVP-U-Boote mitgerechnet – eine stabile rechte Mehrheit. Wird sich deshalb viel ändern?

Die Erhöhung der AHV-Renten um bescheidene 70 Franken ist gestorben. Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre wird an der Urne scheitern. Alles bleibt absehbar, wie es war.

Mehr Mittel für die heute absurd hohen Einspeisevergütungen wird es nicht geben. Spielt ökologisch keine Rolle, weil Strom aus Sonne und Wind dank dem technischen Fortschritt laufend billiger wird. Der Schweizer Atomkraftwerkpark – der älteste der Welt – wird wie der in Schweden schrittweise stillgelegt, weil sich Nachrüstungen nicht mehr rechnen.

Die Deindustrialisierung der Schweiz ist in vollem Gang. Bis Jordan und Zurbrügg das Handtuch werfen, wird es noch etwas dauern. Weil die Linke das Thema verschlafen hat.

Unter dem Strich bleibt nur die Europafrage strittig. Mit Ausnahme der SVP wollen alle Parteien die Masseneinwanderungsinitiative verdünnt umsetzen. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer wird das schlucken. Genauso, wie sie das Ende des Steuerhinterziehergeheimnisses geschluckt hat.

Bis es so weit ist, werden die politischen Akteure etwas unter Stress stehen. So müssen etwa Simonetta Sommaruga und Philipp

Müller ihre bisher vertretenen Positionen über Bord kippen.

Wahlversprechen werden nach den Wahlen begraben. Die SVP versucht das Requiem für ihre Kontingentslösung so lange wie möglich zu stören. Das spaltet die neue rechte Mehrheit im Nationalrat. Das treibt die Freisinnigen gegen ihren Willen in Richtung der Linken und der Gewerkschaften. Denn ohne weitere flankierende Massnahmen geht nichts. Deshalb nahm übrigens das politisch destabilisierte Tessin die grüne Mindestlohninitiative an. Der Lega und der direkten Demokratie sei Dank.

Werden die gefrusteten anderen Parteien der SVP einen Papa Moll aufs Auge drücken, einen wie den Freiburger Nationalrat Jean-François Rime? Der war schon einmal offizieller Bundesratskandidat der SVP, weil er damals keine Chance hatte. Nichts würde die SVP mehr lähmen als die Wahl ihres Papa Moll in den Bundesrat. Der Gewählte würde zu einem zweiten Samuel Schmid. Einem von der gemütlichen Sorte.

Die Chancen von Papa Moll steigen. Christophe Darbellay hat Eveline Widmer-Schlumpf am Sonntag fallenlassen. Weil die rechten U-Boote seine Partei längst kontrollieren. Was der neuen Mitte bleibt, ist, die Blochers und ihren Köppel mit dem Papa Moll zu foppen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

«Trans-pa-renz! Trans-pa-renz!»

Von Kurt W. Zimmermann — Wenn man genau hinschaut, investiert die SRG viel Geld für Show und wenig Geld für Information.

Der Trick des Schweizer Fernsehens war nicht schlecht. Aber leider war der Trick etwas leicht zu durchschauen.

Letzte Woche publizierte das Deutschschweizer Fernsehen erstmals die Kosten seiner Sendungen. Ziel war eine Selbstvermarktung nach der desaströsen Abstimmung zum Radio- und TV-Gesetz. Im Juni hatten die Stimmbürger die Dunkelkammer SRG beinahe versenkt.

«Trans-pa-renz! Trans-pa-renz!» So heisst seitdem der PR-Slogan der SRG.

So tönt es, aber so ist es nicht. Darum publizierte die SRG nur die Einzelkosten, nicht aber die Jahreskosten ihrer Sendungen. Das aber wäre für die Trans-pa-renz entscheidend gewesen. Warum die SRG hier gezielt schlaumeierte, werden wir noch sehen.

So musste der geplagte Medienkolumnist erst zum Taschenrechner greifen. Er errechnete, was die 25 teuersten TV-Sendungen jährlich kosten. Er unterteilte in Information (I), Unterhaltung (U) und Shows (S).

Sendung	Anzahl ¹	Kosten ²	Typus
Tagesschau, 19.30 Uhr	365	11,9	I
The Voice of Switzerland	12	9,8	S
Sport aktuell	230	5,3	U
Glanz & Gloria	313	5,1	S
Kassensturz	44	5,0	I
Rundschau	40	4,6	I
Einstein	44	4,4	U
Der Bestatter	6	4,3	U
Happy Day	5	4,3	S
Giacobbo/Müller	31	4,1	S
Kulturplatz	50	3,7	I
Gipfelstürmer	4	3,3	S
Sportpanorama	51	3,3	U
Puls	44	3,2	I
Eco	44	3,0	I
Kampf der Orchester	3	2,5	S
Aeschbacher	45	2,4	S
Sportlounge	39	2,3	U
1 gegen 100	22	1,7	S
Reporter	43	1,6	U
Netz Natur	7	1,5	U
Arena	42	1,4	I
Club	50	1,3	I
Jobtausch	6	1,1	U
SRF bi de Lüt	8	1,0	S

¹Sendungen pro Jahr / ²in Millionen Franken

Interessant ist, wie wenig Geld im Quervergleich in die Information fliesst. Die Hauptausgabe der «Tagesschau» ist zwar mit rund 12 Millionen Franken das teuerste Angebot des



Klare Sachlage: «Voice of Switzerland».

Staatsfunks. Doch dann folgen mit der Singsang-Show «The Voice of Switzerland», mit der Torschuss-Tribüne «Sport aktuell» und mit der Promi-Promenade «Glanz & Gloria» gleich drei Angebote aus dem Bereich der geistigen Genügsamkeit.

Im gleichen Trallala geht es weiter. Viel Geld investiert das Schweizer TV etwa für die Kriminal-Kiste «Der Bestatter», für das Gefühls-Gefäss «Happy Day», für die Satire-Sause «Giacobbo/Müller» und für die Herzschmerz-Hitparade «Gipfelstürmer» («Die 30 berührendsten Tränen der Schweiz»). Die Jahreskosten für solche Dünnbrett-Darbietungen, die erst noch selten ausgestrahlt werden, liegen nur knapp unter den ständigen Informationssendungen wie «Kassensturz» und «Rundschau».

In der Tabelle der teuersten Sendungen fehlt allerdings das Info-Magazin «10 vor 10». Die überforderte SRG-Finanzabteilung war nicht imstande, dazu eine Profitcenter-Rechnung mit entsprechenden Abgrenzungen zu liefern. «10 vor 10» dürfte einen Drittel weniger als die «Tagesschau»-Hauptausgabe kosten.

Wenn man die 25 teuersten TV-Sendungen betrachtet, inklusive «10 vor 10», dann ist die Sachlage klar: 40 Prozent sind Information. 60 Prozent sind Unterhaltung und Show.

Fazit: Das grosse Geld der SRG fliesst heute nicht in den Service public.

Frauen des Jahres

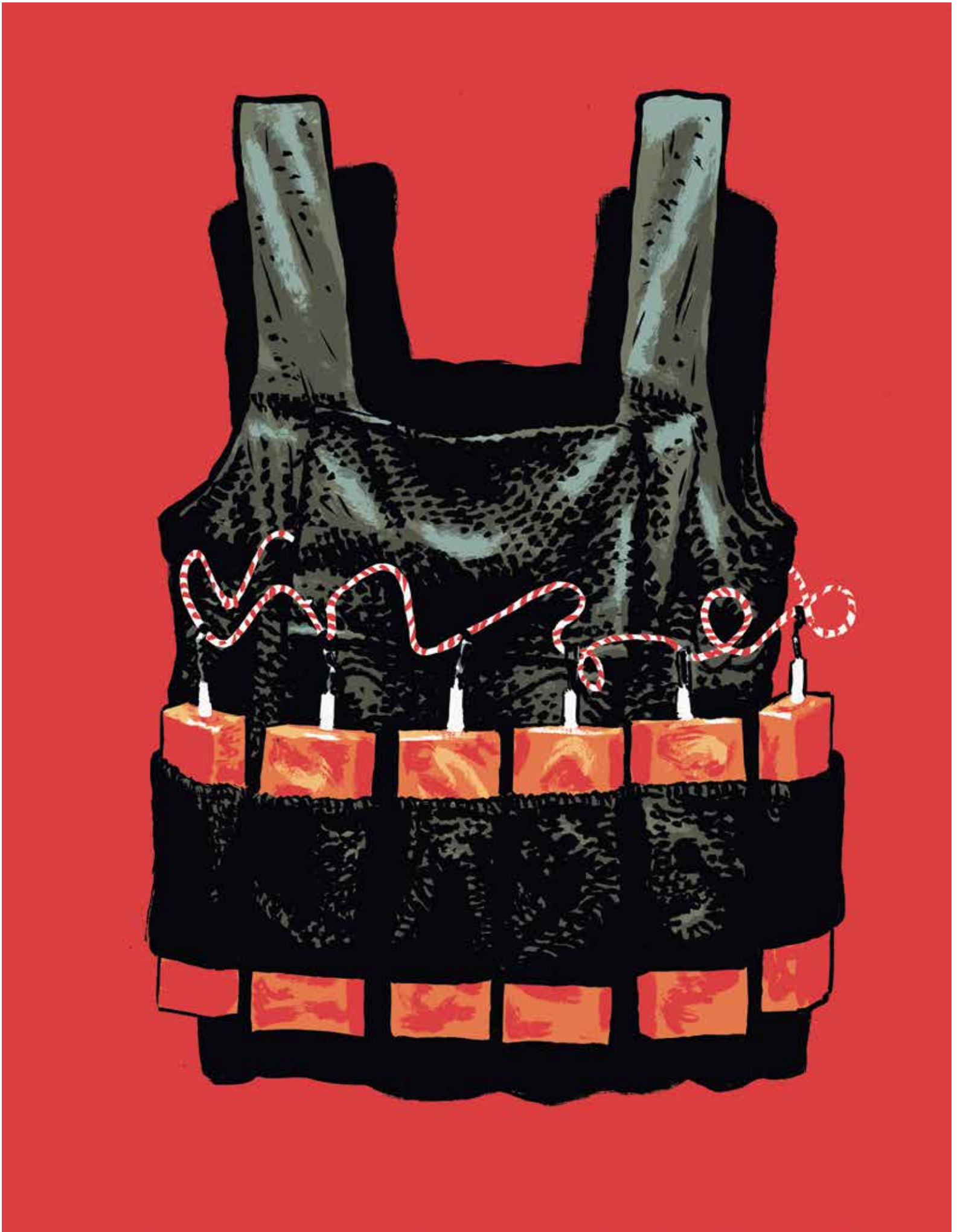
Von Beatrice Schlag — Nachrichten zum Jaulen.

Letzte Woche sickerte durch, dass das Frauenmagazin *Glamour* seine jährliche Wahl der «Frau des Jahres» im Dezember angeblich aufsplitten will: Ausgezeichnet werden sollen Schauspielerin



Reese Witherspoon und Bruce Jenner, ehemaliger Zehnkampf-Olympiasieger, der sich im Frühjahr nach einer partiellen Geschlechtsumwandlung als Frau outete. *Glamour* ist kein Polit-Blatt, sondern eine Modezeitschrift. Trotzdem: Meint die Redaktion das ernst? Sind eine gute, aber nicht herausragende Filmschauspielerin und der transsexuelle Ex-Ehemann von Kris Kardashian, der sich sich mit seinem Coming-out auch gleich eine eigene Reality-Show sicherte, die herausragenden Frauenfiguren dieses Jahres? Sind Leserinnen so anspruchslos? Aber es kommt noch entmutigender.

Die heute 76-jährige Australierin Germaine Greer schrieb 1970 mit «Der weibliche Eunuch» eines der damals gescheiterten und meistgelesenen feministischen Bücher zum Thema «Sexualobjekt Frau». 1996 trat sie von ihrem Lehrstuhl am Newnham College der Cambridge University zurück, nachdem eine Transgender-Professorin gewählt worden war. Angeblich sprach Greer ihr das Recht ab, an dem nur Frauen zugänglichen College zu unterrichten. An den peinlichen Protestakt erinnerte sich vor wenigen Tagen ein BBC-Journalist, als er Germaine Greer zu den Gerüchten um Caitlyn Jenners Wahl zu *Glamours* «Frau des Jahres» befragte. Greer antwortete, bei der Entscheidung habe Frauenfeindlichkeit eine grosse Rolle gespielt: «Ein Mann, der so viele Anstrengungen unternimmt, eine Frau zu werden, wird offenbar eine bessere Frau als jemand, der als Frau geboren ist.» Unterdessen wurden im walisischen Cardiff, wo Greer eine Vorlesung halten sollte, Stimmen gesammelt gegen ihren Auftritt an der lokalen Universität, «weil eine Gastsprecherin mit derart problematischen Ansichten gegenüber verletzlichen Gruppen gefährlich ist. Ihr eine Plattform zu geben, heisst, auch ihre Ansichten zur Trans-Misogynie zu übernehmen.» Trans-Misogynie? Schon wieder etwas Unnötiges gelernt. Aber die Frage ist eine andere. Wer kann es jungen Frauen verdenken, dass sie mit dem Wort Feminismus nichts mehr anfangen können? Wenn es solcher Unfug ist, der zum Thema Frauen heute Schlagzeilen macht, ist etwas erbärmlich schiefgelaufen.



Überzeugungen

Wer glaubt, dass Überzeugungen einen Nutzen haben, der sollte sich kurz fragen, wie er in seinem Leben zu Erkenntnissen gekommen ist – wahrscheinlich nämlich immer dann, wenn er eine Überzeugung aufgegeben hat. *Von Linus Reichlin und Benjamin Güdel (Illustration)*

Die Überzeugung ist die Schwester der Dummheit. Ich möchte dies an einem Beispiel demonstrieren. Als ich in meine neue Wohnung einzog, gab es ein Heizungsproblem. Es war ein Altbau, und die Radiatoren gluckerten. Tägliches Entlüften half nichts. Als die Hausverwaltung endlich einen Spezialisten schickte, installierte er am Radiator in der Küche einen automatischen Entlüfter. Nun war die Wohnung warm, und nichts gluckerte mehr – dafür lebte ich jetzt mit einem metallischen Geräusch, das alle fünf Minuten aus der Küche durch die ganze Wohnung drang: ein scharfer, greller Pfiff. Da der Pfiff zum ersten Mal unmittelbar nach der Installation des Entlüfters aufgetreten war, konnte die Ursache nur ebendieser automa-

Es war logisch: Die überschüssige Luft musste ja irgendwo entweichen.

tische Entlüfter des Küchenradiators sein. Es war logisch: Die überschüssige Luft musste ja irgendwo entweichen, eben durch das Ventil am Küchenradiator.

Das Geräusch war also zwar ärgerlich, aber logisch begründbar. Das Pfeifen störte mich zwar ausserordentlich, aber da ich es mit dem Vorteil einer funktionierenden Heizung verband, spielte ich die Störung vor mir selbst herunter und natürlich erst recht vor meinen Freunden. «Sag mal, stört dich das nicht?», fragten sie, wenn sie zu Besuch waren, und ich sagte: «Du, daran gewöhnt man sich.» «Aber ist denn das normal, dass das so pfeift?», fragten sie, und ich sagte: «Ein Ventil pfeift nun mal! Das ist seine Natur!»

Nach drei Wochen Gepfeife hielt ich meinen Besuchern Vorträge darüber, wie verwöhnt wir doch heutzutage alle sind und wie leicht wir uns durch die geringste Unannehmlichkeit aus der Ruhe bringen lassen. «Anfangs hat mich das Pfeifen noch gestört», predigte ich, «aber jetzt erinnert es mich täglich daran, dass eben nicht immer alles perfekt ist.» Einem Freund, der antwortete: «Täglich? Also ich höre es leider alle fünf Minuten», nahm ich diese Bemerkung persönlich übel. Hingegen schloss ich jene Besucher ins Herz, die meine tolerante Einstellung bewunderten und die sich mir als Gleichgesinnte zu erkennen gaben, indem sie von ihren alten Autos und alten Hunden erzählten und von ihren alten Regen-

schirmen, an denen sie gerade deswegen so sehr hingen, weil sie sich nicht mehr aufspannen liessen.

Eines Tages, nach fünf Wochen «Pfiip!», stand ich beim nächsten «Pfiip!» zufällig direkt neben dem Küchenradiator und hatte den Eindruck, dass der Pfiff gar nicht von ihm kam, sondern aus einer anderen Richtung. Aber das konnte nicht sein! Für mich stand absolut fest, dass der Entlüfter des Radiators die Quelle des Geräuschs war. Hätte ich in weniger zahmen Zeiten gelebt, ich hätte womöglich eine Radiator-Ideologie entwickelt und mir die Machtmittel verschafft, um jeden erschiessen zu lassen, der am Dogma des pfeifenden automatischen Entlüfters zweifelt. Oder ich hätte mich mit nacktem Oberkörper vor die Wand gekniet und mir mit der Dornenpeitsche den Rücken gegeißelt, um für meine sündhaften Zweifel an der Herkunft des Heiligen Pfiffes aus dem Ventil Busse zu tun. Aber auch mich aufgeklärten, säkularen und digitalen Menschen des iAge hielt die Überzeugung in tiefer geistiger Dunkelheit. Damit ich mich endlich von ihr lösen konnte, brauchte es noch zwei weitere Pfeife, die im Sinne eines «Bis der letzte Trottel es merkt» genau dann auftraten, als ich direkt neben dem Küchenradiator stand. Sobald ich aber meine Überzeugung los war, fand ich die wahre Ursache sofort: Die Pfeife kamen aus der Speisekammer. Genauer, war es ein offenbar von meinem Vormieter vergessener defekter Brandmelder, der in der hintersten Ecke der Kammer lag, wo er treu und unermüdlich seine sinnlosen Signalpfeife von sich gab. Batterie raus: Ruhe. Endlich.

Seit diesem Erlebnis bin ich ein Gegner von Überzeugungen jeder Art. Überzeugungen sind die erstarrten Reste ehemaliger Denkprozesse. Sie sind das Abfallprodukt einer einstmals kreativen geistigen Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Sie sind Schlangenhaut am Wegesrand. Wir müssen sie als etwas Totes begreifen, das uns von neuen fruchtbaren und lebendigen Denkprozessen abhält und uns zum intellektuellen Stillstand bringt. Und wer glaubt, dass Überzeugungen einen Nutzen haben, der sollte sich kurz fragen, wie er in seinem Leben zu Erkenntnissen gekommen ist – wahrscheinlich nämlich immer dann, wenn er eine Überzeugung aufgegeben hat. Überzeugungen, um noch eins draufzusetzen, sind das Fernsehsofa des Gehirns: Es hockt sich mit einer Tüte

Denkfaulheit drauf und schaltet den Kasten ein und sich selbst ab. Aber wehe, einer widerspricht den Überzeugungen: Dann rafften die Überzeugten sich auf und «shitstormen» umso heftiger in der Gegend rum, je denkfauler sie sind. Unter diesen Umständen versteht es sich von selbst, dass ich leidenschaftlicher Demokrat bin. Denn das Einzige, was uns rettet, ist eine Staatsform, in der jede Partei die Überzeugungen der anderen Parteien für idiotisch hält. Auf diese Weise begrenzen die Überzeugungen der einen Gruppe den Schaden, den die Überzeugungen der anderen Gruppe anrichten und umgekehrt. Davon bin ich, jawohl, überzeugt.

PS: Ich gebe meine Texte immer als Erstes meiner Freundin zu lesen. Zu diesem Text meinte sie, er sei Quatsch. Sie sei völlig anderer Meinung. Die Sache mit dem Pfeifen sei ein Irrtum gewesen, keine Überzeugung. Ich sagte, dann habe sie aber wieder mal etwas komplett nicht verstanden: Überzeugungen seien in aller Regel Irrtümer. Darum gehe es ja in dem Text. Daraufhin sagte sie, nein, ich hätte etwas nicht verstanden. Einen Irrtum könne man einem Menschen nicht zum Vorwurf machen. Und Irrtümer könne man auch nicht selbstkritisch überprüfen. Denn man wisse ja nicht, dass es sich um einen Irrtum handle. Ich sagte, das sei jetzt aber sehr spitzfindig! Irrtum, Überzeugung, verdammt, das sei dasselbe, basta! Sie solle halt den Text noch ein zweites Mal lesen, vielleicht klappe es dann mit der Erkenntnis. Und jetzt sei Ende der Diskussion, sagte ich, ich wolle kein Wort mehr darüber hören! «Wo ich recht habe, habe ich recht!», sagte ich noch.

Serie

Der Schweizer Autor **Linus Reichlin** schreibt für die *Weltwoche* in loser Folge über «Grundbegriffe des Lebens» wie Ehre, Treue, Liebe etc. Reichlin wurde für seine Reportagen, Kolumnen und Bücher mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet. Zuletzt erschien von ihm der Roman «In einem anderen Leben» (Galiani-Verlag). Reichlin, Jahrgang 1957, lebt in Berlin.



Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



«Darf ich unseren Gästen, nach dem erstmaligen Einschenken, die Weinflasche auf den Tisch stellen mit der Aufforderung, dass sich jede und jeder nach eigenem Gutdünken bedienen soll?»

Felix Salathé, Schwenden

Als Gastgeber haben Sie die Verantwortung, die Gäste zu beobachten und ihre Bedürfnisse zu erkennen. Dazu gehört auch das leere Weinglas, das Sie persönlich auffüllen müssen. Sie können dies allerdings umgehen, indem Sie verschiedene Weine entkorken (also von verschiedenen Produzenten oder aus verschiedenen Regionen) und diese auf den Tisch stellen. Im Sinne einer kleinen Weindegustation kann sich dann jeder Gast den Wein einschenken, der ihm am meisten mundet.

Chandra Kurt, Weinpublizistin

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Es ist Toni Brunner zu wünschen, dass ihm der Kriechgang erspart bleibt.» *Erwin Mächler*

Handlanger

Nr. 43 – «Natürlicher Bundesrat»; Philipp Gut und Hubert Mooser über Toni Brunner

Viele wollen Bundesrat werden. Das erinnert an die TV-Serie «Die Schweizer». Darin war zu sehen, wie Alfred Escher einen gewissen Welti zum Bundesrat machte, auf dass dieser Eschers Eisenbahnplänen zum Durchbruch ver helfe, was besagter Welti gehorsamst tat. In einer Szene fragt Bundesrat Welti Escher, ob er nie daran gedacht habe, selbst Bundesrat zu werden. Darauf Escher: «Nein, ich will nicht Handlanger werden.» Das war Mitte des 19. Jahrhunderts. Heute ist alles ganz anders. Im Bundesrat hat es nun auch Handlangerinnen.

Walter Fischer, Buttwil

Sie empfehlen, Toni Brunner in den Bundesrat zu wählen. Dasselbe tut alt Bundesrat Christoph Blocher. Etwas Dümmeres kann man nicht vorschlagen. Ich habe allen Respekt vor der sehr zutreffenden Qualifizierung, die beide dem besten Parteipräsidenten der Gegenwart attestieren. Toni Brunner qualifiziert sich je länger, je mehr als ein politisches Naturgestein erster Klasse. Gerade seine beharrliche Ablehnung einer Nomination beweist seine seltene charakterliche Grösse. Über die Gründe kann man rätseln. Einer weiss es genau: Das Amt sei für ihn eine Nummer zu gross. Falsch! Richtig ist: Mit einer Einsitznahme im Bundesrat würde Toni Brunner zurückgebunden. Im Verhältnis sieben zu eins. Und wegen der im Bundesrat geforderten «Kollegialität». Es gibt noch eine Kategorie, die über dem Bundesrat steht: das Volk und dessen Vertretung im Parlament.

Es ist Toni Brunner zu wünschen, dass ihm der Kriechgang durch den Bundesrat erspart bleibt und dass er in der Führungsrolle jener Bevölkerungsmehrheit voll wirken kann, die für die Souveränität und Unabhängigkeit unseres Landes kämpft. Christoph Blocher muss es wissen. Wäre er im Bundesrat geblieben, so würde er ausserhalb fehlen. Seine Wirkung ohne bundesrätliche Bindung ist um ein Mehrfaches grösser. *Erwin Mächler, Rebstein*

Arrogant oder ironisch?

Nr. 43 – «Falsche Wahl»; Kolumne von Henryk M. Broder

Als Auslandschweizer freue ich mich seit vielen Jahren jeweils auf die *Weltwoche*. Hier nun mein erster Leserbrief überhaupt: Trotz mehrmaligen Lesens der Kolumne bleibt mir dieser Artikel ein Rätsel. Ich müsste mich einerseits über so viel belehrende Arroganz wundern, andererseits jedoch scheint mir, dass dieser Artikel iro-



Sieben zu eins: SVP-Präsident Brunner.

nisch gemeint sein könnte. Die Schweiz als fremdenfeindlich zu bezeichnen, ist schlichtweg falsch. Die Interpretation von 10 Prozent Ausländeranteil im Vergleich zu 23 Prozent spricht Bände. Es wäre vielleicht nicht verkehrt, einmal fair über die Grenze in ein Land mit einem hohen Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu schauen und zu sehen, wie diese Leute im Grossen und Ganzen friedlich und problem- und geräuschlos miteinander leben. Eigentlich ein Umstand, um den man die Schweiz beneiden könnte. Im Übrigen gilt der Grundsatz, dass die Zusammensetzung nationaler Parlamente nur durch die Bürger der jeweiligen Nation erfolgt. Die steigende EU-Skepsis in meinem Land kann ich nach so einem Artikel gut verstehen.

Franz von Gunten, Bonn (Deutschland)

Mangel an Anstand

Nr. 43 – «Der M. muss gehen»; Peter Bodenmann über Christoph Mörgeli

Über Mörgeli kann man geteilter Meinung sein. Die Tirade von Herrn Bodenmann hat er aber nicht verdient. Wenn man diesen Artikel liest, wird man den Eindruck nicht los, dass der Schreiber im Frust um sich schlägt. Dazu kommt ein Mangel an Anstand. «Kotzbrocken» ist ein übles Schimpfwort, und es gehört so wenig wie «Arschloch» in die Kritik eines politischen Gegners. Gerade die SP hat es nie ertragen können, dass Christoph Blocher gewisse

Lücken bezüglich gebührender Ausdrucksweise hatte. *Mark Gasche, Kirchberg*

Dritte linke Bundesrätin

Nr. 43 – «Auf höchster Ebene»; Esther Girsberger über Eveline Widmer-Schlumpf

Vor acht Jahren hat der damalige Bündner Sozialist und SP-Nationalrat Andrea Hämmerle ins Land hinausgerufen: «Gut, dass niemand weiss, dass ich Sozialist bin und Hämmerle heiss!» Man muss der Linken zugestehen, es war eine hervorragend vorbereitete Bundesratswahl-Schau. Dank Frau Widmer-Schlumpf und dem Organisator Hämmerle im Hintergrund war die Abwahl von Bundesrat Blocher möglich geworden. Das war der Start für eines erbärmlichen Schauspiels im Bundeshaus. Nach der Wahl von Frau Widmer-Schlumpf sprangen SP und CVP vor Freude fast an die Bundeshauskuppel, genüsslich vom Schweizer Fernsehen übertragen. Das waren die Realitäten. Seit acht Jahren haben nun die Linken eine dritte Bundesrätin, ohne einen Finger krumm machen zu müssen! Ich habe in den acht Jahren keinen Entscheid von Frau Widmer-Schlumpf miterlebt, von dem man sagen könnte: «Da hat sie ja schwer gegen die SP gearbeitet.» Für mich sind nicht die linken Politiker die Versager, ihre Politik ist gegen rechts gerichtet. Für mich sind die sogenannten Mitteparteien, vor allem die CVP, die grossen

Übeltäter. Ihnen müsste die SP ein Denkmal errichten, ist es der CVP doch gelungen, die Rechte zurückzubinden. *Roman Bont, Oberglatt*

Ohne Blut und Krieg

Nr. 42 – «Hexenjagd gegen Blatter»; Philipp Gut und Roger Köppel über den Fifa-Präsidenten

Mit diesem Beitrag haben Sie einen Volltreffer gelandet. Quasi ins Lattenkreuz. Unhaltbar. Als ehemaliger Marketingverantwortlicher von Adidas für die Schweiz begleitete ich Sepp Blatter während zwölf Jahren, von 1975 bis 1987. Er wurde 1975 als Technischer Fifa-Direktor für die Entwicklung des Fussballs in Afrika eingesetzt. Von da an war er besessen von der Idee, dass der Fussball für eine bessere Welt, ohne Blut und Krieg, die beste Lösung sei. Aus einem total verstaubten Verband, der Ende Monat nicht wusste, wie er die Löhne bezahlen sollte, machte er den erfolgreichsten und reichsten Sportverband der Welt. Die Fifa wurde zum Goldesel des Fussballs – und weckte damit Begehrlichkeiten auf allen Stufen – bis nach Amerika. Denen geht der Erfolg anderer sowieso immer auf den Geist, siehe Banken, Automobilindustrie. Fussball spielt im Leben der US-Amerikaner eine gleich grosse Rolle wie Basketball für die Liechtensteiner. Die Amerikaner und deren Justiz interessiert weder Fussball noch Korruption – es

interessiert sie nur die Kohle. Dort, wo reichlich Ruhm und Kohle sind, da schlagen sie zu. Von den Fifa-Sponsoren haben sich nur die amerikanischen gegen Blatter gestellt. Die bisher angeklagten Fifa-Funktionäre stammen alle aus Ländern, mit denen es die amerikanische Politik nicht so toll hat. Beschämend in diesem Riesenzirkus um Blatter ist die Rolle der Schweizer und deutschen Medienhäuser: Sie schlagen hemmungslos auf Blatter ein, obwohl sie und ihre Journalisten ein Teil des globalen Systems sind. Ich schäme mich, in diesem Umfeld Journalist gewesen zu sein (1967–1975 beim *Blick*). *Peter Jauch, Herrliberg*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.



Die führende
Militärzeitschrift der Schweiz

SCHWEIZER SOLDAT

Aktuell, informativ, mutig und kritisch – Mit dem SCHWEIZER SOLDAT erhalten Sie wertvolle Informationen und Hintergründe, die in keiner Tageszeitung stehen.

Sichern Sie sich diesen militärischen und sicherheitspolitischen Vorsprung.

Jetzt den SCHWEIZER SOLDAT bestellen!

Bestellcoupon

- Schnupper-Abonnement, 3 Ausgaben für Fr. 20.–
- Jahres-Abonnement, 11 Ausgaben für Fr. 62.50 (Ausland: Fr. 95.–)

Name/Vorname:

Strasse:

PLZ, Ort:

Einsenden an: **SCHWEIZER SOLDAT, Aboservice, Fürstenlandstrasse 122, Postfach 2362, CH-9001 St. Gallen, oder per E-Mail an abo-service@schweizer-soldat.ch**

Absurde Aufführung

Seit dem Volksverdikt für die SVP ist der Bundesrat auf Tauchstation. Hinter den Kulissen versucht die alte Regierung noch rasch vollendete Tatsachen zu schaffen, vor allem im Finanzdepartement und in der Europapolitik. *Von Hubert Mooser*

Es ist Samstagnachmittag gegen 15 Uhr, Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) marschiert im Freizeitlook und mit weisser Sonnenbrille zielstrebig die Bundesgasse entlang in ihr Büro im Bernerhof. Das ist Courant normal für die Bündnerin, es kommt häufig vor, dass sie übers Wochenende in Bern bleibt und an Dossiers für die Bundesratssitzung vom Mittwoch feilt – zum Beispiel an jenem der Lenkungsabgabe. Die Ökosteuer ist ihr Meisterstück, aber politisch heftig umstritten. Am Mittwoch brachte sie die Vorlage ganz nach Fahrplan in den Bundesrat.

Das kann sie gut, die Bündner Bundesrätin, Normalität zelebrieren, wenn eigentlich der Ausnahmezustand herrscht. Das bewies sie schon bei ihrer Wahl 2007, als sie ihre damalige Partei, die SVP, austrickste und sich an Stelle des amtierenden Bundesrats Christoph Blocher ins Gremium wählen liess. Wochenlang gingen die Wogen hoch, Widmer-Schlumpf ging auf Tauchstation und liess den Sturm über sich hinwegfegen.

Auch jetzt wieder verschanzt sie sich hinter der bundesrätlichen Wagenburg und macht auf Geschäftigkeit – obwohl das politische Bern seit den Wahlen vom 18. Oktober nur eine Frage wirklich beschäftigt: Finden die Erneuerungswahlen für den Bundesrat am 9. Dezember mit oder ohne Widmer-Schlumpf statt? Der Druck auf die Magistratin wird täglich ein bisschen grösser. Der ihr bisher wohlgesinnte *Tages-Anzeiger* publizierte vorsorglich bereits eine Art Nachruf und porträtierte mögliche Nachfolger aus der SVP, zum Beispiel den Bündner Nationalrat Heinz Brand.

«Man sollte Bundesrätin Widmer-Schlumpf nicht zu früh abschreiben», warnte zwar der Vizepräsident der BDP, Lorenz Hess, noch am Montag. Es sei gut möglich, dass sie bei der Delegiertenversammlung am Samstag verkünden werde, sie wolle sich der Wiederwahl stellen. Sie könne grossen Druck aushalten, das habe sie in den letzten Jahren bewiesen. Aber die genauen Pläne seiner Bundesrätin kennt auch Hess nicht.

Beim Mittagessen abwesend

Was macht Widmer-Schlumpf? Rücktritt oder Flucht nach vorne? Der Entschluss könnte dieser Tage fallen oder erst Mitte November, wenn der letzte Ständeratssitz vergeben ist und das genaue Kräfteverhältnis im Parlament definitiv feststeht. Aber ihre Kollegen in der Lan-

desregierung wären froh, wenn sie dem Rätselraten bald einmal ein Ende setzen würde. Die Ungewissheit sei nicht das ideale Klima für eine gute Zusammenarbeit in der Landesregierung.

Bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe hat Widmer-Schlumpf über ihre Zukunft im Bundesrat keine Silbe verlauten lassen. Bei der ersten Bundesratssitzung nach den Wahlen lag eine gewisse Spannung in der Luft. Widmer-Schlumpf präsentierte aber in üblicher Manier ihr Geschäft – eine Verschärfung der Bestimmungen für systemrelevante Banken –, als ob sie das elektorale Erdbeben in Form eines Rechtsrutsches und von Sitzverlusten ihrer Wiederwahlallianz aus SP, CVP, BDP, GLP und Grünen nichts angehe.

Eisern schwieg die Bündnerin zu den Parlamentswahlen, die ihre Zukunft als Bundesrätin kompromittieren könnten, offenbar auch während der Kaffeepause des Siebnergremiums. Danach verschob sich die Regierung zum traditionellen gemeinsamen Mittagessen ins Restaurant «Marzer», ein Lieblingsbistro von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (SP). Widmer-Schlumpf ging jedoch nicht mit.

Eine Hauruckübung für Widmer-Schlumpf wird es nicht mehr geben.

Wahrscheinlich wollte sie Gesprächen zu ihrer Wiederwahl diskret aus dem Weg gehen, vermuten regierungnahe Kreise. Es spreche sie auch kein anderer Bundesrat darauf an, weil es ihre Entscheidung sei. Gespenstische Ruhe herrscht nach dem klaren Verdikt des Volks.

Die Hoffnung der Bündnerin, der rasche Aufbau einer Mitte-Allianz könne ihren Verbleib in der Regierung legitimieren, wurde vergangene Woche enttäuscht. So viel steht jetzt schon fest: Eine Hauruckübung für Widmer-Schlumpf wird es nicht geben – auch wenn die Präsidenten der Mitteparteien über eine künftige Zusammenarbeit weiter diskutieren wollen.

CVP-Präsident Christophe Darbellay, der mit Widmer-Schlumpf in den vergangenen Jahren fast einen engeren Kontakt pflegte als mit der eigenen Bundesrätin, schlug ausserdem übers Wochenende neue Töne an. Der Anspruch der SVP auf zwei Bundesratssitze ergebe sich aus dem Resultat der Wahlen, sagte Darbellay der Westschweizer Zeitung *Le Matin Dimanche*.



Gespenstische Ruhe: Bundesratszimmer.

Da Politbeobachter die Aussage als eine Art Liebesentzug an die Adresse der Finanzministerin werteten, sah sich der CVP-Partei-*chef* am letzten Sonntag in der «Tagesschau» des Schweizer Fernsehens zu einer Präzisierung veranlasst: Wenn sich die Finanzministerin im Dezember einer Wiederwahl stelle, werde sie die CVP selbstverständlich unterstützen, schob er nach. Ein typischer CVP-Entscheid, zu dem sich die Parteispitze bei einer Telefonkonferenz letzte Woche durchgerungen hatte.

Es brauchte eine gehörige Portion Unverfrorenheit, drei Tage nach den Parlamentswahlen den Medien eine mit technischen Details gespickte Bankenregulierungsvorlage zu präsentieren und dabei so zu tun, als stünde sonst alles zum Besten. Widmer-Schlumpf bemühte sich zwar darum, den Schein von Normalität zu wahren, aber einen entspannten und souveränen Eindruck machte sie



nicht. Endlos lang referierte sie über die Vorlage, verhaspelte sich mehrmals beim Ableesen der Sprechnotizen.

Es sah aus, als wolle sie Zeit schinden, um unangenehme Fragen der Medien zur ihrer Person hinauszuzögern. Und als man endlich Fragen stellen durfte, blockte Vizekanzler André Simonazzi alles ab. Die Bundesrätin sass daneben wie eine Sphinx. Spätestens nach dieser absurden Aufführung dürfte auch der BDP-Bundesrätin klargeworden sein, dass sie den Entscheid zu ihrer Zukunft nicht noch Wochen hinausschieben kann – nur schon aus Rücksicht auf ihre Kollegen im Bundesrat.

Mit einem zweiten SVP-Bundesrat wäre die Dynamik in der Regierung natürlich eine andere als unter der jetzigen Besetzung, insbesondere bei innenpolitisch heiklen Geschäften wie zum Beispiel bei den bilateralen Beziehungen der Schweiz zur EU. Dennoch hält der

Bundesrat an seiner Agenda fest – trotz der Ungewissheit über seine künftige Zusammensetzung traf er sich zu einer weiteren europäischen Klausur.

Heikle Dossiers wieder separat behandeln

Was man jetzt schon sagen kann: Die EU-Gegner von der SVP haben die Wahlen zwar gewonnen, aber der Bundesrat will in der EU-Politik weitermachen wie bisher, so viel lässt sich aus den Unterlagen ablesen, die das Departement von Aussenminister Didier Burkhalter am Dienstag den Kollegen zustellte. Fest steht weiter, dass der Staatssekretär für internationale Finanzfragen (SIF) und Chefkoordinator für das EU-Dossier, Jacques de Watteville, sowie der Staatssekretär für Migration, Mario Gattiker, dem Bundesrat von den Gesprächen mit EU-Vertretern keine Fortschritte rapportieren können.

Bei aller Losgelöstheit vom Wählerwillen – der Bundesrat wird die Wahlerfolge der SVP nicht völlig ignorieren können. Beim Mandat zu einem institutionellen Abkommen sind Anpassungen darum laut Insidern nicht ausgeschlossen. Es geht um die Frage, wer künftig über die Umsetzung der bilateralen Verträge wacht, wer im Streitfall schlichtet und urteilt, und auch um die Übernahme von EU-Recht. Bisher favorisierte der Bundesrat den Ansatz mit dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) als Schlichtungsinstanz. CVP-Bundesrätin Leuthard weibelt dagegen für eine Öffnung des Mandates in Richtung Efta-Gerichtshof – weil die Schweiz hier eigene Richter entsenden könnte. Dem Vernehmen nach geht sie davon aus, dass die SVP bei einer Lösung über den Efta-Gerichtshof kompromissbereiter ist.

Eine weitere Veränderung könnte sich nach bei der Paketlösung anbahnen: Im Juni gab

Burkhalter bekannt, man wolle alle offenen Dossiers mit der EU gemeinsam dem Parlament und später auch dem Volk unterbreiten. Konkret: Der Bundesrat wollte das Rahmenabkommen mit offenen Fragen zur Personenfreizügigkeit verknüpfen. Von dieser Idee

Levrat ist von der Bildfläche verschwunden, Darbellay gibt zweideutige Signale.

rückte man inzwischen ab und will die beiden innenpolitisch heiklen Dossiers wieder separat behandeln.

Der dritte strittige Punkt ist das Tempo bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Hier könnte Sommaruga jetzt stärker unter Zugzwang geraten. Seit den Sommerferien ist nicht mehr viel passiert. Wann Sommaruga die Botschaft vorlegen will, ist noch immer nicht klar. Ursprünglich war die Rede von Ende Jahr. Dann wurde auf den Januar 2016 vertröstet. Jetzt sprechen regierungsnahen Kreise sogar vom März 2016. Zudem ist bis zur Stunde noch ungewiss, ob Sommaruga die vom früheren Staatssekretär Michael Ambühl lancierte Schutzklausel nun ebenfalls in diese Umsetzungsbotschaft packen wird. Ambühl propagierte dieses Instrument als Wundermittel, mit dem man den

Verfassungsartikel über die Zuwanderung und das Abkommen über die Personenfreizügigkeit unter einen Hut bringen könne.

Der Bundesrat will nicht bloss weiterwursteln wie bisher: Fragwürdig ist auch, mit welchem Eifer Widmer-Schlumpf pendente Geschäfte vorantreibt und damit für einen eventuellen Nachfolger vollendete Tatsachen schafft wie zum Beispiel bei der Lenkungsabgabe. Die Ökosteuer soll das von Leuthard aufgegleiste Fördersystem für alternative Energieformen wie Sonne oder Wind einst ablösen. Das Projekt ist höchst umstritten. Der Vorlage droht ein Absturz im Parlament. Am Dienstag war aufgrund der Mitberichte aus anderen Departementen nicht klar, ob der Bundesrat die Finanzministerin durchmarschieren lässt.

Levrats Debakel

Tritt Widmer-Schlumpf zurück, müsste unter Umständen Bundesrat Ueli Maurer (SVP) diese Vorlage im Parlament vertreten. Denn ihm werden bei einem Rücktritt von Widmer-Schlumpf Ambitionen auf das Finanzdepartement nachgesagt. Als dienstältester Bundesrat nach Leuthard dürfte er als Erster wählen, denn die CVP-Bundesrätin wird wohl keinen weiteren Wechsel vornehmen. Maurer müsste dann vor dem Parlament eine Vorlage vertreten, die er im Bundesrat stets abgelehnt hat.

Vieles spricht dafür, dass die Bündnerin am 9. Dezember nicht mehr antritt. Die treibenden Kräfte hinter ihrer Wiederwahl, SP-Präsident Christian Levrat, CVP-Parteichef Christophe Darbellay und BDP-Präsident Martin Landolt, wirken unentschlossener als auch schon. Levrat ist von der Bildfläche verschwunden, Darbellay gibt zweideutige Signale, BDP-Chef Martin Landolt ist in den Ferien.

Mit dem Sitz von Widmer-Schlumpf in der Hand konnte Levrat in den vergangenen vier Jahren die Mitteparteien vor sich hertreiben. Die *Sonntagszeitung* kürte ihn dafür zum einflussreichsten Politiker unter der Bundeshauskuppel. Unermüdlich warnte er bei jeder Gelegenheit vor einer Situation, wie man sie in den Jahren 2003 bis 2007 erlebt habe, und scheiterte mit seiner Strategie grandios auf der ganzen Linie.

In seinem Heimatkanton Freiburg und in der Waadt, aber auch im Wallis oder im Aargau bürsteten die Genossen Sitze ein. In Schwyz wurde Fraktionschef Andy Tschümperlin nicht mehr wiedergewählt. Er selber muss um seinen Ständeratssitz zittern. Die SVP Freiburg hat mit Jean-François Rime einen Kandidaten ins Feld geschickt, der Levrat gefährlich werden könnte. Was wäre das für ein Debakel für Levrat, wenn Eveline Widmer-Schlumpf auch noch ihren Rücktritt bekanntgeben würde. Noch bleiben aber alle in Deckung. ○

Informative Unterhaltung!

Regionale, nationale und internationale Informationen, Sport, Veranstaltungen und ein abwechslungsreiches Musikprogramm täglich bei Radio Central. **Infos auf radiocentral.ch**



So empfangen Sie Radio Central: Oberer Zürichsee, Linthgebiet 91.3; 89.4 • Schwyz 102.6; 97.7; 93.2 • Glarus 92.1; 97.7; 89.3; 88.7 • Oberiberg, Hoch-Ybrig 107.1 • Unteriberg, Euthal, Studen 94.4 • Rothenthurm 106.9 • Ob- und Nidwalden 101.8; 103.0; 100.4; 99.0 • Uri 103.0; 101.8; 102.2; 97.7 • Luzern 100.1 • Willisau 94.8 • Wolhusen 88.6 • Sursee 93.0 • Region Triengen 97.5 • Engelberg 107.6 • Zug 99.2 MHz oder Kabelnetz • CentralWebplayer • Digitalradio DAB+ • Central-App • www.radiocentral.ch

Die Bestatterin

Ob sie bleibt oder ob sie geht: Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf wird in die Geschichte eingehen. Als Bestatterin des Schweizer Bankgeheimnisses.

Von Christoph Mörgeli

Unterstützung kommt nur noch von ganz links. SP-Präsident Christian Levrat beschallt das Land mit dem trotzigem Ausruf, seine Partei werde die Finanzministerin sicher wiederwählen. Es tönt mehr nach schepperndem Megafon als nach gut abgestimmter Symphonie. Dies war 2007 beim Coup ihrer klammheimlich inszenierten Wahl noch anders. Doch mittlerweile windet sich sogar CVP-Chef Christophe Darbellay. Widmer-Schlumpfs Treulosigkeit von gestern bildet keine tragfähige Basis für christlichdemokratische Treue von heute. Immerhin gebärden sich noch ein paar Journalisten als überzeugte Mitglieder ihres Wiederwahlvereins. Es gebe keinen Grund, sie nicht zu wählen – so deren Meinung. Sie irren. Er liegt ganz einfach in der Tatsache, dass der Kleinstpartei BDP der Rückhalt in der Bevölkerung fehlt. Unsere Verfassung sieht die bundesrätlichen Gesamterneuerungswahlen deshalb alle vier Jahre jeweils nach den Parlamentswahlen vor, damit sich die Wahlergebnisse in der Landesregierung abbilden.

Sie täuschte auch sich selber

Eveline Widmer-Schlumpf vermochte ihren SVP-Parteikollegen Christoph Blocher vor acht Jahren mit einer doppelten Täuschung zu verdrängen. Sie täuschte ihre Parteifreunde Ueli Maurer («Ohne Unterstützung der Fraktion würde ich das nie machen») und Toni Brunner («Eine Bundesratswahl kommt für mich nicht in Frage»). Sie täuschte aber auch sich selber, indem sie den zweiten SVP-Bundesratssitz beanspruchte. Denn es hätte ihr damals klar sein müssen, dass die SVP einzig wegen Blochers Politik überhaupt Anspruch auf zwei Sitze erheben konnte. In allen Fragen, welche die SVP von den andern Bürgerlichen trennte, vertrat sie die Meinung von FDP und CVP. Ihre Behauptung, sie habe den Sitz im Interesse ihrer Partei gehalten, war reine Heuchelei. Denn die SVP-Delegierten hatten vorgängig mit 334 zu 5 Stimmen entschieden, bei Nichtbestätigung ihrer Bundesräte den Gang in die Opposition anzutreten. Als das Schweizer Fernsehen das Ausmass ihrer vorgängigen Absprachen mit politischen Gegnern belegte, zog die SVP die Konsequenzen. Mittlerweile hat die Volkspartei frühere Wählerverluste längst wieder wettgemacht, ja übertroffen. Statt ständig zu schimpfen, befolgte sie beim Thema Widmer-Schlumpf irgendwann das Motto der Franzosen nach der deutschen Annexion von

Elsass-Lothringen: «Toujours y penser, jamais en parler».

Die Bilanz des achtjährigen Wirkens der Bündnerin ist aus bürgerlicher Sicht beklagenswert. Ihre Personalpolitik bestand einerseits im Entfernen angeblicher Sündenböcke der Verwaltung, andererseits im sturen Festhalten am Währungsspekulanten Philipp Hildebrand. Ihre hektischen «Reformen» im Migrations- und Flüchtlingswesen führten ins Chaos – und vor allem zum starken Anstieg der Asylgesuche. Ihre angeblich so glanzvolle Bewältigung der Finanz- und UBS-Krise bestand im Abnicken der Konzepte von Nationalbank-Vordenker Thomas Jordan. Die Finanzministerin sprach gerne von «Rechtssicherheit», um dann die Gesetze im Monatsakt zu ändern. Unter Rechtssicherheit verstand sie Amtshilfe auch bei Gruppenanfragen, ja selbst bei gestohlenen Steuerdaten. Sie unterstützte den «OECD-Standard» des automatischen Informationsaustausches, ohne das der Schweiz zustehende Vetorecht oder das Mitwirkungsrecht des Parlaments auch nur zu erwägen. Für die Abschaffung des Bankgeheimnisses auch im Inland schickte sie kantonale Finanzdirektoren, den befreundeten Raiffeisen-Chef und ihren BDP-Präsidenten aufs Podium. Wann immer Widmer-Schlumpf nachgab, tat sie es unter Hinweis auf «inter-



Also heisst's in Matthäus 26: Widmer-Schlumpf.

nationale Standards». Wollen wir wirklich «internationale Standards» statt Schweizer Standards? Etwa bei unseren Löhnen, Sozialleistungen oder Spitälern? Wann immer sie einknickte, fehlte nie die Erwähnung ansonsten zu erleidender «Reputationsschäden». Dabei dachte sie an die eigene Reputation bei den Ministerkollegen statt an die Reputation bei Kunden in aller Welt, die unser Land dank Bankgeheimnis und Privatsphärenschutz einst genossen hat.

Profiteure des Bundes-Speckgürtels

Eveline Widmer-Schlumpfs Steuerstrafrechtsrevision atmet aus jeder Pore den Geist von Misstrauen und Fiskalismus; neu sollen den Steuerbehörden Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Einvernahmen erlaubt sein. Die «schwere Steuerhinterziehung» wird zum Strafdelikt, auch wenn keine Urkundenfälschung vorliegt. Bei der Revision des Geldwäschereigesetzes erklärte Widmer-Schlumpf zweimal wahrheitswidrig, selbst die Bankiervereinigung habe sich für die Vorlage ausgesprochen und spiele gerne Steuerpolizei. Ihre Unternehmenssteuerreform verlangt eine linke Kapitalgewinnsteuer und eine Wegzugsteuer für In- und Ausländer. Das Finanzdienstleistungs- und das Finanzinstitutsgesetz übernehmen durchs Band konsumentenfeindliche EU-Regulierungen. Und der weitere «Dialog» mit der EU bestünde zweifellos im weiteren beliebigen Nachgeben.

Zu Dank verpflichtet sind Widmer-Schlumpf einzig die Profiteure des Bundes-speckgürtels, der sich heute fetter als je präsentiert: Seit 2007 ist der Aufwand für die Bundesbeamten um 1,1 Milliarden Franken gestiegen. Die 37 000 Bundesangestellten mit einem Durchschnittslohn von 121 000 Franken müssten der Finanzministerin ein nettes Weihnachtskärtchen schreiben. Die deutlich weniger verdienenden Angestellten des Finanzplatzes sollten das eher bleiben lassen. Sie werden wegen des staatlichen Würgegriffs zu Tausenden ihre Stelle verlieren – die jüngste Pleite der Privatbank Hottinger war nur ein Vorgeschmack. Möglich, dass Eveline Widmer-Schlumpf abtritt, bevor sich solche Schlagzeilen häufen. Möglich, dass sie trotzdem antritt. Dann täte die SVP gut daran, sich ihrer Sache nicht allzu sicher zu sein. Denn also heisst's in Matthäus 26: «Der Verräter schläft nicht.» ○

Schwierige Geschichte

Erstmals halten SVP und FDP zusammen im Nationalrat knapp die absolute Mehrheit. Das heisst aber nicht, dass ein rechter Block durchregiert: Bei den zweiten Wahlgängen für den Ständerat in den nächsten Wochen kommen die beiden Parteien nicht zusammen. *Von Markus Schär*

Ausgerechnet Ruedi Noser trifft es. Der umgängliche Zürcher Freisinnige sass vor zwölf Jahren als Präsident seiner Kantonalpartei zu Geheimgesprächen mit Christoph Blocher zusammen, der die Freisinnigen als Versager beim Swissair-Debakel verhöhnte, als Filz zerfetzte und als «Weichsinnige» beschimpfte, also bei der stolzen Staatspartei Wunden schlug, die bei alten Kämpfen noch heute schwären. Ruedi Noser bot seinem Gegenspieler einen Burgfrieden an. Und ein bürgerliches Zweierticket für den Ständerat: Letztmals schafften Trix Heberlein (FDP) und Hans Hofmann (SVP) 2003 die ungeteilte Ständestimme für den Wirtschaftsmotor Zürich.

Jetzt könnte Zürich wieder zwei gleichgesinnte Vertreter nach Bern schicken – aber zwei Linke. Während der sorgfältig eingemittete Sozialdemokrat Daniel Jositsch mit 182 000 Stimmen im ersten Wahlgang das absolute Mehr knapp übersprang, verspricht sich der nicht mit Realismus auffallende Grüne Bastien Girod (81 000) im Entscheidungsgang einen Überraschungserfolg, indem er alle Stimmen aus der Mitte und von der Linken einsammelt. Denn rechts der Mitte müssen sich Ruedi Noser (149 000) und SVP-Kandidat Hans-Ueli Vogt (123 000) wider Willen nochmals duellieren, sich also gegenseitig die Stimmen wegnehmen.

Muss das sein? Nein, meint der Kantonale Gewerbeverband, der sich vor allem bei Regierungsratswahlen erfolgreich um die Geschlossenheit der Bürgerlichen bemüht: «Das ist eine schwierige Geschichte, sie bringt uns etwas in die Bredouille», sagt Geschäftsleiter Thomas Hess. «Es kann nicht sein, dass der Kanton Zürich als Wirtschaftskanton Nummer eins von zwei Linken im Ständerat vertreten wird.»

Nein, es muss nicht sein, meinen auch die nationalen Parteiführungen. SVP (65 Sitze) und FDP (33 Sitze) halten zusammen mit den drei Rechten aus dem Tessin und aus Genf im Nationalrat erstmals mit 101 Stimmen die knappstmögliche absolute Mehrheit. Sie könnten also, wenn sie geschlossen auftreten, der Linken «ungemütliche» Jahre bescheren, wie SP-Präsident Christian Levrat fürchtet. FDP-Präsident Philipp Müller, von den Linken wechselweise umschmeichelt und beschimpft, betont denn auch: «Die FDP marschiert nie mit der SP, zumindest nicht, solange ich Präsident bin.» Und er warb am Wahlabend so eifrig für einen zweiten SVP-Bundesrat, dass sich SVP-Präsident Toni Brunner damit begnügen konnte, einen freundlichen Eindruck zu machen. Allerdings bringen SVP und FDP für einen Bundesrat nach



Es klemmt: Parteipräsidenten Brunner (SVP), Müller (FDP).

ihren Vorstellungen bisher in der Bundesversammlung keine Mehrheit zusammen. Von den 46 Sesseln im Ständerat sind erst 27 besetzt, davon acht von Freisinnigen, fünf von SVP-Männern und einer vom unabhängigen, aber in der SVP-Fraktion sitzenden Schaffhauser Thomas Minder. Das macht vorläufig 115 Stimmen für die beiden Parteien rechts von der Mittellinie – um selber, ohne Hilfe von CVP-Räten, auf die absolute Mehrheit von 124 Stimmen in der Bundesversammlung zu kommen, müssten SVP und FDP möglichst viele der noch nicht besetzten Sessel gewinnen. Warum spannen sie nicht zusammen, wie es ihnen die Linke oft erfolgreich vormacht?

Ausgerechnet der senkrechte Rechte Philipp Müller müsste dafür ein Opfer bringen. Toni Brunner schlug ihm einen Kuhhandel vor: Die SVP Zürich zieht Hans-Ueli Vogt zurück, dafür tritt die FDP Aargau nicht mehr mit Philipp Müller an – so müsste es in beiden Kantonen für

einen Kandidaten der beiden Parteien reichen. Müller ging nicht auf das Geschäft ein: Einerseits reizt es ihn offenbar, nachdem er wegen seines Autounfalls bisher auf den Wahlkampf verzichtete, sein Potenzial zu testen; andererseits scheut er davor zurück, seiner Kantonalpartei dreinzureden, obwohl sie als eine von wenigen bei den Nationalratswahlen mit der SVP zusammenging, was beiden Parteien je einen Sitzgewinn brachte: Das wäre, sagte er im *Sonntagsblick*, «entschuldigen Sie, eine Volks-Verarschung».

Wer über das Land schaut, der sieht denn auch nicht den rechten Block, den die Linken fürchten. Das Verhältnis von SVP und FDP ist von Kanton zu Kanton verschieden – und die entspannte, letztlich erfolgreiche Zusammenarbeit wie im Aargau die Ausnahme. Martin Baltisser, der kampferprobte Generalsekretär der SVP Schweiz, lacht denn auch nur trocken, wenn er die Lage beurteilen soll. Die Annahme, es gebe von der Berner Zentrale strategische Vorgaben

für die Kantonalparteien, «würde nicht ganz der Realität entsprechen», witzelt er: «Wir können nur beschränkt Einfluss nehmen.» Und Samuel Lanz, sein Gegenüber bei der FDP Schweiz, schreibt auf die von ihm gewünschte schriftliche Anfrage: «Bezüglich Ständeratswahlen gibt es keine Zusammenarbeit der beiden Parteien.»

Widerstand in der Romandie

So werkeln auf beiden Seiten die Kantonalparteien vor sich hin, ohne sich von Bern etwas sagen zu lassen, pflegen ihren Eigensinn und schwelgen in ihren Empfindlichkeiten. Wie eine Übersicht über die Kantone zeigt, in denen noch zweite Wahlgänge anstehen (siehe Box), nehmen sie ihre Chancen so nicht wahr: Mit einer, national abgestimmten Zusammenarbeit liesse sich wohl der eine oder andere Sitz mehr holen.

Am schwierigsten ist die Beziehung nicht mehr in Zürich, wo sich die Lage dank den Wirtschaftsverbänden und dem Generationenwechsel entspannt, sondern am Genfersee. In der Romandie rufen die Printmedien dazu auf, «der SVP gemeinsam zu widerstehen», so das Magazin *L'Hebdo* auf der Titelseite seiner *Édition spéciale* mit einem Schweizerkreuz aus Wahlzetteln, aus dem sich eine Faust reckt. Der Widerstandskampf gegen die angebliche «nationale Abschottung» macht auch den Liberaux und den Radicaux Eindruck. In Genf, wo das bisherige rot-grüne Paar Liliane Maury Pasquier und Robert Cramer am 18. Oktober das erstmals verlangte absolute Mehr nicht schaffte, weigern sich die Freisinnigen denn auch, mit der SVP zusammenzuspannen.

Umgekehrt klemmt es dafür in der Waadt, bei derselben Konstellation. Nur der freisinnige Nationalrat Olivier Français kann sich Chancen ausrechnen, dem rot-grünen Duo Géraldine Savary und Luc Recordon einen Sitz abzunehmen. Die zerstrittene SVP verzichtet auf eine Beteiligung am zweiten Wahlgang – aber sie entschied schon am Montagabend nach den Wahlen mit 67 zu 57 Stimmen, den Freisinnigen nicht zu unterstützen. «Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, trotz Differenzen im Kanton und in Bern zusammenzuarbeiten», hatte Olivier Français die Versammlung beschworen und auch beteuert, dass er einen zweiten SVP-Bundesrat wähle. Er scheiterte an seinem Parteifreund Fathi Derder: Der Journalist mit Linksdrall, am 18. Oktober abgewählt, äussert sich abfällig über die SVP – und er würde bei einer Wahl von Français in den Ständerat wieder nach Bern kommen. Das wollten erboste SVP-Leute verhindern.

Ähnlich und doch ganz anders ist die Lage in Zürich: Wenn Ruedi Noser in den Ständerat kommt, rückt in den Nationalrat – ausgerechnet! – Hans-Ulrich Bigler nach, der stramme Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, der oft hört, er politisiere in der falschen Partei. Den ersten Ersatzplatz verdankt er 4760 Stimmen, fast zwei Drittel seiner Fremdstimmen, von der SVP. ○

Parlament

«Die dümmste Rechte der Welt»

In den zweiten Wahlgängen können FDP und SVP im allerbesten Fall noch dreizehn Sitze im Ständerat gewinnen. Ohne Zusammenarbeit bleiben sie aber deutlich darunter.

1. November

Wallis: Die CVP stellt traditionell die beiden Ständeräte, je einen für das Ober- und das Unterwallis. Der Bisherige Jean-René Fournier (45 690 Stimmen) und der Neue Beat Rieder (37 100) schafften aber das absolute Mehr nicht. SVP-Kandidat Franz Ruppen (29 539), in den Nationalrat gewählt, zog sich zurück. Quereinsteiger Pierre-Alain Griching (28 357) tritt für die FDP nochmals an – ohne die Unterstützung der SVP zu suchen.

8. November

Freiburg: SP-Präsident Christian Levrat (39 014) und der neue CVP-Kandidat Beat Vonlanthen (34 365) müssen in die zweite Runde gehen. FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois (22 272) tritt nicht mehr an. Die SVP schickt statt Emanuel Waeber (20 343) Nationalrat Jean-François Rime in den Kampf – vor allem, um Levrat an der Heimfront zu beschäftigen.

Waadt: Gegen das bisherige rot-grüne Paar Géraldine Savary (72 985) und Luc Recordon (68 339) kämpft nur noch Nationalrat Olivier Français (54 439) für die FDP, höchstens mit inoffizieller Unterstützung von SVP-Leuten.

Genf: Das rot-grüne Duo Liliane Maury Pasquier (37 354) und Robert Cramer (34 621)



Zweiter Wahlgang: MCG-Politiker Stauffer.

schaffte das erstmals geforderte absolute Mehr nicht. Auf der Rechten kam keine Zusammenarbeit von FDP-Kandidat Benoît Genecand (29 981) und SVP-Nationalrat Yves Nidegger (21 454) zustande. Deshalb macht MCG-Mann Eric Stauffer angesichts der «dümmsten Rechten der Welt» (gemeint sind FDP und CVP) im zweiten Wahlgang mit.

15. November

Bern: Nach dem Rückzug von SVP-Nationalrat Albert Rösti und FDP-Kandidatin

Claudine Esseiva, die erbärmlich abschnitt, verhindert nur ein wilder Kandidat die stille Wiederwahl von Werner Luginbühl (BDP) und Hans Stöckli (SP).

Luzern: Die Luzerner können unter siebzehn Listen mit fünf Kandidierenden in verschiedenen Kombinationen wählen. Die Liste von CVP und FDP, mit dem Bisherigen Konrad Graber (64 577) und dem jungen Damian Müller (54 992), wird sich gegen SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo (37 241) und SVP-Nationalrätin Yvette Estermann (37 015) durchsetzen.

Obwalden: Die SVP zog ihren Kandidaten Adrian Halter (40 23) zurück. Sie setzt sich gegen den CVP-Kandidaten, den Steuerexperten Erich Ettl (67 54), für den FDP-Mann André Windlin (43 06) ein, da er bürgerlicher politisiere, obwohl er als Biobauer mit Sonnenkollektoren auf dem Dach die Linke anspricht.

St. Gallen: Die FDP, für die Karin Keller-Sutter die Wiederwahl locker schaffte, entschied nach Redaktionsschluss, ob sie SVP-Nationalrat Thomas Müller (50 629) im Duell gegen SP-Ständerat Paul Rechsteiner (62 944) hilft.

Solothurn: CVP-Ständerat Pirmin Bischof kam knapp über das absolute Mehr. Gegen SP-Ständerat Roberto Zanetti (42 421) tritt nur noch SVP-Nationalrat Walter Wobmann (29 666) an – die FDP hält ihn für unwählbar, weil «unliberal und extrem».

Tessin: Die beiden Bisherigen, CVP-Mann Filippo Lombardi (43 897) und FDP-Mann Fabio Abate (40 504), müssen weiter gegen Lega-Vertreter Battista Ghiggia kämpfen, der sie mit 36 307 Stimmen bedrängte. Das Feld bleibt aber unübersichtlich – es dürfte also für eine Wiederwahl reichen.

22. November

Aargau: Hinter der wiedergewählten SP-Ständerätin Pascale Bruderer (104 687) und SVP-Nationalrat Hansjörg Knecht (77 255) kam FDP-Präsident Philipp Müller (71 445) nur auf den dritten Platz. Er gilt als Favorit, allerdings nimmt ihm CVP-Nationalrätin Ruth Humbel (33 900) Stimmen weg.

Zürich: Um den zweiten Sitz balgen sich für die FDP Ruedi Noser (148 558), für die SVP Hans-Ueli Vogt (123 144) und für die Grünen Bastien Girod (80 737).

Geschützte Werkstatt

Der Stadt-Land-Graben ist nur vordergründig. In Wahrheit gibt es einen neuen Klassenkampf in der Schweiz: zwischen Staatsprofiteuren und dem Rest der Bevölkerung.

Von Peter Keller



Verachtung gegenüber dem Krampfer.



Die Analyse des SVP-Erfolges war schnell bei der Hand: Die Frustrierten und Doofen hätten der Schweizerischen Volkspartei zum Wahlsieg verholfen – oder wie sich der SRF-Hauspolitologe Claude Longchamp etwas gepflegter ausdrückte: «Bürger, die eher aus den unteren Bildungsschichten kommen». Longchamp, der Akademiker mit SP-Partei-buch, meint damit Menschen mit Berufsabschlüssen.

Das Ergebnis sei ein Votum der Angst gewesen, waren sich die medialen Lautsprecher einig, der Modernisierungsverlierer wählte rechts. Zudem verschärfe sich der Stadt-Land-Graben: Während das Land und die Agglomerationen bürgerlicher würden, akzentuieren sich die Städte links – selbstredend leben dort die «progressiven» Kräfte der Schweiz. Oder mit den Worten des Politologen Lukas Golder: «Es ist wieder angesagt, in den Städten zu leben – gerade bei Kreativen, Marketingfachleuten oder Selbständigen.» Diese sähen die internationale Öffnung als Chance, seien gutsituiert und wählten eher SP oder grün.

So ist er also, der urbane Durchschnittswähler: kreativ und selbständig, ein Gutverdiener, international orientiert und links. Was dabei als Vertretung in der nationalen Politik herauskommt, gewissermassen als Destillat dieser progressiven Stimmbevölkerung, ist im Stadt-

kanton Basel zu besichtigen: Silvia Schenker, SP-Nationalrätin und Sozialarbeiterin. Man könnte ein paar Dutzend andere Namen nennen. Wenn sich hier ein Graben öffnet, hat das nur vordergründig mit Stadt und Land zu tun. In Wahrheit verdient kaum ein links-grüner Kandidat für die nationalen Parlamente sein Brot ausserhalb des Staates oder parastaatlicher Einrichtungen. Auch im Parlament tummeln sich vornehmlich Staatsdiener, Berufspolitiker, Funktionäre und ein paar Juristen.

Sozialfälle schaffen gutbezahlte Jobs

Wenn sich die Linken über frustrierte Modernisierungsverlierer auslassen, kommt zweierlei zum Ausdruck: zum einen die kaum kaschierte Verachtung gegenüber der arbeitenden Berufsbevölkerung. Bei den Handwerkern und Angestellten ist längstens angekommen, dass die SP im Zweifelsfall den importierten Sozialfall aus Afrika dem einheimischen Krampfer vorzieht. Denn der Sozialfall – auch jener mit Schweizer Pass – schafft gutbezahlte Jobs im Fürsorge- und Betreuungsgürtel.

Darüber hinaus ist es relativ billig, in der staatlich geschützten Werkstatt zu sitzen und die Nase zu rümpfen über jene Leute, die den eisigen Wind der Globalisierung nicht nur aus Nachrichten kennen. Der neue CS-Chef hat gerade angeordnet, dass in der Schweiz 1600 Stellen gestrichen werden. Die Branche wird weltweit durchgeschüttelt, der hiesige Radikal-

abbau ist jedoch auch eine Folge der Überregulierung, wie sie von Eveline Widmer-Schlumpfs Finma-Vasallen betrieben wird. Was wiederum den Blick auf den wahren Graben im Land schärft: Während sich der Finanzplatz bereits in der Schrumpfungsphase befindet, wächst der öffentliche Sektor munter weiter – während der Werkplatz spart, Stellen streicht, länger arbeitet, tut sich beim Staat gar nichts in diese Richtung.

Man muss es sich heute tatsächlich leisten können, in den Kernstädten zu leben. Staatlich besoldete Angestellte sind hier im Vorteil. Beispiel Zürich: Die kantonalen Durchschnittslöhne (Direktionen, Staatskanzlei, Polizei- und Lehrpersonal) betragen brutto 113 000 Franken (2012). Der private Sektor kommt gemäss BfS auf 77 412 Franken. Das Bild deckt sich mit den gesamtschweizerischen Verhältnissen: Hier stehen sich 7750 Franken Monatslohn brutto (öffentlich) und 6118 Franken (privat) gegenüber.

Nun möge man nicht einwenden, dass Bund, Kantone und Gemeinden eben mehr Akademiker und besser qualifiziertes Personal beschäftigten. Viele dieser Angestellten würden anderswo gar keinen Job finden oder nur zu ganz anderen Konditionen. Anders gesagt: Die angeblichen «Globalisierungsverlierer» mit Schweizer Berufslehre (sprich: Fachkräfte) finden in der ganzen Welt eine Arbeitsstelle – auf zusätzliche Sozialarbeiter, Ethnologen und Historiker dagegen wartet niemand in London, Paris oder New York.

Es tut sich in der Schweiz tatsächlich ein gefährlicher Graben auf: Da ist einmal jener Teil der Bevölkerung, der in der Privatwirtschaft arbeitet und nicht nur den staatlichen Sektor durchfüttern muss, sondern auch noch den härter gewordenen internationalen Druck (Zuwanderung plus Globalisierung) verdauen muss. Auf der anderen Seite sammeln sich in den Städten unter rot-grüner Vorherrschaft jene «soziokulturellen Eliten», die wenig bis nichts zur Wertschöpfung im Land beitragen. In der Verwaltung haben sich regelrechte Monokulturen herausgebildet.

Zum Modernisierungsverlierer kann nur werden, wer der globalen Veränderung ausgesetzt ist. Wer beim Staat untergekommen ist und gemäss Lohnbändern bezahlt wird, faktisch über einen Kündigungsschutz verfügt und dazu noch im Durchschnitt mehr kassiert als im Privatsektor, gehört tatsächlich zu den Globalisierungsgewinnern. Sich etwas darauf einzubilden, dazu besteht freilich kein Anlass. ○

Martullos Musketier

Für Fachleute wie für Laien war die Wahl von Ems-Chefin Magdalena Martullo-Blocher eine Überraschung. Die Analyse des Ergebnisses zeigt: Ein achtzehnjähriger Gymnasiast aus Davos trug mit seiner neugegründeten Partei entscheidend zu ihrem Erfolg bei. *Von Florian Schwab*



Die Überraschungskandidatur von Magdalena Martullo-Blocher für den Nationalrat hatte die Politik im Kanton Graubünden und in Bern aufgewühlt. Der Umfang der Deutungen reichte von parteiinternem Friendly Fire gegen Lokalmatador Heinz Brand bis hin zur Zusprache, Martullo-Blocher erhalte ein Expresssticket auf den ersten Nachrückerplatz für den Fall, dass Brand in den Bundesrat gewählt würde. Solches Werweissen war am Nachmittag des Wahlsonntags Makulatur, als klar wurde, dass sowohl Brand als auch Martullo-Blocher gewählt waren. Die SVP errang mit der Tochter von Christoph Blocher das fünfte Mandat des Kantons, das sogenannte Restmandat.

Am meisten überrascht war die Gewählte selbst. «In den letzten Wochen habe ich nicht mehr an meine Wahl geglaubt», sagte sie der Schweizerischen Depeschagentur (SDA). Im Schweizer Fernsehen kleidete die Ems-Chefin das Überraschungsmoment in ein Gleichnis aus dem Kuhstall: Sie habe im Moment ihres Sieges schier «den Melkstuhl kalbern sehen».

FDP hatte das Nachsehen

Ein gewichtiger Aspekt bei der knappen Wahl Martullos – es war der knappste Entscheid bei einer nationalen Wahl in der Geschichte Graubündens – ist indes sämtlichen Kommentatoren entgangen. Martullo verdankt ihre Wahl einem unverhofften Königsmacher: Auf der Listenverbindung der SVP im Kanton figurieren die «Patriotisch Liberalen Demokraten» (PLD), eine Kleinstpartei um den Davoser Sportgymnasiasten Luca Heinrich. Selber in einem FDP-Haushalt gross geworden – die Mutter vertrat die FDP in der Talschaft –, hatte Heinrich die PLD gegründet, um das Beste beider Welten zu verbinden: den Liberalismus der FDP und den Patriotismus der SVP.

Und just jene PLD lenkten 673 Stimmen in den SVP-Listen-Topf. Auf dem PLD-Wahlzettel figurierte Parteigründer Luca Heinrich als einziger Kandidat. Hat er damit die Wahl entschieden? Eine genaue Analyse des Bündner Ergebnisses zeigt, dass am Schluss bei der Verteilung des Restmandats 760 Stimmen den Ausschlag gaben. Hätte die Listenverbindung der SVP 760 Stimmen weniger eingetragen und wären diese Wähler den Urnen ferngeblieben, so wäre der Oberengadiner FDP-Kandidat Michael Pfäffli zum Zuge gekommen. Obwohl Luca Heinrich weniger als 760 Stimmen einge-

bracht hat, darf er sich mit einigem Recht als Königsmacher fühlen: Wäre seine Partei eine Listenverbindung mit der FDP eingegangen, dann hätte diese das Restmandat mit grösster Wahrscheinlichkeit erobert.

Eine Woche nach der Wahl treffen wir Luca Heinrich in seinem Heimatort Davos. Er ist mit seinen achtzehn Jahren eine so athletische Erscheinung, wie man es von einem erwartet, der das örtliche Sportgymnasium absolviert. «Bei uns wird Leistung grossgeschrieben», sagt der passionierte HCD-Hockeyaner. Entsprechend seien die meisten Mitschüler bürgerlich orientiert und in «allen Lebensbereichen dem Leistungsprinzip verpflichtet».

Mit seinem Wahlergebnis ist Heinrich nur halb glücklich. Zwar hat er in seiner Davoser Heimat mehr Stimmen geholt als jeder andere Politiker einer Jungpartei; kantonsweit hätten aber mindestens tausend Stimmen drinliegen müssen, findet er. Dass seine PLD bei der Wahl den Ausschlag gegeben haben, freut Heinrich gleichwohl. Er bewundert die unternehmerische Leistung von Martullo-Blocher. Die Frischgewählte habe ihm sogar einen Dankesbrief geschrieben, erzählt er stolz.

Auf eine Listenverbindung habe er es von Anfang an abgesehen gehabt, denn «allein hat man keine Chance». Beide bürgerlichen Parteien wären in Frage gekommen. Allerdings habe sich die SVP bei ihm gemeldet und ihn

angefragt, während er von der FDP nichts gehört habe. Dies, obwohl er den Bündner FDP-Ständerat Martin Schmid als Gewährsmann der PLD-Verbindung von Liberalem und Patriotischem sogar einmal interviewt hat (wie auch SVP-Nationalrat Lukas Reimann). Die Idee zur Parteigründung entstand bei einer schulischen Arbeit im Fach Wirtschaft zum Thema: «Patriotisch liberal – zwei Gegensätze oder das Schweizer Ideal?».

In seiner Maturarbeit vertieft er das Thema momentan. Da es im Hockey voraussichtlich nicht für eine Profikarriere reicht, plant Heinrich nach dem Abschluss in eineinhalb Jahren eine militärische Laufbahn. Via Grenadier-Rekrutenschule möchte er in das Armee-Aufklärungsdetachment (AAD) aufrücken, eine Elitespezialeinheit. Sollte dies nicht klappen, kann er sich auch ein Jus-Studium vorstellen.

Politisch bleibt mit ihm zu rechnen. Selbstverständlich hat Luca Heinrich nach seinem Überraschungscoup Angebote erhalten, sich in der SVP zu engagieren. Er möchte aber lieber unabhängig bleiben. Bei der SVP kann er mit den konservativeren Teilen der Basis nichts anfangen, bei der FDP vermisst er gelegentlich die vaterländische Gesinnung («Ich liebe unser Land!»). Heinrich plant mit seinen PLD eine Kandidatur bei den Gemeinderatswahlen in Davos 2016 und bei den Kantonsratswahlen in drei Jahren. ○



Dankesbrief geschrieben: Martullo-Blocher.



Das Beste beider Welten: PLD-Gründer Heinrich.

Wachsende Probleme

Die Zahl der Asylanten steigt weiter. Nun kommen vermehrt Menschen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan. Das Hauptproblem sind aber weiterhin die vielen Migranten aus Eritrea. *Von Alex Reichmuth*

Das grosse Flüchtlingschaos in Deutschland und die nationalen Parlamentswahlen haben die Asylprobleme der Schweiz in den letzten Wochen aus den Schlagzeilen gedrängt. Die Asylzahlen im September und im ganzen dritten Quartal, die der Bund kurz vor dem Wahltag veröffentlichte, sind in den meisten Medien nur beiläufig vermeldet worden. Dabei haben es diese in sich: Die Zahl der Asylgesuche ist im September noch einmal stark gestiegen – gegenüber August um ein Sechstel auf über 4500. Im gesamten dritten Quartal dieses Jahres kamen gar sechzig Prozent mehr Asylsuchende in die Schweiz als im zweiten Quartal. Die Gesamtzahl in diesem Jahr lag bis Ende September um ein sattes Drittel höher als in der gleichen Periode 2014.

Die jüngsten Zahlen zeigen, dass die Asylprobleme der Schweiz alles andere als gelöst sind, ja weiter zunehmen. Diese Entwicklungen lassen sich konkret beobachten.

— Asylgesuche insgesamt: 2014 noch nahm die Zahl der neuen Asylanten nach einem Höchststand im Juli (2911) gegen Herbst allmählich wieder ab. Dieses Jahr ist bisher nichts von einem saisonal bedingten Rückgang zu sehen – im Gegenteil: Im September stieg die Zahl der Asylgesuche nochmals kräftig auf 4544, was fast doppelt so viel ist wie im September letzten Jahres. Bereits nach neun Monaten sind dieses Jahr mehr Asylbewerber (24 212) angekommen als letztes Jahr insgesamt (23 765). Selbst wenn man einen Rückgang gegen Ende Jahr annimmt und mit je 3000 Asylgesuchen im Oktober, November und Dezember rechnet, wird die derzeit gültige

Prognose des Bundes von gut 30 000 Asylanten im Jahr 2015 klar übertroffen.

— Eritrea: Asylbewerber aus dem kleinen ostafrikanischen Land stehen zahlenmässig weiterhin klar an der Spitze. Wegen des stärkeren Zustroms von Menschen über den Balkan ist der Anteil der Eritreer im September zwar auf dreissig Prozent zurückgegangen. 1387 Gesuche von Eritreern bedeuten aber dennoch über fünfzig Prozent mehr als im September 2014. Insgesamt sind dieses Jahr schon 8927 Eritreer in die Schweiz gekommen, was schon jetzt deutlich über der Gesamtzahl von 2014 liegt (6923 Asylgesuche). Für 2015 muss man wohl mit total über 10 000 neuen Asylanträgen von Eritreern rechnen.

— Syrien, Irak, Afghanistan: Der klare Anstieg der Asylgesuche im September ist darauf zurückzuführen, dass vermehrt aus Nahost stammende Menschen über die Balkanroute in die Schweiz kommen. Erstmals überstieg die Zahl dieser «Balkanflüchtlinge» die Zahl der Asylanten, die über das zentrale Mittelmeer und Italien hierhergelangten. Aus Syrien kamen im September 913 Asylsuchende, was deutlich mehr ist als in den Monaten zuvor. Mit einem Anteil von zwanzig Prozent stellen Asylsuchende aus dem kriegsversehrten Land aber weiterhin nur eine Minderheit dar. Es trafen gleichzeitig auch viel mehr Migranten aus Afghanistan (658, plus 43 Prozent gegenüber August) und dem Irak (349, knappe Verdoppelung gegenüber August) ein. Sollte Deutschland wegen des nicht enden wollenden Ansturms von Asylanten demnächst gezwungen



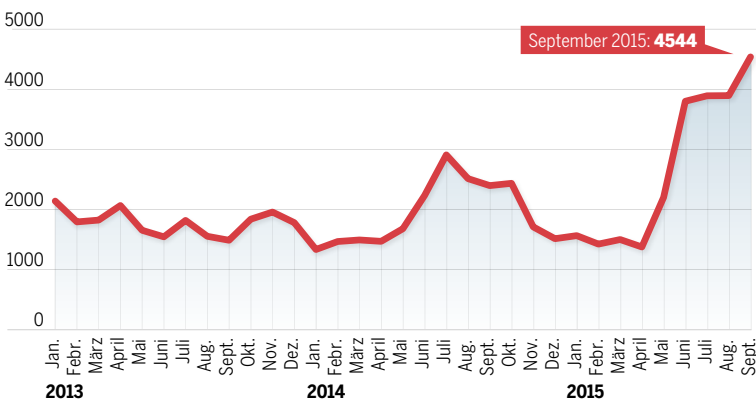
An der Spitze: Eritreer in Zürich.

sein, die Grenzen zu schliessen, könnte die Schweiz mit noch viel höheren Zahlen von Schutzsuchenden konfrontiert sein.

— Sri Lanka: Weiterhin treffen jeden Monat über 100 Asylbewerber aus Sri Lanka ein (September: 107), obwohl der dortige Bürgerkrieg seit vielen Jahren beendet ist. Zurückzuführen ist die anhaltende Attraktivität des Asylslands Schweiz bei Tamilen offensichtlich auf die

Total der Asylgesuche

Schweiz, 2013 bis Ende September 2015

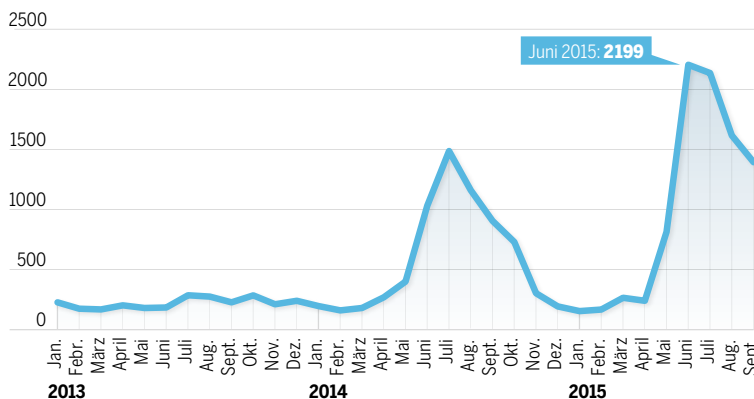


QUELLE: STAATSEKRETARIAT FÜR MIGRATION (SEM)

Ein saisonal bedingter Rückgang findet dieses Jahr nicht statt.

Asylgesuche von Eritreern

Schweiz, 2013 bis Ende September 2015



QUELLE: STAATSEKRETARIAT FÜR MIGRATION (SEM)

Über 50 Prozent mehr Gesuche als letztes Jahr.



deutlich vorsichtiger Rückführungspraxis seit 2013. Damals wurden zwei ausgeschaffte Tamilen nach ihrer Ankunft in Sri Lanka in Haft genommen. Das führte zu Protesten in der Schweiz und zu einem vorübergehenden Ausschaffungsstopp für Tamilen. Ob die beiden Tamilen in der Haft wie behauptet tatsächlich misshandelt wurden, blieb indes unbelegt. Nicht auszuschließen ist, dass es sich um ehemalige Kriegsverbrecher handelte, deren Inhaftierung in Sri Lanka angemessen war.

— Diverse afrikanische Staaten: Pro Monat kommen insgesamt Hunderte von Asylanten aus schwarzafrikanischen Staaten in die Schweiz. Im September waren es unter anderen 83 aus Äthiopien, 60 aus Gambia, 27 aus Guinea, 65 aus Nigeria, 27 aus Senegal und 40 aus dem Sudan. Der überwiegende Teil von ihnen dürfte wegen miserabler Lebensbedingungen in den Heimatländern fliehen – was allerdings kein Asylgrund ist. Die Anerkennungsquote von Asylanten aus diesen Staaten ist entsprechend sehr tief.

— Dublin-Abkommen. Mittlerweile halten sich selbst zentraleuropäische Staaten wie Österreich und Deutschland nicht mehr an das

Dublin-Abkommen, das eigentlich das Asylwesen in der Europäischen Union koordiniert. Dublin ist faktisch gescheitert. Parallel dazu wachsen die Probleme der Schweiz, die an das Abkommen assoziiert ist. Im dritten Quartal 2015 ersuchte die Schweiz im Rahmen von Dublin 6423-mal einen anderen europäischen Staat um Rückübernahme von Asylanten. Nur in 2748 Fällen erklärte sich der angefragte Staat für zuständig. Tatsächlich an einen anderen Staat überführt werden konnten im dritten Quartal nur 501 Personen – das sind acht Prozent, verglichen mit den Anfragen im gleichen Zeitraum.

Es drängen also immer mehr Asylbewerber in die Schweiz, wenn auch der Ansturm noch nicht so gross ist wie in Deutschland oder Schweden. Gleichzeitig zerbröselst das Dublin-Abkommen, von dem sich die Schweiz eine Entlastung versprach, zusehends. Auf Europa ist kein Verlass mehr. Im Asylwesen sind die Nationalstaaten auf sich selber zurückgeworfen. Der Tag, an dem auch die Schweiz wieder Grenzkontrollen einführen muss, um den Ansturm illegaler Migranten zu bremsen, kommt möglicherweise schon bald. ○

Deutschland

Plötzliche Einigkeit

Der Ruf nach Transitzonen ist ein Ablenkungsmanöver.

Nach Wochen heftiger Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU ist es zwischen den Schwesterparteien deutlich ruhiger geworden bezüglich des Kurses in der Flüchtlingspolitik. Zuvor hatte der Streit zwischen Angela Merkel («Wir schaffen das») und Horst Seehofer («Es droht ein Kollaps mit Ansage») die gemeinsame Fraktion zu spalten gedroht. Jetzt ist man sich in der Union plötzlich einig: Man will den Ansturm durch Transitzonen an der Grenze in den Griff bekommen. Dorthin sollen Migranten kommen, die voraussichtlich kein Bleiberecht haben. Bevor sie in die langsam mahlenden Asylmühlen geraten, soll über ihr Gesuch innert Tagen entschieden werden, um sie dann gleich zurückschicken zu können. «Wichtig ist, dass jetzt in einem wichtigen Punkt CDU und CSU übereinstimmen», frohlockte CSU-Chef Seehofer.

Ohne Grenzabriegelung nutzlos

Inzwischen ist die Einigkeit verfliegen: Wegen chaotischer Zustände an der bayrisch-österreichischen Grenze hat Seehofer Merkel ein Ultimatum bis Allerheiligen gestellt. Auch sein früherer Optimismus war wohl nur gespielt. Denn auch Seehofer muss klar sein, dass er eine Scheinlösung zum Besten gab. Transitzonen können nur funktionieren, wenn man gleichzeitig die Grenzen abriegelt. Warum soll sich jemand, der absehbar kein Asyl bekommt, freiwillig in eine solche Zone begeben, wenn nebenan die ungesicherte Grenze weit offensteht? Doch genau um die Frage, ob die Grenze geschlossen werden muss, eskalierte zuvor der Streit zwischen CDU und CSU. Auch Angela Merkel ist für Transitzonen. Kurz zuvor hatte die Kanzlerin im Fernsehtalk noch behauptet, es sei unmöglich, den Zug der Migranten zu stoppen. Nun kommentierte sie die Transitzonen salbungsvoll: «Wir erleben eine aussergewöhnliche Situation, in der zeitweilig auch ein aussergewöhnliches Mittel hilfreich sein kann.» Offensichtlich soll da von den Rissen in der CDU/CSU abgelenkt werden.

«Ich kann mir nicht vorstellen, wie das funktionieren soll», sagte demgegenüber SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi. Viktor Orbán in Ungarn macht gerade vor, wie: Zu seinen Transitzonen gehören meterhohe Zäune mit Stacheldraht, über Hunderte von Kilometern. *Alex Reichmuth*

Seite an Seite mit der Verwaltung

Der Dachverband der Schweizer Wirtschaft stellt die Bewahrung der bilateralen Verträge weiterhin ins Zentrum seiner Wirtschaftspolitik. Damit operiert er in wesentlichen Punkten im Einklang mit der Bundesverwaltung. *Von Beat Gygi*



Politik im Eigeninteresse: Economiesuisse-Chefs Rühl, Karrer.

Die Parlamentswahlen vom 18. Oktober haben der SVP und der FDP so viele zusätzliche Nationalratssitze gebracht, dass dies eine gute Ausgangslage für eine stärker bürgerlich orientierte Wirtschaftspolitik ergeben sollte – für eine Wirtschaftspolitik, die Firmen und Haushalten etwas mehr Freiräume bringt. Es ist zu erwarten, dass die Wirtschaftsverbände ihre Chance nutzen und mit Blick auf die öffentlichen Diskussionen den Rahmen möglichst rasch so abzustecken suchen, dass sie die Stärkung des bürgerlichen Lagers mit maximaler Wirkung in eine liberalere Wirtschaftspolitik umsetzen können.

Monika Rühl, Direktorin des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse, hat sich in einem Interview mit der *Handelszeitung* gleich am Montag nach der Wahl zur Frage geäußert, welches für Economiesuisse die wichtigsten Themen in den nächsten Jahren seien.

Sie sagte, in den letzten Jahren seien immer neue Regulierungen dazugekommen, welche die Wirtschaft hemmen würden; da müsse man Gegensteuer geben. In Steuerfragen, in der Energiepolitik und bei der Altersvorsorge wolle der Verband «wirtschaftsfreundliche Lösungen erreichen». Ganz entscheidend werde zudem die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sein, da müsse man «zwingend den Erhalt der bilateralen Verträge sichern».

Zwei Gesichter der Organisation

Zur Frage nach der Konkordanz im Bundesrat sprach sich Rühl – wie eine Woche später auch Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer in mehreren Zeitungsinterviews – für die Präsenz der grossen Parteien mit je zwei Vertretern im Bundesrat aus. Die sogenannte Zauberformel sei über viele Jahre selbstverständlich gewesen,

dahin solle man zurückkehren. Viel brisanter als diese Worte zugunsten eines zweiten SVP-Sitzes in der Regierung ist allerdings die wiederholte Beteuerung seitens der Economiesuisse-Direktorin, dass die bilateralen Verträge zwingend zu sichern seien.

Der Spitzenverband der Wirtschaft bleibt somit auf seiner bisherigen Linie, laut der die vom Volk angenommene Initiative gegen Masseneinwanderung eine grosse Gefahr für den Wirtschaftsstandort Schweiz darstelle, weil gemäss Guillotineklausel damit zugleich die sechs bilateralen Verträge Schweiz–EU zu Landverkehr, Luftverkehr, Landwirtschaft, technischen Handelshemmnissen, öffentlichem Beschaffungswesen und Forschungszusammenarbeit dahinfliegen könnten. Der Kampf für den Erhalt dieser Bilateralen I und damit in wesentlichen Punkten der Kampf gegen Positionen der SVP zählt seit langem zu den Prioritäten von Economiesuisse. Die Kampagne wird offenbar fortgesetzt.

So findet das Lob der Bilateralen in jüngsten Publikationen des Verbandes gebührend Platz. Die zwei ersten Medienmitteilungen nach den Wahlen zeigen quasi zwei Gesichter

Mehr Wettbewerb könnte die Schweiz an die Weltspitze bringen.

der Organisation. Die eine der Stellungnahmen kommentiert aus liberaler Sicht die jüngste Statistik zum Gesundheitswesen, das auf 70 Milliarden Franken Jahresumsatz gewachsen ist. Kritisiert wird, dass die Bezahlung der Leistungserbringer über allzu vielfältige und schwierig überblickbare Kanäle erfolge; eine freiheitlichere Finanzierung und mehr Wettbewerb könnten die Schweiz aber an die Weltspitze bringen.

Die andere Meldung wirkt dagegen schillernd, als ob der Verband privat-öffentliche Kooperationen oder irgendwie die Nähe zum Staat suche. Da wird unter dem Titel «Perlen der Wirtschaft» eine Start-up-Firma vorgestellt, die Analyse und Fertigung mikroskopisch kleiner Bauteile technologisch einen Schritt weiterbringen will. Ihre Verfahren dienen beispielsweise zur Herstellung von Sicherheitshologrammen auf Pässen und Banknoten oder elektronischen Prozessoren und Computerchips. Economiesuisse betont, dass «die Tüftler im Zürcher Technopark auf

internationale Vernetzung, akademische Unterstützung und das Zusammenspiel von privatwirtschaftlichem Pioniergeist und staatlicher Förderung» setzen und dass zwei europäische Förderprogramme mit ihren jeweiligen Fördertöpfen eine wichtige Rolle spielten. Der Schlussappell lautet: «Dank der bilateralen Abkommen mit der EU können Schweizer Unternehmen gleichberechtigt von solchen Forschungsprogrammen profitieren. Das stärkt den Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz und sorgt für mehr Mittel. Denn insgesamt hat die Schweiz weit mehr aus dem Fördertopf der EU erhalten, als sie je einbezahlt hat. Auch deshalb ist der Erhalt der bilateralen Abkommen für die Schweiz entscheidend.»

Eine ähnliche Stimmung verbreiten die jüngsten Ermahnungen des Verbands im Zusammenhang mit der Digitalisierung und Automatisierung der Industrie. Unter dem Titel «Digitale Agenda 2.0: Auf dem Weg zu «Smart Switzerland» wird ausgemalt, wie zügig man in Richtung «digitale Volkswirtschaft» vorankäme, wenn alle Beteiligten – Firmen, Hochschulen, Staatsstellen – zusammenspannen würden. Bestens ins Bild passt die soeben erschienene Zeitschrift *Volkswirtschaft* aus dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Hauptthema ist «Digitalisierung der Wirtschaft – Rolle des Staates». Fast entsteht der Eindruck, als würden die Zahnräder von Economiesuisse und Wirtschaftsdepartement harmonisch ineinandergreifen. Der Aufruf, die EU treibe den digitalen Binnenmarkt voran und die Schweiz müsse mithalten und schauen, dass Unternehmen und Konsumenten Zugang zu diesem Markt bekommen, tönt ähnlich wie der Appell zugunsten der Bilateralen.

Der staatstragend wirkende Geist des Dachverbandes pflanzt sich fort in gewichtigen Mitgliedsorganisationen, also Branchenverbänden. Swissmem, der Verband der Maschinen-

Elektro- und Metallindustrie, betreibt seit längerem eine intensive Kampagne zur Bewahrung der bilateralen Verträge, auch mit Hilfe einer speziell organisierten Internet-Fan-Gemeinde. Praktisch wöchentlich informiert die Organisation über Firmenchefs, die sich der Bewegung neu anschliessen und die dem Publikum die Vorteile der Bilateralen für ihre Firmen oder das Ausbildungssystem erläutern.

Zweifelhafter «Fachkräftemangel»

Die ebenfalls in Economiesuisse eingebundene Bankiervereinigung, die vor allem die Interessen international orientierter Banken vertritt, trägt die Kampagne zugunsten der Bilateralen auf ihre Weise mit. Der Verband weist vor allem auf die Notwendigkeit hin, Verbindungen zwischen der Schweiz und der EU so einzurichten, dass Banken möglichst ungehinderten Zugang zum Binnenmarkt haben. Konformität mit EU-Regeln ist aus dieser Sicht wichtiger als etwa das Verankern des Bankkundengeheimnisses in der Verfassung. Wie die andern Mitstreiter argumentiert auch die Bankiervereinigung mit der hohen Nachfrage der Firmen nach Fachkräften; die Schweizer Wirtschaft sei unbedingt auf das freie Rekrutieren im Ausland angewiesen. Dabei ist im Auge zu behalten, dass die Banken seit längerem Personal abbauen. Die Beschäftigung in der Branche ist seit 2008 von etwa 120 000 auf unter 104 000 Personen zurückgegangen. Die Ankündigung der Credit Suisse, in der Schweiz 1500 Stellen zu streichen, ist erst einige Tage alt. Und der Begriff Fachkräftemangel erscheint wenig glaubwürdig, wenn man hört, dass sich heute bei Stellenausschreibungen rasch einmal fünfzig Bewerber auf eine Stelle melden.

Nicht alle Verbände allerdings setzen ihre Energie derart für möglichst enge Verbindungen zu Absatz-, Regulierungs- und Rekrutierungsmärkten der EU und damit auf den Gleichschritt mit der Bundesverwaltung ein.

Der hauptsächlich auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ausgerichtete Gewerbeverband zeigt sich viel distanzierter gegenüber der offiziellen Politik. Seit den Wahlen hat er sich drei Mal an die Medien gewandt: einmal mit dem Vorstoss, die soeben publizierten Segmentkosten der SRG würden zeigen, dass der Service public wahrscheinlich viel günstiger erbracht werden könne. Das zweite Mal mit Abstimmungsparolen: der Ja-Parole zur «Milchkuh-Initiative», also der Forderung, die von den Strassenbenützern bezahlten Gebühren müssten vollständig zugunsten der Strasse eingesetzt werden; der Nein-Parole zur Initiative

Konformität mit EU-Regeln ist dem Verband wichtiger als etwa das Bankkundengeheimnis.

«Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» sowie der Nein-Parole zur Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe». Das dritte Mal betraf den Gotthardtunnel, der Verband fordert mit Blick auf die Sicherheit den Bau einer zweiten Röhre.

Auch der Gewerbeverband vertritt zwar die Ansicht, dass die Fortführung der Personenfreizügigkeit mit der EU von grösster Bedeutung sei. Er betont aber, dass im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft bei den Arbeitszeiten flexiblere Lösungen nötig seien. Damit wird das Problem der flankierenden Massnahmen angesprochen, welche auf Gewerkschaftswunsch erlassen wurden, um die Arbeitnehmer vor Konkurrenz aus dem Ausland zu schützen, und laufend umfangreicher und komplizierter werden. Dass der Gewerbeverband ebenfalls eine Politik im Eigeninteresse betreibt, ist klar, aber seine Interessengruppen dürften den Stimmbürgern doch näher sein, als man bei Economiesuisse den Eindruck hat. ○

Go flexible

Kommen Sie mit Ihrer Firma vorwärts, kommen Sie zu Regus. Nehmen Sie sich alle Freiheiten beim Einzug und Wachsen – gleichzeitig sparen Sie Kosten.
Regus, where smart businesses work.

Rufen Sie uns an auf 043 456 9584
oder gehen Sie auf de.regus.ch



Büros



Meetingräume



Business Lounges



Coworking Space



Virtuelle Büros

RegusTM

Die Weltreise des Sperisen-Clans

Um seine Familie vor Gangstern zu schützen, kehrte der ehemalige guatemaltekische Polizeichef Erwin Sperisen in die Heimat seiner Vorfahren zurück. Doch in der Schweiz landete er aufgrund einer politischen Kampagne in der Folge selber im Gefängnis, seine Familie geriet in Sippenhaft. Teil 2. Von Alex Baur

Seit drei Jahren und zwei Monaten ist die Welt des Erwin Sperisen rechteckig, sie besteht aus einer Pritsche, einem Stuhl, einem Tisch und ist exakt 10,18 Quadratmeter gross. Das ist die Fläche einer Zelle im Genfer Untersuchungsgefängnis Champ-Dollon. Einmal täglich darf der fast zwei Meter grosse Hüne die Zelle für eine Stunde verlassen, um sich die Beine in einem etwas grösseren Gitterkäfig zu vertreten. Kontakte zu Mitgefangenen hat er keine. Denn Sperisen soll, so man der Genfer Justiz trauen will, ein gefährlicher Mann sein.

Während zweier Stunden pro Woche darf Erwin Sperisen unter strenger Bewachung seine Frau Elisabeth und seine Kinder sehen. Die einst erfolgreiche Ökonomin lebt mittlerweile von der Sozialhilfe und teilt sich mit den drei Kindern eine Zweizimmerwohnung. Doch selbst das schien den Genfer Behörden noch zu viel. Sie wollten Elisabeth Sperisen letztes Jahr des Landes verweisen. Anders als ihr Mann und die Kinder hat sie keinen Schweizer Pass.

Es ist das bittere Ende einer Saga von Auswanderern aus dem solothurnischen Niederwil. Sie begann vor neunzig Jahren. Nach Abschluss der Rekrutenschule suchte Franz Sperisen 1925 sein Glück zuerst als Bürokrant in

Der damals 26-jährige Erwin Sperisen brachte den Gangstern das Lösegeld in den Dschungel.

Belgien. Drei Jahre später überquerte er an der Seite eines Freundes, der kurz nach der Ankunft in Guatemala an Typhus verstarb, mit der «SS Orion» den Atlantik. Franz Sperisen fand Arbeit als Verwalter auf diversen Kaffeeplantagen. Zwölf Jahre später, nachdem er genügend Geld gespart hatte, liess er Babette Jurt aus Luzern nachreisen, seine künftige Frau.

Die Geschichte der Sperisens steht für Zehntausende von Schweizern, die Anfang des letzten Jahrhunderts in der Neuen Welt ein besseres Leben suchten. Als Uhrmacher, Bäcker, Hoteliers, Unternehmer oder Farmer genossen die *suizos* in ganz Lateinamerika bis heute einen vorzüglichen Ruf. Einige brachten es sogar zu Ruhm. Jacobo Arbenz etwa, Sohn des Apothekers Jakob Arbenz aus Andelfingen, ein Freund von Franz Sperisen, wurde 1950 in Guatemala zum Staatspräsidenten gewählt. Doch die allermeisten der zurzeit 1189 in Guatemala gemeldeten Schweizer gehören der Mittelschicht an. So auch die Sperisens.



War schon als Kind ein unerschrockener Idealist: Erwin Sperisen mit seinem kleinen Bruder, 1986.

Franz und Babette Sperisen gründeten eine Glaserei in Guatemala-Stadt. 1958, nachdem Franz an Krebs erkrankt war, kehrte das Ehepaar mit den drei Kindern in die Schweiz zurück. Der Betrieb ging verloren. Edi war damals zehn Jahre alt. Während seine älteren Geschwister in der Schweiz blieben, kehrte er, sobald er die Rekrutenschule hinter sich hatte, nach Guatemala zurück. Dort lernte er seine Frau Linda kennen, eine feurige Guatemaltekin mit amerikanischen Wurzeln, die ihm vier Söhne schenkte. Der 1970 geborene Erwin, der heute in Champ-Dollon festsetzt, ist der älteste.

Auch Edi und Linda Sperisen fingen ganz unten an, zuerst mit einer Glaserei, dann mit einer Schreinerei, die über die Jahre zu einer kleinen Fabrik heranwuchs. In ihren besten Zeiten produzierten 350 Arbeiter Gartenmöbel für den Export in die USA. Um bürokratische Leerläufe zu bekämpfen, gründete Sperisen mit anderen Exporteuren einen Interessensverband, den er mit Erfolg präsidierte. So rutschte er in die Politik.

Alvaro Arzú holte Edi Sperisen 1996 als Vizeminister in seine Mitte-rechts-Regierung. Arzú, der auch mehrmals zum Bürgermeister von Guatemala-Stadt gewählt wurde, geniesst wegen seines Einsatzes für die Demokratie und den Friedenspakt mit den Guerillas Respekt über alle Parteien hinweg. Arzú war es auch, der Edi Sperisen später als Botschafter zur Welthandelsorganisation WTO nach Genf schickte, wo er bis heute in leitender Funktion wirkt.

1996 war ein Jahr der Hoffnung, aber auch der Ernüchterung in Guatemala. Der Friedenspakt mit den Guerillas war kaum unterzeichnet, als diese einen Sprössling aus dem Sperisen-Clan entführten. Der junge Mann hatte als Agronom auf einer Finca gearbeitet. Der damals 26-jährige Erwin Sperisen brachte den Gangstern das Lösegeld in den Dschungel. Dass just Erwin diese gefährliche Mission übernahm, sagt seine Mutter Linda, sei typisch für ihn gewesen. Ihr Erstgeborener sei schon als Kind ein unerschrockener Idealist gewesen, der seine drei kleineren Brüder anstelle des beruflich oft abwesenden Vaters herumkommandiert, aber eben auch beschützt habe.

Sperisens Begeisterung für die Freiwilligenfeuerwehr, der er im Alter von sechzehn Jahren beitrat, passt in dieses Bild. Ausser vielleicht seiner Leidenschaft für schwere Motorräder, die er von seiner Mutter Linda geerbt hat, findet sich wenig Extravaganter in seiner Biografie. Während seine Altersgenossen Fussball spielten oder den Mädchen nachstiegen, engagierte sich der grossgewachsene Rotschopf Erwin bereits als Teenager für die rechtsliberale PAN-Bewegung der späteren Präsidenten Alvaro Arzú und Oscar Berger. Auch sein Vater sympathisierte mit deren Politik.

Folgerichtig studiert Erwin Sperisen Politologie an der Universidad Francisco Marroquín. Dort lernt er Elisabeth kennen, eine Salvadorianerin mit Schweizer Vorfahren. Es sei Liebe auf



Traum von der neuen Welt: Grossvater Franz Sperisen (l.) bei der Überfahrt nach Amerika, 1928.

den ersten Blick gewesen, sagt sie. Neben den helvetischen Wurzeln und dem Interesse für Politik, ökonomische und soziale Fragen gab es eine praktische Gemeinsamkeit: Erwin (194 cm) und Elisabeth (184 cm) sind für guatemalteki-sche Verhältnisse von riesenhafter Statur.

Aussenseiter mit eiserner Moral

Beide finanzierten ihr Studium selber. Während Elisabeth für einen liberalen Think-Tank arbeitete, holte der damalige Bürgermeister von Guatemala-Stadt und spätere Präsident Oscar Berger den ehrgeizigen, jungen Sperisen in seine Verwaltung. 1997 heirateten die beiden, drei Jahre später kam das erste ihrer drei gemeinsamen Kinder zur Welt. Elisabeth Sperisen arbeitete trotzdem weiter. Hier liegt auch die Erklärung dafür, dass sich das junge Paar ein bescheidenes Häuschen in einem mittelständischen Viertel und die relativ teure deutsche Schule für die Kinder leisten konnte.

Im Juli 2004 erhielt Erwin Sperisen einen überraschenden Anruf aus dem Regierungspalast, der das Leben der ganzen Familie auf den Kopf stellen sollte: Innenminister Carlos Vielmann, der mit Oscar Berger wenige Monate zuvor an die Macht gekommen war, wollte Sperisen als politischen Chef der Policía Nacional Civil (PNC) an Bord holen. Ein verrücktes Unterfangen. Wie sollte der Akademiker Sperisen, der keine Ahnung von der Polizeiarbeit hatte und dessen Kommandoerfahrung sich auf die freiwillige Feuerwehr beschränkte, ein Korps mit 22 000 Polizisten in den Griff kriegen?

Der guatemalteki-schen Polizei hängt ein miserabler Ruf an, sie gilt als korrupt und macht nicht selten mit Gangsterbanden gemeinsame Sache. Doch genau wegen seines eklatanten Mangels an Beziehungen setzten

Vielmann und Berger auf Sperisen: Nur ein Aussenseiter mit eiserner Moral und viel Idealismus konnte Ordnung in diesen unübersichtlichen Haufen bringen, in dem keiner dem andern traute. Sofern das überhaupt möglich war. Seine Brüder, seine Eltern, seine Freunde versuchten, Erwin Sperisen diese unmögliche Mission auszureden. Dazu muss man wissen: Die Halbwertszeit eines Polizeichefs in Guatemala beträgt einige Wochen bis höchstens ein paar Monate – dann muss er im besten Fall wegen irgendeines Skandals zurücktreten, im schlimmeren Fall wird er einfach erschossen. Bürgermeister Fritz García Gallont, sein bis anhin grösster Förderer, lud Erwin Sperisen extra zum Frühstück ein, um ihm dieses Himmelfahrtskommando auszureden. Doch die Einwände schienen ihn erst recht anzuspornen. «Wenn Erwin von einer Sache überzeugt ist», sagt seine Frau Elisabeth, «hilft kein Flehen und kein Drohen, dann macht er es.»

Anfang August 2004 trat Erwin Sperisen seine Stelle an. Der erste Skandal liess keine vier Wochen auf sich warten. Auf Befehl des Obersten Gerichtshofes musste die Policía Nacional Ende August die Finca Nueva Linda räumen, eine Farm bei Retalhuleu an der Pazifikküste, die im Zuge eines komplizierten Konfliktes unter zwei Bauernorganisationen von über tausend zum Teil bewaffneten Aufständischen besetzt worden war. Beim Zusammenstoss kamen sechs Bauern und drei Polizisten ums Leben. 22 Polizisten wurden durch Kugeln verwundet, und wären sie nicht mit kugelsicheren Westen ausgerüstet gewesen, wären mit Sicherheit mehr Polizisten gestorben.

Hätte Sperisen den gerichtlichen Räumungsbefehl ignorieren sollen? Hätten seine Truppen die bewaffnete Auseinandersetzung verweigern

sollen? In Guatemala, wo man den Terror bewaffneter Banden mehr als satthatte, waren das rhetorische Fragen. Obwohl Polizeichef Sperisen mit dem blutigen Einsatz direkt wenig zu tun hatte, handelte er sich damit den ewigen Hass der international hervorragend vernetzten Drittweltisten-Szene ein. Linke Hilfswerke stillisierten die Affäre «Finca Nueva Linda» zum Fanal hoch; sie sollte später als Ausgangspunkt der Hatz gegen Sperisen in der Schweiz dienen.

Entführung eines Sohnes vereitelt

Damals hatte Erwin Sperisen freilich ganz andere Sorgen. Im Kampf gegen die Korruption setzte er zum einen auf bessere Arbeitsbedingungen, durch welche die Polizisten enger an ihr Korps gebunden werden sollten. Ein Thema war neben den Renten für die Witwen und Waisen ermordeter Polizisten eine Reform der Gesundheitsversorgung bei der Polizei. Das war der Grund, warum Sperisen seinen Jugendfreund Javier Figueroa, den er von der Feuerwehr her kannte, zu seinem Stellvertreter ernannte. Figueroa war Arzt. Fachwissen kam ihm auch beim zweiten Schwerpunkt der Reformen zupass: Sperisen wollte der Polizei endlich zu einem modernen rechtsmedizinischen und kriminalistischen Dienst verhelfen.

Fast drei Jahre lang – für guatemalteckische Verhältnisse eine Rekordzeit – konnte sich Sperisen als Polizeichef halten. Für seine Frau und seine Kinder, die sich nur noch unter dem Schutz schwerbewaffneter Bodyguards bewegen konnten, war es eine schwierige Zeit. Nachdem Ende 2006 die Entführung eines Sohnes vereitelt werden konnte, zog Elisabeth Sperisen mit den drei Kindern zu den Schwiegereltern nach Genf. Im Frühling 2007 reiste Erwin Sperisen nach. Nach einem Skandal um vier Polizisten, die drei Parlamentarier im Umfeld eines Kokaindeals ermordet hatten und später im Gefängnis selber umgebracht wurden, hatte er sein Amt niedergelegt.

An sich wollte das Ehepaar Sperisen nur etwa ein halbes Jahr in Genf bleiben, so lang, bis sich der Pulverdampf in Guatemala verzogen hätte. Doch Elisabeth hatte in der Zwischenzeit eine sehr gute Stelle bei der Uno gefunden, die Kinder lebten sich in Genf schnell ein, auch die Grosseltern waren glücklich über den Familiennachzug. Erwin Sperisen hatte Aussicht auf einen Job bei Interpol in Lyon, wo man sein Engagement in Guatemala wohlwollend zur Kenntnis genommen hatte. Alles schien auf bestem Weg. Doch hinter den Kulissen war die Diffamierungskampagne linker Grüppchen aus der Drittweltisten-Szene (Uniterre, Acat, OMCT, Trial) gegen Sperisen längst im Gange. (Weltwoche Nr. 43/15 – «Die Genfer Konfusion»).

Eine Rolle spielte wohl auch der politische Kurswechsel, der 2008 in Guatemala stattgefunden hatte: Mit Álvaro Colom kam nach zwei gemässigt liberalen Jahrzehnten eine sozialdemokratische Regierung an die Macht.

Dass die neuen Machthaber ihre Vorgänger mit Strafklagen eindecken, die irgendwann versanden, gehört in Guatemala zur politischen Folklore. Inzwischen hatte auch die Cicig ihre Arbeit aufgenommen, eine noch von Berger einberufene und von der Schweiz mitfinanzierte Organisation, welche die guatemalteckische Strafjustiz unterstützen sollte. Die Cicig knöpf-

Für die Genfer Justiz ist Sperisen nicht mehr als eine abstrakte Figur, an der ein Exempel statuiert wird.

te sich sogleich den Fall von sieben Häftlingen vor, die im September 2006 bei einer Grossrazzia im Gefängnis Pavón von Sicherheitskräften erschossen worden waren.

Im August 2008 formuliert die Cicig mit guatemalteckischen Staatsanwälten eine Anklage gegen achtzehn zum Teil hochrangige Amtsträger der Regierung Berger, die beim Sturm auf Pavón in irgendeiner Form beteiligt waren. Neben Innenminister Viemann und Vollzugschef Alejandro Giammattei finden sich auch Sperisen und sein Stellvertreter Javier Figueroa auf der Liste. Die direkt involvierten Staatsanwälte wurden bezeichnenderweise verschont.



Endstation Genf: Protest von Frau und Kindern.

Auf die Anschuldigungen werden wir in der nächsten Folge zurückkommen. So viel vorweg: Die Untersuchung in Guatemala ist gespickt mit Widersprüchen, Unschärfen und Lücken. Und sie baut auf Kronzeugendeals, die in der Schweiz illegal sind. Das ganze Dossier trägt eher politische denn juristische Züge. Nicht zuletzt geht es auch um Reparationszahlungen in für guatemalteckische Verhältnisse astronomischen Grössenordnungen.

Erwin Sperisen hatte aufgrund der Anschuldigungen fortan keine Aussicht mehr auf einen Job. Von der Interpol hörte er nichts mehr. Er betätigte sich als Hausmann. Kurz nach der Anklageerhebung gegen ihn verlor Elisabeth ihre Stelle bei der Uno. Eine offizielle Begründung gibt es nicht. Es ist eine der bittersten Passagen dieser Tragödie: Die Sperisens gerieten in

Sippenhaft. Das bekam auch Vater Edi Sperisen zu spüren: Wegen seiner Doppelbürgerschaft drohte ihm Bern plötzlich mit dem Entzug des diplomatischen Status. Er gab in der Folge seinen Schweizer Pass ab.

Der Rest ist bekannt. Obwohl er sich aus eigenen Stücken bei der Genfer Staatsanwaltschaft gemeldet und seine Kooperation angeboten hatte, wurde Erwin Sperisen im August 2012 auf offener Strasse verhaftet. Der eng mit der NGO Trial verbandelte Genfer Staatsanwalt Yves Bertossa rechtfertigte die spektakuläre Verhaftungsaktion mit Fluchtgefahr.

Wohin Sperisen fliehen sollte, blieb allerdings rätselhaft. Nach Guatemala, wo sein angeblicher Komplize Alejandro Giammattei soeben freigesprochen worden war? Nach Österreich, wo Javier Figueroa, der andere angebliche Mitverschwörer, 2013 in einem aufwendigen Geschworenenprozess in exakt derselben Sache ebenfalls freigesprochen wurde?

«Das österreichische Geschworenengericht hatte eben keine Kenntnis vom Dossier», erklärte Ankläger Bertossa im letzten Mai vor dem Genfer Appellationsgericht. Tatsächlich urteilten die Geschworenen in Österreich allein aufgrund der unmittelbaren Zeugnisse von Menschen aus Fleisch und Blut. Die Aktenrichter in Genf dagegen stützten sich in wesentlichen Punkten auf die politisch verseuchten Untersuchungen im fernen Guatemala, von denen niemand genau weiss, mit welchen Mitteln sie zustande kamen. Die Geschichte, der Charakter und die Beweggründe des Erwin Sperisen werden im Genfer Urteil denn auch mit ein paar leeren Worthülsen abgetan. Für die Genfer Justiz ist er nicht mehr als eine abstrakte Figur, an der ein Exempel statuiert wird. Das Urteilen – lebenslänglich wegen mehrfachen Mordes – fällt unter diesen Umständen viel leichter.

Jean Zieglers Fantasie

«Gerechtigkeit und Vernunft sind zum Durchbruch gekommen», jubelte der Genfer Professor Jean Ziegler nach dem Schuldspruch. Dank der «energischen und klugen Arbeit von Nichtregierungsorganisationen» habe man einen Sprössling und Lakaien der «unerhört reichen Oligarchen» zur Strecke gebracht. Mit «unerbittlicher Gewalt», so Ziegler, sei der «allmächtige Polizeichef» gegen «aufständische, bitterarme Tagelöhner, hungernde Arbeiter und protestierende Gewerkschafter» vorgegangen. Treffender kann man die Geisteswelt, in der der Schuldspruch zustande gekommen war, nicht umschreiben. Der Professor fabuliert sogar von «sieben jungen Menschen», die Sperisen persönlich exekutiert habe, weil diese «gegen die Misshandlung durch die Wärter» protestiert hätten. Zieglers Fantasie liegt 6000 Meilen von der guatemalteckischen Realität entfernt.

Lesen Sie im nächsten Heft: Was im guatemalteckischen Gefängnis wirklich passierte.

Zwei Tage im Unheiligen Land

Kurz nachdem zwei weitere jüdische Einwohner von Arabern getötet worden waren, landete ich in Jerusalem. Ich war auf dem Weg zu einer Hochzeit und erlebte eine Stadt im Ausnahmezustand.

Von Sacha Wigdorovits

Das Positive vorweg, auch wenn es einen tragischen Grund hat: Ich bin noch nie so schnell vom Ben Gurion Airport in die Stadtmitte von Jerusalem gefahren wie am frühen Dienstagabend letzter Woche. Nachdem kurz zuvor zwei weitere tödliche Attacken von Arabern auf jüdische Einwohner stattgefunden hatten, ist vom üblichen Feierabendstau nicht viel zu sehen.

Mit dem Auto fahre ich zum Hotel «Mamilla» unweit des Jaffators, am Rande der Altstadt. Verlassene Strassen. Auch die Fussgängerzone, durch die ich wenig später zum Restaurant spaziere, ist menschenleer. Bisher hatte mich die einmalige Aura Jerusalems immer in ihren Bann geschlagen. Doch an diesem Abend wirkt die Stadt in ihrer unnatürlichen Ruhe auf mich gespenstisch.

Am folgenden Morgen dann fahre ich, ungewohnt angespannt, durch ein arabisches Viertel hinauf auf den Mount Scopus, zum Hadassah-Universitätsspital. Hier scheine ich in eine andere Welt einzutreten: Orthodoxe Jüdinnen und junge arabische Männer eilen friedlich Seite an Seite durch die Eingangshalle, palästinensische und jüdische Ärzte und Pflegerinnen versorgen gemeinsam jüdische und palästinensische Patienten. Siebzig Prozent der im Mount-Scopus-Spital behandelten Kinder sind Araber. Wer dies sieht, versteht, dass das Hadassah Medical Center 2005 für den Friedensnobelpreis nominiert wurde.

Doch der Schein trügt. Spitaldirektorin Osnat Levtzion-Korach führt uns in den Kontrollraum des Sicherheitsdienstes und zeigt uns die Bilder, welche die Überwachungskameras in den letzten Tagen aufgezeichnet haben. Christian Bindella, der aus Tel Aviv angereist ist, und ich starren auf den Bildschirm vor uns. Die Videos darauf zeigen vermummte Jugendliche aus dem benachbarten arabischen Dorf Isswiya, die Molotowcocktails über den Sicherheitszaun in Richtung des Spitals schleudern. Jenes Spital, in dem ihre Brüder, Schwestern und Eltern – oder auch sie selbst – gepflegt werden und ihre Nachbarn arbeiten. Irrsinn!

Ein Stockwerk höher treffen wir im Gang auf Shai Ben Ezra. Aus den Augen des Mittvierzigers, der in einem verwaschenen T-Shirt und verbeulten Jeans vor uns steht, spricht Fassungslosigkeit. Ich könnte auch verstehen, wenn es Hass wäre. Denn im Zimmer hinter ihm liegt schwerverletzt sein zwölfjähriger Sohn Naor.

Zwei Tage zuvor war Naor praktisch tot ins Spital eingeliefert worden. Ein junger Palästi-

nenser hatte ihn auf offener Strasse von hinten mit dem Messer attackiert. Naor war mit dem Velo unterwegs zu einem Freund gewesen, um mit ihm zu spielen. Der jugendliche Angreifer wurde später gestellt und verletzt und liegt jetzt im anderen Hadassah-Spital, in En Kerem. So wie vor ihm schon viele andere arabische Attentäter, die in Hadassah ebenso gepflegt werden wie ihre Opfer. Manchmal im Bett neben ihnen liegend.

«Erstaunt dich dies?»

«Danke, dass ihr gekommen seid, das ist schön von euch», sagt Shai. Ich weiss nicht, was ich erwidern soll, und wünsche ihm für seinen Sohn alles Gute. Und ich frage mich, wie er sich fühlen wird, wenn er das erste Mal wieder zur Arbeit geht. Shai installiert für eine Telekommunikationsgesellschaft Anschlüsse. Derzeit arbeitet er im arabischen Viertel von Jerusalem. Seine Arbeitskollegen sind grossenteils Palästinenser.

Zehn Stunden später. Ich komme in Caesarea an. Hier, in einer neuen Event-Halle, feiert meine Nichte Nirit Hochzeit. Deswegen bin ich eigentlich nach Israel gekommen. Ein junger Rabbi, der trotz seiner konservativen Erscheinung jederzeit mit einer Heavy-Metal-Band auftreten könnte, bringt die offizielle Zeremonie unter dem traditionellen Baldachin in weniger als einer halben Stunde über die Bühne. Locker, laut,

humorvoll. Dann geht es zum Essen – und zum Feiern. Es wird viel getanzt und gelacht. Für wenige Stunden rückt das, was sich rund um uns herum abspielt, in den Hintergrund. Wir sind dankbar dafür. Doch zwischendurch frage ich mich: «Was machst du, wenn jetzt drei Verrückte, mit Messern, Äxten oder Pistolen bewaffnet, hereinstürmen?» Ich scheine der Einzige zu sein, der sich solche Fragen stellt.

Tags darauf treffe ich mich um zwölf Uhr mit Christian in seiner «Bindella Osteria & Bar» in Tel Aviv zum Lunch, bevor wir gemeinsam zum Flughafen fahren. «Weisst du», sagt Christian, «ich habe den *Tages-Anzeiger* online gelesen, und eigentlich findet sich über die jetzige Anschlagsserie relativ wenig darin.» «Erstaunt dich dies?», frage ich zurück. «Bei diesen Attacken sind die Angreifer Palästinenser, und die Opfer sind Juden. Klar, dass der *Tages-Anzeiger* lieber nicht davon berichtet. Warte, bis wieder ein jüdischer Siedler einen Palästinenser attackiert, dann kannst du im *Tagi* seitenweise darüber lesen.»

Sieben Stunden später. Ich bin in Kloten gelandet und habe meinen Audi auf dem Taxistreifen kurz angehalten, um Christian zu steigen zu lassen. Mein Auto steht noch nicht still, schon schnauzen mich zwei Taxifahrer an, ich solle gefälligst weiterfahren. Willkommen zurück in der glücklichen Schweiz. ○



Fassungslosigkeit: Ein israelischer Soldat wird ins Hadassah-Spital eingeliefert, Jerusalem, 17. Oktober.

Churchills Schweiz-Liebe

Den britischen Kriegspremier beeindruckten die bewaffnete Neutralität, das Réduit und die Unabhängigkeit der Schweiz. Als begeisterter Maler pflegte er aber auch Beziehungen zu Schweizer Künstlern und zum Farbenfabrikanten Willy Sax. Von Philipp Gut

Am 19. September 1946 befand sich Zürich im Ausnahmezustand: Tausende säumten die Strassen, lehnten sich aus den Fenstern; überall Blumen, winkende Hände, lachende Gesichter. Der Jubel galt einem Mann, der in seiner Heimat abgewählt worden war und vielen bereits als Gestalt von gestern erschien: Winston Spencer Churchill, Britanniens konservativer Kriegspremier und Held des bewaffneten Widerstands gegen Adolf Hitler.

Der Besuch ging in die Annalen ein, Churchills Rede in der Aula der Zürcher Universität, in der er zur Versöhnung zwischen den Erbfeinden Deutschland und Frankreich aufrief und die Gründung einer «Art Vereinigter Staaten von Europa» anregte, wurde zu einem rhetorischen Meilenstein der Nachkriegszeit und des Aufbruchs in eine friedlichere Zukunft. Bei seinem insgesamt vierwöchigen

Nachdem er ein erfrischendes Bad genommen hatte, liess Churchill Sax telefonisch zu sich rufen.

Aufenthalt in der Romandie und der Deutschschweiz wurde Churchill von städtischen und kantonalen Behörden sowie ranghohen Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes und auch vom Gesamtbundesrat empfangen.

Doch das offizielle Programm war nur ein Teil seiner Mission. Churchill war auch deshalb in die Schweiz und nach Zürich gereist, weil er dort einen innovativen Unternehmer treffen wollte: Willy Sax aus Dietikon. Getrieben war er dabei von seiner grossen Leidenschaft: dem Malen. Der Staatsmann und historische Schriftsteller war nämlich auch ein talentierter Künstler, der praktisch jede freie Minute vor seiner Staffelei verbrachte, und er schwor auf die Farben, die Sax in seiner Fabrik in Urdorf herstellte. Um diesen zu sehen, verschob er sogar den Rückflug nach London.

Eigentlich hätte das Treffen am Nachmittag des 19. September in der Papeterie der Gebrüder Scholl an der Poststrasse 3 in Zürich stattfinden sollen (heute ist dort der Gucci-Store untergebracht). Die Firma Scholl vertrieb die Sax-Farben im Raum Zürich, und Churchill wollte sich die Ware vor Ort vom Hersteller persönlich zeigen lassen. Doch er wich kurzfristig vom geplanten Ablauf ab, ermüdet und erschöpft – denn bis in die Morgenstunden hatte er an seiner Zürcher Rede gefeilt. Zur Er-

holung zog er sich ins Hotel «Dolder» zurück, dort belegte er mit seiner Entourage, darunter seine jüngste Tochter Mary, einige Zimmer.

Nachdem er ein erfrischendes Bad genommen hatte, liess Churchill Sax telefonisch zu sich rufen. Dieser eilte in einer rasenden Taxifahrt den Zürichberg hinauf. Empfangen wurde er im Hotelzimmer, man unterhielt sich auf Französisch. Schliesslich kramte Churchill drei leere Farbtuben hervor: «Glauben Sie, mir diese drei Farbtöne beschaffen zu können, Monsieur Sax?» Er habe sie überall vergebens gesucht – halb Europa lag nach dem Krieg in Trümmern, die Schweiz war vergleichsweise glimpflich davongekommen. «Sie sollen die Farben in drei Wochen in England haben», antwortete Sax. Über Churchills Gesicht huschte ein Lächeln: «Sie sind ein guter Mann. Ich wusste, dass ich mich auf Sie verlassen kann.»

Schon am nächsten Vormittag traf man sich ein zweites Mal, Churchill wollte die verpasste Demonstration in der Papeterie Scholl unbedingt nachholen. Am Ende liess er sich Malgegenstände im Wert von 150 Franken einpacken und bestand darauf, «personally cash» zu bezahlen. Bevor er den Laden verliess, wandte er sich noch einmal an Sax und lud diesen ein, ihn doch einmal in Chartwell zu besuchen, seinem Landsitz in der Grafschaft Kent.

Hinter den Kulissen der grossen Politik

Es war der Beginn einer dauerhaften Geschäftsbeziehung und einer aussergewöhnlichen Freundschaft. Sax besuchte Churchill in den folgenden Jahren regelmässig, in Chartwell, aber auch in dessen Stadthaus am Londoner Hyde Park Gate; und an der französischen Riviera verbrachten sie gemeinsame Malferien. Hinzu kam eine rege Korrespondenz, die unzählige Briefe, Telegramme, Karten und Telefongespräche umfasst.

An dieser Stelle ist es vielleicht angebracht, dass der Autor kurz seinen Kopf durch die Tapete steckt: Ich habe diesen historischen Schatz im Privatarchiv der Familie Sax entdeckt. Zunächst ist daraus ein Zeitungsartikel entstanden (*Weltwoche* Nr. 20/14). Doch das Material liess mich nicht mehr los: die Briefe mit Churchills handgeschriebener Signatur, die Stempel des *prime minister's office* in der Downing Street, die minutiösen Erinnerungen von Willy Sax – und nicht zuletzt die Gemälde des malenden Premierministers. Dazu



«Sie sollen die Farben in drei Wochen in England haben»:



Solothurner Maler Cuno Amiet, Winston Churchill, Willy und Martha Sax (v. l.) an der Côte d'Azur, 1952.

kommen Originalfotografien und Schreiben weiterer bedeutender Zeitgenossen, darunter des schweizerischen Aussenministers Max Petitpierre und von US-Präsident Dwight D. Eisenhower. Der Weltkriegsgeneral im Weissen Haus hatte, angeregt durch Churchill, ebenfalls zu malen begonnen und liess sich von Sax mit Farben und Paletten beliefern.

So ist daraus ein Buch geworden, das einen Blick hinter die Kulissen der grossen Politik verspricht: auf den Künstler, den Menschen Winston Spencer Churchill (der Titel, «Champagner mit Churchill», spielt darauf an, dass der Premier den Schaumwein gern auch zum Essen trank und dass er dabei einmal die jüngere Sax-Tochter Maya charmant zum ersten Glas Champagner ihres Lebens überredete – sie war damals fünfzehn).

Wie Stalin Roosevelt austrickste

Das Vertrauensverhältnis, das sich zwischen Churchill und Sax entwickelt hatte, erlaubte es den beiden, sich offen über Politik zu unterhalten. Dabei zeigte sich der grosse Mann auch ganz privat, ja intim: Am Morgen des 10. August 1949 – es war der Tag, an dem er in Strassburg an der konstituierenden Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats auftreten sollte – empfing er Sax, während er noch im Bett lag und dort an seiner Rede schrieb.

In den Tischgesprächen mit seinem Schweizer Freund kam immer wieder die Wertschätzung zum Ausdruck, die Churchill für den neutralen Staat empfand. Ein Beispiel sind die Aussagen, die er im September 1948 bei einem Aufenthalt an der Côte d'Azur machte. Er berichtete, wie er es häufig tat, anschaulich und anekdotenreich von seinen Erfahrungen in der Kriegszeit, insbesondere über die Konferenzen der Grossen Drei in Teheran und Jalta, wo er mit Stalin und dem amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt die Nachkriegsordnung besprochen hatte. Seine Schil-

«Wenn sich alle so gut gerüstet hätten wie die Schweiz, wäre die Tragödie vermieden worden.»

derungen vermittelten den Eindruck, als sei es oft schwierig gewesen, die gutgläubigen Amerikaner davon zu überzeugen, dass Stalins Versprechen scheinheilig waren. Es habe die Verhandlungen nicht erleichtert, dass sich auch Roosevelts Gattin Eleanor – eine Frauenrechtlerin und Diplomatin, die bei der Uno an der Ausarbeitung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beteiligt war – stark vom Generalissimus der Sowjetunion habe beeindruckt lassen. «Es war peinlich, mir von Uncle Joe [Josef Stalin, die Red.] ihre persönlichen Ansichten ins Gesicht werfen lassen zu müssen, wenn ich zufällig den gegenteiligen Standpunkt vertrat, und Stalin war gerissen

genug, es dann so erscheinen zu lassen, als ob er glaube, dass sie nur die Meinung ihres Mannes äussere.» Auf diese Weise habe es Stalin leicht gehabt, immer wieder zielsicher jene Punkte anzusteuern, bei denen er Meinungsverschiedenheiten zwischen Roosevelt und Churchill vermutet habe.

Sax nahm als Erkenntnis dieser weltpolitischen Unterhaltungen mit, dass Europa und der Westen sich gegenwärtig in einer weit besseren Position gegenüber der Sowjetunion befänden, wenn die Amerikaner Churchill damals energischer unterstützt hätten.

Als Bürger eines neutralen Landes, das von Kampfhandlungen verschont geblieben war, hielt sich Sax bei solchen Themen zurück. Allerdings gehörte Churchill nicht zu jenen Alliierten, die der schweizerischen Neutralität mit der vorwurfsvollen Frage begegneten: «Und was habt ihr im Krieg getan?» Die Schweiz sei glücklich gewesen, den Krieg nicht mitmachen zu müssen, warf er ein: «Wenn alle Staaten sich so gut darauf gerüstet hätten wie die Schweiz, wäre die Tragödie vermieden worden.»

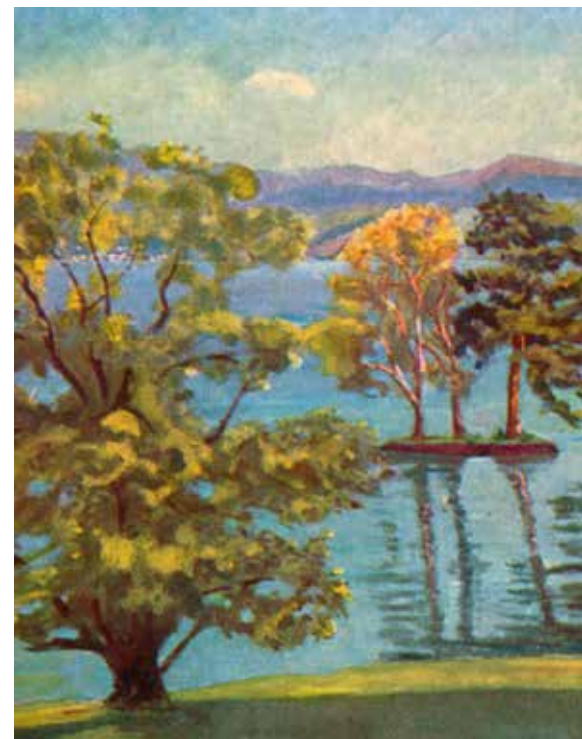
Schon bei seinem Besuch im Jahr 1946 hatte Churchill immer wieder betont, wie wichtig



Vertrauensverhältnis: Farbenfabrikant Sax (l.) mit Churchill (M.) in der Papeterie Scholl, Zürich, 1946.



Mentor: Winterthurer Mallehrer Montag.



Malferien am Genfersee: «Insel Choisi», 1946.

für ihn und die Alliierten die Bereitschaft der Schweizer war, ihr Land notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen. Er urteilte mit Augenmass, wie eine berühmte Aktennotiz an Aussenminister Anthony Eden vom Dezember 1944 zeigt: Das von den Achsenmächten umzingelte Land habe Geschäftsbeziehungen auf beide Seiten unterhalten müssen, um zu überleben. Dass die Schweiz als demokratischer Staat, umgeben von blutrünstigen Tyrannen, entschlossen für die Freiheit eingestanden sei – das sei die Hauptsache; und nicht die Frage, ob sie den Deutschen wirtschaftlich allenfalls

etwas mehr entgegengekommen sei, als es die Alliierten gewünscht hätten. Die grosse Mehrheit der Schweizer stehe innerlich auf Seiten der Westmächte. Gab es dafür einen besseren Beleg als den jubelnden Empfang, den sie ihm bereiteteten?

Genugtuung für General Guisan

Mit Henri Guisan, dem Kopf und Organisator des Widerstands, verstand sich Churchill ausgezeichnet. Das Réduit beeindruckte ihn, und er hätte es gern persönlich besichtigt, doch gesundheitliche Gründe hinderten ihn daran.

Auch im Austausch mit Sax sprach der Kriegspremier anerkennend vom Wehrwillen der Eidgenossen, so bei einem Besuch auf Churchills Anwesen Chartwell im Sommer 1948. Mit von der Partie war der Lenzburger Bäckermeister, Wirt und Offizier Hans Haller. Dieser berichtete danach Guisan von dem Treffen, worauf der General in einem bislang unveröffentlichten Brief vom 3. August 1948 antwortete: «Dass Herr Churchill die Wichtigkeit unseres Réduits erkannt hat, habe ich bereits erfahren können anlässlich seines Aufenthaltes in der Schweiz, wo ich auch die Ehre hatte, mit ihm darüber diskutieren zu können. Seine Ansicht wird auch von Marschall Montgomery geteilt, was mir umso mehr Freude machte und für mich eine besondere Genug-

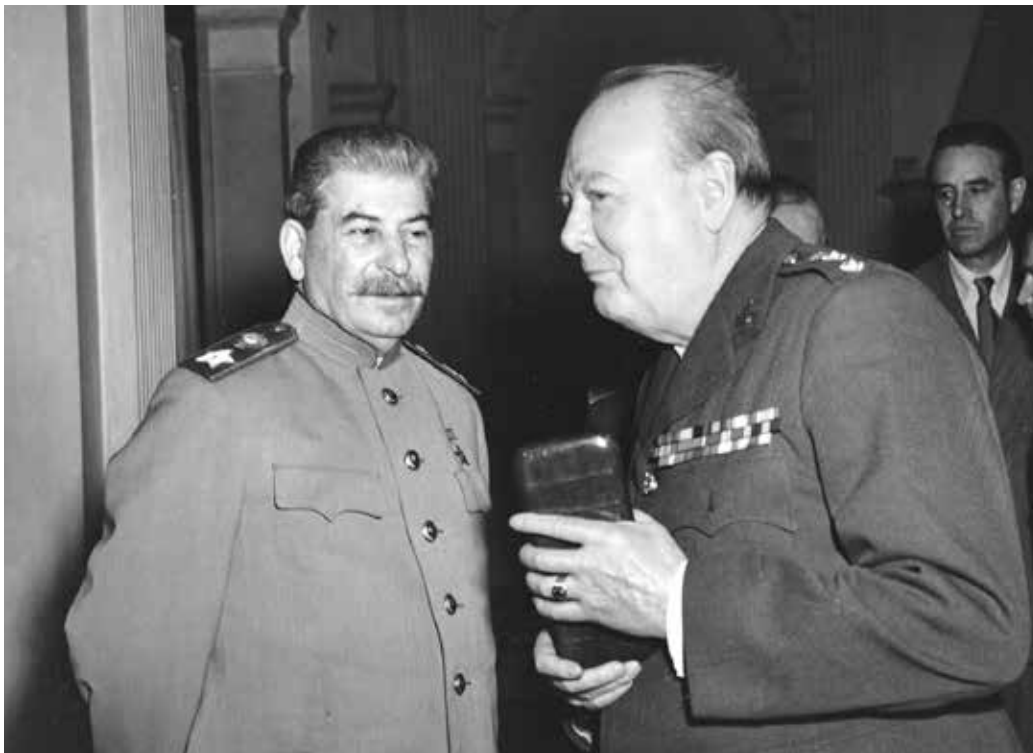
Guisan: «Dass Herr Churchill die Wichtigkeit des Réduits erkannt hat, habe ich erfahren können.»

tuung bedeutet. Es bleibt nur zu hoffen, dass unser gegenwärtig amtierender Generalstab dieses Réduit stets im Auge behält und dasselbe nicht etwa vernachlässigt wird!»

Es sollte anders kommen. Die Armeeführung ist daran, die letzten Verteidigungsbastionen in den Alpen, diesen Ausdruck eines felse gewordenen Unabhängigkeitswillens, zu liquidieren. Winston Churchill würde das wohl ebenso sehr bedauern wie der General. Jedenfalls dachte der Premier dem Réduit auch nach dem Zweiten Weltkrieg eine entscheidende Funktion zu: Es sollte im Ernstfall die Rote Armee abschrecken oder zumindest so lange binden, bis die Westmächte wieder Kriegsstärke erreicht hätten.

Auch was Churchill teils öffentlich, teils privat über das Wesen der Schweiz und der Schweizer sagte, bleibt bis heute inspirierend: Das Schweizervolk liebe und pflege seine Unabhängigkeit, während es gleichzeitig ein Weltbewusstsein – im Gegensatz zum Nationalbewusstsein – bewahre und vom Willen beseelt sei, Schwächeren hilfreich zur Seite zu stehen. Ein leidenschaftlicher Freiheitsdrang und die Anerkennung der Rechte der anderen, Patriotismus und Weltläufigkeit, das Nationale und das Internationale: Das alles verbinde sich zu einer eigentümlichen und glücklichen Synthese.

Dazu passt Churchills Beurteilung des europäischen Einigungsprozesses, den er in seiner Zürcher Rede selbst angestossen hatte. Euro-Enthusiasten ziehen von dieser eine direkte Linie zur EU. Doch Churchill wollte kein Einheitseuropa, dem unterschiedslos alle Staaten angehören sollten. Er bekam recht mit seiner Idee, dass Deutschland und Frankreich aktiv vorangehen müssten, um die Feindseligkeiten der Vergangenheit zu überwinden. Aber Grossbritannien, das zur Gemeinschaft des



«Uncle Joe»: mit Stalin, Konferenz von Jalta, 1945.



Seltenes Geschenk: Maya Sax vor Churchill-Bild.

Commonwealth gehöre, und die neutrale und unabhängige Schweiz nahm er explizit aus.

So anerkennend sich Churchill über das helvetische Staatswesen äusserte, so irritiert blieb er nach seinem Besuch über gewisse Rivalitäten zwischen den städtischen und den kantonalen Zürcher Behörden, und nicht zuletzt über die Professoren der Universität. Diese verweigerten ihm mit fadenscheinigen Gründen die Verleihung eines Ehrendokortitels, die doch nach den Plänen seiner Schweizer Vertrauten den eigentlichen Anlass seiner Reise bilden sollte.

Schweizer Meisterschaften in Chartwell

Auch seinem Freund Sax entging das nicht: Er bemerkte einmal, dass Churchill später nie mehr über die offiziellen Empfänge sprach, sich jedoch stets mit Freuden an die persönlichen Begegnungen erinnerte. Eine besondere Rolle spielte dabei der Winterthurer Charles Montag, der Maler, Sammler und einflussreiche Vermittler französischer Kunst in der Schweiz. Er hatte Churchill schon 1915 in Paris kennengelernt. Dieser befand sich damals am Tiefpunkt seiner politischen Karriere und in einer existenziellen Krise. Nach dem sogenannten Dardanellen-Debakel, dem gescheiterten Vorstoss der Alliierten auf der osmanischen Halbinsel Gallipoli, war Churchill als Marineminister zurückgetreten. Dieser Absturz und die plötzliche Untätigkeit schienen bedrohliche Ausmassе anzunehmen. «Gallipoli verfolgte Winston für den Rest seines Lebens. Er meinte, es sei um ihn geschehen. Er glaubte nicht, dass man ihn je in die Regierung zurückholen würde. Ich dachte, er würde vor Kummer sterben», erzählte Clementine Churchill nach dem Tod ihres Gatten. In dieser Notlage entdeckte Churchill die Malerei – ein Rettungsanker für seine gepeinigte, von Depressionen verdunkelte Seele.

Montag wurde Churchills Mentor – furchtlos und streng in der Sache, angetrieben vom heiligen Feuer der Kunst. «Wenn Sie so politisieren, wie Sie malen, dann ist Europa verloren», sagte er gleich beim ersten Treffen. Churchill reagierte verduzt, doch als er die Fassung wiedergefunden hatte, war er überzeugt, den richtigen Lehrmeister gewählt zu haben. Er sei nach Paris gekommen, um zwei Männer zu treffen, entgegnete er, «Monsieur Poincaré et vous» – er nannte den Winterthurer also in einem Atemzug mit dem französischen Staatspräsidenten und mehrmaligen Premierminister. So begann, im Alter von vierzig Jahren, die erstaunliche Karriere des späberufenen Kunstmalers Winston S. Churchill. Neben Montag liess sich Churchill von weiteren Schweizer Malern unterrichten. So reiste im Frühjahr 1951 eine richtige kleine Delegation nach England: Dieser gehörten neben Sax der Solothurner Cuno Amiet, der Doyen der Schweizer Künstler, dessen Schüler und Neffe Peter Thalmann sowie der Berner Martin Lau-



Kopf des Widerstands: General Guisan.

terburg an. Auf Chartwell fand sogar ein regelrechter Wettstreit der drei Schweizer statt: Jeder malte vor den Augen des Hausherrn ein Bild, um diesem zu zeigen, wie es geht.

Churchill war fasziniert von den entstandenen Gemälden, und er staunte über den Schwung, mit dem insbesondere Altmeister Amiet zu Werke ging. «Wie alt sind Sie?», fragte er ihn. – «83.» Churchill war so erstaunt, dass er hinauseilte und seinen Sohn Randolph holte: «Schau, der da ist 83. Ça donne du courage!» Das mache ihm Mut. Er selbst war damals 76,

Die Malerei war ein Gegenmittel gegen den «schwarzen Hund der Depression».

und das Alter fing ihn an zu plagen. Trotzdem wurde er sechs Monate später noch einmal Premierminister.

Dank seines privilegierten Zugangs wuchs Sax in die Rolle eines Vermittlers und informellen Botschafters hinein, der bei Churchill und der britischen Regierung für Schweizer Anliegen aller Art warb. Er agierte als Botengänger zwischen der Downing Street und Bundesrat Petitpierre, stellte Churchill und dessen Gesundheitsminister Iain Macleod das Projekt eines britischen Tuberkulose-Spitals in den Schweizer Alpen vor oder weibelte für die Kantonsregierungen St. Gallens und des Tessins, die den Premier in ihre touristischen Fänge zu locken suchten.

Zu einem kleinen Zwischenfall kam es beim Versuch, Churchill von der Idee einer Ausstellung seiner Gemälde in Zürich zu überzeugen. Diese sollte zum Zehn-Jahr-Jubiläum des triumphalen Besuchs von 1946 stattfinden. Zu diesem Zweck nahm Sax im Frühjahr 1956

den Stadtpräsidenten Emil Landolt nach London mit. Doch Churchill weigerte sich, den Stapi zu begrüssen. Er könne nicht jeden Bürgermeister dieser Welt empfangen, knurrte er. Sax und seine Ehefrau Martha hingegen wurden freundlich wie immer aufgenommen und fürstlich bewirtet. In der Stadtresidenz am Hyde Park Gate Nummer 28 genossen sie einen *steak and kidney pie* aus der Küche von Clementine, tranken Champagner und Whisky und rauchten Zigarren.

Wie sehr Churchill Willy Sax schätzte, zeigt der Umstand, dass er ihm eines seiner Gemälde schenkte – eine Auszeichnung, die sonst nur ganz wenige erhielten, darunter die Präsidenten Roosevelt und Eisenhower sowie die Queen. Vielleicht hatte diese Zuneigung auch damit zu tun, dass Sax Churchills delikatestes Farbenproblem löste: Es war ihm einfach nicht gelungen, seine Lieblingsfarbe Königsblau richtig zu mischen, und Sax stellte extra den gewünschten Farbton her – «Churchill-Blau» nannten sie ihn im Freundeskreis.

Die Kontakte zwischen dem malenden Premierminister und dem Schweizer Fabrikanten rissen erst mit dessen Tod im Mai 1964 ab. An die Witwe adressierte Churchill ein rührendes Kondolenzschreiben: Er werde die vielen Begegnungen und die Freundschaft mit ihrem Mann in Erinnerung behalten und sei ihm stets dankbar gewesen für seine gütige Mithilfe und die Unterstützung beim Malen.

«Wenn ich in den Himmel komme ...»

Achteinhalb Monate später starb auch Winston Churchill. Es ist wohl kaum übertrieben, wenn man festhält: Churchill rettete Europa – und damit auch die unabhängige Schweiz –, und das Malen, an dem seine Schweizer Freunde wesentlichen Anteil hatten, rettete ihn selbst vor seiner Schwermut, es war ein erfolgreiches Gegenmittel gegen den «schwarzen Hund der Depression». Wie wichtig dem Jahrhundertpolitiker die künstlerische Tätigkeit und die Farben waren, illustrieren die folgenden Worte, die fast wie ein Vermächtnis klingen: «Wenn ich in den Himmel komme, gedenke ich, einen erheblichen Teil meiner ersten Million Jahre mit Malen zu verbringen und so der Sache auf den Grund zu kommen. Aber dann werde ich noch eine lustigere Palette brauchen, als ich sie hier unten habe. Ich nehme an, Orange und Scharlachrot werden die dunkelsten, stumpfsten Farben darauf sein, und dann wird es noch eine ganze Reihe wunderbarer neuer Farben geben, die das himmlische Auge entzücken.»



Philipp Gut: Champagner mit Churchill

Der Zürcher Farbenfabrikant Willy Sax und der malende Premierminister. Stämpfli. 176 S., Fr. 39.–

Zum Wohle des Volkes

Von Thilo Sarrazin — Angela Merkel möchte die deutschen Grenzen so lange offen lassen, bis es keine Anreize nach Deutschland mehr gibt. Bis dahin nimmt sie Zuflucht zu DDR-Durchhalteparolen.



Im Deutschen Historischen Museum in Berlin hängt ein Plakat zum 10. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) 1981. Darauf abgebildet: eine dralle Traktoristin in Latzhose – der jungen Angela Merkel wie aus dem Gesicht geschnitten – und die Aufschrift «Das schaffen wir!».

Oben in der Ecke steht das Motto des Parteitags: «Alles zum Wohle des Volkes». Die DDR-Bürgerin Angela Merkel war damals 27 Jahre alt und arbeitete als Physikerin an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Acht Jahre später war das sozialistische System gescheitert. Die emphatische These «Das schaffen wir!» entpuppte sich wie so viele Durchhalteparolen im Lauf der Weltgeschichte als Prolog zum Untergang. – Ist es ein Zufall, dass Bundeskanzlerin Merkel angesichts der grössten Herausforderung ihrer Amtszeit und der grössten Gefährdung der deutschen Zukunft seit dem Bau der Berliner Mauer zum Slang der Agitprop der untergegangenen DDR Zuflucht nimmt? Bewusst war ihr das sicher nicht, sonst hätte sie die peinliche Parallele vermieden. Aber wir alle agieren aus dem Unbewussten heraus, wenn wir in Stress geraten.

Als das Plakat entstand, war der wirtschaftliche Untergang der DDR bereits angelegt, er war nur noch nicht für alle sichtbar: Der technologische Abstand zum Westen wuchs, die Verrottung der Infrastruktur schritt unaufhaltsam voran, der Lebensstandard der Bevölkerung wurde mit wachsender Verschuldung vom kapitalistischen Klassenfeind gestützt, die Risse im System wurden durch eifernde Verfolgung aller Andersdenkenden und strikte Pressezensur zugedeckt. Natürlich haben wir im heutigen Deutschland eine freie Presse, doch beobachten wir in Bezug auf die Flüchtlings- und Einwanderungsfrage viele Versuche aus Politik und Medien, kritische Stimmen als illegitim beziehungsweise unmoralisch auszugrenzen. Das nimmt unterschiedliche Formen an.

Die *Berliner Morgenpost* lese ich wegen ihres Lokalteils, in der überregionalen Berichterstattung ist sie ein Käseblatt. Seit Monaten huldigt sie einer unkritischen Willkommenskultur. Aber sie veröffentlicht seit Anfang September keine Leserbriefe mehr zu Flüchtlingen und Einwanderung. Anscheinend passen diese nicht mehr zur Linie der Redaktion.

Die Fernsehnachrichten schwelgen in bunten Bildern endloser Flüchtlingsströme. Sie zeigen Not und Erschöpfung und gern junge Mütter und rührende Kindergesichter. Sie sparen gerne aus, dass es sich bei den Flüchtlingen zu 80 Prozent um ordentlich gekleidete junge Männer handelt, die alle ein Smartphone besitzen und mehrere sichere Herkunftsstaaten passiert haben, ehe sie Deutschland erreichen.

Wer sich kritisch äussert, kommt in den Medien noch gut weg, wenn er nur zum tumben Fremdenfeind erklärt wird. Maybrit Illner lud zwar am 22. Oktober die AfD-Vorsitzende Frauke Petry zu ihrer Talk-Runde ein, aber sie



Agitprop: Plakat zum 10. Parteitag der SED, 1981.

liess sie kaum je ausreden und duldete auch, dass sie von anderen Gästen immer wieder unterbrochen wurde. Ganz unglücklich schaute Illner drein, als Lutz Trümper, Oberbürgermeister Magdeburgs, feststellte: «Jeder, der seine Meinung sagt, wird von den Linken in die rechte Ecke gestellt», und hinzufügte, dass mittlerweile viele Magdeburger aus Angst um ihren Arbeitsplatz ihre Meinung zu Flüchtlings- und Einwanderungsfragen nicht offen sagten.

Dazu passt die jüngste Meinungsumfrage von Allensbach: 43 Prozent der Deutschen haben den Eindruck, dass man in Deutschland seine Meinung zur Flüchtlingssituation nicht frei äussern darf, 47 Prozent empfinden die Berichterstattung als einseitig, nur knapp ein Drittel als ausgewogen. 46 Prozent der Deutschen gehen davon aus,

dass der Zustrom von Flüchtlingen auch langfristig überwiegend Risiken mit sich bringt, während nur 18 Prozent Chancen sehen. 62 Prozent fürchten die Einschleusung von Terroristen, nur 14 Prozent glauben, dass viele Flüchtlinge eine gute Ausbildung mitbringen.

Merkel hat die Gefahr erkannt. Sie geht in die Offensive, versucht, ihre Politik zu erklären, und legt damit doch nur offen, dass sie anscheinend völlig ratlos ist. In einem Interview mit der *FAZ* fordert sie, «dass wir erstens die europäischen Aussengrenzen wirksam schützen, zweitens innerhalb der EU eine faire Verteilung der Flüchtlinge erreichen und drittens die Fluchtursachen angehen müssen». Grenzsicherungen indes lehnt sie ab: «Es liegt nicht in unserer Macht, zu entscheiden, wie viele Menschen zu uns kommen... Ich bin überzeugt, dass man ein Land wie Deutschland nicht abriegeln kann, auch ein Zaun würde verzweifelte Menschen nicht aufhalten.» Wenn man die deutschen Aussengrenzen nicht schützen kann, wie kann man dann europäische Aussengrenzen schützen?

Die «faire Verteilung der Flüchtlinge in der EU» ist unreal. Kein Partnerland – nicht einmal mehr Schweden – ist bereit, Deutschland einen nennenswerten Teil der Lasten abzunehmen, die es sich durch seine Politik der offenen Grenzen selbst eingehandelt hat. Das «Angehen der Fluchtursachen» als dritter von Merkel genannter Ansatz verweist vollends ins Utopische: Die zentralen Ursachen für die Fluchtbewegungen aus Afrika und Vorderasien liegen in der Kombination von Entwicklungsrückstand, Bevölkerungsexplosion und schlechter Regierungspraxis. Westliche Entwicklungspolitik scheitert seit siebzig Jahren daran, diese Verhältnisse von aussen zu ändern. Auch muss der Bürgerkrieg, der wirksam von aussen geschlichtet werden kann, erst noch erfunden werden. Dass Angela Merkel dies alles genau weiss, gibt sie im selben Interview zu erkennen: «Der Westen hat leider viel weniger Erfolg gehabt, als wir erhofft hatten.» Sie appelliert an eine vage Hoffnung, wenn sie fordert, dass «Europa sich in Syrien viel stärker konfliktlösend und womöglich auch konfliktverhütend einbringen muss.»

Angela Merkel, so muss man sie wohl in der Summe verstehen, möchte die Grenzen so lange offen lassen – jedenfalls keine Zäune bauen –, bis es dem Westen gelungen ist, die Verhältnisse im Rest der Welt so zu verbessern, dass es keine Anreize zur Flucht nach Deutschland mehr gibt. Das mag okay sein als Meinung eines linken Schriftstellers oder grünen Hinterbänklers. So aber stellt sich die Frage: Wer schützt eigentlich ein Land, wenn seine Herrscher die Urteilskraft verlässt? Die DDR wurde von der westdeutschen Bundesrepublik aufgefangen. Wer fängt dereinst die Bundesrepublik auf?

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.

«Auftrag erfüllt!»

In Polen hat die konservative Partei «Recht und Gerechtigkeit» das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. Die Wahl ist ein klares Nein zum Euro. Matchwinner und neuerdings mächtigster Mann im Staat ist Jaroslaw Kaczynski. Dies, obwohl er auf ein Regierungsamt verzichtet. *Von Gerhard Gnauck*



«Der Mensch lebt nicht vom Brot allein»: Beata Szydlo und Jaroslaw Kaczynski nach ihrem Wahlsieg.

Die Polen haben ihre Regierung abgewählt. Hören wir recht? Ausgerechnet diese liberale Regierung, die ihr Land mit stetigem Wirtschaftswachstum durch alle europäischen Krisen der letzten Jahre führte, so dass Premier Donald Tusk anschliessend den Sessel des EU-Rats-Präsidenten erklimmen konnte? Trotzdem wurde sie abgewählt, und die konservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hat triumphiert.

Grosse nationale Erzählung

Wer nach Erklärungen sucht, muss auf drei Ebenen ansetzen. Die erste Ebene: «Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.» Ein bekanntes Zitat des frühen Tusk lautete, seine Regierung wolle dafür sorgen, dass immer «warmes Wasser im Wasserhahn» vorhanden sei. Soll heissen: dass Infrastruktur und

Grundversorgung stimmen. In dieser Hinsicht ist in Polen – auch, aber nicht nur mit EU-Mitteln – sehr viel geschehen.

Aber hin und wieder braucht eine Gesellschaft Visionen, sogar Mythen. Die polnische Gesellschaft braucht sie vielleicht noch mehr als andere. Sie lebt (verständlicherweise) mit dem Geschichtsbild, ihr Land sei im 20. Jahrhundert von seinem grossen Nachbarn besonders übel behandelt worden und habe ein natürliches Recht darauf, einen bedeutenderen Platz in Europa einzunehmen als bisher. Die Nationalkonservativen Kaczynski-Zwillinge vertraten dieses Geschichts- und Selbstbild besonders überzeugend. Zumal sie meinten, sie selbst seien von ihren politischen Gegnern besonders übel behandelt worden.

Die zweite Ebene: Das Nachholen des Sozialstaats. Viele im gemütlichen Westen (und

Süden) Europas machen sich kein realistisches Bild davon, mit wie vielen Entbehrungen die Transformation im Osten einhergeht. Und die Kluft zwischen dem Erreichten und dem Erhofften ist weiterhin gross. Hatte nicht Leszek Balcerowicz, der Vater der polnischen Reformen nach 1989, kürzlich als «nationales Ziel» ausgegeben, «Deutschland einzuholen»?

Dieses Streben haben sich beide grossen Parteien in Polen zu eigen gemacht. Aber nur Kaczynskis PiS hat erkannt, wie wichtig darin die sozialstaatliche Komponente ist. Die Partei verspricht die Einführung eines Kindergeldes von umgerechnet etwa 120 Euro und die Rückkehr zum Rentenalter von 65 (Männer) und 60 Jahren (Frauen), welches die bisherige Regierung gerade auf 67 Jahre erhöht hatte. Es soll einen höheren Steuerfreibetrag geben – also vor allem zugunsten der Klein-

verdiener – und eine bessere medizinische Versorgung.

Um all das zu finanzieren, wird an eine Sondersteuer auf (zumeist in ausländischer Hand befindliche) Supermärkte und Banken gedacht sowie an das Schliessen von Steuerschlupflöchern. «Wir schöpfen neue Einkommensquellen ab, und daraus können wir dann ehrgeizige gesellschaftliche Projekte finanzieren», erläuterte ein Politiker der Partei am Wahlabend.

Zur grossen nationalen Erzählung und zum Nachholen des Sozialstaats kommt ein dritter Grund, warum die konservative Opposition in den Wahlen erfolgreich war. Ob er «wahlentscheidend» war, wie manche meinen, sei dahingestellt. Aber die Abhöraffaire, der viele Regierungspolitiker zum Opfer fielen, hat den Überdross an der Bürgerplattform ganz erheblich verstärkt. Zwei Kellner, deren Geständnisse inzwischen vorliegen, hatten in Restaurants dutzendweise private Gespräche von Politikern mitgeschnitten. Auftraggeber war ein Geschäftsmann mit undurchsichtigen Verbindungen nach Russland. Wohllosiert landeten die Gesprächsinhalte, zumeist eher amüsant als strafrechtlich relevant, in den Medien.

Wer aber ist dieser kleinwüchsige, rhetorisch mittelmässige Jaroslaw Kaczynski, dem es gelang, sich die diffuse Wechselstimmung zunutze zu machen?

Nie wieder aufrecht gehen

Vier Jahre nach dem Weltkrieg kamen die ein-eiigen Zwillinge Kaczynski zur Welt: Im von den Deutschen zerstörten Warschau. Erst kam Jaroslaw, dann kam Lech. Der Erstgeborene ist in solchen Fällen später in aller Regel der dominierende, und so sollte es auch dieses Mal sein. Lech ist allerdings nicht mehr da. Er ist ums Leben gekommen, im Frühlingsnebel des Jahres 2010, als das vollbesetzte Regierungsflugzeug auf einem Waldflugplatz in Russland zu landen versuchte. Wenn von Zwillingen einer stirbt, sagen Psychologen, hat der andere ein Gefühl, als sei ihm ein Bein amputiert worden. Nie wieder wird er aufrecht gehen. Jaroslaw Kaczynski hat angekündigt, er werde bis zum Lebensende Trauer tragen. Man sieht ihn Tag für Tag mit einer schwarzen Krawatte. In der Wahlnacht war das Erste, was er vor den Kameras tat, seinem Bruder (im Himmel) zuzurufen: «Auftrag erfüllt!»

Die Eltern: Vater Ingenieur, Mutter Philologin, beide unter deutscher Besatzung im Widerstand aktiv: Bildung und Haltung waren wichtig, Besitz war es nicht. Die Zwillinge studierten Jura, schlossen sich der Bürgerrechtsbewegung an, Lech verbrachte fast ein Jahr im Gefängnis. Als der Werftarbeiter und Solidarnosc-Führer Lech Walesa zum Staatspräsidenten gewählt wurde, zogen die Zwillinge beide als Staatssekretäre in seine Kanzlei ein.

Sehr schnell spaltete sich die Solidarnosc-Bewegung. Ein zentraler Streitpunkt: Wie sollte man mit den alten Seilschaften der Staatspartei und der Staatssicherheit umgehen? Die Kaczynskis waren für die harte Linie. Von den Fleischtöpfen verdrängen, ausgrenzen statt integrieren.

Als Jaroslaws Fahrer Tadeusz Kopczynski (zugleich Freund und Leibwächter) eines Tages Verdacht schöpfte, dass an seinem Volvo etwas nicht stimme, fuhr er in die Werkstatt. Und siehe da, jemand hatte in jedes der Räder feine Löcher gebohrt. Vermutlich waren es die aus kommunistischen Zeiten vertrauten «unbekannten Täter». Jene Seilschaften, die Jaroslaw bekämpfte. Ein anderes Mal begann der Wagen zu schlingern, überschlug sich und landete im Strassengraben. Jemand hatte an

Hin und wieder braucht eine Gesellschaft Visionen, sogar Mythen.

einem Reifen ein Ventil manipuliert. Offenbar war es die Angst vor Anschlägen, die Jaroslaw Kaczynski fast nie auswärts übernachten liess; der Politiker zog nächtliche Autofahrten über holprige Landstrassen von Danzig nach Warschau unbekanntem Hotelzimmern vor. Seit Bruder Lech nicht mehr da ist, soll Kaczynskis liebstes Wesen seine Katze sein; ansonsten ist er Einzelgänger.

Als 2010 das Regierungsflugzeug im russischen Smolensk im Wald zerschellte, war Jaroslaws erste Reaktion: «Sie haben meinen Bruder umgebracht.» Smolensk ist für Jaroslaw zum Dreh- und Angelpunkt seines Handelns geworden. Die Katastrophe und der Kampf um ihre juristische Aufarbeitung und politische Deutung haben Polen in zwei Lager gespalten. Jaroslaws Gefolgsleute hatten angekündigt, im Falle eines Wahlsiegs den Fall wieder aufzurollen. Grund genug, diesen Vorgang noch einmal zu beleuchten.

Frühjahr 2010: Zwischen Warschau und Moskau wehen freundlichere Winde. Dazu passt, dass der damalige Ministerpräsident Wladimir Putin bereit ist, die polnischen Opfer des sowjetischen Massakers von Katyn, nicht weit von Smolensk, zu ehren. Er tut es mit seinem polnischen Amtskollegen Donald Tusk. Staatspräsident Lech Kaczynski bleibt, nach einem unwürdigen Hickhack um Termin und Protokoll, aussen vor. Seine Delegation fliegt drei Tage später – sie fliegt in den Tod.

Dieser Tod habe den Normalzustand in seinem Leben beendet, wird Jaroslaw später sagen. Jetzt beginnt der Ausnahmezustand. Jaroslaw fliegt sofort nach Russland. Mit einer Handvoll Mitarbeitern trifft er am Unglücksort ein. Putin und Tusk sind bereits dort. Jaroslaw Kaczynski wird zur entstellten Leiche des Präsidenten geführt, um sie zu

identifizieren. Er küsst die kalte Leiche seines Bruders. Er betet. Als Putin ihm ein Angebot zum Gespräch überbringen lässt, lehnt er dankend ab.

Erst einen Tag später bringt eine Militärmaschine das Präsidentenpaar zurück nach Polen. Zahllose Menschen säumen in Warschau die Strassen, werfen Blumen auf den Leichenwagen. Am Sarg des Bruders verharret Jaroslaw für eine Viertelstunde, ganz allein. Ein enger Vertrauter der Brüder sagt: «Ich glaube, das war der Augenblick, wo Jaroslaw sich mit Lech beraten hat.» Das Ergebnis: In der nahenden Präsidentenwahl wird Jaroslaw antreten. Für Lech, den toten Bruder.

Steuermann auf dem Rücksitz

Jaroslaw erhält 47 Prozent. Verloren. Aber heute, fünf Jahre danach, hat der einsame Jaroslaw Kaczynski einen Triumph erzielt: Sein politischer Ziehsohn Andrzej Duda hat das Präsidentenamt erobert, und seine zweite Erbin, Beata Szydlo (gesprochen: Schyduo), dürfte bald Regierungschefin sein. Dann hätte Recht und Gerechtigkeit die ganze Macht im Staat. Und Kaczynski wäre, meinen seine Kritiker, der Steuermann auf dem Rücksitz.

Was wird der Machtwechsel Polen (und Europa) bringen? In der Aussenpolitik wird es, gerade angesichts der dramatischen Lage in der EU, keine sprunghaften Änderungen geben; da wird auch der neue, weltgewandte Präsident Duda (verfassungsgemäss) ein wichtiges Wort mitzureden haben. Freilich ist eine Einführung des Euro jetzt noch weiter hinter dem Horizont, als sie es bisher schon war.

Und in Polen selbst? Gemäss früheren Ankündigungen wünscht Kaczynski einen christlich-patriotischen Weltanschauungsstaat. Auch das Konzept der «illiberalen Demokratie» – der Kaczynski nahestehende Ungar Viktor Orbán hatte das ausdrücklich zum Programm erhoben – scheint zur Gedankenwelt der PiS zu passen. Der Begriff meint ein System, in dem die Mehrheit macht, was sie will, ohne auf die Minderheiten Rücksicht zu nehmen. Hilfreich dabei wären Verfassungsänderungen, etwa in Anlehnung an einen recht radikalen Verfassungsentwurf, zu dem sich die PiS im Wahlkampf jedoch nicht mehr so recht bekennen wollte.

Andererseits: Von einer Zweidrittelmehrheit im Parlament, die zur Verfassungsänderung nötig wäre, ist die PiS weit entfernt. Selbst unter Zuhilfenahme des eigenwilligen rechtspopulistischen Rocksängers Pawel Kukiz und seiner Bewegung Kukiz 15 – diese neue Kraft hatte mit 8,8 Prozent der Stimmen den dritten Platz belegt. Gerade für das temperamentvolle Polen gilt: Nichts wird so heiss gegessen, wie es gekocht wird.

Gerhard Gnauck ist Osteuropakorrespondent der Welt in Warschau.



«Surreale Haltung gegenüber der freien Meinungsäußerung»: «Monty Python's Flying Circus».

Menschenrecht auf Beleidigung

Politisch angeblich korrekte Lobbygruppen verhindern zusehends die freie Rede, um ihre Interessen durchzusetzen. Der britische Publizist Mick Hume hat darüber ein interessantes neues Buch geschrieben.

Von Rolf Hürzeler

Beispiel Monty Python: 1979 drohte ihrem Meisterwerk, der Filmparodie «Life of Brian», ein Zensurverbot wegen Blasphemie. Heute unterstützen die Mitglieder der Komikertruppe Einschränkungen journalistischer Recherchen, wie sie nach dem Abhörskandal in der Boulevardpresse zur Debatte stehen, um «die Persönlichkeitsrechte auf Kosten der Pressefreiheit zu schützen», wie Mick Hume schreibt.

Monty Python zeigen gemäss Hume, wie sehr die freie Rede heute in Gefahr ist. Ausgerechnet Satiriker sind heute bereit, das Recht auf freie Recherche zu relativieren, um ihre Interessen durchzusetzen. Im Fall von Monty Python geht es um die Berichterstattung über das ungewöhnliche Privatleben einzelner Mitglieder. Der Autor führt in seinem neuen Buch «Trigger Warning» unzählige Beispiele aus

allen gesellschaftlichen Bereichen an, in denen Lobbyisten und Privatpersonen dem freien Wort Grenzen setzen – «immer unter dem Vorwand schützenswerter Interessen». Der Begriff «Trigger Warning» meint den warnenden Hinweis auf Büchern oder bei Filmen, dass Informationen Gefühle verletzen, im Extremfall sogar eine posttraumatische Belastungsstörung auslösen könnten.

Verletzte Gefühle von Studentinnen

So hat Hume bemerkt, dass heute in den USA und in Grossbritannien zahlreiche Vorlesungen und Seminare an den Universitäten mit solchen Warnungen versehen sind. Besonders auffällig sei dies in juristischen Fakultäten bei akademischen Veranstaltungen zur Sexualgesetzgebung, um die Empfindungen verletzlicher Studentinnen zu schonen: «Denn

wichtig ist, was die Studentinnen fühlen; alles, was stören könnte, muss verschwinden.» Das sei doch richtig so, kritisierte eine Kolumnistin im *Guardian* Humes Buch. «Es lohnt sich, Betroffene vor unnötigen Schocks zu schützen.»

Buchautor Mick Hume bezeichnet sich als «libertären Marxisten». Er gründete in den achtziger Jahren das Magazin *Living Marxism* und ist heute Redaktor des kritischen Online-magazins *Spiked* sowie Kolumnist der *Sun*, nachdem er jahrelang für die *Times* geschrieben hatte. Er machte sich mit etlichen Büchern einen Namen als unerschrockener Verfechter der freien Meinungsäußerung.

Die Debatte nach den Anschlägen auf das französische Satiremagazin *Charlie Hebdo* in Paris war Anlass für diese neue Publikation: «Zahlreiche politische Exponenten bekannten sich stolz zur freien Rede, um gleich ein



giöse Busplakate, die zur «Heilung Schwuler» aufriefen. Seine paradoxe Begründung: «Wir sind intolerant gegen Intolerante.» Ins gleiche Kapitel gehört die Bereitschaft, sich für angebliche verbale Entgleisungen zu entschuldigen, selbst wenn sie nicht gesichert sind.

Der britische Fussball-Nationaltrainer Roy Hodgson löffelte sich eine öffentlich, nachdem englische Fans letzten Herbst in Glasgow während eines Spiels zwischen England und Schottland antiirische-Lieder gesungen haben sollen: «Es tut mir leid, wenn sich jemand verletzt

Denkverbote erinnern Hume an die Zeiten der katholischen Inquisition.

fühlte.» Dumm nur, dass bis zuletzt niemand versichern konnte, dass solche Lieder tatsächlich zu hören waren. Allein das Gefühl, es könnte passiert sein, reichte zur Demutsgeste.

Geradezu grotesk war letztes Frühjahr eine Demonstration gegen den Auftritt der rechts-populistischen französischen Politikerin Marine Le Pen an der Universität Oxford. Maskierte Aktivisten versuchten, den Polizeikordon zu durchbrechen, um die Veranstaltung zu verhindern. Sie skandierten die Parole «Wir haben das Recht auf freie Rede». An der gleichen Uni sprengten Feministinnen eine kontradiktorische Diskussion mit zwei Männern über die Abtreibung; ihre Begründung: «Nur Menschen mit einer Gebärmutter können sich dazu äussern.»

Hume schreibt «von einer surrealen Haltung gegenüber der freien Meinungsäusserung, die heute weit verbreitet ist». Er konstatiert, dass diejenigen politischen Gruppierungen, die am längsten für Meinungsfreiheit kämpfen mussten, heute die grössten Empfindlichkeiten geltend machen: «Die sogenannten Liberalen vertreten nun die Positionen der Reaktionäre von gestern.» Er prägt den Begriff der «reverse-Voltaires», der «Rückwärts-Voltaires», die die Errungenschaften der Aufklärung rückgängig machen wollten.

Wahr oder nicht, Hume scheut sich nicht, heikle Bereiche aufzugreifen. So fordert er freie Rede für Holocaust-Leugner oder notorische Antisemiten wie den französischen Provokateur Dieudonné M'bala M'bala, denn Repression diene dem Geschichtsverständnis nicht. «Die Dämonisierung der Holocaust-Leugner fördert nur neue Verschwörungstheorien.» Zudem sei es rechtlich unzulässig, «Menschen wegen kriminellen Denkens zu verurteilen», und sei dieses noch so verwerflich.

Denkverbote erinnern Hume an die Zeiten der katholischen Inquisition, als das «Unsagbare nicht gesagt werden durfte». Der hilflose Umgang westlicher Gesellschaften mit Holocaust-Leugnern hat laut Hume politische

Konsequenzen: Das Wort Leugner wird heute im politischen Diskurs missbraucht, zum Beispiel mit dem Begriff Klima-Leugner. Wer das gängige Verständnis des Klimawandels in Frage stelle, erscheine damit in einem ähnlichen Licht wie ein Holocaust-Leugner und sei so politisch diskreditiert. Dies bedeute eine Banalisierung des nationalsozialistischen Genozids.

Die Einschränkungen des freien Worts sind institutionell geschützt, zum Beispiel durch die Europäische Menschenrechtskonvention. Sie verlangt, «dass die freie Meinungsäusserung mit Pflichten und Verantwortung versehen ist». Sie muss dazu dienen, «Unordnung und Kriminalität zu verhindern», sowie der «Gesundheit und der Moral» der Bevölkerung. Allesamt Begrifflichkeiten, die laut Hume Machthaber geradezu zum Missbrauch einladen. Tatsächlich gehört es zum Repertoire von Autokraten, Einschränkungen der freien Rede als Schutz der Bevölkerung zu rechtfertigen.

Diffuse Grenzen der freien Rede

Humes Buch ist lesenswert, allerdings stösst sein Plädoyer für das freie Wort an Grenzen. Was tun mit Internetdrohungen, wie sie eine Labour-Parlamentarierin erhalten hat: «Man sollte dich vergewaltigen! Für was sonst gibt es Prominente wie dich?» Natürlich lässt sich die Drohung als pubertäres Geschwätz abtun, wie Hume das tut – was aber, wenn der Frau später etwas zustösst?

Amokläufer etwa haben ein geradezu zwanghaftes Bedürfnis, ihre Taten auf dem Internet anzukündigen. Auch öffentlich gemachte oder private Erpressungen fallen bestimmt nicht unter die freie Rede; es bleibt aber offen, wo die Grenze genau zu ziehen ist etwa bei falschen Anschuldigungen im Netz. Hume kann keine Antworten liefern, beruft sich aber zu Recht darauf, dass die Justiz damit ebenso überfordert ist und laufend widersprüchliche Entscheide fällt.

Wie brisant die Frage ist, zeigt der Disput zwischen dem Europäischen Gerichtshof und Google um unliebsame Links: Ein «Recht auf Vergessen» gibt es laut Hume nicht. Dennoch unterstützte der Gerichtshof diese Forderungen auf Löschen; das Unternehmen musste laut Hume bereits eine halbe Million Suchresultate vom Netz nehmen – freie Rede hin oder her.



Mick Hume: «Trigger Warning». William Collins. 320 S., Fr. 24.90

Aber hinzuzufügen.» Für Hume führt jedoch die sogenannte «Redefreiheit mit Verantwortung zu einem autoritären Staat». Er führt so «ungleiche Bettgenossen» wie Papst Franziskus, die Kommunistische Partei Chinas und westliche Politiker jeglicher Couleur an, die nach den Pariser Anschlägen ins gleiche Horn stiessen.

Holocaust- und Klima-Leugner

Aus Humes Sicht überschneiden sich hier die Interessen von Machthabern und den «angeblich wohlmeinenden Liberalen, die trotz ihrer Lippenbekenntnisse für Freiheit die Gefühle religiöser Fanatiker schützen wollen». Die oft läppischen Karikaturen von *Charlie Hebdo* seien für gläubige Muslime im Einzelfall tatsächlich verletzend. Doch Hume macht ein «Recht auf Beleidigung» geltend, denn niemand könne einen pfleglichen Umgang mit seinen religiösen oder politischen Gefühlen geltend machen. «Ein grossartiges Buch», lobt die *Sunday Times* diesen Ansatz.

Die Kontroverse um *Charlie Hebdo* mag aufsehenerregend gewesen sein, in zahlreichen andern Fällen sind die Angriffe auf die freie Rede subtiler. So verbot der konservative Bürgermeister von London, Boris Johnson, reli-



Ohne Wenn und Aber: Schweizer Tennisstar Roger Federer bei der Seitenwahl durch das Werfen einer Münze in Wimbledon, 2015.



Dossier

Magie des Geldes

Die Weltwirtschaft ist in einem Ausnahmezustand. Was läuft falsch? Wie geht es weiter?

60 Zwischen Ertragsperle und Rendite-Reinfall

Umfrage bei Unternehmern und Wirtschaftsspezialisten

62 «Verlust an Freiheit»

Ökonomieprofessor Peter Bernholz über Geld, Gold und tiefe Zinsen

67 Der Wert des Bankgeheimnisses

Die unterschiedlichen Interessen von Grossbanken und Privatbanken

68 Bares in Gefahr

Konrad Hummler über das Bezahlen mit Münz und Noten

70 Elefantenrennen an der Bahnhofstrasse

UBS und Credit Suisse: Wer hat die besseren Karten?

73 Auf dem Sprung nach Deutschland

Wie es dem Start-up Fintech im ersten Jahr ergangen ist

74 Frischer Glanz

Trotz schwierigem Umfeld horten die Europäer wieder mehr Gold

76 Hol es vom Nachbarn

Die Abwertungspolitik der Zentralbanken und ihre Folgen

Zwischen Ertragsperle und Rendite-Reinfall

Erfolgreiches Investieren erfordert Wissen, Instinkt und Erfahrung. In der *Weltwoche*-Umfrage berichten Unternehmer und Wirtschaftsspezialisten wahlweise über gelungene Investments oder über faule Eier im Vermögenskorb.

Michael Pieper,
Eigentümer der Franke-Gruppe und
der Artemis-Holding:

«Privat habe ich Ende der neunziger Jahre mit zwei Freunden in ein Hightechprojekt investiert, das in einem Innovationswettbewerb den zweiten Platz belegt hat. Der Erfinder kam zuerst im Opel Kadett und mit einer Swatch am Arm bei mir an. Nach unserer Investition trat er im Alfa Romeo Spider und mit einer Rolex an. Da habe ich zu meinen Freunden gesagt: «Ich glaube, wir haben verkehrt investiert.» Nach relativ kurzer Zeit war die Firma insolvent.»

Martin Janssen,
emeritierter Professor für Finanzmarkt-
theorie an der Universität Zürich:

«Am Donnerstag, 17. November 1988, einen Tag vor Optionsverfall an der Börse, veröffentlichte der Verwaltungsrat der Nestlé AG seinen Entscheid, ausländischen Anlegern den Kauf von Namenaktien zu erlauben. Dieser Beschluss hatte einen grossen Einfluss auf die Börsenkurse von Inhaber- und Namenaktien sowie der Partizipationsscheine (PS) nicht nur von Nestlé, sondern auch vieler anderer kotierter Firmen. Unmittelbar nach der Ankündigung glichen sich die Börsenkurse der drei Titelkategorien stark aneinander an: Inhaberaktien und PS verloren 24 respektive 15 Prozent; Namenaktien gewannen 33 Prozent. Optionspreise erhöhten sich um Tausende von Prozenten respektive fielen auf null.

Es war lange vor diesem Datum klar, dass diese reglementarischen Bestimmungen eines Tages fallen würden. Ungewiss war nur, wann. Klar war auch, dass man dank des vollständigen Aktien- und Optionsmarktes auf vielfältige Weise von dieser Erwartung profitieren konnte, falls sich die Entwicklung so zutragen sollte. Ich selber war von dieser Veränderung überzeugt. Ab Ende 1986 hielt ich Terminpositionen in Namenaktien solcher Firmen. Für den gleichen Betrag verkaufte ich entsprechende Inhaberaktien leer. Ausser zur Sicherstellung brauchte man hierfür kein Kapital. Die Positionen mussten alle neun Monate verlängert werden, was etwas Weniges kostete. Der Gewinn pro eingesetzten Franken betrug schliesslich 50 Rappen.

Der Fall der Schranken für ausländische Anleger war die letzte grosse Chance, an der Börse durch eine gezielte Anlagepolitik (aktive Strategie) eine überdurchschnittliche Rendite zu

erzielen. Seither gibt es kaum noch echte Arbitragemöglichkeiten. Ich investiere an der Börse nur noch in Indexanlagen.»

Jean-Claude Biver,
CEO der Uhrenmarke Hublot:

«Die Finanzmärkte reizen mich nicht besonders. Sie bewegen sich auf lange Sicht parallel zur Industrie, auch wenn sie sich gelegentlich abkoppeln. Die Investition, die ich mit dem grössten Gewinn getätigt habe, ist mein Bauernhof. Schon immer hatte ich den Traum, eigene Kühe zu besitzen und Käse herzustellen. Nun ist das bäuerliche Immobilienrecht zu Recht relativ strikt und erlaubt nicht jedem dahergelaufenen Möchtegernbauern den Erwerb eines Hofes. Mir bot sich glücklicherweise die Chance, ein grosses Anwesen zu kaufen, auf dem sich auch ein Bauernhof befindet. Den Bauernhof habe ich instand ge-

«Schon immer hatte ich den Traum, eigene Kühe zu besitzen und Käse herzustellen.»

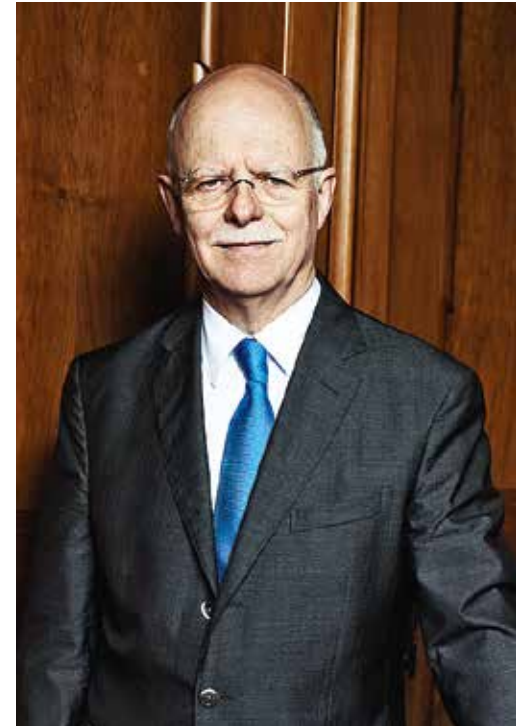
setzt und an einen Bauern verpachtet. Selber wohne ich in einem Wohnhaus auf dem Anwesen.

Der Return on Investment? Abends, wenn ich von der Arbeit nach Hause komme, bin ich in einer anderen Welt, sehe meine Hühner und Gänse und fühle mich mit der Erde verbunden. Ein Abend zu Hause ist für mich in etwa so erholsam wie für andere Leute eine Woche Ferien.»

Heinz Zimmermann,
Professor für Finanzmarkt-Theorie an
der Universität Basel:

«Die Geschichte meiner erfolglosesten Investition ist schnell erzählt: Im Herbst 1986 wurde ich von der damaligen Universität St. Gallen (HSG) als vollamtlicher Dozent eingestellt und blieb dieser Institution, zwischenzeitlich hatte sie zur Universität und ich zum Professor mutiert, bis im Frühling 2001 erhalten. Mit auf die Reise nach Basel, wohin ich wechselte, kam auch mein angespartes Geld bei der Pensionskasse. Aber nicht etwa so viel, wie die Pensionskasse mit meinem Geld erwirtschaftet hatte, sondern gerade mal eine jährliche Verzinsung von 4 Prozent. Zum Vergleich: Der schweizerische Aktienmarkt ist während meiner HSG-Anstellung von 100 auf 557 gestiegen

(Ende 1986 bis Ende 2000), der Bond-Index von 100 auf knapp 200. Ein 30/70-Portfolio, jährlich *rebalanced*, wirft in diesem Zeitraum eine jährliche Rendite von knapp 8 Prozent ab. Konkret: Ein Franken wächst bei einer jährlichen Durchschnittsrendite von 7,8 Prozent



Fall der Schranken: Martin Janssen.



Mit der Erde verbunden: Jean-Claude Biver.

nach 14 Jahren auf 2,9 Franken, von denen gerade mal 1,7 Franken den Weg nach Basel fanden. Das erachtete niemand als störend, denn erstens war es völlig rechtens und zweitens wechselte ich meinen Arbeitgeber ja völlig freiwillig.

Um weiteres Ungemach zu vermeiden, entschied ich mich in Basel zu einem privatrechtlichen Arbeitsvertrag mit einer privaten Pensionskassenlösung. Bis Anfang 2008 ein Begrüssungsschreiben der notorisch unterdeckten öffentlich-rechtlichen Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt eintraf, das mich als neues Mitglied willkommen hiess. Was ist geschehen? Unter der veränderten Trägerschaft

der Uni Basel wurden alle Vorsorgeverträge vereinheitlicht, das heisst, der Arbeitsvertrag wurde einseitig geändert. Dafür reicht es, dass <die Mehrzahl der Arbeitnehmenden oder eine sie vertretende Arbeitnehmervertretung das Einverständnis zur Vertragsauflösung oder zum Neuanschluss gibt>, wie mich das Rechtsgutachten belehrte. Meine Zwangsüberweisung erfolgte gerade rechtzeitig, damit ich mich bereits Ende 2008 an der Sanierung der auf einen Deckungsgrad von 86 Prozent abgestürzten Pensionskasse beteiligen durfte. Das staatlich organisierte Zwangssparen in der zweiten Säule ist mit Abstand mein schlechtestes Investment.»



Perle in der Anlagewüste: Monika Bütler.



Verkehrt investiert: Michael Pieper.



Zwangsüberweisung: Heinz Zimmermann.



Viermal teurer verkauft: Christoph Blocher.

Christoph Blocher, alt Bundesrat und Unternehmer:

«Wer sanieren und führen kann, der sollte keine gutlaufende Firma kaufen. Er sollte eine schlechtlaufende Firma kaufen und gute Chefs an die Spitze setzen. Ich habe grundsätzlich nur in Firmen investiert, die kurz vor dem Untergang standen. Solche Firmen sind preiswert, was das Risiko begrenzt. Zudem kann man in Notsituationen viel bewegen, weil die Leute sehen, dass etwas passieren muss. Vor dreizehn Jahren, nach der Zeit von Percy Barnevik, war der Industriekonzern ABB in einer schweren Krise. Die Lage war so schlecht, dass der Aktienkurs unter den Nennwert gefallen war. Die Ems-Chemie Holding AG hatte zu dem Zeitpunkt einen höheren zweistelligen Millionenbetrag flüssig, den wir für eine gewisse Zeit anlegen wollten. Als ich erfuhr, dass Jürgen Dormann der neue CEO der ABB werden würde und an seiner Seite Peter Voser Finanzchef, beschloss ich, ein Aktienpaket zu kaufen. Beide Manager hatte ich seit längerer Zeit beobachtet und einen guten Eindruck gewonnen. Dormann brachte vom deutschen Chemie-Unternehmen Hoechst einen hervorragenden Sanierungs-Leistungsausweis mit. Ich sagte zu Dormann und Voser: <Ich weiss nicht genau, was Sie mit ABB machen wollen, aber ich investiere in Sie und Herrn Voser.> Die Firmenspitze fragte mich, ob wir nicht noch mehr investieren würden – ich musste ablehnen, da die Beteiligung dann über drei Prozent gestiegen wäre. Das hätte Ems deklarieren müssen, was wir nicht wollten. Die ABB-Aktien konnten wir nach weniger als zwei Jahren – als wir das Geld für Investitionen brauchten – viermal teurer verkaufen.»

Monika Bütler, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen:

«Kürzlich habe ich ein Schreiben der SVA Zürich (Ausgleichskasse der AHV/IV) erhalten: <Wenn die Ausgleichskasse zu viel bezahlte Beiträge zurückerstattet oder verrechnet, werden Vergütungszinsen ausgerichtet. Der Zinssatz beträgt 5 Prozent im Jahr.> Fünf Prozent – völlig risikolos: eine Ertragsperle in der Anlagewüste! Könnten die Pensionskassen zu diesem Zins anlegen, wären sie die meisten Sorgen los. Bevor nun alle ihre Ersparnisse zur SVA verschieben: Erstens kann nur einzahlen, wer als selbständig abrechnende Person registriert ist. Zweitens nehme ich an, dass nur in einem halbwegs vernünftigen Rahmen (um die zu erwartenden Einkünfte) vorfinanziert werden kann. Dennoch: Ist es wirklich sinnvoll, dass die AHV-Ausgleichskasse einen derart hohen Zins bezahlt? In der Zwischenzeit versuche ich, meine unerwarteten Einkünfte von Fr. 61.90 sinnvoll zu investieren.»

Protokoll: Florian Schwab

«Verlust an Freiheit»

Von Beat Gygi, Florian Schwab und Marco Aste (Bild) — Tiefe Zinsen, Geldschwemme und Preisblasen: Die Weltwirtschaft befindet sich in einem Ausnahmezustand. Ökonomeprofessor Peter Bernholz erklärt, warum wir keine Inflation haben, wie man Geld anlegen sollte und wie er Goldwährungen sieht.

Der emeritierte Basler Ökonomeprofessor Peter Bernholz gehört zu den herausragenden Kennern der Geld- und Währungs politik. Er überblickt dank seiner akademischen Karriere in Deutschland, den USA und der Schweiz Jahrzehnte weltweiter Währungsgeschichte und -krisen. Wir treffen Bernholz im Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum an der Universität Basel. Trotz harter Analysen der Gefahren in der Weltwirtschaft ist er aufgeräumt und gut gelaunt. Er habe sich über die Jahrzehnte eine gewisse Gelassenheit angeeignet. Und trotz oder wegen seines kritischen Geistes ist er bis heute ein gesuchter Gesprächspartner und hat anlässlich ihres hundertsten Geburtstags die Geschichte der Nationalbank von 1945 bis 1982 geschrieben. Besonders gut kennt sich Bernholz mit der Geissel Inflation aus. Dieses Jahr ist die zweite Ausgabe seines Buchs «Monetary Regimes and Inflation» erschienen. Der Verlag hatte den über achtzigjährigen Professor gebeten, eine neue Ausgabe des Werks zu erstellen. Dieser hat die Gelegenheit genutzt, um am Anfang des Buches darzulegen, warum sich trotz des gewaltigen Wachstums der Zentralbankgeldmenge vorerst keine Inflation abzeichnet. Immer wieder schlägt Bernholz im Gespräch sein Buch auf und zeigt anhand von Grafiken, was sich im Geldsystem zusammenbraut.

Herr Bernholz, die Schweizerische Nationalbank (SNB) bringt nächstens neue Banknoten in neuer Gestaltung heraus. Wie wichtig ist die optische Erscheinung des Geldes heute noch?

Die Banknoten der Schweizerischen Nationalbank haben absolute Glaubwürdigkeit, daran wird die neue Gestaltung nichts ändern. Aber ich bedaure zutiefst, dass wir dem europäischen Trend folgen und nicht mehr hervorragende Schweizer Persönlichkeiten auf den Banknoten zeigen, die als Vorbild dienen könnten. Es ist eine Frage der Kultur. In Europa war es verständlich, auf andere Motive auszuweichen, weil sonst ein Streit entstanden wäre zur Frage, wen man abbilden solle. Dieses Problem hätte man in der Schweiz lösen können. Sollte Diversität eine Bedingung sein, gäbe es sicher auch herausragende Frauen oder jüngere Persönlichkeiten, die Vorbilder sein könnten.

Vermag eine nationale Währung eher eine bestimmte Kultur zu verkörpern als eine Währungsunion?

War die Schweiz bereits eine Nation, als sie ihre Münzen einfuhrte und sich dann der Lateinischen Münzunion anschloss? Eigentlich kaum, das Land hat sich erst mit der Zeit dazu entwickelt. Vielleicht hatte der deutsche Kanzler Kohl seinerzeit solche Beispiele vor Augen und ging davon aus, dass sich durch die Währungsunion eine europäische Nation entwickeln würde. Leider hat die Entwicklung jedoch eine falsche Richtung genommen. Die Schweiz als Vorbild zu nehmen, verlangt nämlich, den Föderalismus zu stärken, wie sich dies etwa in der Unabhängigkeit der Kantons- und Gemeindefinanzen zeigt. Das schliesst die No-Bailout-Regel ein, die übrigens auch in den USA gilt. Man sollte also finanziell gescheiterte Staaten nicht retten.

Die Schweiz kann seit 1973 die niedrigste Inflationsrate aller Länder aufweisen.

Aber nicht einmal Deutschland, trotz seines Föderalismus, folgt diesen Grundsätzen, und die EU erst recht nicht.

Erreicht Geld eine starke kulturelle Ausstrahlung nur dann, wenn es stabil ist?

Hat eine Währung einmal den Status der Weltwährung erobert, dann verkräftet sie auch ziemlich starke Beeinträchtigungen und Verluste. Man sieht das am US-Dollar, der ja gegenüber dem Franken in einigen Jahrzehnten auf weniger als ein Viertel seines Wertes gefallen ist. Trotzdem hat er das schwächer werdende Pfund nach dem Ersten Weltkrieg in Bedrängnis gebracht und nach dem Zweiten Weltkrieg als Weltwährung abgelöst. Aber trotz seines Wertverlustes gegenüber dem Franken und der Deutschen Mark schätzt man, dass sechzig Prozent der Dollar-Banknoten im Ausland gehalten werden.

Wer hat so hohe Anreize, Dollarnoten zu horten?

In Inflationsländern flüchten viele Leute gerne in den für sie stabilen Dollar. Dagegen hatten die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg und die Schweizer nie Angst, dass der Dollar ihre Währung verdrängen könnte. Tatsächlich kann die Schweiz seit der Aufgabe der festen Wechselkurse 1973 die

niedrigste Inflationsrate aller Länder aufweisen. Ich bin daher etwas ketzerisch der Meinung, dass wir unser stabiles Geld ruhig exportieren können, falls, wie seit einiger Zeit, viele Ausländer Franken nachfragen. Das kostet uns, ausser den Druckkosten, nichts, falls nicht eine Umkehr an den Devisenmärkten eintritt, womit ich nicht rechne. **Nun fordern aber etliche Politiker und Ökonomen die Abschaffung des Bargelds.**

Es gibt ernsthafte Bestrebungen dazu. Die dänische Zentralbank hat bereits angekündigt, dass sie demnächst keine Banknoten mehr schaffen will. In Schweden erfolgen selbst Kleinsttransaktionen via Überweisungen und Kreditkarten. In Italien und Frankreich werden Banknoten-Transaktionen auf tausend Euro begrenzt. Wahrscheinlich werden die USA aber nicht mitmachen, weil sie dadurch ihre weltweite Stellung beim Halten von Bargeld durch Ausländer verlieren könnten und auch die Verwendung des Dollar als Landeswährung zum Beispiel in Panama und Ecuador gefährdet wäre. Vielleicht sprechen sie sich auch deshalb gegen die Tausend-Franken-Note und gegen den Fünfhundert-Euro-Schein aus, wie gerüchteweise verlautet.

Was ginge mit der Abschaffung des Bargeldes verloren?

Die Privatsphäre der Bürger würde eingeschränkt und ihre Überwachung durch den Staat noch lückenloser. Wenn das Geld nur noch aus elektronischen Guthaben besteht, kann der Staat das Geld jederzeit blockieren. Das hat man gerade in Griechenland gesehen, als die Bar-Abhebungen eingeschränkt wurden. Zudem kann der Staat jeden finanziellen Schritt überwachen. Das bedeutet auch einen Verlust an Freiheit. Und schliesslich sind Banknoten die einzige Rettung für Leute, die von ihren Regierungen durch hohe Inflationen ruiniert werden. Die Flucht in ausländische Banknoten dient ihnen als letzter Schutz. Das hat sich in dreissig Hyperinflationen und vielen Hochinflationen seit 1914 gezeigt.

Und das sind meistens Dollarnoten?

Ich habe Inflationen nicht nur historisch und theoretisch untersucht, sondern auch an Ort und Stelle. Zu diesem Zweck war ich dreimal in Südamerika, und ein Erlebnis in Argentinien ist mir in lebhafter Erinnerung. Es ging dort auf eine Hyperinflation zu. Die Regierung hatte gerade die Dollarkonten



«Die Nullzins-Politik ist ein Fehler»: Ökonom Bernholz.

zwangsweise zum offiziellen Kurs in argentinische Pesos konvertiert, der natürlich viel zu tief war. Die Leute standen Schlange in drei Reihen um ganze Häuserblocks. Das waren diejenigen, die so klug gewesen waren, Dollarnoten in ein Schliessfach zu legen, und nun anstanden, um ihr Erspartes rechtzeitig abzuholen.

Solange es neben dem Geld des eigenen Landes andere, stabile Währungen gibt, kann man sich also schützen?

Das schlechte Geld wird in einer Hyperinflation zunehmend durch ausländische Banknoten verdrängt. Kürzlich haben wir das in Zimbabwe erlebt. Da haben vor allem US-Dollar-Banknoten und daneben südafrikanische Rand-Noten den Simbabwe-Dollar komplett verdrängt. Will man eine völlige Verdrängung der Inflationswährung vermeiden, so bleibt als Ausweg nur eine Beendigung der Hochinflation durch eine Währungsreform. Das war auch in Deutschland in den zwanziger Jahren der Fall. In der Hyperinflation hatten das wertstabile Notgeld und ausländisches Geld die inflationäre Reichsmark so weit verdrängt, dass sie bereits zwei Drittel der Währungszirkulation ausmachten. Die Währungsreform im November 1923 fand in höchster Not statt.

Und wenn eine Regierung keine Währungsreform will?

Dann muss sie das ausländische Geld wie in Simbabwe legalisieren. Andernfalls hat der Staat keine Einnahmen mehr und geht unter.

Kann eine Regierung nicht von Anfang an ausländisches Geld verbieten?

Auch dazu eine Anekdote: Als ich nach Argentinien ging, habe ich meine Kenntnisse genutzt und gleich die Hälfte des Geldes in Dollarnoten mitgenommen. Den anderen Teil in Dollarchecks, die eigentlich verboten waren und für den Umtausch extra nach Montevideo geschmuggelt werden mussten. Denn durch die Nachfrage nach ausländischen Banknoten ist die Inflationswährung stark unterbewertet, so dass Ausländer in den betroffenen Ländern besonders billig leben können. Alle Verbote nützten also nichts. Bei der Hyperinflation während der Französischen Revolution drohten zwanzig Jahre Kerker, wenn man nur schon Preisangaben in Silbergeld machte. Dennoch waren plötzlich, wie durch ein Wunder, wieder Gold- und Silbermünzen im Umlauf.

Ist eine Hyperinflation heute eine realistische Gefahr?

Durchaus. Mit dem Ende des Bretton-Woods-Systems Anfang der siebziger Jahre fiel der letzte Goldanker für das weltweite Währungssystem weg. Vorher konnte man noch von einem abgeschwächten

Goldwährungssystem sprechen. Seither gab es auf der Welt dreissig Hyperinflationen und sehr viele Phasen der Hochinflation. Hyperinflation bedeutet, dass die Preise während eines Monats um mindestens fünfzig Prozent steigen. Das letzte Beispiel einer Hyperinflation erlebte Simbabwe. Andere Länder sind ziemlich nah an diesem Punkt. Ich sehe schwarz für Argentinien und Venezuela.

Gab es früher denn nicht auch schon hohe Inflationen?

Doch, aber nur eine einzige Hyperinflation, nämlich während der Französischen Revolution, die ebenfalls auf reinem Papiergeld beruhte. Das wurde bei den Jubiläumsfeiern der Französischen Revolution regelmässig vergessen. Im 19. Jahrhundert tendierten auch Österreich und Russland zur Schwäche und sind immer wieder dem reinen Papiergeld verfallen, bis sie sich in den 1890er Jahren stabilisiert haben und zum Goldstandard übergegangen sind.

«Ich halte den Negativzinssatz nicht für so wirksam wie die Nationalbank es tut.»

Was heisst «dem Papiergeld verfallen», ist das etwas Ungesundes?

China hat das Papiergeld erfunden und damit auch die Papiergeld-Inflation. Darauf folgten die USA während der Unabhängigkeitskriege, Frankreich während der Revolution, danach Peru und Mexiko. In den zwanziger Jahren erlebte Deutschland eine Hyperinflation. Es gibt auch neuere Beispiele. Serbien hat in den neunziger Jahren gerade noch rechtzeitig eine Währungsreform durchgeführt, als die eigene Währung bereits weitgehend durch die Deutsche Mark verdrängt war. Das alles spricht eigentlich für eine Goldwährung. Solange der Goldstandard bestand, haben Länder mit Inflation immer versucht, zu diesem zurückzukehren. Alle entwickelten Staaten waren beim Gold- und Silberstandard, und das zog Nachahmer an.

Heute sind aber praktisch alle beim Papiergeld und überschwemmen die Märkte damit. Warum zeigt sich denn keine Inflation?

Früher folgten Hyperinflationen immer auf eine Ausdehnung der Zentralbank-Geldmenge. Brisant ist heute, dass diese Geldmenge gerade seit der letzten Finanzkrise sozusagen explodiert ist. Inflation gibt es aber keine, die Wirkungsketten brauchen Zeit. Das Zentralbankgeld gelangt nicht so rasch zu den Unternehmen und in die Portemonnaies der Menschen. Mit anderen Worten: Der Geldschöpfungsmultiplikator, der aussagt, wie sich ein Wachstum der Zentralbank-Geldmenge M_0 in ein Wachstum der

wirtschaftlich wirksamen Geldmenge M_3 übersetzt, ist ausserordentlich stark gegenüber Normalzeiten gefallen. Darum haben wir keine Inflation.

Bleibt das Geld also quasi ungenutzt irgendwo liegen?

Die Notenbank-Geldmenge M_0 wird entweder bei der Zentralbank stillgelegt oder zum Kauf von Aktien und Immobilien verwendet, weil es billig ist, sich zu verschulden. Das Geld dringt also nicht wirklich durch das Finanzsystem und via Kredite zu Unternehmen und Konsumenten in die reale Wirtschaft. Ich habe mir für die USA das Verhältnis der Notenbank-Geldmenge M_0 zu der von Haushalten und Firmen gehaltenen Geldmenge M_3 angesehen. Vor der Grossen Depression der dreissiger Jahre war die Relation ähnlich tief wie heute während der Wirtschaftskrise. Danach stieg sie langsam über Jahre wieder auf ein normales Niveau. Jetzt aber ist sie wie gesagt auf einen extremen Tiefstand gesunken, doch wird sie nach den historischen Erfahrungen wieder steigen, so dass dann die Gefahr einer Inflation besteht.

Haben wir denn heute eine neue Welt oder einen Ausnahmezustand?

Es ist keine neue Welt, sondern ein Ausnahmezustand, der allerdings mehrere Jahre andauern kann. Der Geldschöpfungs-Multiplikator ist von der Stimmung der Menschen abhängig, er kann sich irgendwann schlagartig und massiv ändern. Es gibt dazu eine Anekdote, die vielleicht nicht stimmt, aber vielsagend ist: Als Hitler 1933 in Deutschland die Macht ergriffen hatte, befahl er den Verwaltungsökonom Lautenberg zu sich, der, ohne Keynes zu kennen, Keynesianer war. Hitler sagte ihm, seine Bankiers und Ökonomen seien der Ansicht, seine expansive Politik führe zu Inflation, ob das stimme. Damals betrieb Hjalmar Schacht im Auftrag Hitlers an der Notenbank vorbei eine Geldexpansionspolitik. Der Ökonom gab zur Antwort: «Herr Hitler, Sie sind der mächtigste Mann in Deutschland, aber eines, das Sie jetzt nicht fertigbringen können, ist eine Inflation.» Er hatte recht. Aber fünf Jahre später, 1938, begann die Inflation zum Problem zu werden; erste Preiskontrollen wurden eingeführt. Anfang 1939 schrieb die Reichsbank unter dem Präsidium des gleichen Schacht an Hitler, dass man bei der gegenwärtigen Geld- und Defizitpolitik keine Währung stabil halten könne. Nun, Hitler entliess darauf einfach das Direktorium. Die Entwertung der Mark folgte. Und auch in den USA kam es zu einer Inflation.

Ist die heutige expansive Geldpolitik unsinnig?

Dass die Zentralbanken die Zinsen auf null gesenkt haben, halte ich für falsch. Nachdem die Amerikaner vorangegangen waren, musste man in der Schweiz und vielleicht

auch in der Euro-Zone notgedrungen nachziehen. Es ist trotzdem ein horrender Fehler, wenn man schon von Geldkultur spricht. Schon nach dem Zusammenbruch des Internetbooms nach 2000 senkte die amerikanische Fed die Zinsen auf ein Prozent, und die anderen Zentralbanken folgten auf dem Fuss. Das Ergebnis: Wir hatten einen riesigen Boom bei Immobilien in den USA, in Irland oder Spanien, der dann zum Zusammenbruch von 2007 und 2008 führte.

Aber immerhin keine Inflation bei Konsumgütern.

Es wird gerne argumentiert, Wertpapier- und Immobilieninflation seien für die Lebenshaltungskosten, also die Inflation im engeren Sinne, bedeutungslos. In der Schweiz dient auch die Zuwanderung als Erklärungsansatz für Häuserpreissteigerungen. Auf lange Sicht haben wir in der heutigen Währungswelt aber nur zwei Möglichkeiten: entweder eine Inflation, das versuchte ich mit der Anekdote aus den dreissiger Jahren und der folgenden Entwicklung zu illustrieren. Oder die Alternative ist der Zusammenbruch des Booms. Aber was machen wir, wenn der Zusammenbruch bei null Prozent oder gar bei negativen Zinsen erfolgt? Ich halte es längst für überfällig, die Zinsen zu erhöhen.

Das halten offenbar viele für zu schmerzhaft.

Ja, man hat Angst. Die US-Notenbank Fed hat ja das Doppelmandat, die Inflation zu kontrollieren wie auch zur Wirtschaftslage, besonders zur Beschäftigung, zu schauen. Sollte die Fed aber einmal die Zinssätze stärker erhöhen, käme ein ungeheurer politischer Widerstand von der Regierung, weil der Staat mehr für seinen Schuldendienst aufwenden müsste und das Budgetdefizit massiv stiege. Ähnliches gilt für europäische Länder.

Gibt es heute Anreize, vom Papiergeld wegzukommen und zu einer Golddeckung zurückzukehren?

Kaum. Heute sind wir auf dem Papiergeldstandard. Das ist eine andere Welt. Und man ist gezwungen, der Geldpolitik der USA zu folgen, weil der Dollar die Weltwährung ist. Aber dass der Dollar langfristig von über vier auf unter einen Franken eingebrochen ist, zeigt, wie unsolid die Entwicklung insgesamt ist. Die Weltwährungsordnung ist im Grunde eine starke Unordnung, und wir hängen erheblich von den Amerikanern ab. Viele hatten gehofft, dass der Euro den Dollar als Weltwährung verdrängen würde, aber wegen der Verschuldungsprobleme der Euro-Staaten kann davon keine Rede mehr sein.

Wann verlor der Euro den Anschluss?

Als Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Sarkozy 2011 gemeinsam den Lissabon-Vertrag brachen. Es hätte damals keine Rettung von überschuldeten Staaten geben dürfen. Dann wäre der Euro von der Schuldenkrise genauso unberührt geblieben wie der Schweizer Franken vom Schuldendebakel in Leukerbad.

Könnten kleine Länder der Abhängigkeit von den Amerikanern entrinnen, indem sie ihre Währungen ans Gold binden?

Kleine Länder können einen solchen Schritt niemals tun, ohne eine gewaltige Überbewertung ihrer Währung zu verursachen. Ein Wechsel zum Goldstandard könnte nur von den USA, der Euro-Zone oder beiden zusammen ausgehen, am besten noch in Kooperation mit China. Ob das geschehen könnte, daran habe ich als Politökonom grosse Zweifel. Ich bin durchaus für eine Goldbindung, aber es ist nicht einfach, diese einzuführen, ja aus politischer Sicht nahezu unmöglich.

Weswegen?

Die Regierungen aller Länder, die sich von der Notenbank ihre Defizite finanzieren lassen wollen, sind dagegen. Die Bank of England soll laut Schätzungen zurzeit fünfzig Prozent der britischen Staatsschulden halten. Das ist schon eine gefährliche Monetisierung von Schulden. Auch das Fed hält

Wir machen mehr aus Ihrem Geld. Telefon:

0442045600



Neue Helvetische Bank

Die Neue Helvetische Bank ist der verlässliche Partner in Finanzfragen für Unternehmer und Privatanleger. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Neuen Helvetischen Bank stehen Ihnen jederzeit gerne für ein unverbindliches Gespräch zur Verfügung.

Neue Helvetische Bank | Seefeldstrasse 215 | CH-8008 Zürich | T: +41(0)44 204 56 00
info@neuehelvetischebank.ch | neuehelvetischebank.ch



grosse Bestände an Obligationen des Bundes. Hinzu kommen verschiedene staatliche Pensionskassen, die Staatsanleihen halten. Wie sicher sind diese Kassen? Heute haben wir es mit einem bereits sehr gefährlichen Schuldengebäude zu tun.

Sehen Sie andere Ansätze, um eine Währung stärker zu verankern?

Es gibt eine Volksinitiative, die die Nationalbank dazu bringen will, neben dem Franken separate Goldmünzen herauszugeben, deren Goldgehalt diese garantiert.

Eine Art Goldfranken?

Ich habe in meinem Aufsatz in der *Neuen Zürcher Zeitung* den Begriff «Gold-Dukat» vorgeschlagen, dies nach dem Vorbild des venezianischen Dukats, der drei- bis vierhundert Jahre lang stabil blieb. Eine solche Parallelwährung würde vielleicht sogar dem Franken helfen, indem sie Aufwertungsdruck von ihm nähme, weil es eine Alternative gäbe. Ich befürworte diesen Ansatz, unter anderem weil sich damit auch einfache Leute absichern könnten.

Was bringt die heutige «Weltwährungsunordnung», wie Sie es nennen, der Schweiz?

In der Schweiz sind wir in einer Lage, in der wir bloss reagieren können. Die Schweizerische Nationalbank ist in einem Dilemma. Das erkenne ich an, obwohl ich mich in letzter Zeit gegen ihre Politik ausgesprochen habe. 2011 habe ich die Untergrenzenpolitik empfohlen, was dann einen Monat später zum Glück auch erfolgte. Die Konsequenz einer solchen Politik ist natürlich, dass die Devisenreserven in der Nationalbankbilanz zunehmen.

Und das ist eine heikle Sache?

Die Reserven der Nationalbank müssten als Volksvermögen betrachtet werden, das sinnvoll einzusetzen ist. Die SNB sollte deshalb den grössten Anteil ihrer Fremdwährungen, beispielsweise bis zu achtzig Prozent, in ausländischen Aktien anlegen. Derzeit sind es zwischen sechzehn und achtzehn Prozent. Einen Teil davon könnte sie in Gold und reale Werte investieren. Etwa zehn Prozent könnte sie in ausländischen Obligationen und Geldmarktpapieren belassen.

Sollte die Nationalbank ihre Geldpolitik etwas stärker auf die Struktur der Wirtschaft ausrichten?

Meiner Ansicht nach sollten nicht nur Währungsaspekte oder Überlegungen zu Devisenreserven und Gewinnen oder Verlusten der Zentralbank in Rechnung gestellt werden. In einem kleinen Land wie der Schweiz, das wirtschaftlich eng mit dem Ausland verflochten ist, müssen wir die Lage der realen Wirtschaft berücksichtigen. Nach der Aufhebung der Kursgrenze im Januar habe ich eine Weile mit mei-



Hundert Jahre stabil: venezianischer Dukat.

ner Kritik gezügert, weil ich das Dilemma der SNB klar vor mir sah, entschloss mich aber dann doch zum Vorbringen von Gegenargumenten. Es geht mir um den Erhalt der realen Wirtschaft, der Pensionskassen, um die Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Das wiegt für mich schwerer als die Frage der Reserven in der Nationalbankbilanz.

Sie sehen das Problem nicht bei hohen Fremdwährungsbeständen, sondern bei deren Anlage?

So ist es. Ich habe grob untersucht, was wäre, wenn wir achtzig statt weniger als zwanzig Prozent aller Fremdwährungsbestände Ende 2014 in deutschen Aktien angelegt hätten. Selbst nach der Aufhebung der Wechselkursuntergrenze käme man auf viel geringere Verluste als von der SNB für das erste Halbjahr ausgewiesen. Dass die Reserven der Nationalbank bald das Bruttoinlandprodukt überschritten hätten, kann man handhaben, und diese Gefahr ist geringer als jene, die für die reale Wirtschaft besteht.

Wieweit ist die Schweizer Währung überhaupt noch etwas Besonderes?

Solange wir immer wieder längere Perioden mit flexiblen Wechselkursen durchhalten können, ist sie etwas Besonderes. Unter den heutigen Bedingungen ist es aber sehr schwierig, eine vernünftige Politik zu formulieren. Besonders schwer haben es jüngere Ökonomen oder solche ohne historische Kenntnisse. Mir scheint auch, dass manche Zeitungen politisch Heikles ungern veröffentlichen.

Wie beurteilen Sie die Negativzinsen, die seit Aufhebung der Wechselkursuntergrenze gelten?

Ich halte den Negativzinssatz nicht für so wirksam wie die Nationalbank es tut. Er verursacht grosse Schäden. Das ist wie bei einem Medikament: Es hilft wohl etwas, aber es hat eben auch Nebenwirkungen. Meines Erachtens überwiegen die negativen Effekte. Unsere Pensionskassen sind deswegen unter Druck, um nur einen Aspekt zu nennen. Auch

die Ersparnisse der normalen Leute, die aus mangelnder Information nicht in Aktien angelegt haben, sind benachteiligt.

Welche Anlagestrategie empfehlen Sie jemandem, der nicht vom Fach ist wie Sie?

Zuerst einmal: Man kommt nicht darum herum, möglichst viel zu lernen. Jede Massnahme hängt vom Zeitpunkt ab. Die Empfehlung, Aktien zu halten, ist bei einem starken Anstieg der Aktienkurse rasch einmal problematisch. Obligationen sollte man sicher nicht halten, da sie mit jeder Aufwertung des Frankens an Wert verlieren. Von daher rühren ja genau die Verluste der Nationalbank. Was habe ich selbst gemacht? Ich habe meine Aktienquote, die sehr hoch war, weil ich den Kursanstieg erwartet hatte, mittlerweile auf die Hälfte reduziert. Dann kann man Put-Optionen schreiben, um, falls die Kurse fallen, Aktien zurückzuerhalten. Aber das ist natürlich riskant, wenn die Kurse weiter stürzen.

Und wenn man lieber weniger Risiken eingehen möchte?

Mit Blick auf die lange Frist ist es sicherlich besser, ein gutgemischtes Portefeuille von Aktien zu halten. Das kann ich für ältere Menschen aber nicht empfehlen, denn es können auch langjährige Kursflauten eintreten. Es gibt einen grossen Unterschied zwischen lang- und kurzfristiger Sicht.

Es sei denn, man denke generationenübergreifend.

Ja, glücklicherweise gibt es in mehreren Kantonen keine Erbschaftssteuer mehr für direkte Nachkommen. Ich habe festgestellt, dass die Bewertung des Goldes langfristig dem Schweizer Lebenskostenindex folgt. Obwohl es keine Erträge abwirft, kann man damit wenigstens langfristig die Inflation wettmachen. Ein einfaches Durchschnittsrezept würde aber etwa lauten: Man legt von seinen Ersparnissen jedes Jahr einen gewissen Prozentsatz in Aktien in einem breitgestreuten Korb an. Das muss man dann aber eisern durchhalten, ob die Kurse steigen oder fallen. Das ist der einzige Rat, den man vernünftigerweise jemandem erteilen kann, der kein Spezialist ist.

Sieht man Ihre Publikationen und Vorträge an, so sind Sie ein gefragter Ratgeber in Geldfragen.

Durch die Turbulenzen, die wir seit Anfang des Jahrtausends haben, bin ich als Emeritus öffentlich mehr gefordert als vorher, auch wenn ich nicht viel klüger geworden bin. Vielen jüngeren Kollegen fehlt aber die Erfahrung oder auch der Blick auf die politische Ökonomie. Dass jemand die monetären Fragen sowohl ökonomisch als auch politisch betrachtet, sehe ich relativ selten. Neben historischen Kenntnissen ist dies aber nötig, um Aussagen von einer gewissen Qualität machen zu können. ○

Der Wert des Bankgeheimnisses

Von Beat Gygi — Grossbanken kümmern sich wenig um das Bankkündengeheimnis. Für ihren Börsenwert ist es gemäss Studien nicht wichtig. Für den Wert von Privatbanken aber schon.



Riesige Umwälzungen: Tresorraum einer Schweizer Bank.

Wie viel ist das schweizerische Bankkündengeheimnis wert? Die Antwort hängt von der jeweiligen Interessenlage ab. Immerhin werden nicht nur Spezialisten darüber entscheiden, vielmehr werden alle Bürger ihre persönliche Abwägung zum Ausdruck bringen können, wenn das Volk in absehbarer Zukunft abstimmen wird über die vom Bankier und SVP-Nationalrat Thomas Matter auf den Weg gebrachte Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre». Diese soll das bisher gesetzlich geregelte Bankkündengeheimnis und den Schutz der Privatsphäre in der Verfassung verankern.

In Grossbanken ist man wenig begeistert davon. Für sie ist die Lösung der juristischen Probleme mit den USA und der EU so wichtig, dass das Bankkündengeheimnis in den Hintergrund gerückt ist. Der automatische Informationsaustausch zwischen Ländern in Steuerfragen wird mehr und mehr zum Normalfall. Die schweizerische Bankiervereinigung, die als Branchenorganisation vor allem die Interessen international ausgerichteter Banken vertritt, schreibt: «Das Bankkündengeheimnis verschwindet nicht, aber es unterliegt einem tiefgreifenden Wandel, gerade in Steuerfragen.»

Der Wandel betrifft allerdings nicht nur den heutigen Übergang zum automatischen Informationsaustausch. Wirtschaftswissenschaftler haben schon vor gut zehn Jahren den Wert des

Bankkündengeheimnisses zu ermitteln versucht und dabei gesehen, dass Grossbanken andere Interessen haben als Privatbanken. 1998 setzten Druckversuche von OECD und EU ein, es gab Verhandlungen, und 2003 vermochte die Schweizer Regierung in der Auseinandersetzung mit der EU – im Gegensatz zur jüngsten Vergangenheit – das Bankgeheimnis dadurch zu bewahren, dass eine Steuer auf Zinserträgen aus Anlagen von Ausländern vereinbart wurde.

Im Verhandlungsverlauf gab es aber wiederholt bedrohliche Momente, die an den Finanzmärkten jeweils zu starken Wertschwankungen der betroffenen Banken führten. Die Angst, das Bankgeheimnis könnte fallen und die Geschäftsgrundlage von Schweizer Banken beschädigen, verursachte an den Börsen jeweils Verluste. Diese Kursauschläge können ansatzweise Antwort geben auf die Frage, welchen Wert das Bankkündengeheimnis für die Banken hat. Die Ökonomen François-Xavier Delaloye (Deutsche Bank), Michel A. Habib (Universität Zürich, Banking und Finance) und Alexandre Ziegler (Universität Zürich, Banking und Finance) haben die Spuren dieser Auseinandersetzung in den Aktienkursen der zwei grossen Universalbanken Credit Suisse und UBS sowie der zwei Privatbanken Julius Bär und Vontobel analysiert. Mit mathematischen Methoden versuchten die Ökonomen heraus-

zufiltern, wie sich Neuigkeiten aus dem politischen Seilziehen auf die Aktienkurse zwischen November 1998 und Juni 2004 auswirkten; das waren Daten von 1422 Handelstagen.

In geraffter Form lautet das Ergebnis: Für die Grossbanken UBS und Credit Suisse schien das Bankgeheimnis nicht sehr wichtig zu sein, die Wertschwankungen waren gering. Julius Bär und Vontobel dagegen erlitten schlagartig erhebliche Verluste von 9 und 14 Prozent, als beispielsweise 2003 der EU-Rat das ausgehandelte Abkommen nicht genehmigte. Ähnlich war das Plus, als die Genehmigung kurz darauf im Juni 2003 doch noch erfolgte. Daraus errechneten die Autoren, dass das Bankgeheimnis für Julius Bär mindestens 8,3 Prozent der Börsenkapitalisierung ausmachte, für Vontobel 12,6 Prozent, für die Grossbanken wenig bis nichts.

Schachzüge der US-Behörden

Später kamen riesige Umwälzungen, als die EU zunehmend das Schweizer Bankkündengeheimnis aggressiver aufzuweichen versuchte. Dann kam die UBS in den USA ins Visier der Steuer- und Strafbehörden. Im Februar 2009 wurde das Bankkündengeheimnis untergraben, als die Finanzaufsicht Finma der UBS die Lieferung von Kundendaten in die USA erlaubte, damit sich diese vor Strafverfolgung retten konnte. Kurz darauf hob die Schweiz den Unterschied zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung auf.

Nach dieser turbulenten Zeit kamen Habib und seine Kollegen 2011 auf ihre Analysemethoden von 2005 zurück und nahmen die Zeit von Anfang 2008 bis September 2011 unter die Lupe. Wie reagierten die Börsenbewertungen auf die neuen Schläge gegen das Bankgeheimnis? Die Autoren schreiben, dass die Schwankungen dieser Periode, die auch durch die Finanzkrise geprägt war, schwieriger mit Einzelereignissen in Verbindung zu bringen seien. Bekräftigt werde etwa der Befund, dass der Wert der Grossbanken durch einschlägige Ereignisse kaum verändert worden sei. Kursbewegend seien eher die Schachzüge der US-Behörden gewesen. Ins Auge sticht der Befund, die Aufhebung des Unterschieds zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung im US-Steuerstreit habe den Wert von Julius Bär steigen lassen; das deute darauf hin, dass Steuerhinterziehung offenbar nicht als Geschäftsgrundlage für Banken betrachtet worden sei.

Wie sieht Habib die Untersuchung aus heutiger Sicht? Er würde methodisch wahrscheinlich nicht anders vorgehen als damals, es kämen einfach neue Ereignisse hinzu. Allerdings sei heute die Lage insofern anders, als das Bankgeheimnis für ausländische Kunden durch den automatischen Informationsaustausch verdrängt worden sei. Zentral sei für ihn aber nach wie vor der Befund, dass das Bankkündengeheimnis mehr sei als ein Steuerhinterziehungsthema. ○

Bares in Gefahr

Von Konrad Hummler — Der Bezahlung mit Münz und Noten liegt eine wunderbare Anonymität zugrunde. Die Politik verdrängt Bargeld zunehmend aus dem Zahlungsverkehr. Das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Bank wird grundlegend gestört.



Tauscheffizienz: «Der Spargroschen» von Wilhelm Leibl, 1879.

Dem skeptisch-amüsierten Weltbetrachter fällt es zurzeit schwer, sich nicht über ein Non-Paper (Wolfgang Schäubles) an ein Non-Gremium (Gruppe der Euro-Finanzminister) auszulasen. Vor allem dann, wenn man sich im Folgenden anschickt, Grundsätzliches zum Thema Geld aufzuarbeiten. Denn die Ereignisse rund um die griechische Zahlungsunfähigkeit und ihre Auswirkungen weisen allesamt ins Zentrum dessen, was das Wesen von Geld ausmacht: Glaubwürdigkeit und das darauf basierende Vertrauen.

Die Behauptung, die Glaubwürdigkeit sei in den letzten Jahren, Wochen und Tagen mit akzelerierender Intensität von allen Seiten geschändet worden, ist keine gewagte. Auch die Aussage, dass sich das rächen wird, ist nachvollziehbar. Das einzige Mittel, welches längerfristig zur Verfügung steht, um Geld gegen den Verfall von Vertrauen zu verteidigen, sind die Zinsen. Die

Euro-Zone wird deshalb mit einem dramatischen Zinsanstieg zahlen müssen. Bleibt die Frage: Wann? Dann, wenn der ultimative Test für die Glaubwürdigkeit ansteht. Das kann in einem Monat, aber auch erst in zwei, drei Jahren der Fall sein. Vertrauen in die Glaubwürdigkeit ist ein psychologisches Phänomen mit der Eigenschaft, plötzlich einzubrechen. Eine Vertrauenskrise wird nicht angekündigt, sondern kommt heimlich, überraschend, schleicht sich an wie der Dieb in der Nacht und entfaltet ihre Wirkung zum ungünstigsten Zeitpunkt.

Naturgegebenes Phänomen

Doch, was ist Geld? Es gibt viel Literatur und viele treffliche Definitionen zum Thema Geld. Das Problem liegt zumeist in der schweren Vorstellbarkeit dessen, was eigentlich beschrieben werden sollte, und in der daraus folgenden Tendenz zu technokratisch-deterministischen Kon-

zepten des Geldsystems. Mein Denken basiert sehr wesentlich auf den Erkenntnissen von Abbé Ferdinando Galiani (1728–1787) und den darauf gründenden Sichtweisen von Joseph Schumpeter und Friedrich A. von Hayek. Geld ist demnach nicht lediglich eine schiere rechtliche Fiktion, geschaffen und als Gnade gewährt durch eine freundliche Obrigkeit, sondern vielmehr eine sozusagen naturgegebene Konvention, die erst den Tausch zwischen den dazu begabten Menschen ermöglicht. Der Mensch wurde als einziges Lebewesen in die Lage versetzt, Gegenständen wie Hühnern, Eiern und Hühnerfedern relative Werte zuzuordnen.

Der Vergleichsmaßstab begründet Geld. Die Bereitstellung von Geld und die damit einhergehende Monopolisierung der Geldschöpfung durch eine staatliche (oder, bis auf weiteres im Falle der Europäischen Zentralbank, eine überstaatliche) Notenbank ist lediglich ein Spezialfall des naturgegebenen Phänomens Geld. Geld verringert auf diese Weise die Informations- und Transaktionskosten. Das ist insofern von Belang, als sich daran die Frage nach dem Wert von Geld entscheidet. Wer der Theorie der rechtlichen Fiktion folgt, kann sich jegliche «berechtigte» Preisstellung für Geld vorstellen, so auch Geldentwertung oder Negativzinsen. Wer von Geld als einer intrinsisch werthaltigen Größe ausgeht, muss einen naturgegebenen Preis unterstellen; Abweichungen davon führen für ihn zu problematischen volkswirtschaftlichen Verzerrungen. Die gegenwärtige Diskussion um die Tiefst-, ja Negativzinsen und um das *quantitative easing* hat genau damit zu tun.

Privates Darlehen an die Notenbank

Bei mir hat sich die Vorstellung bewährt, dass es sich bei Geld um eine Hingabe von (naturgegebenem) privatem Vermögen in Form von Gütern, Anteilen oder Forderungsrechten an die zuständige Notenbank handelt. Als Entschädigung erhält der Gebende eine Forderung gegenüber der Notenbank, sprich: Er gewährt ihr ein Darlehen. Jede Zehner-, Zwanziger- oder auch Tausendernote hat demnach ihren wirtschaftlichen Ursprung nicht bei der sie emittierenden Notenbank, sondern beim Bürger, welcher der Notenbank aus seinem Privatvermögen einen Kredit gewährt. Kredit kommt von «glauben» (lateinisch *credere*); Glaubwürdigkeit ist eine notwendige Bedingung dafür, dass ein Kredit überhaupt entsteht und Bestand hat.

Die Darstellung dieses Kredits erfolgt in der Form eines schwer kopierbaren Stücks Papier,

das nummeriert ist, im Übrigen aber gleich aussieht wie die analogen Papierchen derselben Darlehensklasse. Darauf basiert die einfache Tauschbarkeit. Das Darlehen wird vom Bürger zinslos gewährt. Im Gegenzug erhält dieser die Zusage, dass die emittierende Notenbank dafür besorgt ist, keine insgesamt ungedeckten Darlehen auszugeben und so die längerfristige Werthaltigkeit aller Darlehen zu gefährden. Tausch und Wertaufbewahrung machen das Wesen von Geld aus. Je effizienter und sicherer der Tausch vonstatten geht und je besser die Werterhaltung gewährleistet ist, desto nachhaltiger ist Geld. Das Verhältnis zwischen Bürger und Notenbank entspricht einem naturrechtlich verankerten «contrat social monétaire».

Da es unterschiedliche Länder, Kontinente und Rechtssysteme gibt, die solche Darlehen produzieren, existieren verschiedene Währungen. Das Verhältnis zwischen den Währungen bestimmt sich nach der voraussichtlichen Werthaltigkeit, welche ihrerseits wiederum auf den Kriterien der Tauscheffizienz und der Werterhaltungsqualität beruht. Es liegt auf der Hand, dass beide Kriterien, dasjenige der Tauscheffizienz wie auch jenes der Werterhaltungsqualität – das heisst das Mass an Wahrscheinlichkeit, auf irgendeine Weise verwässert zu werden – von der institutionell gegebenen Stabilität und von der Glaubwürdigkeit der sie repräsentierenden Exponenten abhängen.

Deshalb ist die Beobachtung von Dieter Freiburghaus (NZZ vom 14. Juli 2015) wohl richtig, dass klassische Währungen nur in kohärenten Staaten zum Erfolg gelangen, während lose Staatengemeinschaften nicht hinreichend sind. Demgegenüber müsste man die Vorstellung des Berner Rechtsprofessors Thomas Cottier (NZZ vom 8. Juli 2015), dass die europäische Währungsunion sich als Prozess bewähren werde, als unwissenschaftliches Wunschdenken einstufen. Freiburghaus weist darauf hin, dass noch keine einzige überstaatliche Währungsunion Bestand hatte. Das Pendant zum Bargeld, den in Noten ausgedrückten Darlehen der Bürger an die Notenbank, ist das Buchgeld, welches, ebenfalls zu Tausch- und Wertaufbewahrungszwecken, in Kontoform bei den Banken gehalten wird. Typischerweise unterscheidet man in der Praxis kaum zwischen der einen und anderen Art von Geld und entscheidet relativ spontan, ob man zur Begleichung von Betreffnissen die eine oder die andere Art von Geld verwendet.

Verwischt wird auch die Periodizität der Abwicklung, indem ohne viel Überlegung Kredit und Debitkarten nebeneinander Verwendung finden. In der Wahrnehmung des Bürgers und Systemteilnehmers ist das Buchgeld ein verlängertes Portemonnaie mit zumeist reichhaltigerem Inhalt als der physische Beutel. Das Buchgeld ist dem Bargeld in zunehmendem Masse überlegen punkto Abwicklungseffizienz; viele Transaktionen, namentlich im Internet und über Apps auf dem Smartphone, können ohne

Zuhilfenahme von Buchgeld in Kontoform gar nicht vollzogen werden.

Verlust an Privatheit

Was bei aller Attraktivität des Geldes als Tauschmittel in Buchform vergessen geht, ist der Umstand, dass zur Tauscheffizienz auch das Element der Anonymität des Bargeldes gehört. Bezahlt ist bezahlt. Woher eine Banknote stammt und wohin sie geht, entzieht sich der Kenntnis. Das erhöht die Rechtssicherheit in erheblichem Masse. Denn aus rein praktischen Gründen sind damit der möglichen Rückabwicklung von Geschäften enge Grenzen gesetzt.

Der Handwechsel von Bargeld ist eine Transaktion ohne Wenn und Aber. Beim Buchgeld ist die Anonymität des Zahlungsmittels nicht gegeben. Herkunft und Weiterverwendung sind dokumentiert und nachvollziehbar. Aus einem kurzlebigen Tauschgeschäft kann so eine langlebige Geschichte werden, eine Geschichte, die Spuren hinterlässt. Die Verwendung von Buchgeld ist weder voraussetzungs- noch folgenlos.

Die Tauscheffizienz von Bargeld, das heisst die voraussetzungsfreie und folgenlose Konvertibilität in eine andere Währung und die voraussetzungsfreie und folgenlose Umwandlung in reale Güter und Dienstleistungen, war über lange Zeit das potenteste Mittel, wie der Bürger die Einhaltung des «contrat social monétaire» durchsetzen konnte. Ja, man kann füglich behaupten, dass darin der Eigentumsschutz für Geld gegenüber einer zur Geldemission befugten Behörde begründet liegt; der Bürger kann sich durch den Aktivtausch zu jedem Zeitpunkt den intrinsischen Wert seines Kredits an die Notenbank sichern. Und weil die Noten-

bank um diesen Umstand weiss, ist sie in ihrem Handlungsspielraum begrenzt.

Wenn es zutrifft, dass die Tauscheffizienz von Bargeld zentrales Bestimmungselement einer Geldordnung ist, dann stellt sich notwendigerweise die Frage, ob das für das überhandnehmende Buchgeld auch und in gleichem Masse zutrifft. In der Tat trifft es zu, dass die Möglichkeit zur Nachverfolgung jeder denkbaren Zahlung per Buchgeld das Recht des Einzelnen auf sich selber in Frage stellt und beschneidet.

Die Argumentation, wer nichts zu verbergen habe, den treffe dieser Verlust an Privatheit ja gar nicht, ist insofern nicht hinreichend, als es ja umgekehrt auch überhaupt keinen wie auch immer übergeordneten Grund gibt, dass Dritte sich für Transaktionen anderer interessieren dürften, es sei denn, es liege eine die Allgemeinheit gefährdende und mithin kriminelle Handlung vor.

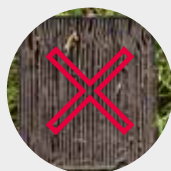
Fraglos werden künftig rechtsstaatlich untermauerte Mechanismen zum Schutz des Individuums vor der Inbesitznahme der Daten über seinen Kontoverkehr und -bestand gefunden werden müssen. Das hat nichts mit der steuerlichen Seite des Bankgeheimnisses zu tun, sondern mit dem Grundrecht jedes Einzelnen auf sich selbst. Werden keine solchen Mechanismen gefunden und wird das Bargeld durch die Politik gänzlich aus dem Zahlungsverkehr verdrängt, dann sehe ich den «contrat social monétaire» in Gefahr. Umso rascher werden Ersatzsubstrate wie privates an die Stelle des hoheitlich geschöpften Geldes treten.

Konrad Hummler ist ehemaliger unbeschränkt haftender Teilhaber von Wegelin & Co. Privatbankiers und nun Partner der M1 AG, eines privaten Think-Tanks für strategische Beratung von Unternehmungen.

OPTIMAL GEWASCHENE LUFT FÜR GESUNDHEIT UND WELLNESS

6 VON VIELEN GRÜNDEN WARUM SIE EINEN VENTA BRAUCHEN

NEIN ZU



FILTERMATTEN



ERKÄLTUNGEN



KOPFSCHMERZEN
VON TROCKENER LUFT

JA ZU



OPTIMALER LUFT IM
KINDERZIMMER



GESUNDEN
PFLANZEN



WELLNESS
FÜR DIE HAUT



ab Fr. 185,- (LW 15)

Weitere Infos und
14 Tage kostenloser Test
☎ 041 781-1515
www.venta-luftwaescher.ch

venta
LUFTWÄSCHER
Das Original



Ein Finanzplatz, zwei Geschäftsmodelle: Hauptsitze von UBS und CS in Zürich.

Magie des Geldes

Elefantenrennen an der Bahnhofstrasse

Von Claude Baumann — UBS und Credit Suisse waren sich früher sehr ähnlich. Das werden sie in Zukunft nicht mehr sein. Während die eine Bank nur noch Retuschen an ihrem Erfolgsmodell vornimmt, steht die andere vor einem epochalen Neubeginn. Wer hat die besseren Karten?

Axel Weber ist bekannt als brillanter Denker und eloquenter Redner. Doch was der UBS-Verwaltungsratspräsident unlängst sagte, liess selbst die grössten Kenner der Finanzwelt aufhorchen. «Wir», erklärte er und meinte damit das Topmanagement der Bank, «führen keine Strategiediskussion mehr. Wir diskutieren nur noch, wie wir unsere Strategie umsetzen.»

Webers Erkenntnis illustriert gut, wo die UBS heute steht und ihre ewige Rivalin, die Credit Suisse (CS), eben nicht. Konkret: Während sich die UBS in den vergangenen vier Jahren strategisch neu erfunden hat und so auf die Strasse des Erfolgs zurückgekehrt ist, steht die CS erst am Anfang dieses nicht immer einfachen Prozesses, seit CS-Konzernchef Tidjane Thiam und CS-Präsident Urs Rohner vergangene Woche darüber informiert haben, wohin die Reise gehen soll.

Dabei wird eines klar: Entwickelten sich die beiden Giganten der Schweizer Hochfinanz früher meist sehr ähnlich, so werden sie das

inskünftig kaum mehr tun. Fortan heisst es: ein Finanzplatz, zwei Geschäftsmodelle – damit schlagen UBS und CS ein neues Kapitel in der Schweizer Bankengeschichte auf.

Ermottis epochaler Entscheid

Fintech, Asien, Kosten und Kapital – das sind die vier wichtigsten Themen, mit denen sich die grossen beiden Institute in den nächsten Jahren auseinandersetzen müssen. Fintech, weil von da die meisten Innovationen kommen; Asien, weil das der grösste Markt ist; Kosten angesichts der verschärften Gesetze sowie Kapital, um die Sicherheit und Solidität einer Bank zu bewahren und last, but not least auch Übernahmen tätigen zu können. In diesem Spannungsfeld hat die UBS ihr Geschäftsmodell bereits austariert, während sich die CS dieser Herausforderungen erst annimmt.

Vielleicht war sich UBS-Chef Sergio Ermotti der Tragweite seines Entscheids gar nicht be-

wusst, als er Ende 2011 das Investmentbanking massiv herunterzufahren begann und gleichzeitig den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit auf die Vermögensverwaltung für Private setzte – dies alles als Reaktion auf den Beinahekollaps der Bank im Herbst 2008. Ermotti polte sozusagen die DNA des Unternehmens um und kappte so auch definitiv die unreflektierten Allmachtsfantasien früherer UBS-Chefs. Auf diese Weise eliminierte er enorme Risiken aus der Bilanz.

Substanzielle Einsparungen sowie ein bedeutender Stellenabbau (rund 10 000 Jobs) trugen das Übrige dazu bei, dass die UBS wieder schwarze Zahlen schrieb. Kein Wunder, dass die Finanzanalysten in Begeisterung ausbrachen und die Anleger wieder Gefallen an der UBS-Aktie fanden. Seit Ermottis epochalem Entscheid hat sie knapp 80 Prozent an Wert gewonnen.

Anders erging es der Credit Suisse. Nachdem sie die Finanzkrise von 2008 unvermutet gut

überstanden hatte, strotzte sie vor Stärke und Überlegenheit. Doch nicht für lange. War es Nachlässigkeit oder fehlende Weitsicht? Konzeptlos begann die Bank zu agieren, rieb sich in internen Machtkämpfen zwischen amerikanischen und schweizerischen Topmanagern auf, musste sich von der Schweizerischen Nationalbank sagen lassen, sie besitze zu wenig Eigenkapital, und als ob das alles nicht genüge, verhängten die amerikanischen Justizbehörden über die Bank im Sommer 2014 eine Milliardenbusse wegen ihrer Aktivität im Zu-

An sich müsste die Credit Suisse ihre Investmentbank ebenfalls herunterfahren.

sammenhang mit un versteuerten US-Kundengeldern. Alles in allem schaffte es die Credit Suisse aber auch operativ nicht, ihrem Geschäftsmodell jenen Dreh zu geben, der die Investoren überzeugt hätte.

Am Ende war es bloss noch eine Frage des Anstands, wie und wann man den zuletzt glücklosen Konzernchef Brady Dougan, welcher der Bank immerhin ein Vierteljahrhundert lang die Treue gehalten hatte, loswerden konnte. Im vergangenen Juli trat dann der ivorisch-französische Doppelbürger Tidjane Thiam in dessen Fussstapfen. Seither stehen die Zeiger wieder bei null, für die CS beginnt eine neue Zeitrechnung – alles scheint möglich.

Seit der Finanzkrise reduzieren sich viele Branchengespräche auf das Thema Investmentbanking – nämlich auf die Frage, wie viel davon sich ein globaler Finanzkonzern noch leisten will oder überhaupt kann. Denn angesichts der gestiegenen Eigenmittelanforderungen und der weltweit verschärften Gesetze verlangen manche Geschäftsfelder tatsächlich so viel Kapital, dass sich deren Weiterführung gar nicht mehr rechnet. Vor diesem Hintergrund beschritt die UBS bereits vor vier Jahren gänzlich neue Pfade, als sie im Zuge ihrer Restrukturierung beschloss, grosse Teile ihrer Investmentbank zu verkaufen oder zu schliessen. Heute nimmt diese Sparte bloss noch eine Zulieferfunktion für die Vermögensverwaltung ein.

Diesbezüglich tut sich CS-Chef Thiam schwer. Denn an sich müsste er «seine» Investmentbank auch herunterfahren. Doch das würde nicht zum historischen Selbstverständnis der Bank passen und käme darüber hinaus einer Kopie der UBS gleich. Ein Blick in die Geschichte der CS zeigt zudem, dass das Unternehmen als Investmentbank gegründet wurde, um die Industrialisierung in der Schweiz zu finanzieren, und auch später, in den 1980er Jahren, unter der Ägide ihres damaligen Chefs Rainer E. Gut hielt die CS an dieser Geschäftsdomäne eisern fest. So windet sich Thiam, wenn er sagt: «Das Investmentbanking ist Zubringer für die Vermögensverwaltung. Es soll

künftig auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet werden.» Informell aber betont CS-Präsident Rohner, dass keine Absicht bestehe, diesen Bereich so substanziell wie die UBS herunterzufahren; vielmehr sei das Investmentbanking ein Bestandteil des Konzerns. Damit geht die CS einen anderen Weg als die UBS.

Aber statt nach Geschäftsfeldern zu urteilen, ist es ebenso wichtig, das Ertragspotenzial nach geografischen Kriterien einzuschätzen – also nach den Regionen, in denen die UBS und die CS tätig sind. Unter diesem Gesichtspunkt richtet sich das Augenmerk beider Grossbanken vor allem auf den asiatisch-pazifischen Raum. Denn nirgendwo anders auf der Welt findet eine grössere Vermögensakkumulation statt als zwischen Hongkong, Singapur und Schanghai.

Schon heute gibt es laut Analysen von Beratungsfirmen wie Boston Consulting oder Capgemini am meisten Millionäre in Asien, und deren Vermögen dürften bis 2019 sogar jene der Reichsten in den USA übertreffen. Auch das bringt UBS-Präsident Weber auf den Punkt, wenn er feststellt: «Asien ist der Markt der Zukunft. Jene Bank, die 2050 kein signifikantes Asien-Exposure hat, wird es schwer haben, zu bestehen. Von den neun Milliarden Menschen, die 2050 die Erde bevölkern, werden fünf Milliarden in Asien leben.»

Erst Singapur, dann die Schweiz

Das weiss Tidjane Thiam auch, zumal er Mitte der 1980er Jahre als Stipendiat mehrere Monate in China weilte und diese Zeit als eine seiner prägendsten Erfahrungen bezeichnet. Zudem gewann der gebürtige Ivorer später weitere Einsichten in Asien, als er für den britischen Versicherungskonzern Prudential in Asien tätig war, wo das Unternehmen höchst erfolgreich ist.

Insofern lässt sich die Präsenz der Credit Suisse in Asien durchaus als Blaupause für die künftige Strategie sehen, wo das Institut als «Unternehmerbank» auftritt, die Firmengründer und -besitzer in finanziellen Belangen sowohl geschäftlich als auch privat betreut. Die grossen asiatischen (Privat-)Kunden, deren Vermögen vielfach in ihren Unternehmen stecken, sind denn auch auf Finanzdienstleistungen angewiesen, die nur Investmentbanker konzipieren können. Welches strategische Gewicht der asiatische Markt für die CS hat, unterstreicht ausserdem die Tatsache, dass sie beispielsweise ihre digitale Banking-Plattform für reiche Privatkunden in Singapur lancierte und erst danach in der Schweiz einführte. Mit dem Aufstieg von Asien-Chef Helman Sitohang in die Konzernleitung unterstreicht die CS zudem, welchen Stellenwert Asien nunmehr hat.

Natürlich umwirbt auch die UBS die superreiche Klientel Asiens und kann sich damit profilieren, die meisten Milliardärskunden in der Region zu haben. Doch im Gegensatz zur Credit Suisse positioniert sie sich als (die grösste) «Vermögensverwalterin» (der Welt) und nicht

Zahlen und Fakten

Thiams Aufholjagd

Beim Gewinn hat die UBS im Moment die Nase vorn. Das war nicht immer so.

Bei der UBS-Fusion von 1998 war den damaligen Managern der Credit Suisse sogleich klar, dass ihre Bank von nun an die Nummer zwei im Schweizer Finanzwesen bleiben würde. Denn die schiefe Grösse der neuen UBS liess sich kaum mehr übertreffen. Seither sind die Machtverhältnisse klar, wobei das nichts über den Geschäftserfolg dieser ewigen Rivalen aussagt. Zur Jahrtausendwende etwa war die Credit Suisse erfolgreicher als die UBS. Auch im Sog der Finanzkrise und des Beinahekollapses der UBS im Herbst 2008 stand die CS besser da.

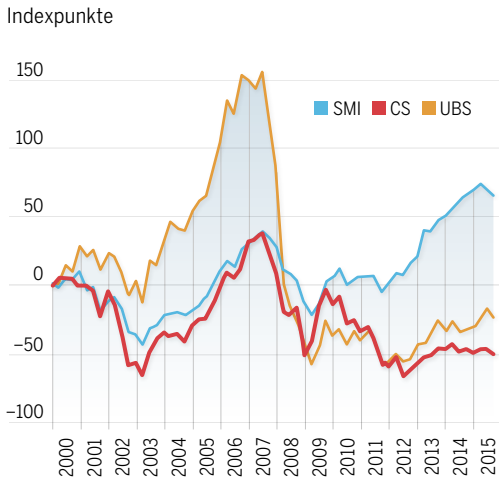
Trotzdem: Die CS mit ihren heute 46 600 Mitarbeitern bleibt die Nummer zwei. Erzielte sie 2014 einen Gewinn von 1,9 Milliarden Franken (belastet durch die Busse im US-Steuerstreit), so waren es 3,5 Milliarden Franken bei der UBS, die rund 60 000 Personen beschäftigt. Weniger eklatant ist der Unterschied bei der Bilanzsumme (CS: 879 Milliarden Franken; UBS: 950 Milliarden Franken, per Mitte 2015), was vor allem damit zu tun hat, dass die UBS in den vergangenen Jahren mehr Risiken aus der Bilanz genommen hat.

Qualifikation für die Champions League

Die risikogewichteten Aktiva betragen Ende Juni 2015 rund 210 Milliarden Franken bei der UBS, während es 277 Milliarden Franken bei der CS waren. Anders gesagt: Die UBS ist sicherer geworden. Ihr Eigenkapital belief sich Mitte 2015 auf gut 50 Milliarden Franken, während es bei der CS 43 Milliarden Franken waren. Daraus errechnet sich eine Kernkapitalquote von 14,4 Prozent für die UBS und 10,3 Prozent für die CS. Nach wie vor ringt die Nummer zwei mit dem Problem einer dünneren Eigenmittelunterlegung im Vergleich zur Nummer eins. Das zeigt sich anhand der Verschuldungsgrenze (Leverage-Ratio).

Die Solidität der UBS kommt auch an der Börse zum Ausdruck. Die grösste Bank der Schweiz weist eine Marktkapitalisierung von derzeit mehr als 80 Milliarden Franken auf, während es die CS auf rund 45 Milliarden Franken bringt. Für Tidjane Thiam liegt die grosse Herausforderung darin, den Abstand zur UBS zu verringern, damit die CS in der Champions League der Hochfinanz wieder mitspielen kann. (cb)

Gesamtrendite der beiden Grossbanken im Vergleich zum Swiss Market Index (SMI)



QUELLE: BLOOMBERG

Ermotti-Effekt: der Weg der UBS aus der Krise.

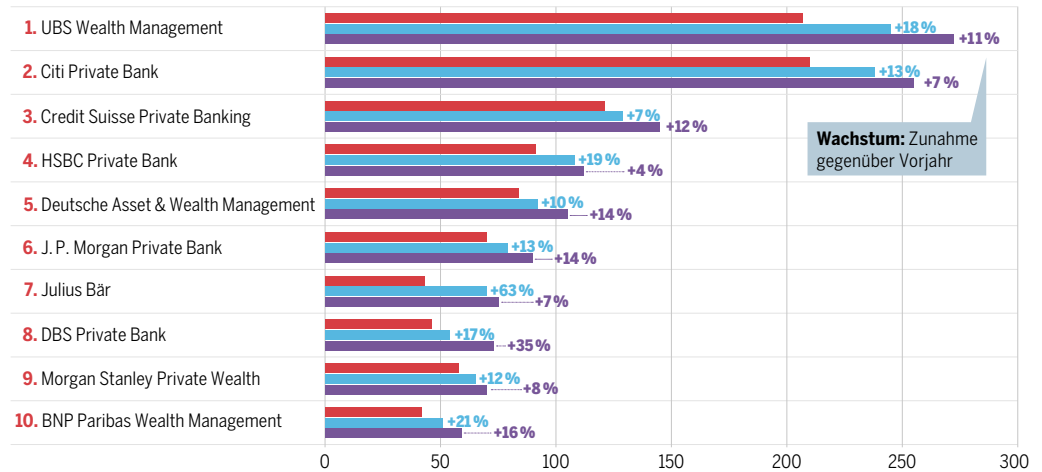
als «Unternehmerbank». Zudem baut sie ihre Präsenz vor allem in Gross-China aus, wie das Einzugsgebiet Chinas, Hongkongs und Taiwans heisst, wo die CS weniger präsent ist.

Dass sich die beiden Grossbanken zunehmend voneinander unterscheiden, zeigt sich ebenso in den USA, einem Markt, der zwar wichtig ist, aber auch immer wieder Anlass zu Neuausrichtungen gibt: So kursiert regelmässig das Gerücht, die UBS werde ihr US-Vermögensverwaltungsgeschäft abtosseln, weil es zu teuer sei, doch nun ist es die CS, die sich aus diesem Bereich verabschiedet hat, weil er offenbar nicht die kritische Grösse aufwies. Im US-Investmentbanking tummeln sich beide Institute, wobei die CS in den klassischen Domänen (M&A, Börsengänge) eher stärker unterwegs ist als ihre Erzrivalin.

Wie man sich das Auseinanderdriften vorstellen muss, offenbart auch ein Blick auf die Schweiz, einen Markt, der an sich schon recht gesättigt ist. So hat die UBS auf dem Gebiet Fintech

Die grössten Vermögensverwalter in Asien

Gemessen an den Kundengeldern, in Milliarden US-Dollar



QUELLE: GESCHÄFTSBERICHTE

«Markt der Zukunft.»

eindeutig die Nase vorn, während die CS dieses Feld bislang stiefmütterlich behandelt hat. Auch die Absicht, die Beratung der Kunden in Rechnung zu stellen und nicht wie bisher Gebühren für die Transaktionen zu erheben, ist bei der UBS weiter gediehen als bei der CS. Und mit Lukas Gähwiler besitzt die grösste Bank der Schweiz bereits eine Identifikationsfigur, während eine solche der CS in den vergangenen Jahren abging.

Vielmehr musste die Schweizer Einheit der CS in den vergangenen zwei Jahren einen enormen personellen Aderlass verkraften und verfügte aufgrund der Doppelfunktion von Hans-Ulrich Meister – als Schweiz-Chef sowie Co-Chef der Vermögensverwaltung – über ein wenig ausgeprägtes Standing. Zudem verharren die Erträge klar unter den Erwartungen – alles Gründe dafür, dass Meister überraschenderweise nicht mehr in der Konzernleitung sitzt. Ob der neue Schweiz-Chef Thomas Gottstein die Wahrnehmung kehren und auf die Erfolgsstrasse finden kann, muss sich noch weisen.

Gänzlich Neuland betritt die CS im Vergleich zur UBS mit der Absicht, einen Teil der Schweizer Bank bis spätestens 2017 an die Börse zu bringen. Mit diesem Schritt will sich die Bank den nötigen Entfaltungsfreiraum und die erforderlichen Akquisitionsmittel verschaffen, um eine Übernahme zu stemmen. Insofern lässt sich dies durchaus als Kampfansage an die UBS werten, im Heimmarkt wieder eine wichtigere Rolle spielen und den Abstand zum Branchenprimus' reduzieren zu wollen.

Ein Blick zurück offenbart, dass sich die Schweizer Grossbanken in ihrer Führungsrolle alle fünf Jahre etwa ablösen. An den Finanzmärkten spricht man von der «Great Rotation», wenn eine fundamentale Umlagerung erfolgt. Dieser Prozess scheint nun bei beiden Grossbanken eingesetzt zu haben – die Credit Suisse hat sicherlich weniger zu verlieren als die UBS. Aber den Beweis dafür ist CS-Chef Thiam der Öffentlichkeit, namentlich den Aktionären, noch schuldig. ○

Mehr Rendite für Ihre Säule 3a
www.wertschriftensparen.ch



**Wettbewerb
Gewinnen Sie
CHF 6768.-!**
 Wir verlosen einen Säule-3a-
 Jahresbeitrag von CHF 6768.-.
Machen Sie mit! Jetzt auf
www.wertschriftensparen.ch
 anmelden und
 gewinnen.

CIC BANQUE CIC | SUISSE

Die Bank der Privat- und Geschäftskunden

Auf dem Sprung nach Deutschland

Von Florian Schwab — Vor einem Jahr haben die Fintech-Pioniere Oliver Herren und Felix Niederer ihre Online-Vermögensverwaltung aufgeschaltet. Wie ist es ihnen im Markt ergangen?



Depot-Eröffnung per Mausclick? Unternehmer Niederer (l.), Herren.

«Fintech» ist in aller Munde. Konferenzen, gute Geschäftsideen und noch bessere Absichten spriessen wie Pilze aus dem Boden. Die Finanzmarktaufsicht (Finma) und die Schweizerische Bankiervereinigung stimmen in den Ruf ein: Digital soll er werden, der Finanzplatz; *finance* und *technology* sollen zu Fintech fusioniert werden.

Vor drei Jahren, als das Wort Fintech noch niemand kannte, beschlossen zwei junge Unternehmer, Ernst zu machen: Oliver Herren (36), der zuvor erfolgreich den Online-Shop Digitec aufgebaut hatte, und Felix Niederer (42), ein ETH-Physiker mit langjähriger Erfahrung in der Bankenwelt. Gemeinsam gründeten sie das Start-up True Wealth. Herren war beim Verkauf von Digitec an die Migros zu Vermögen gekommen. Er sprach bei etlichen Banken vor, um sich bei der Anlage beraten zu lassen.

Doch der Jungunternehmer erlebte eine Überraschung: Die Schweizer Vermögensverwaltung ist in den neunziger Jahren stehen geblieben. Keine Bank konnte ihm bieten, was er wollte: eine breit diversifizierte Online-Vermögensanlage ohne Schnickschnack und ohne offene oder versteckte Erwartungen an den Kunden, sich an teuren Repräsentationskosten des Bankhauses zu beteiligen.

Also beschloss Herren kurzerhand, eine solche Online-Vermögensverwaltung zu gründen. Das Finanzmarkt-Know-how brachte

sein Geschäftspartner Felix Niederer ein. Die Geschäftsidee basiert auf einfachen Annahmen: Es ist fast oder ganz unmöglich, mit taktischen Anlageentscheidungen langfristig eine höhere Rendite als den Markt-Durchschnitt zu erzielen, wie dies auch die Theorie der effizienten Märkte besagt. Und: Die erwartete Rendite eines Anlageportfolios hängt vom Risiko ab, das ein Anleger zu tragen bereit ist.

Wer sein Vermögen mit True Wealth investiert, muss zuerst Fragen zum Risiko beantworten, das er einzugehen willens und in der Lage ist. True Wealth generiert dann automatisch ein darauf abgestimmtes Portfolio aus Anlageklassen wie Aktien, Obligationen, Immobilien und Rohstoffen. Der Anleger kann danach die Anteile der verschiedenen Klassen und Unterklassen von Hand ändern, sofern er dies möchte. Anschliessend überweist er den zu investierenden Betrag auf ein persönliches Konto bei der Depot-Bank von True Wealth, wo dieser automatisch gemäss den Vorgaben angelegt wird.

Kurzum: Herren und Niederer erheben den Anspruch, aus finanzwirtschaftlicher Sicht optimale Anlage-Portfolios zusammenzustellen. Die dafür notwendige Mathematik spielt sich unter einer intuitiven Benutzeroberfläche ab. Bereits mit einem Betrag von unter 10 000 Franken ist man dabei. Vergleichbare Vermö-

gensverwaltung ist bei Privatbanken erst ab mehreren hunderttausend Franken denkbar. Mit einer All-inclusive-Verwaltungsgebühr von 0,5 Prozent des Anlagevolumens ist True Wealth zudem im Vergleich mit herkömmlichen Anbietern überaus konkurrenzfähig.

Fünfhundert Kunden

Vor einem Jahr wagte der Vermögensverwalter den Markteintritt (*Weltwoche* Nr. 43/14, «Jagd-freunde»). Wie ist das Angebot auf dem Markt angekommen? Wir treffen Felix Niederer und Oliver Herren in Zürich. Sie sprühen vor Zuversicht und Tatendrang. Kürzlich hat die Firma einen vierten Mitarbeiter eingestellt, der für die Kundengewinnung zuständig ist. Auf Werbung hat True Wealth bislang verzichtet. Trotzdem habe das Unternehmen bereits gegen 500 Kunden, erzählen die Jungunternehmer. Insgesamt summieren sich die verwalteten Vermögen auf über zwanzig Millionen Franken. Die Gründer hoffen darauf, dass bisherige Investoren nach einer «Testphase» ihr Anlagevolumen weiter erhöhen. Fürs Erste ist Oliver Herren zufrieden: «Wir sind innerhalb des Business-Plans.» Die Gewinnschwelle werde die Online-Vermögensverwaltung bei rund 200 Millionen Franken erreichen. Ein weiter Weg, doch die Gründer sind überzeugt, dass es in der Schweiz zu schaffen ist.

Ihre Ambitionen allerdings gehen über die Landesgrenzen hinaus. Sie wollen ins europäische Ausland expandieren, sobald die Finanzierung gesichert ist. Zwei bis drei Millionen Franken würde dieser Schritt ins nördliche Nachbarland kosten. Obwohl alle von Fintech sprechen, sei es «nicht einfach, Investoren zu finden», so Niederer. Von sich aus seien zwei True-Wealth-Kunden auf die beiden Unternehmer zugekommen und hätten je einen niedrigen sechsstelligen Betrag investiert. Weitere strategische Optionen für Niederer und Herren beinhalten die Zusammenarbeit mit Banken, denen sie ihre Plattform als sogenannte *white labelling*-Lösung anbieten könnten. Doch momentan versuchen es die Unternehmer allein.

Auch ein Entwurf für Sparpläne bei der dritten Säule, wo die Erträge steuerfrei sind, liegt in der Schublade. Abschreckend wirkt hier momentan die Regulierung. True Wealth, das derzeit als unabhängiger Vermögensverwalter einer Selbstregulierungsorganisation angeschlossen ist, müsste eine Anlagestiftung gründen oder sich einer bestehenden anschliessen. Beides wäre mit einem höheren Aufwand für die Umsetzung zusätzlicher Regulierungen verbunden. Überhaupt die Politik: Laut Niederer und Herren stehen behördliche Auflagen vielen Fintech-Anwendungen im Weg. Die Kunden seien es gewohnt, dass die Dinge im Internet schnell gingen. Doch als Vermögensverwalter muss man bis heute seine Kunden auf dem Postweg zweifelsfrei identifizieren können. Depot-Eröffnung per Mausclick? So weit ist man in der Schweiz noch nicht. ○

Frischer Glanz

Von Daniel Eckert — Gold erlebt das vierte schwierige Jahr in Folge. In Asien macht das Metall eine Imagekrise durch. Aber die Europäer horten es wie nie. Aus gutem Grund.

Lange Gesichter am Goldmarkt von Neu-Delhi. Hoffnungsvoll-bange Blicke wandern zum Bildnis von Lakschmi, der Göttin des Reichtums. So wenig Schmuck wurde hier lange nicht mehr verkauft. Hier im Zentrum des indischen Edelmetallhandels. Die hohen Importsteuern auf Gold sind zwar aufgehoben. Doch in diesem Jahr wollen die Käufer nicht so recht.

Indien mit seinen 1,2 Milliarden Menschen ist eine Supermacht des Gold-Investments. Alles in allem, so wird geschätzt, horten die Haushalte des Subkontinents 22 000 Tonnen des Edelmetalls. Jedes Jahr importieren die Juweliere rund 600 Tonnen, um die Nachfrage zu befriedigen. «Wenn Indien niest, bekommt der Goldmarkt einen Schnupfen», heisst es hier. Und Indien hat geniest. Die Schmuckhändler berichten vom schwächsten Geschäft seit langem. In den ersten sechs Monaten des Jahres haben sie nur 346 Tonnen abgesetzt, 2014 waren es noch 372 Tonnen.

Wetterextreme haben die ländliche Bevölkerung des Subkontinents in Atem gehalten, die für rund die Hälfte der indischen Goldnachfrage steht. Erst Regen zur Unzeit. Dann Trockenheit. In Europa ein Ärgernis. Im weithin agrarisch geprägten Indien schlägt das auf das Konsumverhalten durch.

Die Klimakapriolen in Indien sind ein Grund für die schwache Goldpreisentwicklung des Jahres 2015. Aber nicht der einzige. Quer durch Asien hat die Kauflaune nachgelassen. Die Schwellenländer machen schwere Zeiten durch. Die Landeswährungen leiden, das Wachstum sackt weg. Eigentlich müsste das zu einem Run auf das «ewige Geld» führen. Doch hat sich die Konjunktur so schnell so sehr verdüstert, dass viele Menschen in Thailand, Malaysia und Indonesien in eine Art finanzielle Schockstarre verfallen sind. Zumindest scheuen sie sich, in der jetzigen Situation viel Geld in einen Sachwert zu stecken, der sich zudem in heimischer Währung rapide verteuert hat. Überall im Fernen Osten Minuszeichen beim Goldabsatz.

So steuert der Goldpreis auf das vierte schwache Jahr in Folge zu. Die Krisen, welche die Welt in den vergangenen Jahren in Atem gehalten haben, ändern nichts daran, dass die Hochstimmung von September 2011, als die Feinunze (31,1 Gramm) für 1900 Dollar gehandelt wurde, in weiter Ferne liegt.

Während das Interesse an Gold in Indien und im übrigen Asien erlahmt, bietet sich in Europa ein anderes Bild. In Deutschland, Österreich und der Schweiz ist der Absatz von



Supermacht: Edelmetallhandel in Indien.

physischem Gold 2015 nach oben geschossen. Mag es das Pokerspiel um den Grexit gewesen sein oder das mulmige Gefühl, dass auf die frenetische Börsenhausse bald das böse Erwachen folgt. Die Händler in Berlin, Wien und Zürich berichten von einem Käuferansturm. Von April bis Juni zogen die Verkäufe in diesen drei Staaten, die für zwei Drittel des westeuropäischen Goldhandels stehen, um bis zu 28 Prozent an.

Die Prophezeiungen der Wall-Street-Häuser haben sich nicht bewahrheitet.

Dass ein solcher Run auf das Edelmetall den Unzenpreis nicht nach oben trieb, hat viele irritiert. Doch gegen die Marktmacht der Asiaten kommen die Mitteleuropäer kurzfristig nicht an. Ein weiterer Faktor hält den Goldpreis unten: In den letzten drei Jahren sind die realen Renditen in den USA still und leise von null nach oben gewandert. Wer langlaufende amerikanische Staatsanleihen kauft, bekommt jetzt zwei Prozent Zins über der derzeitigen Inflation. Die Ursachen sind eine relativ starke US-Wirtschaft, aber mehr noch, dass die Volksrepublik China aufgehört hat, den Markt für amerikanische Staatsanleihen leerzulegen.

Das nachlassende Interesse Pekings an Dollar-Papieren lässt in Amerika die Bondkurse fallen – und die Renditen steigen. Das macht das unverzinsten Gold unattraktiv, zumal dessen Kurs schon seit einiger Zeit keine erkennbare Richtung aufweist. So sind die Spekulanten ausgestiegen. Nach dem Edelmetall-Crash von 2013 hat der Mythos vom krisenfesten Gold gelitten. Doch die Prophezeiungen der Wall-Street-Häuser, der Preis werde auf unter tausend Dollar fallen, haben sich nicht bewahrheitet. Historisch gesehen aber hat sich das Edelmetall stets als Fels in der Brandung erwiesen, wenn eine Finanzkrise ausbrach. Und eine solche könnte bald wieder bevorstehen.

Verlagerte und kaschierte Risiken

Die Risiken, die das Finanzsystem 2008 ins Wanken brachten, sind nicht gebannt. Sie sind nur verlagert und kaschiert in den Bilanzen der grossen Geldhäuser, vor allem der Notenbanken. Dort sammeln sich die unterschiedlichen Schuldtitel wie auf einer Deponie für Sondermüll. Federal Reserve, Bank of Japan, Europäische Zentralbank (EZB), Schweizerische Nationalbank (SNB) und ihresgleichen sind die einzigen Institute, die noch in der Lage sind, die Risiken hochverschuldeter Staaten zu schultern. Allein die SNB hat Papiere für 577 Milliarden Franken auf ihre Bücher genommen und ihre Bilanzsumme damit in zehn Jahren verfünffacht. Die Fed hat ihr Engagement auf fast das Sechsfache des Vorkrisenniveaus erhöht, die EZB bisher auf ungefähr das Dreifache.

Eine Ausweitung der Notenbankbilanz bedeutet eine Aufblähung der Geldmenge. Ob diese «quantitative Lockerung» die Wirtschaft nachhaltig anschiebt, weiss niemand. Eine Zeitlang, darüber gibt es kaum Zweifel, haben die Wertpapierkäufe durch die Zentralbanken die globalen Finanzmärkte stabilisiert, die nach dem Lehman-Schock von 2008 ihr Nahtoderlebnis hatten. Allerdings haben schon die leicht anziehenden US-Zinsen, die Andeutung weniger üppiger Fed-Liquidität, ein schweres Beben an den Kapitalmärkten der Emerging Markets ausgelöst. Gefährdet sind nicht nur Staaten, die von ausländischem Geld abhängig sind, sondern all jene Firmen, die in der Niedrigzinsära Dollar-kredite aufgenommen haben. Die Gefahr ist gross, dass die riesigen Volumina an Fremdkapital in der Welt bald nicht mehr wachstumssteigernd wirken, sondern sich ins Gegenteil verkehren, und das auf brutale Weise.

Was würde Lakschmi dazu sagen? Die reich Gewandete mit dem milden Lächeln ist nicht nur die Göttin des Wohlstands, sondern auch die Göttin der Harmonie. Von Ausgleich und Harmonie ist das globale Finanzsystem meilenweit entfernt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wieder die Stunde der ewigen Währung schlägt. In Indien und anderswo.

Daniel Eckert ist Finanzjournalist bei der Welt in Berlin.

GOLD, DIE STÄRKSTE WÄHRUNG SEIT 2001. VOR CHRISTUS.

Goldunzen. Silberunzen. Seit Jahrtausenden sind Sie das grundsolide Investment für Menschen mit einem langen Anlagehorizont. In unseren Ladengeschäften in Zürich und jetzt auch in Genf beraten wir Sie ganz persönlich. Hier haben wir unsere bekannten Degussa Barren, Anlagemünzen wie den Goldhans und emotionale Goldgeschenke für Sie vorrätig. Gerne können Sie Ihre Wertanlagen auch in Ihrem Schrankfach bei uns lagern. Informationen und Online-Shop unter:

DEGUSSA-GOLDHANDEL.CH

Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: +41 (0)44 403 41 10

Quai du Mont Blanc 5 · 1201 Genf
Telefon: +41 (0)22 908 14 00



Hol es vom Nachbarn

Von Gunther Schnabl — Ein tiefer Wechselkurs fördert die Exportfähigkeit der einheimischen Wirtschaft. Das sagen sich auch die Zentralbanken. Mal allein, mal gemeinsam spielen sie die Karte der Abwertung. Folge: ein versteckter Währungskrieg, dessen Auswirkungen man in Japan sehen kann.



Ende des Wirtschaftswunders: japanische Geschäftsleute kurz vor der Krise, 1989.

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam der Goldstandard einem System fester Wechselkurse gleich. War für zwei Währungen ein festes Austauschverhältnis zum Gold festgelegt, ergab sich daraus ein fester Wechselkurs zueinander. Dieses System war lange in Verbindung mit freiem Handel und Kapitalverkehr die Grundlage für bedeutende Wohlstandsgewinne. Der Niedergang des Goldstandards setzte mit der Kriegsfinanzierung des Ersten Weltkriegs und endgültig mit der Weltwirtschaftskrise ein.

Grossbritannien verkündete im September 1931 das Ende der Goldkonvertibilität des Pfundes, das um 25 Prozent abgewertet wurde. Die USA lösten 1933 die Goldbindung auf und werteten den Dollar um 60 Prozent ab. Diese sogenannten Hol-es-vom-Nachbarn-Politiken (*beggar thy neighbour policy*) schufen Wachstum, weil die abwertenden Länder über mehr Exporte Arbeitsplätze importierten. Der Erfolg war aber nur kurzfristig, weil alle Länder ähnliche Strategien verfolgten. Der sich beschleunigende Abwertungswettlauf mündete in zunehmende wirtschaftliche und politische Instabilität. Er fand 1945 seinen tragischen Schlusspunkt.

Die einschneidenden Erfahrungen des Abwertungswettlaufes führten dazu, dass die Weltfinanz- und Handelsordnung der Nachkriegszeit wieder auf feste Wechselkurse aufgebaut wurde. Das sogenannte Bretton-Woods-System fusste auf dem US-Dollar

Seit der Ära Greenspan spielte die Stabilisierung der Finanzmärkte eine zentrale Rolle.

als internationale Leitwährung. Für diesen wurde ein Kurs von 35 Dollar pro Feinunze Gold festgelegt, um dem System Glaubwürdigkeit zu geben. Die Notenbanken aller anderen wichtigen Länder der westlichen Welt banden ihre Währungen an den Dollar. Der Internationale Währungsfonds (IWF) überwachte sie. Veränderungen der Festkurse waren nur mit seiner Zustimmung erlaubt. Sie blieben selten.

Der Zusammenbruch des Systems wurde durch den Vietnamkrieg eingeleitet, den die USA über die Geldpresse finanzierten. Die Partnerländer im Bretton-Woods-System waren gezwungen, über die Wechselkursbin-

dungen die inflationären Dollars aufzukaufen. Die USA nannten dies eine Verteilung der (Kriegs-)Lasten (*burden sharing*). Die Partnerländer beklagten eine importierte Inflation. Als Präsident Nixon im August 1971 die Verpflichtung der USA zur Goldkonvertibilität des Dollar kündigte, war die Vertrauensgrundlage zerstört. Ab März 1973 gingen – beginnend mit der Schweiz – alle Länder zu freien Wechselkursen über. Die Inflation stieg weltweit signifikant an. Das Wachstum ging deutlich zurück.

Die Wechselkurse zwischen den grossen Währungen (US-Dollar, japanischer Yen, Deutsche Mark) schwankten fortan, wodurch der Nährboden für einen neuen Abwertungswettlauf geschaffen wurde. Dieser konzentrierte sich zunächst auf die USA und Ostasien, wo insbesondere Japan einen auf die USA ausgerichteten, exportorientierten Aufholprozess verfolgte.

Als US-Zentralbankpräsident Volcker Ende der 1970er Jahre die Leitzinsen auf knapp zwanzig Prozent erhöhte, brach er damit nicht nur der Inflation der 1970er Jahre das Rückgrat. Die Zinserhöhungen zogen auch starke Kapitalflüsse aus Japan an, die den Dollar gegenüber dem Yen stark aufwerten liessen. Es entstand ein amerikanisches Leistungsbilanzdefizit und ein hoher japanischer Leistungsbilanzüberschuss, der in den USA als Ergebnis einer unfairen japanischen Handelspolitik gesehen wurde.

Der Konflikt gipfelte im Plaza-Abkommen von 1985: Auf Druck der USA verpflichtete sich Japan, den Yen gegenüber dem Dollar aufwerten zu lassen, um so das Handelsungleichgewicht zu beseitigen. Innerhalb von zwei Jahren wertete der Yen gegenüber dem Dollar um rund fünfzig Prozent auf. Das exportabhängige Japan stürzte in eine tiefe Krise. Um die Aufwertung abzdämpfen, senkte die Bank von Japan schliesslich den Leitzins. Die starken Zinssenkungen unterstützten nicht nur die Erholung der japanischen Wirtschaft. Sie bildeten auch den Nährboden für eine bis dahin beispiellose Spekulationswelle auf den Aktien- und Immobilienmärkten.

Das Platzen der japanischen Blase im Dezember 1989 markiert nicht nur das Ende des japanischen Wirtschaftswunders, sondern auch den ersten grossen Kollateralschaden im Währungskrieg. Da das Handelsungleichgewicht trotz Aufwertung fortbestand, rangen

die USA Japan noch bis Mitte der 1990er Jahre Selbstbeschränkungen ihrer Autoexporte ab, indem sie die Zinsen senkten und eine Abwertung des Dollar (beziehungsweise eine Aufwertung des Yen) herbeiredeten. Als mit der japanischen Finanzmarktkrise (1998) Japan wirtschaftlich völlig am Boden lag, kam der Währungskonflikt auf China zu.

Das Reich der Mitte hatte im Jahr 1994 seinen Wechselkurs fest an den Dollar gebunden. Als die USA in Reaktion auf das Platzen der Dotcom-Blase die Zinsen stark senkten und den chinesischen Yuan damit unter Aufwertungsdruck brachten, hielt China an der Dollarbindung fest. Dies interpretierten viele als währungspolitische Aggression. Erstmals wurde – wie später auch im Falle der Schweiz – ein Festkurs als merkantilistische Handelspolitik bezeichnet. Die USA drängten China, den Yuan aufzuwerten, um auf diese Weise das chinesisch-amerikanische Handelsungleichgewicht zu beseitigen. Als ab 2005 China einen kontrollierten Aufwertungspfad des Yuan gegenüber dem Dollar zuließ, floss viel spekulatives Kapital, das insbesondere zu Übertreibungen auf den Immobilien- und Aktienmärkten beitrug.

In Europa war die Abhängigkeit vom Dollarkurs zunächst geringer. Die Deutsche Mark war zur regionalen Leitwährung herangewachsen. Die Deutsche Bundesbank verfolgte eine Politik der geringen Inflation ohne Blick auf den Wechselkurs. Die deutsche Exportindustrie lebte mit der starken Mark, indem sie spezialisierte Produkte mit hoher Qualität entwickelte. Sie war deshalb robust genug, die Abwertungsstrategien anderer (zum Beispiel südeuropäischer) Länder zu verkraften. Das europäische Währungssystem (1979–1998) und der Euro (ab 1999) sorgten dafür, dass für einen wachsenden Anteil des europäischen Aussenhandels Wechselkursstabilität gegeben war.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) war zunächst nach dem Muster der Bundesbank gestrickt. Die Kehrtwende zu einer Geldpolitik, in der sich die früheren

Abwertungsstrategien vieler südeuropäischer Staaten wiederfinden, erfolgte mit der europäischen Finanz- und Schuldenkrise (seit 2008). Rasch sank auch der europäische Leitzins gegen null. Da seit 2013 Japans Ministerpräsident Abe eine klare Abwertungs politik verfolgt, scheint auch eine Mehrheit im Rat der EZB die Abwertung des Euro als Krisentherapie zu befürworten. Im August 2015 gab es erste Anzeichen dafür, dass auch China in den Abwertungswettlauf einschwenken könnte.

Der Rückblick auf die Währungspolitiken der grossen Länder lässt drei Schlussfolgerungen zu:

1— Der US-Geldpolitik kommt aufgrund der Stellung des Dollar als Weltleitwährung eine Schlüsselrolle im Weltwährungssystem zu. Wenn die Federal Reserve die Zinsen senkt, dann fliesst aus den grossen US-Finanzmärkten Kapital in andere Länder. Die Währungen an der Peripherie des Weltwährungssystems kommen in einen Aufwertungs zwang. Dort

Die Schäden dieses versteckten Währungskriegs sind bereits immens.

wächst der Druck, die Zinsen zu senken, um konjunkturelle Einbrüche zu vermeiden. Seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre haben deshalb die kompetitiven Abwertungen vor allem in Form von kompetitiven Zinssenkungen stattgefunden. Die Wechselkurse zwischen den grossen Währungen (US-Dollar, japanischer Yen, Deutsche Mark, Euro) sind deshalb trotz grosser Schwankungen seit dieser Zeit im Niveau weitgehend unverändert geblieben.

2— Da die USA seit Mitte der 1980er Jahre die Leitzinsen in Krisen stärker gesenkt haben, als diese in der folgenden wirtschaftlichen Erholung erhöht wurden, sind in allen grossen Währungsgebieten die Zinsen gegen null ge-

sunken. Seit der Ära Greenspan spielte die Stabilisierung der Finanzmärkte eine zentrale Rolle für diesen Prozess. Abwertungen sind ein willkommener Nebeneffekt. Seitdem die Nullzinsgrenze erreicht ist, wird der Abwertungswettlauf in Form von kompetitiven Auswertungen der Zentralbankbilanzen fortgeführt.

3— Die Schäden dieses versteckten Währungskriegs sind bereits immens. Zinssenkungen in Reaktion auf Aufwertungsdruck haben in vielen Ländern spekulative Übertreibungen ausgelöst, die mit einschneidenden Krisen geendet haben. Der geplante Ausstieg der USA aus der Nullzinspolitik kündigt das erneute Platzen von Blasen in zahlreichen aufstrebenden Volkswirtschaften (z.B. China) an. Die Angst vor neuen Krisen hat die Wahrscheinlichkeit eines entschlossenen Ausstiegs der USA aus der Nullzinspolitik deutlich reduziert.

Doch auch wenn die Nullzinspolitiken in allen grossen Industrieländern fortbestehen, wird dies nicht ohne Kostenfolgen sein. Japan zeigt, dass langanhaltende Nullzinsphasen neue spekulative Übertreibungen begünstigen, Kapital in eigentlich unproduktive Sektoren lenken und damit strukturelle Verzerrungen zementieren. Investitionen und Wachstum werden gebremst. Weniger Wachstum verleitet die Regierungen wie schon in den 1930er Jahren zu wirtschaftspolitischen Interventionismus. Es ist deshalb zu erwarten, dass sich sowohl die Abwertungswettläufe als auch die wirtschaftliche Instabilität fortsetzen werden. Am Ende dieses versteckten Währungskriegs könnte nach einer schmerzhaften Krise ein neues Weltwährungssystem mit festen Wechselkursen stehen.

Gunther Schnabl ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Leipzig. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die monetäre Aussenwirtschaft, insbesondere die Währungspolitik.



Business Transaction AG | Lindenstrasse 22 | 8008 Zürich
Tel 044 542 82 82 | www.businesstransaction.ch

Firma	Region	Umsatz	Verkaufspreis
Baudienstleister mit grossem Partnernetzwerk	Nordwestschweiz	CHF 2'300'000	CHF 1'300'000
Hochrentabler Nischenanbieter an bester Lage	auf Anfrage	CHF 405'000	CHF 350'000
Raumakustikfirma mit beeindruckender Rendite	Zürich	CHF 925'000	CHF 600'000
Privater Spitexbetrieb mit hoher Ertragskraft	auf Anfrage	CHF 2'300'000	CHF 2'500'000
Beratungsunternehmen im Bereich Out-/Newplacement	Mittelland	CHF 230'000	CHF 195'000
Spezialist für innovative Dachkonstruktionen	Nordwestschweiz	CHF 1'200'000	CHF 450'000
Einzigartige Restaurantkette in der Stadt Zürich	Zürich	CHF 8'800'000	auf Anfrage
Hersteller von hochpräzisen Messgeräten	Ostschweiz	CHF 400'000	CHF 250'000
Neuartiges Schuhkonzept mit 14 topmodernen Filialen	Zürich	CHF 4'400'000	CHF 2'900'000

Ausführliche Firmenexposés auf Anfrage | info@businesstransaction.ch



Alle nannten ihn «Duke»: John Wayne in seinem Wohnwagen, 1969.



Herr und Hund

Von Beatrice Schlag

Es war vermutlich bereits Nachmittag, als dieses Bild gemacht wurde. Der schlafende Mann mit dem Cowboyhut auf dem Gesicht und dem nicht mehr ganz ranken Körper hatte sich schon friedlich dem Alkohol ergeben. Jeder Regisseur wusste, dass man den Weltstar nur morgens zur Arbeit aufbieten konnte, weil er schon zur Mittagszeit «brutal besoffen» war, wie ein Autor schrieb. Es schränkte seine Karriere nicht ein. Denn Marion Mitchell Morrison, dem Hollywood den Namen John Wayne gab, weil ein Cowboy nicht Marion heissen darf, konnte mit glaubwürdiger Ungebrochenheit spielen, was in den fünfziger und vor allem sechziger Jahren kaum einer seiner ähnlich berühmten Kollegen mehr fertigbrachte: den verwitterten Helden, der stumm in eine Stadt einreitet und sie von den bösen Schurken befreit. Erst küsst er noch kurz die alleinstehende Frau, die ihn anbetet, dann reitet er wortlos wieder von dannen. Weil ein Cowboy tut, was ein Cowboy tun muss. 142 Mal spielte John Wayne, von allen «Duke» genannt, mehr oder weniger dieselbe Hauptrolle. Je nach Drehbuch und Regisseur war der Film entweder hervorragend oder der Hauptdarsteller nur eine Knattercharge.

Das Grossartige an John Wayne war, dass er sich zwar auch privat knatternde Sätze für Interviews zurechtlegte wie: «Entschuldige dich nie, erkläre dich nie – es ist ein Zeichen von Schwäche.» Gleichzeitig erzählte er Journalisten freimütig, wie er, anfangs nur ein Gelegenheitsstatist, sich für seine erste grosse Filmrolle rüstete: «Ich wusste, ich war kein Schauspieler. Also musste ich an diesem Wayne-Ding arbeiten. Ich dachte mir die gedehnte Sprechweise aus, ein kleines Augenzwinkern und einen Gang, der sagte: «Ich such' keinen Ärger, aber, wenn nötig, zieh' ich dir ganz schnell eine Flasche über den Schädel.» Das alles, sagte er, habe er vor dem Spiegel geübt. Und seinen Kosenamen Duke habe er seit seiner Kindheit, weil sein Hund so hiess und sie immer zusammen unterwegs waren. Nichts an ihm sei auch nur halbwegs adlig.

John Dominis, der Fotograf dieses Bildes, gehörte über zwanzig Jahre lang zur Redaktion von *Life*, dem besten populären Fotomagazin jener Zeit. Wenn Stars besonders pressefeindlich waren, wie Steve McQueen oder Frank Sinatra, wurde er losgeschickt. Und kam mit Bildern von McQueen in der Sauna und Sinatra beim Rasieren zurück. Darüber, wie er 1969 auf dem Set von «The Undefeated» Zugang zu John Waynes Wohnwagen bekam, dem einzigen privaten Refugium eines Stars bei der Arbeit, sprach er nie.

Auch die Sklaven schauten zu

Unser Theater hat seine Wurzeln im alten Griechenland. Bis heute werden die 2500 Jahre alten Werke gespielt. Wie konnte sich eine so grossartige Bühnenkunst entwickeln? *Von Kurt Steinmann*

Sophokles, Aischylos oder Euripides – die grossen Dichter des griechischen Theaters stehen noch immer auf den Spielplänen der hiesigen Bühnen, neben Shakespeare, Schiller oder Dürrenmatt. Jenseits der unbestrittenen Meisterschaft vieler überlieferter Stücke erstaunen auch die Strukturen, die diese Qualität erst ermöglichten. Die sechs wichtigsten Elemente des antiken Dramas:

Freilichttheater – Anders als unsere Schauspielhäuser hat das griechische Theater kein Dach und keinen Vorhang, es ist ein Freilichttheater, offen und öffentlich. Spielfläche und Zuschauerraum (Theatron) liegen im gleichen hellen attischen Licht. Auch der imaginierte Schauplatz aller antiken Tragödien und der meisten Komödien ist ein Raum im Freien, nie ein abgeschlossener Ort oder das Innere eines Hauses. So konnte nie das Bewusstsein verlorengelassen werden, dass *gespielt* wurde: Niemand wurde in Trance versetzt, das Problem der Illusion war nicht gestellt. Griechisches Theater war – anders, als Brecht meinte – nie «aristotelisches Theater»; in jeder Hinsicht herrschte «Verfremdung» vor (Xenosis, ein Ausdruck der Rhetorik): Vers statt Prosa, Musik, Masken, der Chor durchbricht kommentierend die Handlungsfolge, Botenberichte, die Katharsis («Reinigung») befördert das Agieren der Vernunft.

Gesamtkunstwerk – Das griechische Theater war ein Gesamtkunstwerk – Sprachstück, Oper und Ballett zugleich. Musik und Tanz wurden von den Dichtern ebenso eingeplant (die Dichter studierten ihre Stücke in der Regel selber ein) wie das stumme Spiel der Darsteller. Die Chorlieder der Tragödie und der Komödie wie auch die Wechselgesänge der Schauspieler untereinander oder zwischen Schauspieler und Chor wurden gesungen und von Instrumentalspiel begleitet. Diese Musik ist, wie auch die ganze altgriechische Musik überhaupt, bis auf wenige Bruchstücke verloren und nicht wiederherstellbar. Auch die Bewegungen und Schrittfolgen des Chores, der ja die Chorlieder nicht nur gesungen, sondern auch getanzt hat, sind uns weitgehend unbekannt. Uns bleibt allein das gesprochene Wort. Aber der griechische Vers unterscheidet sich wesentlich vom deutschen. Das antike Drama heutzutage seinen ursprünglichen Bedingungen auch nur einigermaßen adäquat aufzuführen, ist folglich unmöglich.

Freiheit der Kunst – Tragödie und Komödie sind mit dem Kult des Gottes Dionysos verbunden und aus ihm erwachsen. Griechische Theateraufführungen fanden stets im Rahmen von Festspielen statt, die, im Unterschied zu denen unserer Tage, einen religiösen Charakter trugen. Das Theater war Gottesdienst für Dionysos, den Gott des Weines, der Ekstase und der Verwandlung: Zu Ehren des Gottes gaben die Choreuten (Mitglieder des Chores) und die Schauspieler ihr Selbst auf und spielten in Masken; sie mussten auf Mimik verzichten, Gebärde und Stimme waren ihre einzigen Ausdrucksmittel.

Das Theater in Athen war eine Angelegenheit des Staates, weil ihm die Pflege des Dionysos-Kultes oblag. Vorbereitung und Aufführung waren durch Staatsgesetze geregelt. Der Staat wünschte das Theater und förderte es, verzichtete aber auf zensurierende Eingriffe, obwohl die Alte Komödie (Aristophanes) das Leben der Polis und die Regierenden in einem Mass karikierte und kritisierte, das heutigen Behörden unerträglich erschien. Auf der Bühne regierte die Parrhesia, die uneingeschränkte Meinungs- und Redefreiheit. Das Theater übernahm also Aufgaben, die in modernen demokratischen Gesellschaften die Medien zu erfüllen haben. Staatliche Förderung der Kunst bei grösstmöglicher Freiheit der Kunst – in Athen war dieses Ideal zeitweilig verwirklicht. Voraussetzung dafür war und ist allerdings ein Urvertrauen zwischen Staat und Künstler, ein Konsens darüber, dass künstlerisches Schaffen bei völliger Wahrung der Autonomie der Kunst das Leben und Zusammenleben der Menschen fördern, nicht erschweren will. Autoritär oder gar totalitär regierten Staaten ist die nicht staatskonform agierende Kunst grundsätzlich verdächtig, aber auch bei uns muss ihre Freiheit immer wieder aufs Neue verteidigt werden.

Die Hinwendung der Tragödie zu den grundlegenden politischen, sozialen und geistigen Fragen des Polislebens in paradigmatischer Form wie auch das Eingreifen der Komödie in die Alltagspolitik trugen zur Entwicklung einer politischen Kultur bei, die den Bürger die Notwendigkeit einsehen liess, im ureigensten Interesse Anteil zu nehmen am Schicksal seiner staatlichen Gemeinschaft. Für die hohen Kosten der Einstudierung der aus Laien bestehenden Bürgerchöre kamen Privatleute auf, die Schauspieler bezahlte der Staat.

Mit der Loslösung der Drameninhalte von der Polis nach der Katastrophe des Peloponnesischen Krieges (431–404 v. Chr.) verlor das Theater die Funktion, die Polisbürger in Grundfragen des menschlichen Lebens zu unterweisen. Es sank immer mehr zum Amüsement ab. Mit der Einbusse an Ernst, Würde und Tiefe ging eine technische Vervollkommnung der Schaustellung einher: Wie bei uns sollten immer aufwendigere Inszenierungen, verblüffende Effekte und perfektere schauspielerische Leistungen die Unverbindlichkeit des Gebotenen wettmachen.

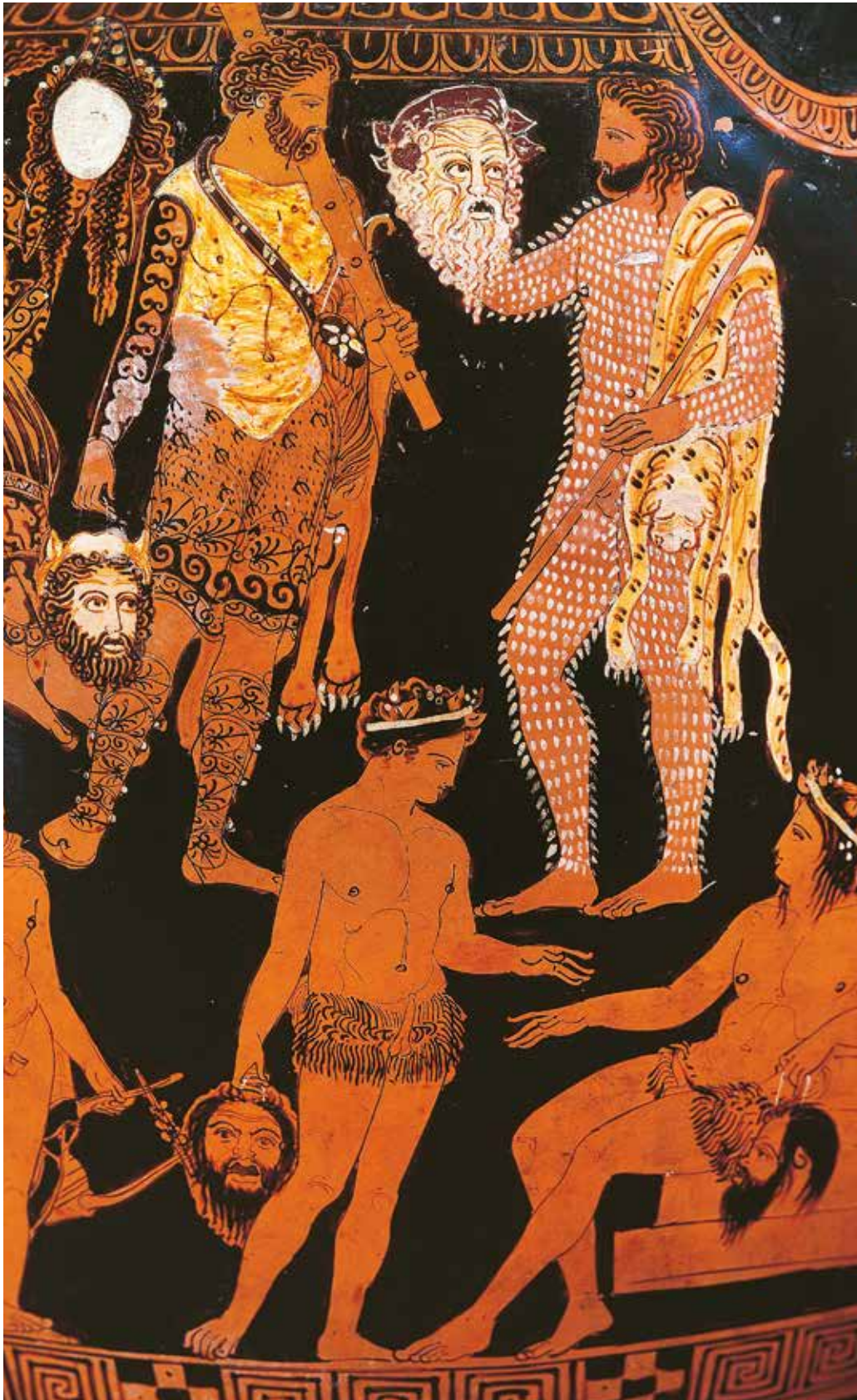
Massentheater – Das Dionysos-Theater, in dem nahezu alle im 5. Jahrhundert entstandenen Dramen ihre erste Aufführung erlebten, fasste 14 000 bis 17 000 Zuschauer, war also, im Gegensatz zu unserem Theater des Massenzeitalters, ein Massentheater. Knaben wie Frauen hatten Zutritt (aber alle Frauenrollen wurden von Männern gespielt), selbst Sklaven waren zugelassen, wenn sie als Begleitpersonal erschienen. Damit auch die Ärmsten die

Nicht mehr als Scherbensplitter bestimmen unser Bild vom griechischen Drama.

Aufführungen besuchen konnten, war ein Fonds errichtet worden, aus dem Tagegelder, das sogenannte Theorikon von zwei Obolen, ausgezahlt wurden. Das athenische Theater war Theater für die Polis durch die Polis über die Polis. «Man kann es sich gut erklären, dass die Athener auf ihr Theater versessen waren: Zwischen Zuschauenden und Mitwirkenden bestand keine Kluft wie heutzutage, sondern die Choreuten des einen Jahres sassen das nächste Mal auf den Rängen und umgekehrt. Viele Zuschauer wussten aus eigener Erfahrung, was es bedeutet, den Chorteil einer tragischen Tetralogie zu erarbeiten.» (Horst-Dieter Blume). Diese personellen Identifikationsmöglichkeiten machen noch heute das Laientheater – und das athenische Theater war zunächst ein Laientheater – so attraktiv (die Professionalisierung der Schauspieler begann um die Mitte des 5. Jahrhunderts).

Enorme Produktion von Stücken – Die Spielzeit der Tragödie in Athen war vor allem das in der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts neu organisierte und durch die Einführung der Dithyramben-Chöre (strophisch gegliederte Heroenballaden) ausgeschmückte Fest der städtischen oder Grossen Dionysien. Es galt dem Dionysos Eleuthereus, der sein Heiligtum am Südostabhang der Akropolis hatte. Dort befand sich das Dionysos-Theater.

Zwei Tage vor dem fünftägigen Theaterfest im März und April fand im Theater der sogenannte Proagon statt. Er diente – was auch das



Das Theater war Gottesdienst für Dionysos, den Gott des Weines.

heutige Theater in Form von Einführungen, Matineen et cetera seinem Publikum als gefragte Dienstleistung wieder vermehrt anbietet – der Kontaktnahme und der Information über die folgenden Theaterereignisse. Jetzt erfuhren die Bürger offiziell, dass zum Beispiel eine «Antigone» oder ein «Ödipus» gegeben wurde, sofern sich dies nicht ohnehin schon herumgesprochen hatte. Einzelheiten entziehen sich

unserer Kenntnis. Gaben die Dichter ein Resümee ihrer Dramen, oder nannten sie nur die Titel ihrer Stücke? Aus dieser Einführung und Einstimmung durch die Zeremonie des Proagons erklärt sich, zumindest teilweise, dass das Publikum der Darstellung der Mythen überhaupt zu folgen vermochte. Es besass zwar überwiegend keinen hohen Bildungsstand, aber doch einen durch langjähriges Zuschauen

und Vergleichenkönnen entwickelten Geschmack und ein kritisches Urteilsvermögen.

Die Zahl der aktiv Mitwirkenden bei den Aufführungen der Dithyramben-Chöre, Tragödien und Komödien überstieg 1500. Am zweiten Festtag wurden fünf Komödien, am dritten bis fünften von je einem Dichter je drei Tragödien und ein Satyrspiel gezeigt. Also wurden dem Publikum in vier Tagen siebzehn Stücke mit einer Aufführungszeit von gut dreissig Stunden geboten und zugemutet, nachdem es schon zuvor fünf Stunden den Vorträgen der Dithyramben zugehört hatte. Abgeschlossen wurden die Dionysien mit der Verkündigung der Sieger im tragischen Agon (Wettkampf). An einem weiteren Dionysos-Fest im Januar /Februar wurden fünf Komödien und von zwei Tragikern je zwei Tragödien inszeniert. Die Gesamtzahl der jährlich in Athen aufgeführten Stücke belief sich demnach auf 26, doch die tatsächliche Produktion muss höher gewesen sein, sonst hätte sich ein Auswahlverfahren erübrigt. Im 5. Jahrhundert sind in Athen etwa 1000 Tragödien und rund 500 Komödien entstanden. Auf uns gekommen sind aus dieser Zeit, von Fragmenten abgesehen, nicht mehr als 33 Stücke, ohne Ausnahme von den drei grossen Tragikern Sophokles, Aischylos und Euripides, sowie elf Komödien des Aristophanes. Nicht mehr als Splitter von Scherben bestimmen unser Bild vom griechischen Drama, zumal wenn man bedenkt, dass von den überlieferten Werken nur ein Teil auf unseren Bühnen Gastrecht geniesst.

Agon – Griechisches Theater lief in der Form eines Agons ab. Theaterstücke wurden bewertet, dem Urteil einer zehnköpfigen Laienjury unterstellt (heutiges Ranking erfolgt unter anderem durch Entsendung ans Berliner Theatertreffen). Wie wurde die Stückauswahl getroffen? Der für das Fest verantwortliche Beamte wählte unter den sich für die Dionysien des folgenden Jahres bewerbenden Dichtern drei Tragiker und fünf Komödiendichter aus, deren Stücke für die Aufführung zugelassen wurden. Auswahlkriterium dieses Nichtfachmanns war in erster Linie die Bewährung eines Autors in früheren Agonen. Für einen Neuling war der erste Auftritt entscheidend. Fiel er beim kritischen Publikum, dessen Reaktion das Juryurteil wesentlich beeinflusste, durch, so erhielt er kaum ein zweites Mal eine Chance.

Kurt Steinmann ist Altphilologe und Übersetzer. 1999 erschien von ihm im Diogenes-Verlag «Das Leben des Diogenes von Sinope». 2007 veröffentlichte er im Manesse-Verlag seine vielgerühmte Neuübersetzung von Homers «Odyssee». Seine Dramenübersetzungen («König Ödipus», «Antigone») sind als Reclam-Taschenbücher erhältlich.

Horst-Dieter Blume: Einführung in das antike Theaterwesen. Darmstadt, 1978

Top 10

Knorr's Liste

1	Sicario	★★★★★
	Regie: Denis Villeneuve	
2	Black Mass	★★★★☆
	Regie: Scott Cooper	
3	Crimson Peak	★★★★☆
	Regie: Guillermo del Toro	
4	Amateur Teens	★★★★☆
	Regie: Niklaus Hilber	
5	Schellen-Ursli	★★★★☆
	Regie: Xavier Koller	
6	Inside Out	★★★★☆
	Regie: Pete Docter, Ronnie Del Carmen	
7	The Martian	★★★☆☆
	Regie: Ridley Scott	
8	45 Years	★★★☆☆
	Regie: Andrew Haigh	
9	Maze Runner: The Scorch Trials	★★★☆☆
	Regie: Wes Ball	
10	Everest	★★★☆☆
	Regie: Baltasar Kormákur	

Kinozuschauer

1 (1)	Schellen-Ursli	31 136
	Regie: Xavier Koller	
2 (2)	The Martian	17 041
	Regie: Ridley Scott	
3 (-)	The Last Witch Hunter	12 681
	Regie: Breck Eisner	
4 (-)	Paranormal Activity: The Ghost ...	9 165
	Regie: Gregory Plotkin	
5 (3)	Inside Out (3-D)	8 071
	Regie: Pete Docter, Ronnie Del Carmen	
6 (4)	Hotel Transylvania 2 (3-D)	7 556
	Regie: Genndy Tartakovsky	
7 (5)	Fack ju Göhte 2	6 287
	Regie: Bora Dagtekin	
8 (6)	Black Mass	4 409
	Regie: Scott Cooper	
9 (7)	The Intern	3 949
	Regie: Nancy Meyers	
10 (9)	Sicario	3 731
	Regie: Denis Villeneuve	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	San Andreas (Warner)
2 (-)	Outlander – Staffel 1 (Sony)
3 (1)	Avengers – Age of Ultron (Disney)
4 (-)	Last Knights (Impuls)
5 (3)	A World Beyond (Disney)
6 (4)	Honig im Kopf (Warner)
7 (2)	Spy – Susan Cooper Undercover (Fox)
8 (-)	Poltergeist (Fox)
9 (5)	Mad Max: Fury Road (Warner)
10 (-)	Miss Bodyguard (Warner)

Quelle: Media Control



Ausgefeilte Dramaturgie: «Dheepan».

Kino

Endstation Albtraum

«Dheepan» und «Mediterranea» sind das Brandaktuellste, was das Kino im Augenblick zu bieten hat: beklemmende Flüchtlingsdramen. *Von Wolfram Knorr*

Vorbei die Zeiten, als Joseph Conrad («Herz der Finsternis») noch die ferne Welt des Südens als geheimnisvoll und bedrohlich schilderte. Heute erfahren die Menschen des Südens die begehrte «weisse Ordnung», in die sie flüchten, als bedrohlich. Dheepan, Yalini und die neunjährige Illayaal aus Sri Lanka sind nach Paris geflüchtet und müssen sich als Familie ausgeben, um von den Behörden akzeptiert zu werden; eigentlich sind sie sich fremd und müssen sich in der Fremde zusammenraufen. Ihr neues Zuhause, ein schäbiger Wohnblock in der verwahrlosten Banlieue, ist die neue Wildnis. Gangs kontrollieren und terrorisieren die Silo-Bruchbuden und ihre Bewohner. Dheepan, zum Hauswartzdienst verdonnert, ist vom Regen in die Traufe gekommen: Schmutz, Dreck und Terror – wie in der Heimat. Sie verstehen die Welt nicht mehr.

Auch Ayiva und Abas aus Burkina Faso geht es nicht anders. Nach beschwerlicher Odyssee stranden sie in Rosarno, einer süditalienischen Kleinstadt, vegetieren in Fabrikruinen oder Altbau-Häusern und werden wie Sklaven behandelt. Das gelobte Land eine Albtraum-Endstation. «Dheepan» von Jacques Audiard («Un prophète»), in Cannes mit der Goldenen Palme gekürt, und Jonas Carpignanos «Mediterranea» sind die Filme der Stunde, brandaktuell. Beide passen nicht ins übliche Raster von Entertainment- oder Kritiker-Film; nicht ein-

mal ins «Betroffenheitsfach» wollen sie passen. Sie erzählen die Kollision der Kulturen mit charismatischer Wucht.

Carpignanos «Mediterranea» erzählt schnörkellos – die Hauptdarsteller selber sind Immigranten –, frei von jeglichem Pathos. Der Regisseur beruft sich auf die rassistischen Unruhen in Rosarno im Jahr 2010. Audiard dagegen erzählt eine fiktive Geschichte aus der Sicht Dheepans, eine Story über eine Zivilisation, die aus den Fugen geraten ist und nicht besser zu sein scheint als jene, aus der Dheepan und die Seinen geflüchtet sind. In einer No-go-Zone entsorgt, versuchen sie das Beste aus ihrer maladen Situation zu machen. Was beide Filme, trotz unterschiedlicher Herangehensweise, gemeinsam haben, ist das böse Erwachen der Immigranten in ihrem gelobten Land, das sich für sie als Albtraum entpuppt. Weder Audiard noch Carpignano zücken dazu die Kreditkarte der Moral. Sie zeigen die Mechanismen auf, die heillosen Missverständnisse zwischen Vorstellung und Wirklichkeit.

«Mediterranea», im Stil neorealistisch, geht mit semidokumentarisch ungefilterter Direktheit ins Geschehen des latenten bis offenen Rassismus und der Ausbeutung. «Dheepan» dagegen ist von ausgefeilter Dramaturgie, manchmal fast Genre-Kino, das bibbernde Ergriffenheit und tieftragische Atmosphäre ver-

meidet. Der Blick auf die Gepflogenheiten und Usancen einer pervertierten westlichen Kultur aus der Optik des Fremden bleibt subjektiv und psychologisch. («Mediterranea» startet am 5. November.) ★★★★★

Weitere Premieren

Truman — Zwei Kumpels der besonderen Art: Julián (Ricardo Darín) lebt in Madrid als Schauspieler, und Tomás (Javier Cámara) lehrt an einer kanadischen Uni Mathematik. Sie kennen sich seit ihrer Kindheit, bis der Atlantik sie trennte. Juliáns Krankheit führt sie wieder zusammen. Tomás reist nach Madrid, um seinem alten bohémehaften Freund, der nur noch ein paar Monate zu leben hat, ein wenig beizustehen und ihn davon zu überzeugen, Operationen zuzustimmen, die sein Leben verlängern



Strassenambiente: «Truman».

würden. Doch Julián weigert sich, und so verbringen die beiden – mit wunderbarer Komik – ein paar gemeinsame Tage in Madrid. Der Film des katalanischen Regisseurs Cesc Gay strahlt vor allem, neben dem grossartigen Duo, eine unglaubliche Sinnlichkeit aus, dank der Physiognomien, Dialoge und des Kneipen-, Küchen- und Strassenambiente. ★★★★★☆

Amour fou — «Madame, würden Sie mit mir sterben wollen?» In der Gesellschaft, in der der

junge Dichter Heinrich von Kleist diese Frage an einige Damen richtet, wirkt sie regelrecht lebensbejahend. Denn Adel und gehobenes Bürgertum, in dem sich Heinrich bewegt, sind in ihrer Kultiviertheit derart erstarrt, dass man meint, unter Zombies zu sein. Genau das ist das



Kleist auf der Leinwand: «Amour fou».

Problem in Jessica Hausners Tragikomödie über Kleists romantischem Lebensüberdruß: Das Umfeld, in dem er sich bewegt, ist – von der Mimik bis zu den Dialogen – von einer Gestelztheit, die dem Besucher viel Geduld abverlangt. Jessica Hausner («*Lourdes*») will mit der Zuspitzung aus dieser Gesellschaft, die jede Veränderung verweigert, bizarre Komik filtern und Kleists Todessehnsucht als Akt des Absurden und einer falsch verstandenen Romantik entlarven; das gelingt nicht immer. Christian Friedel als Kleist gleicht diesem nicht nur verblüffend, sondern spielt ihn auch ziemlich verrückt. ★★★★★☆

Wintergast — 1981 drehte der Aussenseiter des Schweizer Films, Christian Schocher, mit «*Reisender Krieger*» den wohl bis heute eindrücklichsten Schweizer Film. Jetzt hat er in Matthias Günter und Andy Herzog Epigonen gefunden. Auch bei ihnen ist die Schweiz trist, winterlich und schwarzweiss. Aber der Roadtrip will nicht so recht überzeugen, wirkt aufgesetzt. Da nützt es wenig, wenn Schocher *himsel* mal in der Kneipe sitzt. ★★★★★☆

Fragen Sie Knorr

Auf der Leinwand wimmelt es von Drogengeschichten, «*Sicario*» ist nur das jüngste Beispiel. Gab's das eigentlich schon immer, oder sind Drogensucht und -handel erst in den letzten zehn, zwanzig Jahren zum Filmthema geworden? H. G., Luzern

In der Vorzensurzeit, der sogenannten *pre code*-Ära, war man in Hollywood ziemlich schonungslos und freizügig betreffend «ungesunder» Verhaltensweisen. So fällt mir spontan aus dieser Zeit ein Film ein, in dem es zwar nicht um Kokain oder Heroin geht, sondern um



Tablettensucht. Aber auch die führt zu Persönlichkeitsdeformationen. Der Film heisst «*Heroes for Sale*» (1933) und ist von William A. Wellman. Mit der Einführung der Zensur wurde Sucht tabuisiert. Trotzdem wagte es Billy Wilder 1945, mit «*The Lost Weekend*» die Alkoholsucht aufzugreifen und genau zehn Jahre später drehte Otto Preminger mit «*The Man with the Golden Arm*» den ersten handfesten Drogenfilm (mit Frank Sinatra) und brach das Tabu.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Die Gegenwart der Vergangenheit

Von Peter Rüedi

Wenn eine CD den Titel «*Past Present*» trägt, kann das berühmte Zitat nicht fehlen: «Die Vergangenheit ist nie tot. Sie ist nicht einmal vergangen.» Das klingt nach Freud, ist aber von Faulkner. Für John Scofield, diesen besonders vielseitigen Jazzgitarristen, hat es eine mehrfache Bedeutung. Mit «*Past Present*» ist er zu einer alten Partnerschaft zurückgekehrt, der mit dem Saxofonisten Joe Lovano, einem so engen Freund und Wahlverwandten, dass der Sound ihrer so verschiedenen Instrumente oft zu einem einzigen zusammenfliesst. Es ist eine staunenswert intime Übereinkunft in der Art des musikalischen Erzählens, im parallelen Einklang ebenso, wie wenn der eine den anderen fortsetzt – ein gemeinsamer Atem, der weit über technische Absprachen und Arrangements hinausgeht. Seit dem legendären Quartett, das die beiden mit Charlie Haden am Bass und Jack DeJohnette am Schlagzeug Anfang der Achtziger zusammenstellten («*Time On My Hands*»), vollends mit der Band «*Sco Lo Ho Fo*» (Scofield-Lovano-Holland-Foster, 2003) haben sie diesen symbiotischen Klang weiter verdichtet, diese Verbindung von Scofields flexiblen, vokal singendem Gitarrensound und Lovanos nachdenklichen, tastend vor sich her erfundenen Saxofonlinien. Das ist die eine Vergangenheit, die hier beschworen wird. Aber der Titel ist umfassender gemeint. Seit seinen Anfängen, als seine Dringlichkeit sich anhörte wie eine Multiplikation der Pioniere Charlie Christian und Wes Montgomery, sah sich dieser Gitarrist immer als Teil einer überindividuellen Jazztradition. Hier wollte er anknüpfen, bei einem Jazz ohne Anführungszeichen. Zum Dritten ist die Gegenwart der Vergangenheit ganz persönlich gemeint. 2013, als die meisten Stücke dieser CD entstanden, erlag Scofields Sohn mit 26 einem aggressiven Krebs. Bei all ihrer gelegentlichen vitalen Ausgelassenheit ist diese Musik ambivalent, innige und gleichzeitig schmerzliche Erinnerung. Auf unaufdringliche, nie peinliche Weise ein Stück Trauerarbeit. Dabei ist eine der CDs des Jahres entstanden. Die Band mit Drummer Bill Stewart und Bassist Larry Grenadier ist fantastisch.



John Scofield (Joe Lovano, Larry Grenadier, Bill Stewart):
Past Present. Impulse
0602547485106

Niemand wusste es

Nachruf auf Chirurg Christoph Wolfensberger; spektakuläre Verhaftung eines Zürcher Immobilienbesitzers. Von Hildegard Schwaninger



Man wird ihn vermissen: Christoph Wolfensberger, Gattin Petra.

Es war ein Schock für alle, die ihn kannten. **Christoph Wolfensberger**, der bekannte Schönheitschirurg, schied freiwillig aus dem Leben. Er war krank – und niemand wusste es. Er kannte die ganze Gesellschaft, aber er wollte das Mitleid von niemandem. Er hat sein Leben dem *forever young* verschrieben – und da passen Krankheit und Tod nicht ins Bild.

Er hat sein Leben der Schönheit gewidmet. Sein Ziel war es, seine Patient(inn)en so zu operieren, dass man kein «Vorher – Nachher» sah. Das ist ihm gelungen; er soll viele Leute aus der Society operiert haben. Der Eid des Hippokrates verbot es ihm, Namen zu nennen.

Er war ein begeisterungsfähiger Mensch. Begeistert von der Medizin und begeistert von der Musik, seinem geliebten Hobby. Wenn er operierte, hat er einmal erzählt, hörte er



Begeistert von Medizin und Musik: Wolfensberger.

Musik, klassische oder Jazz, und dann kam er in den berühmten Flow und war glücklich.

Auf Partys brachte er oft seine Trompete mit und spielte. Oft sagte er, er wäre gerne ein Rockstar. Entsprechend trug er gerne bunte und exzentrische Kleidung (etwa Bermudashorts zu Lederstiefeln aus der argentinischen Pampa). Noch vor kurzem begann er, Gesangsunterricht zu nehmen. Sein Traum war es, eine CD mit Liedern herauszubringen. Sein Vorbild, sagte er, seien **Udo Jürgens** und **Frank Sinatra**. Mit seiner Frau **Petra**, die ihm auch in seiner Praxis eine Stütze war, war er über fünfzig Jahre zusammen. Christoph Wolfensberger wurde 75 Jahre alt. Man wird diesen lebenswürdigen Menschen, der immer gute Laune verbreitete, vermissen.

In Amerika nennt man sie *slumlords*, die Mietwucherer, die ihre Kunden in verwahrlosten, menschenunwürdigen Behausungen unterbringen, selbst aber in Prachtvillen residieren. Ein solcher mutmasslicher *slumlord* wurde letzte Woche, mit drei seiner Partner und Mitarbeiter, unter spektakulären Umständen verhaftet und in Untersuchungshaft gesteckt.

Heinrich Graf* ist 49 und wohnt in Küsnacht. Am Sonntag vor seiner Verhaftung war er noch in Frauenfeld am Pferderennen, trank Weisswein, und Besucher des Rennens ärgerten sich wieder einmal über ihn. Im Pferdesport hält man es mit der Kleideretikette (nicht zwin-

gend mit Hut, aber doch einem gewissen Chic), und Graf kam nachlässig daher. Dabei besitzt der Rennsportfan und Porsche-Fahrer ein paar interessante Pferde. Vor allem eines, das er 2013 für 50 000 Euro erwarb, machte als «Wunderstute» Schlagzeilen. Graf hat das Tier 2015 einem amerikanischen Unternehmer für eine Million Dollar verkauft.

Heinrich Graf verkehrt im Schweizer Jetset, in St. Moritz hat er eine Wohnung, dort spielt er Polo mit einem guten Freund und Immobilienkollegen, der ihn einmal recht witzig kommentierte. Als Graf bei einer Silvesterparty 2011 im «Posthaus» in St. Moritz beim Geschirrspülen half (der Andrang war so gross, dass jeder mithelfen musste), frotzelte der Freund: «Vom Tellerwäscher zum Millionär und zurück».

Graf ist im Zürcher Kreis 11 aufgewachsen. Er kaufte Liegenschaften in Zürich in den Kreisen 4 und 5. Die heruntergekommenen Quartiere im Kreis 4, wo Randständige und Sozialhilfebezügler wohnen, vermietete er gemäss Mitteilung der Stadtpolizei Zürich mutmasslich zu deutlich übersteuerten Mietzinsen. Die Miete für die Wohnungen kassierte er offenbar direkt beim Sozialamt.

In der Zürcher Hautevolee ist Graf ein häufiger Gast. Bei der Vernissage «Art in the Park» oder beim Kispi-Ball im Hotel «Baur au Lac» macht er im Smoking *bella figura*. Eine Woche vor seiner Verhaftung wurde Graf mit seinem Sohn auf der Bahnhofstrasse gesehen, vollbela-



«Wunderstute»: das millionenteure Rennpferd.

den mit Franz-Carl-Weber-Paketen. In seinem Privatleben ist er grosszügig, um nicht zu sagen: protzig. Als er letzten Sommer seine zweite Frau heiratete – bezaubernd jung und hübsch, Tochter aus reichem Haus –, gab es eine Dreitageparty im «Badrutt's Palace» in St. Moritz. Das war der letzte schöne Sommer, bevor sein Image als Society-Millionär zerschmettert wurde. Hundert Beamte und zwanzig Dolmetscher waren gegen den mutmasslichen Mietwucherer im Einsatz und nahmen ihn in Untersuchungshaft; für ihn gilt die Unschuldsvermutung.

* Name geändert.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Ende des Tunnels

Die Managementtrainerin Diana Dreessen-Wösten, 54, plädiert für Kurskorrekturen im Leben und in der Liebe. Beides hat sie bereits hinter sich.



Trampelpfade verlassen: Dreessen-Wösten.

Endlosschleife: Meine grösste Lebenskurskorrektur fand vor fünfzehn Jahren statt. Mein berufliches Leben an der Frankfurter Börse, das ich früher so sehr geliebt hatte, machte mich nach neunzehn Jahren nicht mehr glücklich. Ich war in einer Endlosschleife, zählte die Minuten bis zum Feierabend und dachte ans Aussteigen. Irgendwann zog ich die Notbremse, besuchte ein Seminar. Das Ergebnis war, dass ich in der Folge als Trainerin, Coach oder Mediatorin arbeiten sollte.

Neuanfänge: Da die damaligen Arbeitsbedingungen immer unerträglicher wurden, kündigte ich kurzerhand meinen Job und machte mich auf in die neue Welt der Trainings. Hätte ich damals gewusst, dass meine erste Ehe zu diesem Zeitpunkt schon gescheitert war, hätte ich diesen Schritt wohl nie gewagt. Mein erster Mann verliess mich, um mit einer guten gemeinsamen Freundin das Leben zu geniessen. Das passierte genau zwei Monate nach meiner Firmenneugründung. Das emotionale Loch fühlte sich furchtbar dunkel an.

Aller Anfang ist schwer: In der Zwischenzeit weiss ich: Die Angst, mit neuen Plänen zu scheitern, hindert Menschen auch daran, Neues umzusetzen und alte Trampelpfade zu verlassen. Aufzustehen, wenn man sich so fühlt, als ob das

Leben einem richtig übel mitgespielt hätte, ist nicht einfach. Warum? Weil Menschen dazu neigen, in eine Opferrolle zu verfallen. Wir beklagen uns, schimpfen über die Dreistigkeit von anderen, geben allen anderen die Schuld, nur uns selbst nicht. Das ist ein menschlicher Vorgang. Nachdem ich ähnlich agiert hatte, kam ich irgendwann auf den Gedanken, aufzuschreiben, was ich dazu beigetragen hatte, dass es in der Liebe so weit kommen konnte. Erst als mir meine ungünstigen Verhaltensweisen bewusst wurden, fand ich die Kraft, um weiterzumarschieren. Heute bin ich – beruflich und privat – erneut sehr glücklich.

Mut und Geduld: Bis sich der Mensch eingesteht, dass er die nächsten Schritte im Leben nicht mehr alleine schaffen kann, ist der Leidensdruck oft sehr gross geworden. Zuerst glaubt man, man werde das schon irgendwie hinbekommen. Da sich aber meistens im Verhalten nichts ändert, staut sich der Ärger an, auch die Betroffenheit und sogar das Gefühl, erniedrigt zu werden. In langjährigen Partnerschaften ist es eine Herausforderung, sich aus Selbstverständlichkeiten, Missverständnissen und festgefahrenen Meinungen herauszubewegen.

Wie funktioniert es in der Liebe? Jeder gesunde Mensch ist grundsätzlich in der Lage, Kurskorrekturen vorzunehmen. Die meisten Männer und Frauen, die Angst davor haben, aktiv in ihrem Leben etwas zu verändern, scheuen die möglichen Konsequenzen. Das betrifft vor allem Veränderungen in der Beziehung. Doch das ist gar nicht so schwer, wie ich aus der Praxis weiss. Einer von beiden beginnt darüber zu sprechen, welches Verhalten des Partners ihn stört, verärgert, verletzt oder traurig macht. Natürlich erfordert dieses Vorgehen Mut, Geduld und den Glauben an die bestehende Partnerschaft. Die meisten wünschen sich, dass man mehr Zeit zusammen verbringt, dass man einen neuen emotionalen Zugang zueinander findet, wieder mehr körperliche Nähe pflegt und vor allem: dass man geliebt und so akzeptiert wird, wie man ist.

Diana Dreessen: «Steh auf und nimm dein Leben in die Hand. Kurskorrektur für Anfänger und Fortgeschrittene». DTV, 216 S., Fr. 21.90

Protokoll: Franziska K. Müller

Ja was denn?

Von Andreas Thiel — Philipp Müller und die Konkordanz.

Brunner: Nach der klaren Arithmetik der Konkordanz stehen der SVP zwei Bundesratssitze zu.

Müller: Wenn die SVP einen zweiten Bundesratssitz will, dann verlangen wir von ihr, dass sie sich erst einmal zur Konkordanz bekennt.

Brunner: Aber die Respektierung der Konkordanz ist doch genau das, was wir fordern.

Müller: Das ist mir egal. Ein Anrecht auf einen zweiten Bundesratssitz hat nur, wer sich auch für die Konkordanz ausspricht.

Brunner: Aber wir verlangen doch seit Jahren nichts anderes als die Einhaltung der Konkordanz.

Müller: Das genügt nicht. Die SVP hat nur Anrecht auf einen zweiten Bundesratssitz, wenn sie auch zur Konkordanz steht.

Brunner: Die SVP scheint die einzige Partei zu sein, die zur Konkordanz steht. Ihr von den anderen Parteien stellt euch doch dauernd gegen die Konkordanz, solange ihr nicht bereit seid, sie auch einzuhalten und der SVP endlich den zweiten Bundesratssitz zuzugestehen.

Müller: Dazu müsst ihr aber erst einmal mit der Konkordanz einverstanden sein.

Brunner: Wir bekennen uns seit je explizit und mit Nachdruck zur Konkordanz.

Müller: Dann erwarte ich von euch, dass ihr euch auch für die Konkordanz ausspricht.

Brunner: Mir scheint, wir seien die Einzigen, die sich hier für die Konkordanz aussprechen. Ihr seid ja nicht gewillt, uns den zweiten Bundesratssitz zugestehen, der uns nach der Konkordanz zustünde.

Müller: Wir können der SVP keinen zweiten Bundesratssitz zugestehen, solange sie sich nicht zur Konkordanz bekennt.

Brunner: Sag mal, Philipp, könnte es sein, dass du jedesmal, wenn ich etwas sage, in einen Sekundenschlaf fällst?



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Blättern wie im gedruckten Heft.

Mit dem E-Paper lesen Sie die Weltwoche am Bildschirm wie im gedruckten Heft. Und Sie können aus jeder Ausgabe fünf Artikel verschicken oder ablegen. Beachten Sie den Link auf unserer Webseite.

Artikel als PDF verschicken



«Ohne Kaffee ist die Hölle los»

Emanuel Probst, CEO des Schweizer Kaffeekonzerns Jura, trinkt Kaffee in Massen – und weiss, wie der Rest der Welt ihn am liebsten mag.

Herr Probst, eben habe ich zwei Wochen keinen Kaffee getrunken. Bereits am zweiten Tag meiner kleinen Detox-Kur ereilten mich Kopfschmerzen, die ich auf den Koffeinmangel zurückführe ...

Das Beispiel unterstreicht die Lebensnotwendigkeit von Kaffee. Er ist nach Erdöl der weltweit zweitwichtigste Rohstoff. Man kann tatsächlich sagen: Ohne Kaffee ist die Hölle los! Ich trinke im Schnitt zwischen zwei und drei Tassen pro Tag.

Jura war vor Ihrer Zeit eine Art Gemischtwarenladen für Elektrogeräte. Wann wurde Ihnen klar, dass die Firmenzukunft in der Kaffeelandschaft liegen würde?

Als ich vor 24 Jahren zu Jura gestossen bin, galt es, sich zu überlegen, was für uns ein globales Business sein könnte. Wie man dazumal Kaffee zubereitet hat, das konnte nicht die Internationalisierung sein: den Kolben auf- und heraus-schrauben, ausklopfen, regelmässig fiel das Sieb in den Abfalleimer, es gab eine Schweinerei, man verbrannte sich die Finger. Wir glaubten an das Modell Vollautomat. Damals wurden weltweit insgesamt 150 000 Geräte pro Jahr verkauft, heute sind es über zwei Millionen.

Inzwischen sind auch traditionell Tee trinkende Nationen auf den Kaffeegeschmack gekommen. Zuletzt staunte ich über die lebendige Barista-Szene in Dublin.

Kaffee ist kein Durstlöcher wie etwa Tee, Bier oder ganz dünner Filterkaffee, sondern sein Konsum ist ein Genuss – vorausgesetzt, die Extraktionszeit, die Brüh-temperatur und der Druck stimmen exakt für die entsprechende Kaffeespezialität. Und diese Art von Genuss-trinken ersetzt in traditionell nicht Kaffee trinkenden Ländern andere Getränke nicht, der Kaffee ergänzt das Angebot.

Hand aufs Herz, einen Grossteil des Erfolgs haben Sie Starbucks zu verdanken, nicht?

Starbucks, Portionensysteme – die sogenannte *single-serve*-Kultur – und hoffentlich auch wir tragen dazu bei, dass der Genuss von Kaffee höchste Qualität mehr und mehr Verbreitung findet auf der Welt. Als Akteur im Kaffeeweltmarkt fördern wir natür-

lich die *awareness*. Mit unserem ersten Vollautomaten, dem Modell «Impressa», hatten wir in den neunziger Jahren in Amerika überhaupt keinen Erfolg. Das lag daran, dass wir eine europäische Sicht hatten – die Maschine ignorierte die noch junge Cappuccino- und Latte-macchiato-Kultur komplett. Es bedurfte einiger Entwicklungsstufen und eines Experimentierens mit Milchschaumzuberei-



«Zwischen zwei und drei Tassen pro Tag»: Jura-Chef Probst.

ung et cetera, bis wir 2004 als Erste ein Gerät mit einer *one-touch*-Cappuccino-Funktion vorstellen konnten, die in der Folge zu einem Gattungsbegriff wurde.

Welche wichtigen Trends gab es danach?

Beliebt ist neuerdings der sogenannte *flat white*, eine Bezeichnung aus Australien. Dabei kommt erst der Kaffee in die Tasse, dann der Milchschaum. Auf die bestimmbare Kaffee-stärke, ebenfalls eine von unseren Innovationen, folgten verschiedenste neue Profile bei den Vollautomaten. Seit der «Impressa 500», unserer ersten Eigenentwicklung aus dem Jahr 1994, haben wir mittlerweile vier Millionen Vollautomaten verkauft. Sie zeichnen sich durch eine variable Brüh-einheit aus – man definiert eine Kaffeemenge von fünf bis sechzehn Gramm, und der Kaffee wird anschliessend in einem Brühzyklus anstatt in zwei hergestellt, was gerade bei milchbasierten Kaffegetränken entscheidend ist.

Wie wichtig ist das Design?

Die Symmetrie war für uns immer zentral. Wir orientierten uns dabei an der Behauptung, dass auch bei Menschen ein Gesicht als umso schöner empfunden wird, je symmetrischer es ist. Der Auslauf, die Wertigkeit der Materialien, das Display – nichts ist zufällig platziert oder ausgewählt. Es ist ein Kampf um jede Linie. Darüber steht unser Ziel, dass man sich rein intuitiv zurechtfindet, ohne Gebrauchsanweisung.

In Deutschland, dem grössten Absatzmarkt von Jura, nennt man Ihre Produkte auch den «Mercedes-Benz der Kaffeemaschinen». Wie sieht es andernorts aus?

Wir wachsen stark in Amerika, unserem zweitwichtigsten Markt. Läuft in den nächsten fünf Jahren alles normal, dann muss dann Russland zwingend in den Top-fünf, wenn nicht sogar in den Top-drei-Märkten sein. Auch China ist wichtig, und in Australien konnten wir endlich Fuss fassen.

Worüber ärgern Sie sich, wenn Sie auswärts Kaffee trinken?

Ich staune darüber, wie viel Potenzial weltweit in Restaurants und am Morgenbuffet vieler guter Hotels besteht. Dort ist der Kaffee oft viel zu heiss, überextrahiert. Man könnte sich das Leben an diesen Orten sehr viel einfacher machen, wenn man einfach zwei, drei Jura-Maschinen hinstellen würde.

Die Fragen stellte Oliver Schmuki.

Emanuel Probst, 58, begann seine Karriere 1985 bei Jura als Verwaltungsrat, 1991 wurde er CEO. Er wohnt in Zürich.

Flug der Fledermaus

Von Peter Rüedi



Es gibt mehr Weine zwischen Himmel und Erde, als der westeuropäische Konsument sich träumen lässt. Der weiss zwar über Sauvignons aus Neuseeland Bescheid, über Malbecs aus Mendoza oder Pinots aus Oregon, aber kaum über Weine aus dem naheliegenden europäischen Osten. Zum Beispiel über die aus Rumänien, immerhin ein Land, das, wenngleich mit einem gemässigten kontinentalen Klima gesegnet oder geschlagen, auf dem Breitengrad von Frankreich liegt und eine lange, wenn auch schwerbeschädigte Weintradition hinter sich hat. Die regt sich jetzt wieder. Aus Transsilvanien, vom Fusse der Karpaten, kommen die Weine des 2011 gegründeten Weinguts Liliac. Sein Besitzer ist der Österreicher Alfred Michael Beck, und sein Chefweinemacher der Österreicher Rudolf Krizan: kein Zufall, ist doch Österreich das Scharnier zu Mittel- und Osteuropa. Liliac heisst auf rumänisch Fledermaus, und deren Umrisse finden sich auf jeder Flasche des 52 Hektaren umfassenden Weinguts. Wiewohl die sanfte, fast toskanische Hügellandschaft der siebenbürgischen Weinzone Lechinta, in welcher Batos liegt, der Sitz von Liliac, mit dem finsternen Habitat von Dracula wenig zu schaffen hat. Exotisch nur durch unsere Unkenntnis, ist dies humanes Weinland, von den Karpaten eingerahmt und somit auch geschützt. Liliac arbeitet auch an grossen Rotweinen, aber erst einmal ist das hier prädestiniertes Weissweinland. Hier wurzelt die bei uns kaum bekannte Feteasca Regala, eine Traube, die auch den merkwürdigen Namen Königsast trägt, ein Exot insofern, als nicht einmal seine Genetik gesichert ist (eine Kombination von Muskateller, Riesling×Silvener oder eine Kreuzung von Sauvignon blanc und Welschriesling?). Jedenfalls ein höchst interessanter Weisser, ideal für alle, die auf Alternativen zur Chardonnay-Sauvignon-Routine neugierig sind: ein sehr eigenwilliger, in der Nase (anders als am Gaumen) auffällig parfümierter Wein (Blumendüfte, Litschis, Grapefruit, Äpfel, Zitrus); tolle Säure, würzige Noten. Sehr zu empfehlen. Zumindest für einen Seitensprung.

Liliac Feteasca Regala 2014. 13%. Delicium, Märwil. Fr. 16.40. www.delicium.ch

Kulinarische Herbstferien (1)

Ein familientauglicher Ort, an dem man in gleich vier Restaurants gut essen kann: Die «Traube Tonbach» im Schwarzwald. Von David Schnapp



Temperatur echter Gastfreundschaft: Familie Finkbeiner, «Traube Tonbach», Baiersbronn.

Wenn man im herbstlichen Schwarzwaldgebiet aus dem Fenster blickt und dem trägen Spiel der Nebelschwaden zuschaut, kommt einem fast unweigerlich die Zeile aus dem «Abendlied» von Matthias Claudius in den Sinn: «Der Wald steht schwarz und schweiget / Und aus den Wiesen steigt / Der weisse Nebel wunderbar.» Die beruhigende Wirkung dieser etwas morbiden Szenerie kontrastiert angenehm mit der belebenden Stimmung im Ferien- und Genusshotel «Traube Tonbach», wo die Familie ein paar Ferientage verbrachte.

Hätte ich zu Hause sämtliche Machtbefugnisse, fänden Ferien nur an Orten statt, an denen man gut bis sehr gut essen kann. Wie in jeder funktionierenden Demokratie ist die Macht jedoch auch bei uns sorgsam gebrochen, deshalb setze ich mich nur ab und zu durch. Diesmal hatte es geklappt. Die «Traube», ein Gasthaus seit 1789 und schon immer das Unternehmen der Familie Finkbeiner, beherbergt nämlich – neben einer ausgezeichneten, familientauglichen Infrastruktur – gleich vier Restaurants. In dreien wird sehr gut, im vierten herausragend gekocht (dazu mehr nächste Woche).

Kalbsmilken mit Erbsen

Die Finkbeiners sind Gastgeber aus Prinzip und seit Generationen. Abend für Abend pendeln Heiner Finkbeiner und seine Söhne durch ihr grosses Haus, wo allein im Halbpensions-

restaurant «Silberberg» 150 bis 200 Leute beim Essen sitzen. «Viel Freude und Genuss» wünscht Finkbeiner seinen Gästen, plaudert einen Augenblick und steht schon am nächsten Tisch.

Gute Restaurants (und Hotels) erkennt man nicht nur an der Qualität der Gerichte. Man erkennt sie nicht zuletzt an der Temperatur echter Gastfreundschaft und Freundlichkeit, welche die Mitarbeiter in solchen Häusern abgeben. In der «Traube Tonbach» ist es, um bei diesem Bild zu bleiben, durchwegs angenehm warm.

Aber natürlich kommt es uns schon auf die Qualität der Gerichte an. In den beiden A-la-carte-Restaurants «Köhlerstube» und «Bauernstube» – letzteres ausgezeichnet mit einem «Bib Gourmand» für preiswerte, gute Küche im Michelin-Führer – ist die Sorgfalt, mit der auch einfache Dinge zubereitet werden, augenfällig. Die knusprigen Kalbsmilken mit Kalbsschulterragout und Erbsen sowie Blätterteigkissen waren geschmacklich auf einer Höhe mit dem gleich zusammengesetzten Weihnachtessen, das meine Grossmutter jahrelang zubereitet hatte. Oder das Rinderfilet Rossini mit auf den Punkt gebratener Gänseleberscheibe, Selleriepüree, sautierten Steinpilzen und einem aromatischen Trüffeljus: edel, gradlinig, perfekt.

Hotel «Traube Tonbach», Tonbachstrasse 237, D-72270 Baiersbronn, Tel. +49 7442 4920

Nächste Woche: Mittagessen in der legendären «Schwarzwaldstube»



Auto

Das Zugpferd

Der Ford Mustang ist eine amerikanische Ikone, die überraschend viele europäische Freunde hat. *Von David Schnapp*

Als ich vor dem Ford Mustang GT stand, kamen kurz Zweifel auf, ob die Kombination aus feuerroter Lackierung in «Race Red», voluptuöser Form und amerikanischem Fünf-Liter-Motor gesellschaftlich nicht umstritten sein könnte. Meine Angst war unbegründet. Erstaunlich viele Kollegen gaben sich als Mustang-Fans zu erkennen. Der Satz: «Mir gefällt der eben auch», fiel mehrfach.

Und wenn das beste Pferd im Ford-Stall durch ein kleines Bergdorf bollerte, drehten

sich Väter mit ihren Söhnen nach dem Auto um, die Mischung aus Klang und Farbe schien recht anziehend zu wirken. Der Mustang mit dem galoppierenden Pferd im Kühlergrill ist ja so etwas wie der amerikanische 911er, eine Ikone mit Geschichte, die von ihrer Ausstrahlung auch nach über fünfzig Jahren kaum etwas eingebüsst hat. Im grossartigen Film «Gran Torino» (2008) von und mit Clint Eastwood spielt ein Mustang von 1972 gewissermassen die Hauptrolle, und im heutigen Topmodell Shelby GT500 kommt ein V8-Motor zum Einsatz, der mit 5,8 Liter Hubraum und 662 PS als stärkster Serien-Achtzylinder der Welt gehandelt wird. Insgesamt hatte der Mustang rund 500 Filmauftritte bisher; er gehört zu den bekanntesten Bildschirmfahrzeugen, steht bei Wikipedia.

Kurz: So ein Ford Mustang ist ein Auto, von dem man träumt, wenn man von Autos träumt. Als Normalbürgervariante mit Fünf-Liter-V8-Motor und knackiger, präziser 6-Gang-Handschaltung ist der Wagen sozusagen das Zugpferd für den Alltag. Das Coupé bietet genug Platz für zwei Erwachsene und Gepäck oder

Kinder auf den Rücksitzen – je nach Familiensituation. Und sie haben sogar Humor, die Ford-Leute: Auf der Geschwindigkeitsanzeige steht «Ground Speed» (Geschwindigkeit über Boden) und auf der danebenliegenden Anzeige für die Motorumdrehungen «Revolutions per Minute» (Revolutionen pro Minute).

Grüne Idylle

Das Fahrwerk – neu mit Einzelradaufhängung – macht lange Autobahnreisen zum Vergnügen. Zehn bis elf Liter verbraucht der Mustang dabei, nur in der Stadt können es dann auch mal siebzehn werden. Wem das zu viel ist, der wählt den Eco-Boost-Motor mit vier Zylindern. Aber es könnte sein, dass der nicht ganz so viel Spass macht, wie der grollende, dumpf blubbernde, grosse Saugmotor. Der Mustang ist ein Gran Turismo, kein Sportwagen im engeren Sinn, auch wenn mit dem neuen Fahrwerk Passstrassen ziemlich vergnüglich angegangen werden können. Zu schnell sollte man dann aber doch nicht sein, der Mustang ist ein Auto für die lange Fahrt; er ist gross (4,7 Meter lang) und ordentlich schwer (rund 1,8 Tonnen), man sollte also rechtzeitig vor der Kurve bremsen.

Statt Kurvenhatz empfiehlt sich die lässige Fahrweise mit heruntergelassener Seitenscheibe und heraushängendem Arm. Zum dumpfen Herzschlag des dicken Motors ist einem damit ein sehr amerikanischer, beinahe schon filmreifer Auftritt sicher.

Ford Mustang Fastback 5.0L

Leistung: 418 PS/307 kW, Hubraum: 4951 ccm

Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h

Preis: Fr. 49 900.–





«Ich fänd's einen Murks»: Autor Hohler, 72.

MvH trifft

Franz Hohler

Von Mark van Huisseling — Ein Gespräch mit dem kritischen Autor über seine Kritik an der Schweiz, von der er gut lebt.

Reden wir vom Rechtsrutsch bei den eidgenössischen Wahlen vom vergangenen Wochenende [das Gespräch fand statt am Montag danach] ...» – «... kann man schon sagen, ja.» – «Man kann, einmal mehr, auch sagen: Das sogenannte Stimmvolk hat anders gewählt, als es die Meinungsbildner, zu denen Sie gehören, wünschen.» – «Es ist schon die Frage: Wer sind die Meinungsbildner? Die *Weltwoche* kann zufrieden sein mit diesen Wahlen, in dem Gefolge wurde so gewählt, wie das wahrscheinlich gewünscht wurde. Und die *Basler Zeitung* auch, sogar die *NZZ* – der *Freisinn* hat zum ersten Mal wieder zugelegt seit 36 Jahren.» – «Diese Zeitungen haben zusammen etwas über zehn Prozent Reichweite. Aber andere, auflagenstärkere Zeitungen plus Fernsehen und Radio haben sich nicht durchgesetzt.» – «Damit unterstellen Sie dem Fernsehen und dem Radio, dass sie Partei genommen haben. Da würde ich widersprechen; das ist das allgemeine Klischee, dass Fernsehen und Radio links unterwandert seien.»

Franz Hohler, 72, ist Schriftsteller, lange Zeit trat er als Kabarettist auf und trug zudem selbstgeschriebene Lieder vor, bei denen er sich auf einem Cello begleitete. Charakteristisch für sein Werk sei der Wechsel zwischen politischem Engagement und reiner Fabulierlust, steht bei Wikipedia. Das Verzeichnis seiner Bücher und Kinderbücher umfasst über fünfzig Einträge, dazu kommen viele Kabarettprogramme und Theaterstücke; er hat zahlreiche Preise gewonnen (den Kunstpreis der Stadt Zürich, den deutschen Kleinkunstpreis in der Kategorie Kabarett oder den Salzburger Stier für sein Lebenswerk). Sein neustes Buch, «Ein Feuer im Garten», (Luchterhand) ist dieser Tage erschienen. Er ist verheiratet und hat zwei erwachsene Söhne; dieses Gespräch fand in seinem «Schlössli» (Niklaus Meienberg) statt, einer «renovierungsbedürftigen Jugendstilvilla» (Hohler) in Oerlikon.

«Die Flüchtlinge, die nach Europa und in die Schweiz kommen, haben der SVP geholfen, nicht wahr?» – «Denke ich schon auch. Die SVP

hat ja das Wort «Asylchaos» gebracht, was eine blanke Lüge ist – es gibt in der Schweiz kein Asylchaos. Jetzt haben sie Glück gehabt, dass sich das Asylchaos ausserhalb der Schweiz abspielt und man sagen kann: «Ouh, wenn das de zu üs chunnt ...» Die Flüchtlingssituation, wie sie heute ist, hat etwas durchaus Bedrohliches.» – «Davor haben vor allem die eher Schwachen Angst.» – «Das ist überall so, ich kann das verstehen. Aber gleichzeitig muss man sagen: Sie [die Flüchtlinge] sind da. Und man muss etwas machen mit ihnen. Ich war beeindruckt von Deutschland, den Reaktionen der Leute [die die Flüchtlinge willkommen hiessen]. Das ist eben auch das Volk. Wahrscheinlich gibt's verschiedene Völker, auch in der Schweiz, und eines ist offen und hilfsbereit und nicht auf Zumachen und Abschotten aus.»

«Haben Sie den Artikel Ihres Kollegen Lukas Bärfuss in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* [«Ein Warnruf – Die Schweiz ist des Wahnsinns»] gelesen?» – «Ja. Bärfuss ist für mich, ich bin ja ein bisschen älter, ein junger Wilder [er ist 43]. Das ist gut, die sollen ihre Stimme erheben. Es hat mich, ein klein wenig, erinnert an meine Positionen, als ich gleich alt war und die Sendung «Denkpause» hatte [im Schweizer Fernsehen]. Dort kam es zum Knall, als sie eine nicht senden wollten – dann habe ich aufgehört [es ging um Verweigerung des Militärdienstes]. Die Fragen sollen gestellt werden, unbedingt.» – «Hätten Sie auch Lust gehabt, im Ausland an prominenter Stelle etwas zur Schweiz zu sagen?» – «Also ich hab immer wieder mal was gesagt.» – «Vor diesen Wahlen ...» – «Grad jetzt? Nein.» – «Weshalb nicht?» – «Eben weil ich keine Lust gehabt hab; ich geh, im zunehmenden Alter, zunehmend nach dem Lustprinzip vor. Ich hab zum Beispiel Lust gehabt, vor der Leipziger Buchmesse zum «Auftritt Schweiz» was zu sagen: «Ach, liebe Nachbarn im Norden, wie manches Mal müssen wir euch die Schweiz noch erklären...» [März 2014 in der *Sächsischen Zeitung*.]»

«Sie sind ein politischer Mensch, aber nicht in erster Linie ein politischer Autor – einverstanden?» – «Durchaus, ja. Ich hab nicht den Anspruch, in jedem Text auch noch gesellschaftspolitisch reden zu müssen – ich fänd's einen Murks. Ich schreib' viele poetische Sachen, Wahrnehmungen des Moments.» – «Sie haben Erfolg als freier Autor, leben gut von dem System, das Sie kritisieren ...» – «Also ich find' das System überhaupt nicht schlecht und bin ein Anhänger der direkten Demokratie, obwohl das etwas absolut Riskantes ist – jedes Mal, wenn's um Kunst oder Kultur geht, kommt das grosse Zittern.»

Sein liebstes Restaurant: «Ist das obligatorisch?» – «Nichts ist obligatorisch, auch nicht, mit mir zu reden.» – «Gubelstrasse 49, Oerlikon – wo ich zusammen mit meiner Frau koche. Ich würd' lieber keines angeben und meine Stellung als Nonkonformist ausbauen.»

1		2		3		4	5	6		7	8	9	10	11
12	13		14		15						16			
17										18				
19					20				21		22			
			23		24				25	26				
27		28					29		30		31		32	
33					34	35		36				37	38	
				39						40	41			
42	43		44		45				46		47			
48				49				50						
51											52			
	53								54					

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Kein Bräuer, ein Ausläser.
 Die rote abgegriffene Ziffer ergibt ein waagrecht (fortgesetzt das geradete) Lösungswort.

Waagrecht — 3 Wie aus einer Abfuhr eine Überführung wird. 7 Was er sagt, ist bei vielen Schülern gefragt. 12 Die Grossmutter der Mutter, die man mag. 15 Da denkt man: zugestorben. 16 Aldo und die Blutorange. 17 Faust Kehler kommt als, ebenso Christian Walt. 18 Diese Kleidung ist, ja, kennzeichnend. 19 Nichts essen ist die Konsequenz. 20 Anna ist wohl nach Friesland gezogen. 22 Würfel nach alt-römischer Manier. 23 Das ist durch wirklich ein mysteriöses Loch. 25 Verkehrstun sind es die, wie die Tschechen es sagen. 27 Lecker kühlt der Wiederkäuer nur noch in Reservaten. 30 Der Knabe kommt eventuell aus dem Emsental. 33 Wettstreit aus der Jetztzeit weit zurückreichend. 34 Gerüche, nichts für dumme Sprüche. 37 Ein blauen auf dem Hund gekommene Hundesprache. 39 Norge nennen Norweger ihr Land. Und die Finnen? 40 Das Fährwort steht auch für Höflichkeit. 42 Bei Goldfinger spielte der Fräule mit. 43 Bei Melcher joller spielte es dort an See. 47 Der Fluss hat Gletscher und Tal als Namensvetter. 48 Rehearts, Sternbild, Spinnwebgestalt. 50 Eine gute Nummer, verpricht Hilfe. 51 May-Britt Meier, Neurowissenschaftlerin, ist es eine. 52 Typischer Anwender digitaler Zuschnitt. 53 Ist alles warst, kommt er gerade recht. 54 Bei Streitigkeit die Tätigkeit fürs Gegenteil.

Senkrecht — 1 Nimmt mich verrückt — das muss die Ashley sein. 2 Fellinis Film über jene Stadt. 3 Sie stehen senkrecht, manchmal schwankeend. 4 Man vervollständigt Canetti. 5 Ergibt sich aus menschlichem Körper und Löwenkopf. 6 Dort im Stummstal, hoch oben. 8 Man kann sie auch als Weltkarte bezeichnen. 9 Stadt am westlichsten Punkt der Insel. 10 Bony dikte und er, wie' er denn Italiener. 11 Pazifische Insel wie spanische Stadt (Südwesten). 13 Braumaterial, Natar par. 14 Sie zeigen viel über soziale Zustände. 21 Beim Baum mit diesem Namen sind die Samen giftig. 24 Bei ihnen geht auf der Strasse nichts mehr. 26 Schwedenzeit Fluss in Italien. 27 Schienenfahrzeug ohne eigenen Antrieb. 28 Lächeln, wie es Yves Montand gerne machte. 29 Für Gleichen keine Staats, sondern tiefer Schlaf. 31 Mit den Worten der Kunstsparten kann er nichts anfangen. 32 Satellit der Erde aus Sicht der Franzosen. 33 Schwarz: nur der Farbe nach ein revolutionäres Gewässer. 36 Wie Ararat und Aukana ein Königreich (1857-27). 38 In einem Wort: etwas durch die Luft fliegen lassen. 41 Mit Moses brüderlich verbunden. 48 Göttlich war er, ähnlich hegendend ist er. 44 So definierte Siedlungsform in den USA. 46 Für Experten: psychoakustische Messung für die subjektive Lautheit. 49 Senja, wie auf dem Skiern schnell unterwegs. © Patrick Müller - Infactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 439

I	M	P	A	L	A	R	I	S	E	R	E		
K	L	E	I	D	N	J	E	T	P	A	A	R	
F	I	N	N	E	D	A	C	H	F	I	R	S	T
O	S	T	R	E	I	C	H	E	L	N	A	R	
R	I	A	S	H	K	A	R	E	N	I	N	A	
N	Z	E	H	E	M	U	E	N	Z	E			
L	U	M	I	E	R	E	B	E	R	N	D	G	
L	E	N	T	I	W	A	N	N	O	N	E		
S	I	L	V	E	S	T	E	R	G	E	L	A	
A	N	D	E	R	E	S	T	R	A	T	E	G	E
F	E	R	N	E	U	T	E	T	Z	N	A		
E	I	N	S	N	E	I	L	T	Z	I	G		

Waagrecht — 1 IMPALA 7 MERE 12 KLEID
 13 NJET (voll. für netz) 16 PAAR 17 HINNE
 18 TACHIBERT 20 STREICHELN 22 AR
 23 KIAS (v. blauen: ich, part. l. waagrecht)
 24 KARBINA 27 ZEHE 29 MÜNZEN 30 LU
 MIERE (Botschafter des ewigen L.) 33 BRND
 (Botschafter d. Film) 34 LENT (vgl. l. Buchst.
 zahl) 36 IWAN (für Scherzliche) 37 NONE
 (Slovak: bunavil) 39 SILVESTR 41 GLIA
 (Lag) 42 ANHRE 43 STRATEG 48 BENEFIT
 49 PIZNA 47 KINS 46 KILT 49 ZAG

Senkrecht — 1 ILI 2 MENNA 3 FINN 4 ABER
 5 ANEH 6 RECHA 6 SPINNENNETZ 8 BAR
 (vgl. l. Chr) 10 RANAZ 11 BETRAGS
 12 KFOR 14 JACKE 18 THERMEN 19 BLEUR
 (voll. für Blum, Film) 21 BHER 24 INULIN
 26 INDOLENZ 27 ZKERN 28 HRT (-er)
 31 MELDEN 32 INVERS 33 BART 36 WASTE
 38 NAGA 39 SAUB 40 SENN (vgl. l. gesehen)
 41 GATT 44 REL

Lösungswort — LEITUNGSNETZ



EMS
 WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
 erfolgreich in den Geschäftsbereichen
 Hochleistungspolymere
 Spezialchemikalien



PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.



Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



Twenty-4® Ref. 4910/10A
patek.com